Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. Oktober 1978
Jg. 6 Nr. 44

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Le Duan in Thieus Fußstapfen

z.ges. Am 20. Oktober hat Le Duan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, das Hauptquartier der 9. Militärzone besucht, die direkt an das Demokratische Kampuchea grenzt. Dabei forderte Le Duan die Offiziere auf, dafür zu sorgen, daß die Armee für die „neue Situation“ und die „neuen Aufgaben“ ein „tiefes Verständnis“ entwickelt. Die Desertionsquote der vietnamesischen Armee ist hoch. Sie ist zwangsrekrutiert. Erst am 10. Oktober hatte wieder eine vietnamesische Invasionseinheit bei ihrem Vorstoß in das Demokratische Kampuchea eine vernichtende Niederlage erlitten. Wegen der dauernden Niederlagen und der Gefechtsschwäche der vietnamesischen Armee in ihrem ungerechten Krieg hat die Le Duan Clique in der letzten Zeit vor allem Luftangriffe fliegen lassen. Mit Beginn der Regenzeit wird jedoch mit einem neuen großangelegten Invasionsversuch gerechnet. Am 23. Oktober hat Radio Hanoi einen „allgemeinen Volksaufstand“ im Demokratischen Kampuchea vermeldet. Die bisherigen Putsch- und Invasionsversuche Vietnams sind stets bereits im Ansatz zerschlagen worden.

Mexiko zeigt Carter den Hintern

z.gek. „Das Gas ist jetzt nicht mehr zu haben“, beschied der Direktor der staatlichen Ölgesellschaft Mexikos die US-Regierung vor kurzem. Carter hatte vor Wochen ein bereits fertig ausgehandeltes Lieferabkommen über Erdgas zu Fall gebracht und eine Senkung des Preises von 2,60 $ auf 2,16 $ verlangt. Mexiko, das mit der „Mexikanisierung“ der in US-Hand befindlichen Grundstoff- und Lebensmittelindustrien begonnen hat, wird das Erdgas jetzt für den eigenen nationalen Industrieaufbau verwenden. – Gegenwärtig besucht Präsident Portillo die Volksrepublik China und Japan. Japan wird über 20% der rasch gesteigerten Erdölexporte Mexikos abnehmen und dafür Industrieausrüstungen liefern. Die VR China sucht die Unterstützung Mexikos, das seine Ölindustrie schon 1938 verstaatlicht und aus eigener Kraft entwickelt hat, für die Erschließung der eigenen Ölvorkommen und wird seinerseits Mexiko bei der Durchführung großer Landwirtschaftsprojekte unterstützen.

Trotz Verbot streiken die kanadischen Postler weiter

z.mih. Ohne weitere Angaben hat die Deutsche Bundespost ihre Kunden gebeten, „momentan“ keine Postsendungen nach Kanada zu schicken. Grund dafür ist der weiterandauernde Streik der 23000 kanadischen Postarbeiter im Innendienst gegen geplante Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierungen. Die kanadische Regierung ist durch die totale

Volksaufstand“ im Demokratischen Kampuchea vermeldet. Die bisherigen Putsch- und Invasionsversuche Vietnams sind stets bereits im Ansatz zerschlagen worden.

Mexiko zeigt Carter den Hintern

z.gek. „Das Gas ist jetzt nicht mehr zu haben“, beschied der Direktor der staatlichen Ölgesellschaft Mexikos die US-Regierung vor kurzem. Carter hatte vor Wochen ein bereits fertig ausgehandeltes Lieferabkommen über Erdgas zu Fall gebracht und eine Senkung des Preises von 2,60 $ auf 2,16 $ verlangt. Mexiko, das mit der „Mexikanisierung“ der in US-Hand befindlichen Grundstoff- und Lebensmittelindustrien begonnen hat, wird das Erdgas jetzt für den eigenen nationalen Industrieaufbau verwenden. – Gegenwärtig besucht Präsident Portillo die Volksrepublik China und Japan. Japan wird über 20% der rasch gesteigerten Erdölexporte Mexikos abnehmen und dafür Industrieausrüstungen liefern. Die VR China sucht die Unterstützung Mexikos, das seine Ölindustrie schon 1938 verstaatlicht und aus eigener Kraft entwickelt hat, für die Erschließung der eigenen Ölvorkommen und wird seinerseits Mexiko bei der Durchführung großer Landwirtschaftsprojekte unterstützen.

Trotz Verbot streiken die kanadischen Postler weiter

z.mih. Ohne weitere Angaben hat die Deutsche Bundespost ihre Kunden gebeten, „momentan“ keine Postsendungen nach Kanada zu schicken. Grund dafür ist der weiterandauernde Streik der 23000 kanadischen Postarbeiter im Innendienst gegen geplante Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierungen. Die kanadische Regierung ist durch die totale
Lahmlegung des gesamten Post-Verkehrs von und nach Kanada empfindlich getroffen. Sie hat mit Streikverbot geantwortet und jedem Bediensteten, der weiter streikt, gedroht, ihn per Sondergesetz mit einer Strafe von 160 DM pro weiterem Streiktag zu belegen. Trotz dieser Drohungen geht der Streik, den 78% in der Urabstimmung verlangten, unvermindert weiter. Jetzt fuchtelt der Innenminister mit einem Gesetz über den öffentlichen Dienst herum, um den Streik mit Entlassungen zu brechen.

Streiks australischer Hafenarbeiter

z.hef. Für 24 Stunden wurde am 18.Oktober der Hafen von Brisbane durch einen Streik der 700 Hafenarbeiter lahmgelegt. Die Vereinigung der Küstenarbeiter führte den Streik in Protest gegen einen Polizeieinsatz am Vortag durch. Die Polizei war brutal gegen Arbeiter aus Schlachthöfen vorgegangen, die die Verladung von Lebendvieh für Japan verhindern wollten. Die Forderung nach Ausfuhrverbot richtet sich gegen den kolonialen Charakter der Wirtschaft Australiens und die Aussaugung des Landes durch die Imperialisten, sie wird seit Jahren von der Gewerkschaftsbewegung erhoben. – 27 Schiffe wurden am 17.10. im Hafen Melbourne nicht beladen, als die Vereinigung der Küstenarbeiter zu einem Streik gegen ungleiche Bezahlung gleicher Arbeit in verschiedenen Teilen des Hafens aufrief. Die Gewerkschaft hat weitere Aktionen gegen die ungleiche Bezahlung angekündigt.

Massenstreikbewegung im Iran

Die Arbeiter kämpfen gegen das Schahregime, für Unabhängigkeit und für höheren Lohn

z.ges. Seit Wochen hat der Schah über die acht größten Städte des Iran den Kriegszustand verhängt. Aber es gelingt dem Schahregime nicht, die demokratische und antiimperialistische Massenbewegung unter Kontrolle zu bringen. Im Gegenteil. Eine breite Massenstreikbewegung erfaßt immer neue Teile der Arbeiter und Angestellten, in immer neuen Städten werden Massendemonstrationen durchgeführt. In den Städten, über die das Schah-Regime Kriegsrecht verhängt hat, gelingt es der Armee nicht, die Streiks und Demonstrationen zu unterbinden. Die Regierung des Schah unter Ministerpräsident Sharif-Emami erweist sich als äußerst instabil. Der Gesundheitsminister hat vor einigen Tagen seinen Rücktritt eingereicht. Er war damit beauftragt, die Sozialversicherung zu „reformieren“. Der Hochschulminister ist ebenfalls zurückgetreten. An der Universität Teheran wie an zahlreichen Oberschulen des ganzen Landes wird seit Semesterbeginn gestreikt. Der Ministerpräsident selber hat dem Schah seinen Rücktritt angeboten. Der Schah hat ihn abgelehnt, weil ein solcher Schritt die Sache auch nicht weiter bringen würde.

Während der Schah seinen Geburtstag dieses Jahr den Umständen entsprechend ziemlich zurückhaltend beging, hätte er auch keine Gelegenheit gehabt, groß zu repräsentieren. Seit Wochen streiken die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten. Kurz vor den reduzierten Feierlichkeiten, auf die der Schah nicht ganz hatte verzichten wollen, traten auch die Arbeiter und Angestellten der übrigen drei Fernsehgesellschaften dem Streik bei. Mit Übertragung war also nichts. Die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Rundfunkanstalten streiken für höheren Lohn und Gehalt. 50% Lohnerhöhung, angesichts der immensen Inflation völlig unzureichend, soll nach Agenturmeldungen von seiten der Regierung bisher angeboten worden sein. Die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten streiken außerdem gegen die Regierungszensur. Ihre Feststellung ist schlicht: Das Fernsehen lügt. Sein Ansehen beim Volk ist miserabel.

Bereits vorher waren die Belegschaften einiger Zeitungen in Streik getreten, nachdem Offiziere der Armee Kopien der Artikel vor Drucklegung hatten sehen wollen. Der Streik wurde schließlich beendet, als die Regierung Pressefreiheit zugesagt hatte. Wo das Kriegsrecht herrscht, kann sich die Regierung einige Freiheiten leisten.

Kern der Streikbewegung sind die Industriearbeiter und die Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Die Arbeiter der Post streiken. Die Lehrer streiken. Die Bankangestellten haben vorläufig die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen Teilzugeständnisse gemacht worden waren.

Die moderne Industriearbeiterschaft ist im Iran in der Erdölindustrie konzentriert, aber auch in der Stahlindustrie. Seit längerer Zeit bereits streiken die Erdölarbeiter der Petroleumindustrie in Abadan, wo die Regierung durch den Geheimdienst Hunderte von Menschen in einem Kino hat verbrennen lassen. Der Zorn der Volksbewegung richtet sich, neben Banken und Regierungsgebäuden, oft gegen Kinos und Alkoholgeschäfte. Mit seinem grausamen Brandanschlag wollte der Savak, der Geheimdienst des Schahs, die Volksbewegung irreführen und spalten. Aber das Volk ließ sich nicht täuschen.

Von Abadan breitet sich die Streikbewegung in der Erdölindustrie aus. Auch die Raffineriearbeiter in Teheran haben sich dem Streik angeschlossen. Seitdem sich die Tankwagenfahrer dem Streik angeschlossen haben, ist die Benzinversorgung der Hauptstadt zusammengebrochen. Neben Lohnforderungen erheben die Arbeiter der Erdölindustrie auch nationale Forderungen der Befreiung vom Imperialismus. In einem ihrer Dokumente, einem Schreiben an den Chef der Nationalen Iranischen Erdölgesellschaft, schreiben die Arbeiter: „Wir sind Zeuge der Fortsetzung des Kolonialismus in der iranischen Ölindustrie.“ Die Verfügung über die Ölindustrie war stets der Hauptstreitpunkt zwischen der nationalen Bewegung des Iran, deren Teil die Erdölarbeiter bilden, und dem Imperialismus.

Fortsetzung Seite 2

Werftarbeiter: „Der Lohn muß stimmen!“



Das Bild zeigt die Demonstration der Arbeiter der AG „Weser“ Werft in Bremen am 25. Oktober. Bereits zwei Tage vorher hatte die IG Metall alle Werftarbeiter zu einstündigen Kampfaktionen aufgerufen. „Für eine offensive Geschäftspolitik“ war die zentrale Losung der IG Metall-Bezirksleitung Hamburg. Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie suchen gegenüber der wachsenden Kampftätigkeit der Werftarbeiter ihr Heil in Klassenversöhnung: „Arbeiter und Unternehmer haben keine getrennten Interessen“, und in der Propaganda der Kriegsschiffproduktion: „Im Zuge der Arbeitsplatzsicherung kann man nicht fragen, was gebaut wird, sondern daß man baut“, verkündete SPD-Bundesvorstandsvize Koschnick den AG „Weser“ Arbeitern. Zwei Wochen vorher hatten die Arbeiter des Bremer Vulkan auf einer dreistündigen Demonstration das Verbot der Akkordarbeit gefordert. Die AG „Weser“ Arbeiter hatten auf angekündigte 95prozentige Kurzarbeit erklärt: „Ohne uns, der Lohn muß stimmen.“

auftragt, die Sozialversicherung zu „reformieren“. Der Hochschulminister ist ebenfalls zurückgetreten. An der Universität Teheran wie an zahlreichen Oberschulen des ganzen Landes wird seit Semesterbeginn gestreikt. Der Ministerpräsident selber hat dem Schah seinen Rücktritt angeboten. Der Schah hat ihn abgelehnt, weil ein solcher Schritt die Sache auch nicht weiter bringen würde.

Während der Schah seinen Geburtstag dieses Jahr den Umständen entsprechend ziemlich zurückhaltend beging, hätte er auch keine Gelegenheit gehabt, groß zu repräsentieren. Seit Wochen streiken die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten. Kurz vor den reduzierten Feierlichkeiten, auf die der Schah nicht ganz hatte verzichten wollen, traten auch die Arbeiter und Angestellten der übrigen drei Fernsehgesellschaften dem Streik bei. Mit Übertragung war also nichts. Die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Rundfunkanstalten streiken für höheren Lohn und Gehalt. 50% Lohnerhöhung, angesichts der immensen Inflation völlig unzureichend, soll nach Agenturmeldungen von seiten der Regierung bisher angeboten worden sein. Die Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten streiken außerdem gegen die Regierungszensur. Ihre Feststellung ist schlicht: Das Fernsehen lügt. Sein Ansehen beim Volk ist miserabel.

Bereits vorher waren die Belegschaften einiger Zeitungen in Streik getreten, nachdem Offiziere der Armee Ko-

Werftarbeiter: „Der Lohn muß stimmen!“



Das Bild zeigt die Demonstration der Arbeiter der AG „Weser“ Werft in Bremen am 25. Oktober. Bereits zwei Tage vorher hatte die IG Metall alle Werftarbeiter zu einstündigen Kampfaktionen aufgerufen. „Für eine offensive Geschäftspolitik“ war die zentrale Losung der IG Metall-Bezirksleitung Hamburg. Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie suchen gegenüber der wachsenden Kampftätigkeit der Werftarbeiter ihr Heil in Klassenversöhnung: „Arbeiter und Unternehmer haben keine getrennten Interessen“, und in der Propaganda der Kriegsschiffproduktion: „Im Zuge der Arbeitsplatzsicherung kann man nicht fragen, was gebaut wird, sondern daß man baut“, verkündete SPD-Bundesvorstandsvize Koschnick den AG „Weser“ Arbeitern. Zwei Wochen vorher hatten die Arbeiter des Bremer Vulkan auf einer dreistündigen Demonstration das Verbot der Akkordarbeit gefordert. Die AG „Weser“ Arbeiter hatten auf angekündigte 95prozentige Kurzarbeit erklärt: „Ohne uns, der Lohn muß stimmen.“

„Allparteienkonferenz über Rhodesien“ in Washington einberufen

US-Imperialisten wollen ZAPU in die „innere Lösung“ hineinbomben / Patriotische Front verstärkt den Befreiungskrieg

z.hef. Seit mehreren Wochen führen die Befreiungskämpfer der ZANLA Raketen- und Granatwerferangriffe gegen die von Siedlern bewohnten Teile der Stadt Umtali im Osten Zimbabwes durch. Die Angriffe sind Teil der Taktik der Streitkräfte der Patriotischen Front, die Städte vom Land her einzuschließen. Die Befreiungsstreitkräfte beschießen Umtali von dem höchsten Punkt der die Stadt umgebenden Hügel. Diese Stellung konnten ihnen die Siedlertruppen nicht nehmen. Das zeigt, wie weit das Smith-Regime die Kontrolle über das Land an die Patriotische Front verloren hat.

In der letzten Woche haben die US-Imperialisten einen neuen Entwurf für einen „Anglo-Amerikanischen Friedensplan“ verschickt. Der alte Entwurf war 1977 ausgeheckt worden. Der neue Entwurf unterscheidet sich vor allem in der Rolle des britischen Beauftragten in der geplanten Übergangsperiode von dem alten Plan. Viele Vollmachten, die nach dem alten Plan dieser Beauftragte (dazu ausersehen ist der britische Feldmarschall Lord Carver) haben sollte, sollen jetzt an einen „regierenden Rat“ aus acht Mitgliedern übergeben werden. Smith, Sithole, Muzorewa und Chirau sollen je einen Sitz erhalten, je zwei sollen für ZANU und ZAPU reserviert werden. Es ist die Beibehaltung der „inneren Lösung“ bei Erweiterung des jetzigen Rats aus Smith und den drei Verrätern. Hauptziel ist die Aufrechterhaltung des kolonialen Staatsapparats einschließlich Polizei und Söldnerarmee und die Auflösung der Befreiungsarmeen. Das wird mit „Integration“ der Armee des Smith-Regimes und der Einheiten der Patriotischen Front umschrieben.

Der neue Plan wie die damit verbundene Einladung zu einer neuen Allparteienkonferenz sind Resultat der Machenschaften des US-Imperialismus, der einen weiteren Versuch der Spaltung der Patriotischen Front wie der Frontstaaten unternimmt, damit einen neuen Schritt in der Interventionsvorbereitung, und der nebenbei den britischen Imperialisten Einfluß im südlichen Afrika abnehmen will.

Zunächst war geplant, während Smith's Besuch in den USA eine Allparteienkonferenz im „Camp-David-Stil“ durchzuführen, wie die „New York Times“ am 10.10. zugibt: „... Der Besuch wurde verschoben, als das US-Außenministerium die Vergabe der Visa verzögerte. In der Zwischenzeit versuchte die Carter-Regierung den Smith-Besuch zur Einberufung einer Allparteienkonferenz zu nutzen, die sie seit 18 Monaten will. Als diese Versuche scheiterten, gab das Außenministerium nach und gab die Visa letzten Mittwoch aus.“ Gescheitert war dieser Versuch daran, daß weder die Frontstaaten noch die Patriotische Front dem Ruf nach Washington gefolgt sind, und es den US-Imperialisten auch nicht gelang, einen Teil der Frontstaaten und der Patriotischen Front dorthin zu zerren. Daraufhin folgten die Smith'sche Bekanntgabe seiner „Bereitschaft zu All-Parteien-Gesprächen“, die gleichzeitige Bekanntgabe einer angeblichen Aufhebung des staatlichen Rassismus in Zimbabwe und die Bombardierungen und weiteren Angriffe auf Lager, vor allem in Sambia.

Diese Angriffe waren *ein* Mittel, mit dem die US-Imperialisten Sambia und die ZAPU in die „innere Lösung“ zwingen wollen. Die anderen Daumenschrauben wurden mittels des IWF angezogen. So mußte Sambia nach hartnäckigem Widerstand der Öffnung der Eisenbahnlinie durch Rhodesien zustimmen. Jetzt wollen die britischen Imperialisten Sambia noch weiter abhängig machen und gleichzeitig als Aufmarschgebiet für die Intervention vorbereiten. Sie schicken Luftabwehrraketen und 40 „Ausbilder“ nach Sambia. Sie würden auf keinen Fall am Abzug sitzen, gibt das Außenministerium in London bekannt. Bekannt ist, daß britische Söldnerpiloten in den Flugzeugen des Smith-Regimes am Abzug sitzen. Die britischen Imperialisten sehen ihre erste Aufgabe darin, Sambias eigenständige Verteidigung zu verhindern. Nicht zufällig sind die vorhandenen, von Großbritannien gelieferten Rapier-Raketensysteme nicht einsatzfähig, sondern es herrscht Mangel an Ersatzteilen und Ersatzraketen.

Das ZK der ZANU hat sich in einer von Genossen Mugabe unterzeichneten Erklärung aus Anlaß der Smith-Reise gegen die Einmischung der Supermacht in Zimbabwe ausgesprochen. „Während unseres ganzen langen und harten Kampfes für nationale Befreiung und Unabhängigkeit haben die Vereinigten Staaten, als Oberhaupt des Welt-Imperialismus, sich hartnäckig den gerechten Forderungen unseres Volkes widersetzt und sie bekämpft. ... Wir bestreiten nicht, daß die US-Regierung, als souveräner Staat, in die USA lassen mag, wen sie will. Wir unsererseits nehmen das Recht in Anspruch zu fordern, daß Staaten, die keine legalen Rechte oder Beteiligungen an der rhodesischen Verfassungssituation haben, nicht anwesend sein sollten bei zukünftigen Konferenzen über die Verfassung. Wir benennen jetzt die Vereinigten Staaten als einen dieser Staaten, die niemals teilnehmen sollen. Was uns betrifft: Der Krieg geht weiter und wird ausgeweitet bis zum endgültigen Sieg.“

Massenstreikbewegung im Iran

Fortsetzung von Seite 1

In Isfahan haben 30000 Stahlarbeiter den Streik für höhere Löhne, bessere Lohnverhältnisse und ärztliche Versorgung aufgenommen. Die spärlichen Nachrichten erfassen bestimmt nicht den Umfang der Streikbewegung.

Die gegenwärtige Volksbewegung besteht aus einem Bündnis zwischen Arbeiterbewegung, armen und landlosen Bauern und städtischem Kleinbürgertum, wobei die nationale Bourgeoisie versucht, den revolutionären Schwung der Volksbewegung für einige Reformen auszunutzen, die unter dem Stichwort Einhaltung der Verfassung laufen sollen. Die Volksbewegung selber, die noch weitgehend unter kleinbürgerlicher Führung steht, hat längst die Forderung nach Sturz des Schah und der Monarchie erhoben. Immer klarer richten sich die Losungen gegen den Imperialismus. Khomeiny, Führer des Aufstandes von 1963 und Hauptsprecher dieser revolutionären demokratischen Bewegung, begreift die Monarchie als Instrument des Imperialismus und erhebt zusammen mit der Losung des Sturzes von Reza Pahlevi die Forderung nach Unabhängigkeit. Der Iran soll ein islamischer Staat werden, was besagen soll: ein demokratischer, antiimperialistischer Staat, der einen festen Bestandteil der Dritten Welt bildet. Es wäre ein leichtes über die Unklarheiten des Programms der kleinbürgerlichen Führung der gegenwärtigen Volksbewegung des Iran herzufallen. Aber es wäre wenig wert, wenn nicht die Klarheit erkannt wird, die sich diese Bewegung trotz und mit dieser Führung in den zwei Grundfragen der Revolution verschafft hat: Sturz des halbfeudalen Schahregimes, Unabhängigkeit vom Imperialismus.

Diese revolutionäre Bewegung ist die Antwort auf die ,,Weiße Revolution'' des Schahregime, die die Landvertreibung der Bauern durch Kapitalisierung der Landwirtschaft, gestützt auf die Großgrundbesitzer beinhaltete, um den Imperialisten billige Arbeitskräfte und einen Markt zu sichern. Elend und Unterdrückung der Volksmassen haben einen solchen Grad erreicht, daß weder die Versuche des Schahregimes, die Bewegung blutig niederzuschlagen, noch sie durch Scheinzugeständnisse zu spalten, Erfolg haben. Tausende hat der Schah in den letzten Monaten zusammenschießen lassen und immer wieder haben die Massen ihre Trauer in revolutionäre Kraft verwandelt und sich erneut erhoben. Nach der großen revolutionären Massendemonstration vor einem Monat, die der Schah zusammenschießen ließ, ist über einen Anruf Jimmy Carters an den Schah berichtet worden. Jimmy Carter zimmerte damals an dem Spaltungsabkommen von Camp David. Von Camp David aus fand Jimmy Carter Worte des Bedauerns für die ,,Opfer der Unruhen'' und gab dem Schah den Hinweis, als erstes mal Ordnung herzustellen. Das Kriegsrecht wurde verhängt. Inzwischen muß der Schah bereits öffentlich dementieren, daß er Rücktrittsabsichten hege und die Krone seinem Sohn überlassen wolle.

Die Massenstreikbewegung hat die Ordnungsversuche à la Jimmy Carter zerschlagen. Stattdessen sollen gegenwärtig amerikanisch-iranische Geheimverhandlungen stattfinden, um festzustellen, durch Streichung welcher Importgeschäfte des Schahs die Verluste ausgeglichen werden sollen, die die Massenstreikbewegung dem Regime und dem Imperialismus selbst dann schon zugefügt hat, wenn sie ihre Forderungen nicht durchsetzen kann. Anscheinend soll es Streichungen an den Rüstungs- und Kernernergieplänen des Schah geben. Die ,,Süddeutsche Zeitung'' berichtet betrübt:

,,In den Berichten hieß es, auch die Bundesrepublik und Großbritannien sowie möglicherweise Frankreich seien von ähnlichen Sparprogrammen Teherans betroffen. Wie es hieß, will der Iran die Aufträge für sechs Unterseeboote und vier Kernkraftwerke im Gesamtwert von rund drei Milliarden Mark streichen, die die Bundesrepublik liefern sollte. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff werde noch im Lauf der Woche zu Gesprächen über dieses Problem erwartet.''

Sollte die gegenwärtige Volksbewegung zunächst bloß diese Erfolge erzielen, dann hätte sie den Würgegriff der Imperialisten um den Iran bereits angeschlagen. Der CIA vermutet, die Sozialimperialisten hätten die Hand im Spiel. Schnell hat TASS dementiert. Einige bürgerliche Oppositionelle versuchen inzwischen, die Volksbewegung unter Hinweis auf die ,,geopolitische Lage'' zu bremsen. Das Gegenteil ist richtig. Gerade diese Lage macht den Kampf bis zum Sieg um so dringlicher. Dieser Kampf kann nur bewaffnet siegen. Auf dem Heimweg von einer Schahgeburtstagsfeier sind in Jehrom der Polizeichef und der Kriegsrechtsverwalter erschossen worden. Unbedingt finden in einer revolutionären Situation solche Aktionen den Beifall der Massen und haben mit individuellem Terror nichts zu tun. Doch wird der bewaffnete Kampf nur unter der Führung der Arbeiterklasse siegen. Sicher sind schon Revolutionäre am Werk, die dieses Bewußtsein verbreiten und festigen.

Bundesrat lehnt ,,Mängelbericht zum Bildungswesen'' ab
Kämpfe gegen die Schulunterdrückung

z.gab. Am 20.10. hat der Bundesrat den ,,Mängelbericht'' ,,über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems'' des mittlerweile aus Schmidts Ministerrunde entfernten Bildungsministers Rohde abgelehnt. Die geplante Ausdehnung der bundesstaatlichen Gesetzgebungsbefugnisse über das Bildungswesen sei ein ,,Eingriff in die Kulturhoheit der Länder''. Und zudem gab Vogel zu den Plänen der Bundesregierung zu bedenken: ,,... die Unzulänglichkeiten liegen nicht an der föderativen Struktur, sie beruhen vielmehr darauf, daß die bildungspolitische Übereinstimmung zwischen den Parteien und in der Bevölkerung in den letzten Jahren geringer geworden sind.'' Gewachsen vor allem ist der Widerstand der Volksmassen gegen das Notensystem, die Prüfungsverschärfungen, die verschärfte Unterdrückung an den Schulen und Hochschulen. Dem, so ist die Befürchtung der Länderregierungen, ist allein mit verstärkter Zentralisierung des Bildungswesens und verschärfter Kontrolle der Schüler und Studenten durch den Staatsapparat nicht beizukommen. Ob es nicht politisch klüger wäre, nach einer anderen, weniger heiklen Lösung zu suchen, ist also der Rat des Bundesrates.

Ebenfalls am 20.10., kurz nach der Bundesratssitzung hat Schmidt die Ministerpräsidenten der Länder zu einer ,,Routine''-sitzung geladen. Einen Tag darauf meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ,,dem Strukturbericht seien die strittigen Punkte genommen''; und Bildungsminister Schmude hat bereits eine Parlamentssitzung im Herbst 78 angekündigt, auf der die notwendigen Gesetzesmaßnahmen zur ,,Behebung der Mängel im Bildungswesen'' zu beraten seien. Auf einiges also kann man sich gefaßt machen.

Angekündigt hatte Schmidt besagten Mängelbericht bereits in seiner Regierungserklärung am 16.12.1976: ,,Allerdings muß auch deutlich angemerkt werden, daß sich im Bildungswesen Ungleichgewichte abgezeichnet haben, die viele Eltern und viele Jugendliche beunruhigen. ... Die Rechtssprechung und die Landesparlamente fordern nun zunehmend gesetzliche Regelungen an Stelle der bisher geübten, sehr komplizierten Vereinbarungspraxis zwischen den Ländern... Gegenwärtig bestehen Besorgnisse hinsichtlich der Aufrechterhaltung einheitlicher Lebensverhältnisse vor allem auf folgenden Gebieten: 1. bei der Gestaltung des Zugangs zu den einzelnen Stufen des Bildungssystems, 2. bei der Bewertung und Anerkennung von Abschlüssen... 4. bei der inhaltlichen Ordnung der beruflichen Bildung, um länderseitige Rahmenlehrpläne für die Berufsschulen und bundeseinheitliche Ausbildungsordnungen für die Betriebe aufeinander abzustimmen.''

Ein Jahr später hatte Rohde den angekündigten Bericht verfaßt. Es geht nicht um vier, fünf oder sechs Jahre Grundschulpflicht oder um bessere ,,Voraussetzungen der Freizügigkeit für alle Bürger... innerhalb des Bildungssystems'', die durch die auseinanderklaffenden Bildungssysteme der Länder gefährdet sei, wie es scheinen mag, liest man Rohdes Bericht. Herausgekommen ist die Verschärfung und Kontrolle des gesamten Bildungssystems durch den Staatsapparat, die gesetzliche Verankerung des Sitzenbleibens, die gesetzliche Regelung der Prüfungs- und Ausleseverfahren an den einzelnen Schulen und Hochschulen und die gesetzliche Festlegung der von den Schulen zu erstellenden Gutachten über den Jugendlichen.

Besonderen Nachholbedarf gebe es in der beruflichen Bildung, hatte Schmidt in seiner Regierungserklärung festgestellt und ,,die Bundesregierung wird sich im übrigen für die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres für alle Schüler einsetzen und diesem den Vorrang vor einem zehnten, allgemeinbildenden Hauptschuljahr geben'' – eine leise Andeutung, daß das Finanzkapital nicht gewillt ist, auf dieses Jahr der kostenlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu verzichten. Die bisher noch wenig erfolgreiche Durchsetzung des 10. Bildungsjahres in allen Ländern als Berufsgrundschuljahr soll ebenfalls nun bundeseinheitlich und per Gesetz gegen den Widerstand der Arbeiterjugend an den Berufsschulen durchgesetzt werden.

,,Ihre Fingerfertigkeit ist Geld wert''

r.kla. ,,Im Januar 1977 ist in der neuen Berliner Fernschreiberfabrik, einer der derzeit modernsten Fertigungsstätten, die Serienproduktion unseres elektronischen Fernschreibers 1000 angelaufen. Das weltweite Interesse an dem neuen Gerät hat unsere Erwartungen voll erfüllt.'' Freudig verkündet dies die Siemens-Betriebsführung im Geschäftsbericht. Wo diese Freude ihre Grundlage hat,erfährt jede junge Arbeiterin schnell, die sich auf die wöchentlich in der ,,BZ'' erscheinenden Anzeigen ,,Ihre Fingerfertigkeit ist Geld wert'' bei Siemens vorstellt. ,,Mitarbeiterinnen ab siebzehn Jahren mit geschickten, feinfühligen Händen und sehr gutem Nahsehvermögen'' werden dort gesucht für ,,eine saubere und leicht erlernbare Tätigkeit''. Vor einem Jahr noch hieß es in den Anzeigen ,,Mitarbeiterinnen ab achtzehn Jahren''. Doch dies reicht den Siemens-Kapitalisten mittlerweile nicht mehr, der Welterfolg des Fernschreibers 1000 muß gesichert werden.

Die Arbeit sei nicht schwer, und wenn man ordentlich was leiste, könne man auch ordentlich verdienen – so der Betriebsingenieur bei einem einführenden Gespräch. Und die Arbeitszeit? Zwei Schichten, mehr ist den Frauen und Jugendlichen ja verboten. In den Worten des Betriebsführers klingt das Bedauern der Siemens-Kapitalisten, daß sie die Schranke des Verbotes der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche noch nicht einreißen konnten. Dafür erfährt jede junge Arbeiterin schnell, daß die Siemens-Kapitalisten das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche schon kräftig durchbrechen. Über jede Arbeiterin wird eine Leistungskurve angelegt, denn so Siemens: ,,Leistungsbeurteilung muß sein''. Wer längere Zeit unter dem Durchschnitt liegt, wird gefeuert. Und um diese Leistungsbeurteilung ,,objektiv'' zu machen, haben die Siemens-Kapitalisten auch gleich ein Datenverarbeitungssystem zur Überwachung eingereicht.

Akkordarbeit also für einen Lohn, der niedriger als der Akkord ist, denn, wo es um die Auszahlung der Löhne geht, da gilt für Siemens natürlich das Verbot der Akkordarbeit. Die Siebzehnjährigen werden durchweg zu dem Tariflohn in Lohngruppe 1, das heißt 6,77 DM, eingestellt. 50 junge Arbeitskräfte hat Siemens in den letzten Monaten auf diese Weise angekauft. Bei denen, die berufsschulpflichtig sind, hat die Siemens-Betriebsführung auch gleich eine

,,Umstrukturierung in der Textilbranche''
Importbeschränkungen der EG / Beispiel: ,,Beitrittskandidat'' Portugal

Welt bildet. Es wäre ein leichtes über die Unklarheiten des Programms der kleinbürgerlichen Führung der gegenwärtigen Volksbewegung des Iran herzufallen. Aber es wäre wenig wert, wenn nicht die Klarheit erkannt wird, die sich diese Bewegung trotz und mit dieser Führung in den zwei Grundfragen der Revolution verschafft hat: Sturz des halbfeudalen Schahregimes, Unabhängigkeit vom Imperialismus.

Diese revolutionäre Bewegung ist die Antwort auf die ,,Weiße Revolution'' des Schahregime, die die Landvertreibung der Bauern durch Kapitalisierung der Landwirtschaft, gestützt auf die Großgrundbesitzer beinhaltete, um den Imperialisten billige Arbeitskräfte und einen Markt zu sichern. Elend und Unterdrückung der Volksmassen haben einen solchen Grad erreicht, daß weder die Versuche des Schahregimes, die Bewegung blutig niederzuschlagen, noch sie durch Scheinzugeständnisse zu spalten, Erfolg haben. Tausende hat der Schah in den letzten Monaten zusammenschießen lassen und immer wieder haben die Massen ihre Trauer in revolutionäre Kraft verwandelt und sich erneut erhoben. Nach der großen revolutionären Massendemonstration

nisterrunde entfernten Bildungsministers Rohde abgelehnt. Die geplante Ausdehnung der bundesstaatlichen Gesetzgebungsbefugnisse über das Bildungswesen sei ein ,,Eingriff in die Kulturhoheit der Länder''. Und zudem gab Vogel zu den Plänen der Bundesregierung zu bedenken: ,,... die Unzulänglichkeiten liegen nicht an der föderativen Struktur, sie beruhen vielmehr darauf, daß die bildungspolitische Übereinstimmung zwischen den Parteien und in der Bevölkerung in den letzten Jahren geringer geworden sind.'' Gewachsen vor allem ist der Widerstand der Volksmassen gegen das Notensystem, die Prüfungsverschärfungen, die verschärfte Unterdrückung an den Schulen und Hochschulen. Dem, so ist die Befürchtung der Länderregierungen, ist allein mit verstärkter Zentralisierung des Bildungswesens und verschärfter Kontrolle der Schüler und Studenten durch den Staatsapparat nicht beizukommen. Ob es nicht politisch klüger wäre, nach einer anderen, weniger heiklen Lösung zu suchen, ist also der Rat des Bundesrates.

Ebenfalls am 20.10., kurz nach der Bundesratssitzung hat Schmidt die Ministerpräsidenten der Länder zu einer ,,Routine''-sitzung geladen. Einen Tag darauf meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ,,dem Strukturbericht seien die

maßnahmen zur ,,Behebung der Mängel im Bildungswesen'' zu beraten seien. Auf einiges also kann man sich gefaßt machen.

Angekündigt hatte Schmidt besagten Mängelbericht bereits in seiner Regierungserklärung am 16.12.1976: ,,Allerdings muß auch deutlich angemerkt werden, daß sich im Bildungswesen Ungleichgewichte abgezeichnet haben, die viele Eltern und viele Jugendliche beunruhigen. ... Die Rechtssprechung und die Landesparlamente fordern nun zunehmend gesetzliche Regelungen an Stelle der bisher geübten, sehr komplizierten Vereinbarungspraxis zwischen den Ländern... Gegenwärtig bestehen Besorgnisse hinsichtlich der Aufrechterhaltung einheitlicher Lebensverhältnisse vor allem auf folgenden Gebieten: 1. bei der Gestaltung des Zugangs zu den einzelnen Stufen des Bildungssystems, 2. bei der Bewertung und Anerkennung von Abschlüssen... 4. bei der inhaltlichen Ordnung der beruflichen Bildung, um länderseitige Rahmenlehrpläne für die Berufsschulen und bundeseinheitliche Ausbildungsordnungen für die Betriebe aufeinander abzustimmen.''

Ein Jahr später hatte Rohde den angekündigten Bericht verfaßt. Es geht nicht um vier, fünf oder sechs Jahre Grund-

fenden Bildungssysteme der Länder gefährdet sei, wie es scheinen mag, liest man Rohdes Bericht. Herausgekommen ist die Verschärfung und Kontrolle des gesamten Bildungssystems durch den Staatsapparat, die gesetzliche Verankerung des Sitzenbleibens, die gesetzliche Regelung der Prüfungs- und Ausleseverfahren an den einzelnen Schulen und Hochschulen und die gesetzliche Festlegung der von den Schulen zu erstellenden Gutachten über den Jugendlichen.

Besonderen Nachholbedarf gebe es in der beruflichen Bildung, hatte Schmidt in seiner Regierungserklärung festgestellt und ,,die Bundesregierung wird sich im übrigen für die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres für alle Schüler einsetzen und diesem den Vorrang vor einem zehnten, allgemeinbildenden Hauptschuljahr geben'' – eine leise Andeutung, daß das Finanzkapital nicht gewillt ist, auf dieses Jahr der kostenlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu verzichten. Die bisher noch wenig erfolgreiche Durchsetzung des 10. Bildungsjahres in allen Ländern als Berufsgrundschuljahr soll ebenfalls nun bundeseinheitlich und per Gesetz gegen den Widerstand der Arbeiterjugend an den Berufsschulen durchgesetzt werden.

den Frauen und Jugendlichen ja verboten. In den Worten des Betriebsführers klingt das Bedauern der Siemens-Kapitalisten, daß sie die Schranke des Verbotes der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche noch nicht einreißen konnten. Dafür erfährt jede junge Arbeiterin schnell, daß die Siemens-Kapitalisten das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche schon kräftig durchbrechen. Über jede Arbeiterin wird eine Leistungskurve angelegt, denn so Siemens: ,,Leistungsbeurteilung muß sein''. Wer längere Zeit unter dem Durchschnitt liegt, wird gefeuert. Und um diese Leistungsbeurteilung ,,objektiv'' zu machen, haben die Siemens-Kapitalisten auch gleich ein Datenverarbeitungssystem zur Überwachung eingereicht.

Akkordarbeit also für einen Lohn, der niedriger als der Akkord ist, denn, wo es um die Auszahlung der Löhne geht, da gilt für Siemens natürlich das Verbot der Akkordarbeit. Die Siebzehnjährigen werden durchweg zu dem Tariflohn in Lohngruppe 1, das heißt 6,77 DM, eingestellt. 50 junge Arbeitskräfte hat Siemens in den letzten Monaten auf diese Weise angekauft. Bei denen, die berufsschulpflichtig sind, hat die Siemens-Betriebsführung auch gleich eine

,,Lösung'' parat. Vorgedruckte Formulare für die Eltern, wo sie die Befreiung von der Berufsschule beantragen müssen. Fünf Tage in der Woche wollen die Kapitalisten die junge Arbeitskraft vernutzen. Denn diese Arbeit hält keiner lange aus. Montage zum Teil unter der Lupe bei Taktzeiten von drei Sekunden. 80% der Neueingestellten müssen nach 1½ Jahren eine Brille tragen. Bluthochdruck und Kreislaufstörungen stellen sich so zwangsläufig ein, Fehlgeburten häufen sich.

,,Der große Fortschritt in der Mikroelektronik ist die Grundlage des Erfolges des Fernschreibers 1000'', lügen die Siemens-Kapitalisten in einer Hochglanzbroschüre ,,über die vorbildliche Berliner Produktionsstätte''.

,,Umstrukturierung in der Textilbranche''
Importbeschränkungen der EG / Beispiel: ,,Beitrittskandidat'' Portugal

z.ulg.Rom. Im Juli 1977 bereits, teilt die EG-Kommission auf Anfrage mit, habe sie dem zuständigen GATT-Ausschuß mitgeteilt, an einen EG-Beitritt zum Internationalen Kunstfaserabkommen sei nur zu denken, wenn zugleich die anderen Textileinfuhren in die EG beschränkt würden. Westdeutschland und Großbritannien gehören nach den USA und Japan selbst zu den größten Kunstfaserproduzenten und -exporteuren der Welt. Bei den ,,anderen Textileinfuhren'' wurde alsbald zur Tat geschritten. Der Marktanteil der Länder mit Assoziierungs-, Kooperations- und Präferenzverträgen, sämtlich Länder der Dritten Welt, habe ständig zugenommen, wurde ein anderer Anfrager im Europäischen Parlament beschieden. Damit muß Schluß sein, damit daheim in der nötigen Ruhe rationalisiert werden kann: ,,Wenn diese Entwicklung sich fortsetzen würde, könnte sie die Anstrengungen der Gemeinschaft zur Umstrukturierung der Textilbranche in Frage stellen.''

Diese Anstrengungen sind beträchtlich. Von 1973 bis 1976 ist die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie der EG von 1,9 auf 1,6 Mio. gedrückt worden, in der Bekleidungsindustrie von 1,34 auf 1,20 Mio., beidesmal bei minimalem Produktionsrückgang. Den Vogel haben, wie meist, die westdeutschen Kapitalisten abgeschossen: In der Textilindustrie der BRD produzieren heute knapp 2/3 der Arbeiter und Angestellten von 1970 6% mehr als damals.

Damit dies blühende Geschäft nicht gestört wird, hat die EG seit Ende des letzten Jahres mit insgesamt 23 Ländern ,,Verhandlungen'' über die Beschränkung ihrer Textilausfuhren in die EG geführt, bei denen bis 1983 Höchstgrenzen festgelegt wurden. Die parlamentarischen Anfrager im Europaparlament hat natürlich gleich die Sorge geplagt, es könnten auch die eigenen Fabriken ihrer Auftraggeber in den ,,Billiglohnländern'' Ostasiens darunter leiden. Ihnen hat die Kommission mitgeteilt, die Kontingente für Südkorea seien um 11%, für Hongkong um 10%, für Taiwan freilich um 34% gesenkt worden. Eine Pille, die erheblich versüßt wird durch die Tatsache, daß die Inhaber dieser Fabriken allermeist zugleich bemüht sind, ihre westeuropäischen Werke ebenfalls zu Billiglohnfabriken zu machen, und dafür ist Ruhe am Markt immer gut, erst recht im Fall von Streiks.

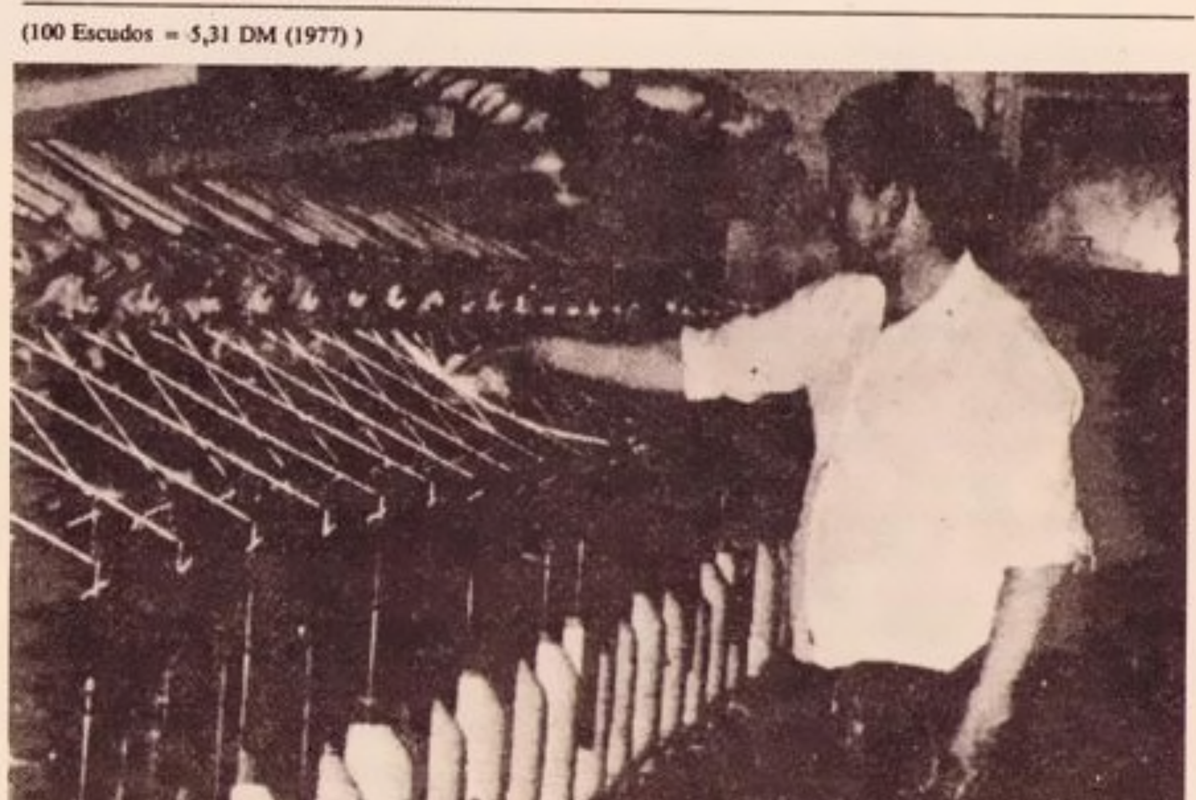
Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Während die ,,Textilhandelsbilanz'' der EG 1975 und 1976 noch mit minus 2,0 bzw. minus 3,7 Mrd. $ abschloß, ist 1977 bereits ein Überschuß von 1,3 Mrd. $ herausgesprungen. Die Weltmarktoffensive, gründlich vorbereitet durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land, läuft, und es wird Zeit, der heimischen Textilindustrie in einigen Ländern der Dritten Welt den Garaus zu machen. Zum Beispiel in Portugal.

Die portugiesische Textilindustrie ist eine der wenigen Exportbranchen des Landes, dessen Einfuhren die Ausfuhren um mehr als das Doppelte übersteigen. Am 20. März dieses Jahres hat die EG-Kommission für die Textilimporte aus Portugal Höchstgrenzen festgelegt, oberhalb derer sie jederzeit die 1972 vertraglich mit Portugal vereinbarten Zollerleichterungen außer Kraft setzen kann. Von den davon betroffenen Waren sind in der Tabelle einige aufgeführt. Gleichzeitig wurde für eine Reihe weiterer Waren ,,Beobachtung'' verfügt, um auch dafür gegebenenfalls zügig Beschränkungen verhängen zu können.

Ein direkter Vergleich ist aufgrund der anderen Gliederung der portugiesischen Außenhandelsstatistik nur für Stoffe aus Kunstfaser möglich. Er ist eindrucksvoll genug. Er zeigt, was die EG-Imperialisten dem ,,Beitrittskandidaten'' zugedacht haben: Vollständigen Ruin der heimischen Wirtschaft.

Warenkategorie	Höchstgrenze lt. EG-Verordnung in t	Importe 1977 in t	Importe 1977 Mio. Esc.	Importe 1. Hj. 1978 in t	Importe 1. Hj. 1978 Mio. Esc.
Stoffe aus Kunstfasern	3050	4915	1132,6	2076	593,9
Oberbekleidung für Männer/Jungen	1166				
Oberbekl. Frauen/Mädchen u. Kind.	356	4183	1815,4	2886	1599,0
Unterwäsche für Männer/Jungen	–				
Unterw. für Frauen/Mädchen u. Kind.	113				

(100 Escudos = 5,31 DM (1977))



Im Bezirk Braga im Norden Portugals (Bild: in einer Textilfabrik) arbeiten 70000 Textilarbeiter. Sie stellen die wichtigsten Handelsartikel des Landes her (Anteil von 30% am Gesamtexport 1977). Im Kampf gegen den Würgegriff der Imperialisten haben die Textilarbeiter von Braga in gewerkschaftlichen Wahlen Anfang Oktober die Vereinigte Revolutionäre Liste, einen von mehreren revolutionären Organisationen unterstützten Zusammenschluß, auf fünf von fünfzehn Plätzen gewählt.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 44: 32000

Dollarverfall verschärft die imperialistische Konkurrenz

Die USA wollen ihren Weltmarktanteil erhöhen

z.ges. Langsam wird es spannend. Nach Präsident Carters Verkündigung eines „Antiinflationsprogramms" stellt sich als Effekt heraus, „Dollar im freien Fall". Am Freitag letzter Woche hatte der amtliche Mittelkurs des Dollars an der Frankfurter Devisenbörse gerade noch 1,76 DM betragen. Die Bundesbank hatte nicht eingegriffen und keine Dollars aufgekauft. Erst recht in Japan ist der Dollar „unter Druck" gekommen. Halb höhnisch, halb besorgt, bemerkt das „Handelsblatt": „Obwohl der amerikanische Finanzminister pausenlos in Optimismus macht und den Dollar nach oben zu reden versucht, trudelt er immer weiter abwärts." Vielleicht kommt der Optimismus Blumenthals gerade vom Abwärtstrudeln des Dollars?

Woher kommt der neuerliche Kursverfall des Dollars? Offensichtlich hängt er mit dem Handelsdefizit der USA zusammen, die mehr importieren als exportieren. Aber folgt aus einem Handelsdefizit ein Kursverfall des Dollars? Würden die USA alle Importe, die nicht durch Exporte gedeckt sind, mit Gold statt mit Dollars zahlen, dann gäbe es auch keinen Kursverfall des Dollars. Mit dem Handelsdefizit wäre es dann auch schnell vorbei: die USA könnten es gar nicht mehr bezahlen. Sie müßten ihren Import einschränken. Statt dessen steigern sie die Importe, insbesondere ihre Ölimporte. Weil die USA ihr Handelsdefizit mit Papier zahlen, das selber keinerlei Wert hat, schwillt mit dem Handelsdefizit die Dollarschwemme weiter an, die zum Kursverfall des Dollars führt. Vorübergehend, nämlich solange der Dollar dennoch als internationales Zahlungsmittel anerkannt bleibt, läßt sich mit diesem Kursverfall ganz gut leben, für die US-Imperialisten jedenfalls. Sie kaufen mehr als sie verkaufen und zahlen den Rest in Dollars, so wie sie früher Dollars exportiert haben, ohne entsprechende Werte produziert zu haben.

Wenn der Dollar aber als internationales Geld und Zahlungsmittel zu fungieren aufhören würde, dann hätten nicht nur die USA das Nachsehen, sondern alle Länder, deren Währungsreserven und Devisenschätze vor allem aus Dollars gebildet werden. So können die USA ziemlich hoch pokern, d.h. den Dollar tief fallen lassen, indem sie ihr Handelsdefizit ungeniert weiter mit Papier bezahlen, das nichts wert ist und dessen Kurs verfällt. Die Entwertung der Devisenschätze der anderen Länder, insbesondere der OPEC-Länder, aber auch der hauptsächlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, der BRD und Japans, ist dabei ein erwünschter Nebeneffekt. Diese Konkurrenten wiederum können sich gegen den Kursverfall, solange sie den Dollar als internationales Zahlungsmittel anerkennen, nur durch Aufkäufe von Dollars stemmen, wobei sie laufend Verluste machen.

Der Kursverlust des Dollars ist für die US-Imperialisten aber auch günstig, um im Kampf um Weltmarktanteile ihre beträchtlichen Rückschläge zu überwinden. Amerikanische Waren werden auf dem Weltmarkt relativ billiger, weil ihre Dollarpreise durch den Kursverfall des Dollars nicht berührt werden, Dollars aber im Austausch mit anderem Geld billiger zu haben sind. Ausländische Waren werden dagegen in ihren Dollarpreisen teurer. Amerikanischer Export wird erleichtert, Import der Konkurrenten in die USA wird erschwert. Befriedigt stellt US-Unterstaatssekretär C. Fred Bergsten fest:

„Das Absinken des Wertes des Dollars im Verhältnis zu den Währungen einiger unserer wichtigen Handelspartner hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Waren augenfällig erhöht. Amerikanische Hersteller, die noch vor einem Jahr nicht konkurrieren konnten, können jetzt eine echte Wettbewerbschance haben. Dies gilt vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan, aber auch gegenüber den Erzeugnissen dieser Länder auf Drittmärkten."

Die USA erzielen also vielfache Vorteile aus dem Kursverfall des Dollars und können sich obendrein als die Hauptleidtragenden verkaufen. Ihr Handelsdefizit kann wachsen, ohne daß sie sich verschulden. Die Verkäufer von Waren an die USA bekommen für ihre Dollars weniger Waren, als sie verkauft haben, bevor der Dollar fiel.

Am wenigsten Verluste machen sie dabei noch, wenn sie ihre Waren von den USA kaufen, was deren Export hebt.

Wollen sie etwas gegen den Kursverfall des Dollars unternehmen, dann sind sie gezwungen, Dollars am Devisenmarkt aufzukaufen, was ihre Verluste erhöht im Maße wie sie ihre Dollarschätze vermehren.

Die Frage scheint nur zu sein, wie lange sich die USA diese Politik noch leisten können. Tatsächlich gibt es unter den OPEC-Ländern die Absicht, den Dollar als internationales Zahlungsmittel für Öl abzulösen. Um das zu erschweren, haben die USA die ganze Zeit über mit ihren verfallenden Dollars die Ölläger gefüllt. Das sind Reserven für den Preiskrieg.

Die Konkurrenten der USA aber können sich eine rigide Antwort auf den Kurs der USA schon deshalb nicht leisten, weil sie selber zu „Dollarmächten" geworden sind.

Wie lange werden die USA diesen Poker noch nötig haben? So stellt sich die Frage in Wirklichkeit. Die USA werden ihre Vorherrschaft erst wieder gesichert haben, wenn sie auf dem Weltmarkt vorherrschen. Der Kursverfall des Dollars zeigt, daß das noch nicht der Fall ist. Parallel zur Dollarabwertung ergreifen die USA eine ganze Serie von Maßnahmen, um ihren Export zu steigern und den Konkurrenten, vor allem der BRD und Japan, Märkte abzujagen. Reallohnsenkung ist der Kern von Carters Antiinflationsprogramm, die Umwälzung der Maschinerie wird beschleunigt, um die Konkurrenten in der Schweißauspressung überholen zu können. Politischer Druck wird ausgeübt, um fremde Märkte zu öffnen, während der eigene gesichert wird. „Auf jeden Fall", so verkündet besagter Unterstaatssekretär, „müssen die Vereinigten Staaten neue Exportinitiativen ergreifen. Wir müssen sicherstellen, daß die jetzigen Trends auch anhalten. Wir brauchen einen Fortschritt selbst über die optimistischsten Voraussagen hinaus. Und wir müssen begreifen, daß – was immer das Ergebnis kurzfristig sein mag – die amerikanische Exportleistung aus langfristigen Gründen wesentlich steigen muß."

Kurzfristig kann der Dollar noch ordentlich fallen, wenn das neue Märkte öffnet, worauf es langfristig ankommt. Die USA lassen jetzt, nachdem sie lange Zeit den künstlich hochgehaltenen Dollarkurs nutzten, um sich rund um die Welt in die Produktion einzukaufen, den Dollarkurs sinken, um ihren Konkurrenten Märkte abzujagen. Unvermeidlich wird am Ende eine neue Überproduktionskrise stehen, gegenüber der die Krise von 1974/75 leicht bloß als gelinder Vorgeschmack erscheinen mag. Diese Überproduktionskrise wird aller Wahrscheinlichkeit nach zuerst auf den europäischen Märkten ausbrechen, z.B. auf dem Automobilmarkt. Schon jetzt haben die Maßnahmen der US-Imperialisten auf dem amerikanischen Automobilmarkt zur Rückeroberung von Marktanteilen geführt. Die japanischen Imperialisten dringen zum Ausgleich immer stärker auf den europäischen Markt, auf dem aber auch die US-Imperialisten konkurrenzfähig zu werden beginnen. Umso mehr versuchen die Automobilkapitalisten aus der westdeutschen Produktion herauszuholen. Sonderschichten, Überstunden, immer heftigere Auspressung der Arbeitskraft, sind die Antwort auf die Verschärfung der Konkurrenz, die die Überproduktionskrise schon ankündigt. Einstweilen wird sich erneut die Inflation verstärken. Dazu führen allein schon die Versuche, der US-Strategie mit Dollaraufkäufen zu begegnen. Irgendwelche Erhöhungen der Mindestreserven, wie jetzt durch die Bundesbank beschlossen, werden da nichts ändern.

Die US-Expansion auf dem Weltmarkt geht Hand in Hand mit einem weiteren allseitigen Angriff auf die Arbeiterklasse, gerade in Europa, gerade in der BRD. In dieser Lage werden die Kapitalisten erst recht nach Opfern schreien und erst recht wird die Arbeiterklasse sich nur durch die Stärkung ihrer internationalen Solidarität verteidigen können. Nebenher bemerkt: Sobald sich die Überproduktion auf dem Markt bemerkbar machen wird, werden die Revisionisten wieder den Osthandel empfehlen und die sozialimperialistische Supermacht wird ihre „brüderlichen Beziehungen" und die „internationale Arbeitsteilung" anbieten.

Wie gesagt, es wird spannend. Schmidt ist schon fiebrig geworden und beginnt Supermachtsträume zu spinnen. Eines Tages werde ein europäisches Währungssystem die Grundlage des Weltwährungssystems bilden, sagte er vor westdeutschen Bankiers.

Peru: „IWF – eine anachronistische Institution"

z.pek. Für November hat der Internationale Währungsfonds weitere Umschuldungsverhandlungen mit Peru angekündigt. Verhandelt werden soll über 1 Mrd. Dollar, die als Zinsen und Rückzahlungsraten in den nächsten zwei Jahren fällig werden. Zur Sicherung dieser Zinszahlungen haben die IWF-Gläubiger ein „Beistandsabkommen" mit einem Kredit von 240 Mio. Dollar angeboten, der mit folgenden Bedingungen verbunden ist: „Einfrieren des Defizits im Staatshaushalt durch weiteren Abbau der Nahrungsmittelsubventionen, Entlassungen von Beschäftigten in den öffentlichen Unternehmungen und weitere schrittweise Abwertungen des Sol". Gegen eine solche IWF-Kur haben sich die peruanischen Arbeiter und Bauern bereits im Sommer mit einem Generalstreik und Massenkundgebungen zur Wehr gesetzt. Mitte Oktober hat der peruanische Präsident Bermudes die Erpressung zurückgewiesen und den IWF als „anachronistische Institution", die den Aufbau des Landes hintertreibt, angegriffen.

Der Zwang zu der hohen Verschuldung Perus von gegenwärtig 4,2 Mrd. Dollar begründet sich aus der Ausplünderung seiner Rohstoffe durch die Imperialisten. Gegen die Senkung des Kupferpreises hat sich Peru mit den anderen kupferproduzierenden Ländern zur CIPEC zusammengeschlossen. Gemeinsam führen die Länder der Dritten Welt mit den Unctad-Verhandlungen einen zähen Kampf um die Schaffung internationaler Rohstoffonds zur Durchsetzung von Mindestpreisen. Dagegen propagiert der IWF verstärkt Kredite zur Abdeckung von Verlusten der Länder der Dritten Welt bei ihren Rohstoffexporten. Das sei „die billigere Lösung als die physische Lagerbildung". Billiger für wen?

Über die 1963 geschaffene „kompensatorische Finanzierungsfazilität" vergibt der IWF Kredite „zur Stabilisierung des Exporterlöses". Bedingung für die Inanspruchnahme eines solchen Kredits ist, daß die Einnahmen aus den Warenexporten des Empfängerlandes gesunken sind. Darüberhinaus müssen die Empfängerländer „aufgrund der Zahlungsbilanzsituation einen echten Finanzbedarf nachweisen und mit dem Fonds bezüglich einer angemessenen Lösung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten zusammenarbeite". Als „angemessen" betrachtet der IWF „die Drosselung des Konsums, die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen im privaten Bereich sowie die Stärkung der Exporte und Substitution der Importe durch preisliche Impulse". Für den dann gewährten Kredit mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren wird eine Anfangsverzinsung von 4,375% berechnet, die sich bis zum fünften Jahr auf 6,375% erhöht.

Die Schuldenlast an die Sowjetunion erdrückt Afghanistan
Die Sozialimperialisten ändern „Modalitäten der Tilgung" durch Putsch / Erdgas und Baumwolle vollständig in die UdSSR
z.hku. Oft genug haben die Sozialimperialisten sich auf den internationalen Konferenzen der letzten Jahre an der Seite der westlichen Imperialisten wiedergefunden – konfrontiert mit den Forderungen der Länder der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirt- dem Farbwechsel der Sowjetunion verwandelte die neue imperialistische Bourgeoisie die Hilfe an das rückständige Land in eine Schlinge, die sie zunächst sachte, dann aber um so fester anzog. 1956 wurde der erste Kredit über 100 Mio. Rubel vereinbart. Wie sten 600 Mio. Rubel, 10% des Exports gingen bereits für die Schuldentilgung drauf. Afghanistan konnte nicht zahlen. Ein Kreditpaket wurde gestundet und die Zinsen gestrichen; dafür mußte Afghanistan einen neuen Kredit aufnehmen für die Erschließung von wei- gegeben, und der Bau einer Brücke über den Grenzfluß Amu-Darya beschlossen, um den Zugriff der Sozialimperialisten auf das Land zu erleichtern. Die Sozialimperialisten nennen die Veränderungen in Afghanistan „Revo-
Auf den Krediten dieser Fazili-
Weil die USA ihr Handelsdefizit mit Papier zahlen, das selber keinerlei Wert hat, schwillt mit dem Handelsdefizit die Dollarschwemme weiter an, die zum Kursverfall des Dollars führt. Vorübergehend, nämlich solange der Dollar dennoch als internationales Zahlungsmittel anerkannt bleibt, läßt sich mit diesem Kursverfall ganz gut leben, für die US-Imperialisten jedenfalls. Sie kaufen mehr als sie verkaufen und zahlen den Rest in Dollars, so wie sie früher Dollars exportiert haben, ohne entsprechende Werte produziert zu haben.
Wenn der Dollar aber als internationales Geld und Zahlungsmittel zu fungieren aufhören würde, dann hätten nicht nur die USA das Nachsehen, sondern alle Länder, deren Währungsreserven und Devisenschätze vor allem aus Dollars gebildet werden. So können die USA ziemlich hoch pokern, d.h. den Dollar tief fallen lassen, indem sie ihr Handelsdefizit ungeniert weiter mit Papier bezahlen, das nichts
fällig erhöht. Amerikanische Hersteller, die noch vor einem Jahr nicht konkurrieren konnten, können jetzt eine echte Wettbewerbschance haben. Dies gilt vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan, aber auch gegenüber den Erzeugnissen dieser Länder auf Drittmärkten."
Die USA erzielen also vielfache Vorteile aus dem Kursverfall des Dollars und können sich obendrein als die Hauptleidtragenden verkaufen. Ihr Handelsdefizit kann wachsen, ohne daß sie sich verschulden. Die Verkäufer von Waren an die USA bekommen für ihre Dollars weniger Waren, als sie verkauft haben, bevor der Dollar fiel.
Am wenigsten Verluste machen sie dabei noch, wenn sie ihre Waren von den USA kaufen, was deren Export hebt.
Wollen sie etwas gegen den Kursverfall des Dollars unternehmen, dann
tionsprogramm, die Umwälzung der Maschinerie wird beschleunigt, um die Konkurrenten in der Schweißauspressung überholen zu können. Politischer Druck wird ausgeübt, um fremde Märkte zu öffnen, während der eigene gesichert wird. „Auf jeden Fall", so verkündet besagter Unterstaatssekretär, „müssen die Vereinigten Staaten neue Exportinitiativen ergreifen. Wir müssen sicherstellen, daß die jetzigen Trends auch anhalten. Wir brauchen einen Fortschritt selbst über die optimistischsten Voraussagen hinaus. Und wir müssen begreifen, daß – was immer das Ergebnis kurzfristig sein mag – die amerikanische Exportleistung aus langfristigen Gründen wesentlich steigen muß."
Kurzfristig kann der Dollar noch ordentlich fallen, wenn das neue Märkte öffnet, worauf es langfristig ankommt. Die USA lassen jetzt, nachdem sie lange Zeit den künstlich hochgehaltenen Dollarkurs nutzten, um sich rund um
Die US-Expansion auf dem Weltmarkt geht Hand in Hand mit einem weiteren allseitigen Angriff auf die Arbeiterklasse, gerade in Europa, gerade in der BRD. In dieser Lage werden die Kapitalisten erst recht nach Opfern schreien und erst recht wird die Arbeiterklasse sich nur durch die Stärkung ihrer internationalen Solidarität verteidigen können. Nebenher bemerkt: Sobald sich die Überproduktion auf dem Markt bemerkbar machen wird, werden die Revisionisten wieder den Osthandel empfehlen und die sozialimperialistische Supermacht wird ihre „brüderlichen Beziehungen" und die „internationale Arbeitsteilung" anbieten.
Wie gesagt, es wird spannend. Schmidt ist schon fiebrig geworden und beginnt Supermachtsträume zu spinnen. Eines Tages werde ein europäisches Währungssystem die Grundlage des Weltwährungssystems bilden, sagte er vor westdeutschen Bankiers.
mit den Unctad-Verhandlungen einen zähen Kampf um die Schaffung internationaler Rohstoffonds zur Durchsetzung von Mindestpreisen. Dagegen propagiert der IWF verstärkt Kredite zur Abdeckung von Verlusten der Länder der Dritten Welt bei ihren Rohstoffexporten. Das sei „die billigere Lösung als die physische Lagerbildung". Billiger für wen?
Über die 1963 geschaffene „kompensatorische Finanzierungsfazilität" vergibt der IWF Kredite „zur Stabilisierung des Exporterlöses". Bedingung für die Inanspruchnahme eines solchen Kredits ist, daß die Einnahmen aus den Warenexporten des Empfängerlandes gesunken sind. Darüberhinaus müssen die Empfängerländer „aufgrund der Zahlungsbilanzsituation einen echten Finanzbedarf nachweisen und mit dem Fonds bezüglich einer angemessenen Lösung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten zusammenarbeite". Als „angemessen" betrachtet der IWF „die Drosselung des Konsums, die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen im privaten Bereich sowie die Stärkung der Exporte und Substitution der Importe durch preisliche Impulse". Für den dann gewährten Kredit mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren wird eine Anfangsverzinsung von 4,375% berechnet, die sich bis zum fünften Jahr auf 6,375% erhöht.

Auf den Krediten dieser „Fazilität" ist der IWF bis 1975 weitgehend sitzengeblieben. Die gesamten Auszahlungen erreichten bis dahin gerade 1,4 Mrd. Dollar. Erst mit der weiteren Senkung der Rohstoffpreise konnten die Imperialisten die Länder der Dritten Welt zwingen, von Januar 1976 bis April 1978 65 Ziehungen in Höhe von insgesamt 3,2 Mrd. Dollar in Anspruch zu nehmen. So mußte Marokko im Sommer einen Kredit von 70 Mio. Dollar als Kompensation für Verluste bei Rohstoffexporten in Anspruch nehmen, nachdem seine Exporterlöse 1975 um 11,5% und 1976 12,5% gesunken waren. Für 1978 und 1979 wollen die Imperialisten „eine wesentliche Erhöhung der Inanspruchnahme der Fazilität" durchsetzen und dazu die im Frühjahr beschlossene Quotenerhöhung nutzen.

Über die Unctad-Verhandlungen führen die Länder der Dritten Welt den Kampf gegen die Krediterpressungen des IWF. Sie fordern eine allgemeine Herabsetzung der Zinssätze, den Aufschub der Rückzahlung solange, bis das Empfängerland wieder Exporterlöse erzielt und die Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen ohne politische Bedingungen. Gleichzeitig betreiben sie den Aufbau ihrer eigenen Kreditorganisationen. Mit dem Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung haben die Länder der Dritten Welt erstmals durch ihre Zweidrittelmehrheit in den Organen des Fonds die Kontrolle über die Kreditvergabe in einer internationalen Finanzorganisation durchgesetzt.

Die Schuldenlast an die Sowjetunion erdrückt Afghanistan

Die Sozialimperialisten ändern „Modalitäten der Tilgung" durch Putsch / Erdgas und Baumwolle vollständig in die UdSSR

z.hku. Oft genug haben die Sozialimperialisten sich auf den internationalen Konferenzen der letzten Jahre an der Seite der westlichen Imperialisten wiedergefunden – konfrontiert mit den Forderungen der Länder der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und nach konkreten Maßnahmen wie Schuldenstreichung. In der DDR-Zeitschrift „horizont" erklären sie wütend: „Die sozialistischen Staaten... sind für die Verschuldungsprobleme, insbesondere auch für deren neue, unerträgliche Dimensionen, nicht verantwortlich. Ihre Handels- und Kreditbeziehungen mit Entwicklungsländern sind frei von Profitmacherei, Ausbeutung und Ungleichheit" (Nr. 42/78).

1975 waren die Länder der Dritten Welt immerhin schon mit 9 Mrd. bei den RGW-Staaten verschuldet und zahlten ihnen dafür in diesem Jahr 143 Mio. Dollar Zinsen. Das ist schon eine Summe, über die man reden muß. Das Geld findet sich wieder z.B. bei der sowjetischen „Bank für Außenhandel", die 1977 mit einem Reingewinn von 128 Mio. Rubel abschloß (1 Rubel gegenwärtig = 2,89 DM).

Ganz frei von Ungleichheit kann die Sache nicht sein. Der „horizont"-Artikel sagt weiter: „Etwaige Kreditprobleme im Einzelfall werden in zwischenstaatlichen zweiseitigen Gesprächen behandelt, die es ermöglichen, sowohl die Situation des Kreditempfängers als auch die Modalitäten der Tilgung in Betracht zu ziehen." Solch ein Einzelfall ist Afghanistan, wo die Sowjetunion im April dieses Jahres unter Nutzung ihres Einflusses in Armee und Staatsverwaltung einen Putsch unterstützt hat, um die „Modalitäten der Tilgung" besser regeln zu können.

Afghanistan hat seit dem Befreiungskampf gegen die britischen Imperialisten im 1. Weltkrieg enge Beziehungen zur Sowjetunion gehabt. Mit dem Farbwechsel der Sowjetunion verwandelte die neue imperialistische Bourgeoisie die Hilfe an das rückständige Land in eine Schlinge, die sie zunächst sachte, dann aber um so fester anzog. 1956 wurde der erste Kredit über 100 Mio. Rubel vereinbart. Wie bei der Sowjetunion üblich wurde Rückzahlung nicht in Geld, sondern in Rohstoffen oder Produkten aus den gelieferten Anlagen vereinbart. Mit dem ersten Kredit wurden Straßenbau, Elektrizität und Bewässerungsanlagen gefördert, zur Ausweitung des Anbaugebietes von Baumwolle und Früchten, die dann als Zahlung in die Sowjetunion geliefert werden mußten, Baumwolle zu 90%. Einen großen Teil dieses wie auch späterer Kredite mußte Afghanistan zur Finanzierung von geologischen, hydrologischen und geographischen Erforschungen durch sowjetische Berater ausgeben, die bei dieser Gelegenheit eine systematische, weit über den Anlaß hinausgehende Erfassung der Reichtümer Afghanistans machten.

Das hat sich für die Sozialimperialisten ab 1970 kräftig ausgezahlt. Erdgaslager wurden jetzt ausgebeutet, mit Pipeline gleich direkt in die Sowjetunion. Von der Produktion von 2950 Mio. cbm Erdgas (1975) mußten 2800 Mio. cbm in die Sowjetunion geliefert werden. Die Baryt-Förderung geht ganz in die Sowjetunion, das gleiche ist mit dem jetzt eingeleiteten Kupferabbau geplant. Die Rückzahlung der Schulden in Waren sieht auf den ersten Blick günstig aus; das ändert sich, sieht man die Preise, die die Sozialimperialisten dann für die langfristigen Lieferungen diktiert haben: 1975 zahlten sie Afghanistan 16,8 Dollar / 1000 cbm, gleichzeitig berechneten sie Polen für Erdgaslieferungen 38,5 Dollar / 1000 cbm. Wie frei von Ungleichheit

1975 betrugen die offenen Schulden Afghanistans an die Sozialimperialisten 600 Mio. Rubel, 10% des Exports gingen bereits für die Schuldentilgung drauf. Afghanistan konnte nicht zahlen. Ein Kreditpaket wurde gestundet und die Zinsen gestrichen; dafür mußte Afghanistan einen neuen Kredit aufnehmen für die Erschließung von weiteren Erdgas- und Erdölvorkommen und für Bewässerungsprojekte in den Nordprovinzen. Die Schuldenlast konnte so nur noch drückender werden, und die Lieferungen an die Sowjetunion stiegen sprunghaft an: waren Import und Export 1975 noch ausgeglichen, überstieg der Export in die Sowjetunion 1977 die Importe bereits um 48%.

Die Regierung Daud versuchte sich aus dieser Lage durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarn Iran, Pakistan und Indien zu befreien, aber auch durch Öffnung des Landes für Kapital aus anderen imperialistischen Staaten. 1977 wurden die Lieferungen von Erdgas gesenkt, für 1978 nur noch 2,1 Mrd. cbm vereinbart. In dieser Lage schürten die Sozialimperialisten Widersprüche innerhalb der afghanischen herrschenden Klassen und hievten mit Hilfe der Armee die Regierung Takari an die Macht. Zwei Tage nach dem Putsch am 27. April war Takaris Regierung von ihnen anerkannt; die Zahl der sowjetischen Berater stieg von 1500 auf 4000. Takari erklärte im Juni: „Die Sowjetunion äußerte den Wunsch, an der Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte mitzuarbeiten" (Interview mit Radio Moskau, 14.6.).

Die Maßnahmen der Regierung Takari noch im Mai waren: Erhöhung der Erdgaslieferungen um 300 Mio. cbm, Abschluß eines neuen Hilfsabkommens mit einem Volumen von 561 Mio. Rubel, für Bewässerungsprojekte, Textilfabriken, Kupferaufbereitung. Konzessionen auf Erdgas und Erdöl werden jetzt direkt an sowjetische Firmen gegeben, und der Bau einer Brücke über den Grenzfluß Amu-Darya beschlossen, um den Zugriff der Sozialimperialisten auf das Land zu erleichtern.

Die Sozialimperialisten nennen die Veränderungen in Afghanistan „Revolution". An der Art ihrer Berichte kann man erkennen, worauf sie hinauswollen. Nach der Schilderung der Buntheit der Basare schreibt der „Sonderberichterstatter" der Zeitschrift „Neue Zeit" (Nr. 34): „Etwa 10- bis 12jährige Jungen heben Erde aus oder schleppen auf Tragen Steine weg. Sie bringen wenigstens ein paar Münzen nach Haus... In einer kleinen Werkstatt rattern auch später (nach 22 Uhr) Jungen mit Nähmaschinen. Sie nähen



Sowjetischer Panzer in Kabul, Teil des „Revolutionsmuseums", gleichzeitig Monument der „Freundschaft der Sowjetunion". Drohung an die Volksmassen Afghanistans.

Herrenhemden." Zur Rückzahlung der Kredite. Die sowjetische Presse lobt auch die angekündigte Landreform; vorläufig besteht sie darin, daß Landarbeiter, Bauern ohne Land, Anteilseigner (Pächter) und arme Nomaden auf den Staatsgütern zusammengefaßt werden, die in der Hauptsache für den Export produzieren.

Quellen: Middle East Economic Digest, 1978. Außenhandel, UdSSR, 1977/78. Stat. Bundesamt, Allgemeine Statistik des Auslandes, Afghanistan 1976. Monatsberichte. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder, Bonn 1975-77. OECD, Entwicklungshilfe 1977.

„Verlorene Arbeitstage“ in der europäischen Metallindustrie

z.rua. Die Lohnkämpfe in der Metallindustrie stehen bevor. In den Zeitungen häufen sich die Berichte über die „Streikmüdigkeit“ der europäischen Arbeiter. Die regierungsamtlichen Statistiken enthalten für den Arbeiter wenig brauchbare Angaben über Anzahl von und Beteiligung an Streiks. Was sie alle ausweisen, und was die Kapitalisten am meisten interessiert, ist die „verlorengegangene Arbeitszeit“. Also sehen wir uns die an. Im Metallbereich (erfaßt sind Eisen- und Stahlerzeugung und -verarbeitung, Maschinenbau, Elektrotechnik, Kraftfahrzeug-, Schiff- und Flugzeugbau) wurden folgende Streiktage registriert:

Österreich: *1977* keine registrierten Streiktage.
– Ein einberufener Streik der 350000 Arbeiter der Metall- und Bergbauindustrie wurde in sonntäglicher Nachtarbeit wegverhandelt.

Dänemark: *1976:* 210000; *1977:* 230000.

Niederlande: *1976:* 14000; *1977:* 236100. *1. Quartal 1978:* 3000.

Belgien: *1977:* 658000; *1. Halbjahr 1978:* 411000.

Italien: *1977:* 4476600; *1. Halbjahr 1978:* 1161125.
– Der Kampf um die neuen Tarifverträge steht bevor.

Großbritannien: *1977:* 6132000; *Januar bis August 1978:* 2371000.

Frankreich: *1977:* 880000; *1. Quartal 1978:* 158100.

Bundesrepublik Deutschland:

Im Statistischen Jahrbuch 1978 wurden für *1977* 5963 Streiktage registriert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrugen sie von *Januar bis August 1978* 2514000. Kleingedruckt wird vermerkt, daß nur Streiks von 1) mindestens 1 Tag, 2) bei mehr als 10 Beteiligten und 3) bei mehr als 100 Arbeitstagen Verlust registriert werden. Die zahllosen Warnstreiks; die Streiks in den kleinen Betrieben und Gewerken – sie alle tauchen in dieser Statistik nicht auf. Laxheit der westdeutschen Bourgeoisie? Mitnichten! Die Streiks sitzen ihnen tief in den Knochen. Mit den von der Presse begierig aufgegluckerten und ausgespuckten „authentischen Statistiken“ wollen sie den westdeutschen Arbeitern ihre „Streikmüdigkeit“ beweisen und sie, als williges Arbeitsvieh hingestellt, von der internationalen Arbeiterklasse isolieren.

Kündigungstermine Tarifverträge Metallindustrie

Bezirk	Tarif gültig ab	Künd.-termin
Metallindustrie		
Hamburg	01.01.78	31.12.78
Hannover	01.01.78	31.12.78
Essen, Hagen,		

Frankreich: 1977: 880000; 1. Quartal 1978: 158100.

Bundesrepublik Deutschland:

Im Statistischen Jahrbuch 1978 wurden für 1977 5963 Streiktage registriert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrugen sie von Januar bis August 1978 2514000. Kleingedruckt wird vermerkt, daß nur Streiks von 1) mindestens 1 Tag, 2) bei mehr als 10 Beteiligten und 3) bei mehr als 100 Arbeitstagen Verlust registriert werden. Die zahllosen Warnstreiks; die Streiks in den kleinen Betrieben und Gewerken – sie alle tauchen in dieser Statistik nicht auf. Laxheit der westdeutschen Bourgeoisie? Mitnichten! Die Streiks sitzen ihnen tief in den Knochen. Mit den von der Presse begierig aufgegluckerten und ausgespuckten „authentischen Statistiken“ wollen sie den westdeutschen Arbeitern ihre „Streikmüdigkeit“ beweisen und sie, als williges Arbeitsvieh hingestellt, von der internationalen Arbeiterklasse isolieren.

Kündigungstermine Tarifverträge Metallindustrie

Bezirk	Tarif gültig ab	Künd.-termin
Metallindustrie		
Hamburg	01.01.78	31.12.78
Hannover	01.01.78	31.12.78
Essen, Hagen, Köln, Münster	01.01.78	31.12.78
Frankfurt	01.01.78	31.12.78
Stuttgart	01.01.78	31.12.78
München	01.02.78	31.01.79
Berlin	01.01.78	31.12.78
Eisen- und Stahlindustrie		
Nordrhein-Westf. (inkl. Klöckner Bremen)	01.11.77	31.10.78
Klöckner Osnabr.	01.11.77	31.10.78
Saarland	01.12.77	31.12.78
Stahlw.Peine-Salzg.	01.12.77	30.11.78
Oberpf.Hüttenind.	01.12.77	30.11.78

Der Bezirk Hamburg umfaßt die Tarifgebiete Hamburg, Nordwestliches Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Unterwesergebiet, Oldenburg-Werften. Der Vertrag datiert vom 17.04.78. In Oldenburg-Werften ist er gültig seit 16.01.78.

Der Bezirk Hannover besteht aus dem Tarifgebiet Niedersachsen. Der Vertrag datiert vom 07.04.78.

Der Bezirk Essen, Hagen, Köln und Münster umfaßt das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, Osnabrück, Wittgenstein. Der Vertrag datiert in Nordrhein-Westfalen vom 11.4., in Osnabrück vom 14.4., und ist in Wittgenstein gültig ab 1.2.78.

Der Bezirk Frankfurt umfaßt das Tarifgebiet Hessen, Hessen-Fulda, Rheinland-Pfalz und Saarland. Der Vertrag datiert vom 12.4.78, in Hessen-Fulda vom 24.4.78.

Der Bezirk Stuttgart umfaßt das Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden, Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern. Der Vertrag datiert für Nordwürttemberg-Nordbaden vom 3.4.78, für Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern vom 7.4.78.

Daimler Benz rauft sich um den Lkw-Markt

Arbeiter wehren sich gegen Intensivierung / Betriebsversammlung beriet über 150 DM Festgeldforderung

r.ped. Daimler Benz ist der führende europäische Produzent bei LKWs über 4 Tonnen. In der BRD liegt der Marktanteil bei 52 bis 85%. Bei den leichteren LKWs mußte Daimler 1976 einen schweren Markteinbruch hinnehmen. VW erzielte mit seinem neu aufgelegten LT-Transporter auf Anhieb 43% Marktanteil in der BRD. Daimler ruschte auf 18%. Anfang 1977 brachte Daimler mit dem TN-Typ sein Modell heraus, um diese Schlappe auszumerzen. Heute schreibt der „Weser Kurier“: „Das Bremer Daimler-Werk hat Mercedes Standard erreicht. Nicht nur die Qualität seiner Produkte, sondern auch die Nachfrage nach ihnen und die damit verbundenen langen Lieferzeiten signalisieren, daß die Daimler-Konzernzentrale mit dem Bremer Werk zufrieden sein kann. Die TN-Fertigung hat die hohen Erwartungen übertroffen und konnte im In-und Ausland Marktanteile gewinnen.“ Standard ist noch nicht Spitze. Der kaufmännische Betriebsführer des Bremer Werkes Schreck: „Wir haben geplant, im Jahre 1979 unsere Produktion auf 50000 Transporter TN und 30000 PKW der T-Reihe anzuheben, was gegenüber dem Vorjahr einer Verdoppelung entspricht. Hand in Hand mit dieser Produktionsausweitung geht die Aufstockung unserer Mitarbeiterzahl einher. Von rund 4500 Mitarbeitern zu Beginn dieses Jahres werden wir unsere Belegschaft auf 6000 erhöhen.“

Produktion plus 100%, Produzenten plus 33%. Damit das geht, soll für das Jahr 1979 die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt werden, sowie die MTM-Methode für die Akkordbemessung. Auf der letzten Betriebsversammlung im September sind gleich mehrere Arbeiter gegen deren Einführung aufgetreten. Statt in dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten aufzugehen, sprachen die Arbeiter über das Verhältnis der verschiedenen nationalen Löhne zueinander, daß in den letzten Jahren die westdeutschen Metallarbeiter gegenüber den amerikanischen und britischen weniger herausgeholt hätten an realem Lohn. Nach einer Rede über Lohnsumme, Lohnverteilung und daß es wichtig ist, in der kommenden Tarifauseinandersetzung eine Festgeldforderung an die 150 DM durchzusetzen, mußte sich der IGM-Beauftragte und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Weinkauf vom Betriebsratsvorsitzenden mit auf dem Heimweg geben lassen, daß er diese „Überlegungen“ als Hinweis zur Lohnforderungsfindung mitnehmen solle.

Seit Jahr und Tag müht die Bremer Daimler-Betriebsführung sich, die Stückzahl an den Bändern zu erhöhen. In zwei Schichten wird gearbeitet. Seit längerem sind 120 TN-Transporter täglich angepeilt. Erreicht wurde diese Stückzahl noch nie. Hartnäckig und erbittert bekämpfen die Arbeiter an den Bändern jede Erhöhung des Bandtaktes, jeden Abzug von Bandarbeitern und jede Mehrarbeit für den Einzelnen. Das, obgleich die Betriebsführung nach der vollständigen Übernahme des ehemaligen Hanomag-Werkes in Bremen durch Daimler die Strukturen und Verbindungen der alten Belegschaftsteile durch vielfältigste Umbesetzungen, Versetzungen usw. zu zerschlagen trachtete und über den Einsatz der gesamten nordwestlichen Arbeitsämter, von Emden über Bremerhaven und Bremervörde bis zum Arbeitsamt Bremen/Niedersachsen, zu tausenden neue, billigere und vor allem junge, unter der Knute der Arbeitsämter stehende Arbeiter ins Daimler-Werk gekarrt hat. Ist deren Probezeit von sechs Monaten um, hat die Betriebsführung bereits zumeist schon über die Hälfte bis dreiviertel der Neueingestellten wieder gekündigt. Trotzdem, werden die Bänder schneller gestellt, wird das Band laufend angehalten oder laufen die Wagen halbfertig durch und müssen nachgearbeitet werden.

Nächstes Jahr will Daimler zum „Großen Sprung“ ansetzen. Die gegensätzliche Interessenlage ist klar. Wer sich durchsetzt, dafür werden die Bedingungen in der anstehenden Lohntarifauseinandersetzung geschaffen. Bleibt der Lohn wie er ist, gelingt den Kapitalisten mit den bereits breit getretenen 2% eine neuerliche Lohnsenkung und im Verbund mit der Steueränderung eine bisher noch nicht erreichte Spaltung der Arbeiter durch die Abspaltung der 20 bis 30% Arbeiter in den unteren Lohngruppen. Oder gelingt es den Arbeitern, die Spaltungsabsichten der Kapitalisten und weitere Lohnsenkung zu verhindern, dem Zwang zur Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit Grenzen zu setzen? Für letzteres brauchen die Arbeiter eine Forderung, möglichst in Festgeld. Auf dem Vulkan würde verkündet, Otto vom Steeg würde 8%, mindestens 116 DM empfehlen. Es gibt bessere Forderungen. Die 116 DM sind das Unterste. Besser sind die 138 DM Festgeld, die in einer Branche des Vulkans aufgestellt wurden. Sie bringen den Arbeitern bis Lohngruppe 10 mehr als die vom Steegsche Empfehlung. Obgleich sie den Kapitalisten vom Volumen her weniger kostet. In der Bremer Metallindustrie ist ein Prozent Lohnerhöhung gegenwärtig 23 DM in Festgeld. 8% wären demzufolge 184 DM Festgeld, die 138 DM Festgeld entsprechen hingegen nur 6%. Aber der Vorteil liegt auf der Hand. Die Arbeiter kriegen mehr, der Spaltung wird entgegengearbeitet. Und mit dem höheren Volumen der IGM-Empfehlung ist das so eine Sache: 15% gehen in der Tarifkommission noch einmal drauf, 30 bis 40% nochmal bei den Verhandlungen. Was dann bleiben würde, reicht nicht, auch wenn es einen entsprechenden Mindestbetrag umschließen würde. Man muß die 8%, mindestens 116 DM als ein sozialdemokratisches Aktionseinheitsangebot begreifen und behandeln: Das Positive stützt man, nämlich den Gedanken des Mindestbetrages, und das Falsche, nämlich die hohe Prozentforderung, bekämpft man, weil für überhöhte Forderungen nicht gekämpft werden kann, sondern nur der Kampf verhindert, die Spaltung angelegt und so ermöglicht wird. Untersuchung von Lohnsumme und -verteilung in den Abteilungen sind nützlich, um die Aktionseinheit tragfähig und zielbewußt herzustellen.

Der Lohn der Papiermacher – 70% allein Zulagen und Prämien

r.frk. Schaut man sich den Tariflohn in der papiererzeugenden Industrie Niedersachsens an, so stellt man schnell fest, daß er elendig niedrig ist, weit unter dem Durchschnitt der übrigen Industriearbeiter. 7,97 DM in der niedrigsten Lohngruppe 3, 10,04 DM in der höchsten Lohngruppe 8.

Bei Kämmerer in Osnabrück (Ein Papierbetrieb mit 670 Beschäftigten, 1970 waren es noch ca. 1000) verdienen die meisten Arbeiter zwischen 2300 und 2900 DM brutto monatlich. Da solche Beträge auch mit Überstunden bei diesem Tariflohn nicht zu holen sind, muß es also eine ausgedehnte Palette von Lohnbestandteilen geben, die als Zulagen für Schichtarbeit oder als Prämien gezahlt werden. In der Tat ist es den Papierkapitalisten über die Einführung der vollkontinuierlichen Schichtarbeit (Durchfahrtbetrieb) gelungen, einen erheblichen Teil des Lohnes der Papierarbeiter, nämlich 70%, in Form von Zulagen und Prämien vom Tariflohn abzutrennen.

So wird bei Kämmerer eine Prämie gezahlt, die nach dem Produktionsausstoß pro Monat berechnet wird und somit die Arbeiter direkt zu schnellerer und intensiverer Arbeit antreiben soll. Diese Prämie beträgt z. Zt. durch-

Schichtzulagen, die für sich gesehen, noch nicht einmal 1/3 des Lohnes der Papierarbeiter ausmachen. Vollkontinuierlicher Durchfahrtbetrieb in vier Schichten heißt für die Arbeiter sieben Tage Frühschicht, drei Tage frei, sieben Tage Nachtschicht, zwei Tage frei, vier Tage Spätschicht, ein Tag frei, zwei Tage Spätschicht, zwei Tage frei, und dann geht es wieder mit Frühschicht weiter. In diesem Rhythmus sind jeweils zwei Sonntage enthalten, an denen zwölf Stunden gearbeitet wird, und zwar einmal während der Frühschicht und einmal während der Nachtschicht. Zwischen zwei Freischichten arbeiten die Papiermacher also bei Früh und Nachtschicht 60 Stunden an sieben Tagen hintereinander. Für diese Quälerei gibt es eine Reihe von Zuschlägen, sorgfältig aufgesplittert: Jeder Contiarbeiter hat regelmäßig acht Überstunden, die mit 25% Überstundenzuschlag berechnet werden, dann gibt es für die erste Sonntagsschicht 5%, für die zweite Sonntagsschicht 15% Zuschlag für acht Stunden, für jede darübergehende Stunde 40% für vier Stunden. Dann weiter 10% Spätzulage, die aber nur auf den Tariflohn berechnet wird, sowie 5% Durchfahrzulage, ebenfalls

Lohnberechnung – Papiermacher –

Berechnungsgrundlage für den Tariflohn = Tariflohn · 168 h. Für die Prämie wurden 23,6% errechnet (Durchschnitt aus den Monaten 1 bis 4/78). Für die Schichtzulagen wurden folgende Rechnungen angestellt:
8 Überstunden
25% Überstundenzuschlag (8 h)
5% Sonntagszuschlag 1. Schicht (12 h)
15% Sonntagszuschlag 2. Schicht (8 h)
40% Sonntagszuschlag 2. Schicht (4 h)
10% Spätzulage (56 h) Berechnungsgrundlage Tariflohn
5% Durchfahrzulage (176 h) Berechnungsgrundlage Tariflohn
100% Sonntagszuschlag (24 h)
25% Nachtzuschlag (56 h)
Alle anderen Zuschläge werden auf Tariflohn und Prämie berechnet. Für die einzelnen Lohngruppen ergibt sich folgende Rechnung:

	Lohngr. 3	Lohngr. 4	Lohngr. 5	Lohngr. 6	Lohngr. 7
Tariflohn	1338,96	1379,28	1417,92	1495,93	1612,25
Tariflohn + Prämie	1654,80	1703,52	1752,54	11848,04	1993,42
Tariflohn + Prämie + Zulagen	2275,85	2342,92	2410,16	2541,60	2741,27

Monat 1380 DM bekommen, Prämie und Schichtzulage eingerechnet bekommt er 2342 DM.

um die Uhr...der internationale Wettbewerb erzwingt sie... wenn wir die vollkontinuierliche Schichtarbeit für

ten plus 33%. Damit das geht, soll für das Jahr 1979 die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt werden, so-
in Bremen durch Daimler die Strukturen und Verbindungen der alten Belegschaftsteile durch vielfältigste Umbe-
Schichtarbeit Grenzen zu setzen? Für letzteres brauchen die Arbeiter eine Forderung, möglichst in Festgeld. Auf
lung in den Abteilungen sind nützlich, um die Aktionseinheit tragfähig und zielbewußt herzustellen.

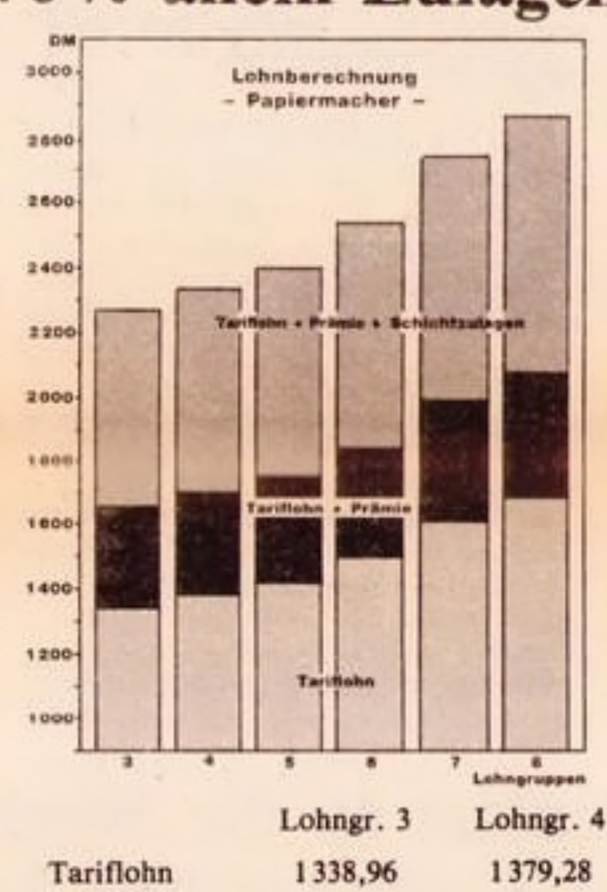
Der Lohn der Papiermacher – 70% allein Zulagen und Prämien

r.frk. Schaut man sich den Tariflohn in der papiererzeugenden Industrie Niedersachsens an, so stellt man schnell fest, daß er elendig niedrig ist, weit unter dem Durchschnitt der übrigen Industriearbeiter. 7,97 DM in der niedrigsten Lohngruppe 3, 10,04 DM in der höchsten Lohngruppe 8.

Bei Kämmerer in Osnabrück (Ein Papierbetrieb mit 670 Beschäftigten, 1970 waren es noch ca. 1000) verdienen die meisten Arbeiter zwischen 2300 und 2900 DM brutto monatlich. Da solche Beträge auch mit Überstunden bei diesem Tariflohn nicht zu holen sind, muß es also eine ausgedehnte Palette von Lohnbestandteilen geben, die als Zulagen für Schichtarbeit oder als Prämien gezahlt werden. In der Tat ist es den Papierkapitalisten über die Einführung der vollkontinuierlichen Schichtarbeit (Durchfahrtbetrieb) gelungen, einen erheblichen Teil des Lohnes der Papierarbeiter, nämlich 70%, in Form von Zulagen und Prämien vom Tariflohn abzutrennen.

So wird bei Kämmerer eine Prämie gezahlt, die nach dem Produktionsausstoß pro Monat berechnet wird und somit die Arbeiter direkt zu schnellerer und intensiverer Arbeit antreiben soll. Diese Prämie beträgt z. Zt. durchschnittlich 23,6%, berechnet wird sie auf den Stundenlohn, wo sie in der niedrigsten Lohngruppe 8 2,36 DM ausmacht. Diese Prämie wurde in den letzten Jahren ständig gesenkt, 1974, ein Jahr bevor die kapitalistische Krise sich voll in der Papierindustrie niederschlug, wurde 28,3% gezahlt. Garantiert ist eine Mindestprämie von 10%, die z.B. bei Kurzarbeit gezahlt werden muß. Die Prämie ist tarifvertraglich nicht vereinbart, sondern läuft über Betriebsvereinbarung.

Neben dieser Prämie gibt es in der Papierindustrie eine Reihe von Schichtzulagen, die für sich gesehen, noch nicht einmal 1/3 des Lohnes der Papierarbeiter ausmachen. Vollkontinuierlicher Durchfahrtbetrieb in vier Schichten heißt für die Arbeiter sieben Tage Frühschicht, drei Tage frei, sieben Tage Nachtschicht, zwei Tage frei, vier Tage Spätschicht, ein Tag frei, zwei Tage Spätschicht, zwei Tage frei, und dann geht es wieder mit Frühschicht weiter. In diesem Rhythmus sind jeweils zwei Sonntage enthalten, an denen zwölf Stunden gearbeitet wird, und zwar einmal während der Frühschicht und einmal während der Nachtschicht. Zwischen zwei Freischichten arbeiten die Papiermacher also bei Früh und Nachtschicht 60 Stunden an sieben Tagen hintereinander. Für diese Quälerei gibt es eine Reihe von Zuschlägen, sorgfältig aufgesplittert: Jeder Contiarbeiter hat regelmäßig acht Überstunden, die mit 25% Überstundenzuschlag berechnet werden, dann gibt es für die erste Sonntagsschicht 5%, für die zweite Sonntagsschicht 15% Zuschlag für acht Stunden, für jede darübergehende Stunde 40% für vier Stunden. Dann weiter 10% Spätzulage, die aber nur auf den Tariflohn berechnet wird, sowie 5% Durchfahrzulage, ebenfalls nur auf den Tariflohn berechnet. (Alle anderen Zuschläge beziehen sich auf Tariflohn plus Prämie.) Dann wird für die beiden Sonntage noch ein Zuschlag von 100% gezahlt, steuerfrei, und nicht zuletzt ein Nachtzuschlag von 25%, ebenfalls steuerfrei. Für einen Papierarbeiter in Lohngruppe 4, in die das Gros der Papierarbeiter eingestuft ist, bedeuten diese Zuschläge ungefähr 640 DM, bezogen auf den nackten Tariflohn 40% mehr, auf die er unmöglich verzichten kann. Wäre er auf seinen nackten Tariflohn angewiesen, so würde er bezogen auf 168 Stunden im Monat 1380 DM bekommen, Prämie und Schichtzulage eingerechnet bekommt er 2342 DM.



Berechnungsgrundlage für den Tariflohn = Tariflohn · 168 h. Für die Prämie wurden 23,6% errechnet (Durchschnitt aus den Monaten 1 bis 4/78). Für die Schichtzulagen wurden folgende Rechnungen angestellt:
8 Überstunden
25% Überstundenzuschlag (8 h)
5% Sonntagszuschlag 1. Schicht (12 h)
15% Sonntagszuschlag 2. Schicht (8 h)
40% Sonntagszuschlag 2. Schicht (4 h)
10% Spätzulage (56 h) Berechnungsgrundlage Tariflohn
5% Durchfahrzulage (176 h) Berechnungsgrundlage Tariflohn
100% Sonntagszuschlag (24 h)
25% Nachtzuschlag (56 h)
Alle anderen Zuschläge werden auf Tariflohn und Prämie berechnet. Für die einzelnen Lohngruppen ergibt sich folgende Rechnung:

	Lohngr. 3	Lohngr. 4	Lohngr. 5	Lohngr. 6	Lohngr. 7
Tariflohn	1338,96	1379,28	1417,92	1495,93	1612,25
Tariflohn + Prämie	1654,80	1703,52	1752,54	11848,04	1993,42
Tariflohn + Prämie + Zulagen	2275,85	2342,92	2410,16	2541,60	2741,27

Am 26.9.78 wurde der Manteltarifrahmen für die papier- und zellstofferzeugende Industrie zum 31.12. gekündigt. Die Manteltarifvertragskommission der Gewerkschaft hat beschlossen, alle bisherigen Forderungen zum MTV zu reduzieren auf §5 Rationalisierungsschutz und §25 Urlaub. Wie sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die „Verkürzung der Jahresarbeitszeit“ vorstellte, hat sie auch herausgelassen. Über die Ausdehnung der Schichtarbeit, „die kapitalintensiven Anlagen erfordern Schichtarbeit rund um die Uhr...der internationale Wettbewerb erzwingt sie... wenn wir die vollkontinuierliche Schichtarbeit für den Menschen erträglicher machen wollen, dann darf das nicht durch mehr Geld über höhere Zulagen geschehen. Hier muß man einsetzen. Einführung einer fünften Schicht, die speziell bei Durchfahrbetrieben die Arbeitszeit verkürzt.“ (Aus: Gewerkschaftliche Umschau, Nr. 5 Sept./Okt. 78) Statt Verfeinerung der Schichtarbeit, d.h. vollständiger Unterwerfung unter den Rhythmus der kapitalistischen Produktion, kann das Interesse der Arbeiter nur sein: Ein Tariflohn, der zum Leben reicht und Abschaffung der Schichtarbeit.

Energiesparen durch Tariferhöhung

z.hku. Die Regierung ist im Bundestag gefragt worden, wann und wie sie die „Bundestarifordnung Elektrizität“ ändern wolle. Als allgemeine Produktionskosten werden die Strompreise vom bürgerlichen Staat kontrolliert. Die Regierung hat geantwortet, mit den Ländern sei abgesprochen: „Schaffung einer Möglichkeit zur verstärkten Anhebung der Arbeitspreise bei Tariferhöhungen, d.h. Verstärkung der verbrauchsabhängigen Preiskomponente“ – „Aufhebung der Höchstgrenzen für die Arbeitspreise“ (BMWi-Tagesnachrichten, 18.10.). Die Strompreise haben sich in den letzten zehn Jahren für die Volksmassen verdoppelt. Die Erhöhungen sollen in die Richtung verstärkt werden, daß die Volksmassen ihren Verbrauch werden einschränken müssen, und daß für die Finanzbourgeoisie mehr Energie *und* mehr Geldmittel mobilisiert werden können. Von den Sondertarifen für die großen Kapitalisten ist in Frage und Antwort nicht die Rede.

VW-Stiftung: 103 Mio. DM für „Schrittmacherdienste“

z.pee. 103 Millionen DM hat die VW-Stiftung „zur Förderung von Wissenschaft und Technik“ für Forschungs- und Studienprojekte 1977 bereitgestellt. 1978 hat sie 25,2 Mio. DM aus den Aktiendividenden von Bund und Land, die mit 40% Aktienkapital an der Ausbeutung der VW-Arbeiter beteiligt sind, erhalten. Für, so Bundesforschungsminister Hauff, „Schrittmacherdienste“. Es gibt eigentlich nichts, was die Stiftung für die Bourgeoisie nicht „erforscht“. Dazu eine Auswahl: „Exportförderung in Lateinamerika“, „Aktive Arbeitsmarktpolitik“, „Entwicklungsmöglichkeiten der Energie in der BRD“, usw. Insgesamt wird in 24 Bereichen geforscht, in allem, was für die Kapitalisten nützlich ist.

Pro Familias neue Masche: „Alkohol und Mißbildungen“

z.gah. Als „beunruhigende Entwicklung“ hat die Stuttgarter Zeitung vom letzten Samstag das „Problem: Wenn Schwangere trinken“ behandelt. „Die suchtkranken Frauen fallen vorher kaum auf, weil sie alles tun, um ihre Abhängigkeit zu verbergen.

Meist wird ihr Alkoholismus erst durch die Geburt ihrer mißgebildeten Kinder entdeckt“ und darauf Pro Familialeiterin Hönes von Stuttgart: „Wir würden den Frauen ja gerne helfen, aber sie kommen erst gar nicht zu uns“. Die Spitzeltätigkeit der Pro Familia soll unbedingt verstärkt werden, zum Zwecke des „Volkswohls“, um die vielen unerkannten Alkoholiker aufzuspüren, zumal „alkoholkranke Frauen...ihre Schwangerschaft in den ersten Monaten gar nicht bemerken und eine Abtreibung... schon gar nicht mehr in Frage“ kommt.

Das Geschäft der Pro Familia ist so dreckig wie der chauvinismusgeschwängerte Dreh, mit dem jetzt die Bourgeoisie die Maßnahmen zur Verschärfung der Kontroll- und Unterdrückertätigkeit gegen die Volksmassen propagiert.

„Staatsfeindliche Propaganda vor Gericht ist keine Verteidigung“

z.reb. Das schriftliche Urteil gegen Rechtsanwalt Groenewold, der im Juli wegen seiner Verteidigung von politischen Gefangenen zu zwei Jahren verurteilt wurde, liegt vor. Kern des 124 Seiten starken Urteils ist: „Es ist weder Pflicht noch Recht eines Anwaltes, ein Selbstverständnis und eine politische Identität (von Häftlingen) zu unterstützen und aufrechtzuerhalten, die verfassungsfeindlich und auf künftige Gewalt gerichtet ist. Die Darstellung eines solchen Selbstverständnisses vor Gericht ist keine Verteidigung, sondern dient nur der Umfunktionierung eines Prozesses in staatsfeindliche Propaganda und Aufruf zur Gewalt.“

Vielfältige Methoden hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren entwickelt, um den Angriff auf den bürgerlichen Staat und die Klassenjustiz im Gerichtssaal zu unterbinden. Dem dient auch dieses Urteil gegen Anwälte, die das revolutionäre Auftreten ihrer Mandanten vor Gericht

Kirche will Tarif aus „Gottes Gnaden" geben

Beschäftigte wehren sich gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes

r.mas. „Sie erscheinen mehr als geborene Gegner, denen man alles erdenkliche Böse zutraut und denen man von vornherein zu mißtrauen hat." Mit diesen so geistigen Worten sprach sich der Oberkirchenrat Rudolf Mayer gegen die von der Kirche verhaßten und gefürchteten Gewerkschaften aus. Es geht der Evangelischen Kirche Deutschlands darum, sich der Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach gewerkschaftlichen Rechten zu entziehen. Auf Evangelistendeutsch:

jede „Fremdbestimmung in die Instrumente Gottes" zu unterbinden. Denn das, so die Kirche, würde den „Auftrag Gottes" gefährden. Zu dem „Auftrag Gottes" gehört es offensichtlich, den Beschäftigten der Kirche den Lohn zu kürzen. Jedenfalls hat die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Westberlin einen entsprechenden Beschluß gefaßt, der besagt, daß weniger Weihnachtsgeld – 1000 DM für jeden Arbeiter und Angestellten – ausgezahlt wird. Zudem hat die Kirchenleitung angedroht, keine Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes stattfinden zu lassen, bzw. diese Anlehnung, d.h. die Auszahlung zu verzögern. Gegen diese Drohungen hat die ÖTV in Westberlin protestiert.

Die Kirche in Westberlin ist dabei keine Ausnahme. So hat die in Bethel bei Bielefeld tagende westfälische Synode ähnliche Äußerungen abgelassen.

„Weil die Personalkosten aber immer einen sehr hohen Anteil an den Gesamtaufwendungen der Kirche haben und im kommenden Jahr auch wieder mit einer linearen Erhöhung gerechnet werden muß, steigen diese Kosten dementsprechend überproportional.

Zwangsläufige Folge: starke Einschränkung der Sachkosten." (Neue Westfälische, 26.10.) Ein großer Teil der 480000 Beschäftigten der Evangelischen Kirche Deutschlands ist in Krankenhäusern, Pflegestätten usw. angestellt. Eine Einschränkung der Sachkosten wendet sich daher direkt gegen die Patienten, die als Konsequenz aus dieser These kostengedämpft werden.

Diese Maßnahme wendet die Synode direkt gegen den Lohnkampf der Beschäftigten.

Ähnlich sieht es aus bei den Landeskirchen in Niedersachsen, wo derzeit die Synoden in Goslar und Hannover tagen bzw. zu tagen anfangen. Hierbei ist der zentrale Punkt, wie sie den schon beschlossenen „3. Weg", über den sie ihre Lohnkürzungen durchziehen wollen, durchsetzen. Der „3. Weg" soll laut Kirchenleitung Ersatz für einen Tarifvertrag sein. Durch ihn sollen Kommissionen eingesetzt werden, die Konfliktfälle schlichten sollen.

Diese in dem Gesetz verankerten „göttlichen" Einschränkungen ihrer gewerkschaftlichen Rechte finden bei den Beschäftigten der Kirche wenig Anklang. Diese „religiöse Aufgabe" für ein Butterbrot nicht zu unterstützen geht so weit – so die evangelische Pressestelle Hannover –, daß der von ihnen eingesetzte „Mitarbeiterverband" auch in Hannover wieder aufgebaut werden muß. Arbeitsverträge in Niedersachsen, die die Klausel beinhalten, daß die Beschäftigten sich auch im nachhinein beschlossenen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen haben, können die Beschäftigten nicht akzeptieren.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Pfaffen die Gewerkschaften hassen. Sie haben aber auch Angst;

Angst vor der Arbeiterbewegung. So schreibt die EKD in einer Denkschrift über die „Verteufelung des Leistungsprinzips". „Jede Generation habe die Aufgabe, entsprechend ihrer *jeweiligen* Erkentnisse, solche Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die real und zeichenhaft aus der Knechtschaft führten." Haben die Beschäftigten in den Kirchen ausreichende Erfahrungen und zunehmend die christliche „Erkenntnis" abgeschüttelt, geht es der herrschenden Klasse an den Kragen. Die Zusammenfassung dieser Erfahrungen, die sich in der sozialen Revolution vergegenständlichen, wird die Herren, die jetzt nicht arbeiten, ans Arbeiten bringen. „Diese Erkenntnis" bringt diese Herren zum Zittern.

Ihre Manöver werden sie nicht vor dem notwendigen Krach um die gewerkschaftlichen Rechte der Beschäftigten der Kirche bewahren. Es wird – auch ohne „Teufel" – teuflisch zugehen.

Ehrenberg-Haushalt 47 Mrd. Fuchs nach Nürnberg

z.mif. 4,1 Milliarden zusätzlicher Steuerauspressung aus den Massen beschlagnahmt das Ehrenbergministerium. Sein Gesamtetat für Arbeit und Sozialordnung liegt laut Plan 1979, der jetzt in der Ausschußberatung auf größte Unterdrückungswirkung überprüft wird, bei 47,2 Mrd. DM. Allein die Steigerung von 34% für Personalausgaben (auf 496,5 Mio. DM) spricht Bände – Bände neuer Unterdrückungsgesetze, deren Austüftler hiermit geschmiert werden. Die Mittel für „Koordinierungs- und Sondermaßnahmen" gegen Arbeiter ausländischer Herkunft werden von 6,7 auf 16,5 Mio. DM erhöht. Das Bundesamt für Zivilschutz baut den Arbeitsdienst aus, mit 601,6 (Vorjahr: 410,5) Mio. DM. Davon Sold für Zivildienstleistende: 414,6 (Vorjahr: 288,9) Mio. DM. Die Steigerung ist keineswegs wegen tariflicher Bezahlung. Für Versorgung des Brückenkopfs Westberlin mit Arbeitern: 42 (Vorjahr: 33) Mio. DM. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz für die kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen kostet die Arbeiterklasse 867 Mio.DM. Der Posten Arbeitsförderung wird mehr als verdoppelt, von 1,9 auf 3,9 Mrd. DM. Ehrenberg hält das 5. Arbeitsförderungsgesetz bereits für verabschiedet. Teil seiner Durchsetzung ist die Ersetzung des Ministerialdirektors Baden, der das Arbeitsministerium seit Adenauers Zeiten im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg vertritt, durch das Mitglied der IG Metall Anke Fuchs, die laut Ehrenberg „in völligem Gleichklang" mit ihm denke. Die Gewerkschaftspresse will Ehrenberg so mit Propaganda für das Arbeitsförderungsgesetz füllen.

Auch mit unverschämter Hetze kann die Regierung Callaghan den Streik der Krankenhaus- und Sozialarbeiter nicht brechen

Interview mit Mitgliedern der Streikleitung von Liverpool

z.mat.Liverpool. Am 10. Oktober haben sich die Sozialarbeiter in Liverpool dem Streik der 1600 Sozialarbeiter von Newcastle und in drei Bezirken Londons angeschlossen. In Newcastle und London hatte der Streik am 14. August begonnen. Gleichzeitig steht ein Teil des technischen Personals in den Krankenhäusern von London, Oxford, Liverpool und anderen Städten seit mehreren Wochen im Streik. Die Dauer der Streiks und die Schärfe, mit der sie geführt werden, zeigen die Entschlossenheit, mit der die im öffentlichen Dienst Beschäftigten den Kampf aufgenommen haben gegen die Absicht der Regierung, den öffentlichen Dienst bei der Senkung des Lohnniveaus als Speerspitze zu benutzen.

Als eine große Schwierigkeit bei der Durchführung der Streiks erweist sich immer wieder die sozialdemokratische Ideologie vom bürgerlichen Staat als „Fürsorger" und „Wohltäter". Keine Organisation oder Gewerkschaft hat bisher den Unterdrückungscharakter des bürgerlichen Sozial- und Gesundheitswesens angegriffen und entlarvt.

Das erlaubt der Bourgeoisie die unverschämtesten Spaltungsmanöver. Die Zeitungen sind voll davon, daß der Streik des technischen Personals zum

Bourgeoisie, die Ablehnung der Volksmassen gegen diese Spitzelei und Überwachung als Argument gegen die Streikenden einzusetzen.

Es ist ein riskantes Unterfangen, denn es fordert die Wahrheit geradezu heraus. In Liverpool gab es große Aufregung in den Medien, als ein Arzt sein Amt in einer der zahllosen Kommissionen niederlegte, weil er festgestellt hatte, daß in den Krankenhäusern bei einigen teuren Geräten eine staatlich verordnete „Anwendungsgrenze" von 65 Jahren besteht – wegen „Mangel an Geräten". Auch in dem folgenden Interview mit zwei Mitgliedern der Streikleitung der NALGO, der größten Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, wird deutlich, daß die Sozialarbeiter ihre Rolle als Hilfspolizisten des Staates ablehnen und den Kampf dagegen aufgenommen haben.

Auf die Gehaltsforderungen der Liverpooler Sozialarbeiter vom 22. Mai hat die Stadt bis heute nicht einmal geantwortet. Das erste Verhandlungsgespräch auf nationaler Ebene seit Streikbeginn im August fand am letzten Mittwoch statt. Dort wurde jede Neueinstufung abgelehnt, lediglich neue Ortszuschläge sollen eingeführt werden. Die Streikleitung hat die Aus-

4 und der ausgebildeten Sozialarbeiter nach S01, das heißt eine Verbesserung um zwei Gehaltsgruppen. Der geltende Tarif bedeutet für ausgebildete Sozialarbeiter 3621 bis 4056 Pfund jährlich (1200 bis 1350 DM brutto monatlich). S01 würde 4920 bis 5226 Pfund entsprechen (1640 bis 1742 DM). Außerdem fordern wir die Beendigung der Lohnverhandlungen auf nationaler Ebene und stattdessen Verhandlungen auf Gemeindeebene.

Könnt ihr für die Gesetzesänderungen ein Beispiel geben?

Vor allem muß man da das „Gesetz über Kinder und Jugendliche" von 1969 nennen, das 1971 in Kraft getreten ist. Das hat unsere Funktion sehr weitgehend verändert. Vorher hatten wir mit Rechtsprechung überhaupt nichts zu tun. Wir bekamen die Kinder erst, nachdem sie verurteilt waren, bis dahin war die Bewährungsabteilung zuständig, die auch die Gerichtsgutachten schrieb. 1971 ist das alles auf die Sozialarbeiter übertragen worden.

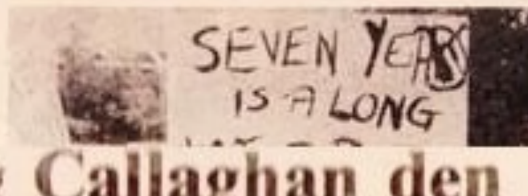
Jetzt müssen wir Gutachten für die Gerichte erstellen, die zur Urteilsfindung benutzt werden. Und das gilt für jeden Einzelfall, noch bevor das Gericht

Gibt es Anzeichen, daß die Arbeit unabhängig von den neuen Gesetzen zugenommen hat?

Ja. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit oder überhaupt eine Abnahme des Lohns bedeuten zusätzlichen Druck auf die Familien. Dadurch entstehen dann Probleme, und gerade in der Gegend von Liverpool bekommen wir das als mehr Arbeit zu spüren.

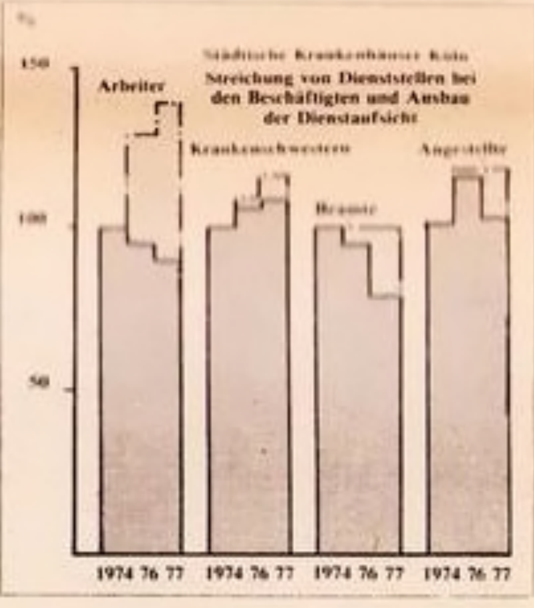
Wie wird der Streik organisiert?

Jeder NALGO-Bezirk von Liverpool und jedes Krankenhaus hat einen Vertreter in der Streikleitung. Jede Woche findet eine Versammlung der 320 NALGO-Sozialarbeiter statt. Die Streikleitung gibt wöchentlich eine Streikzeitung und in kürzeren Abständen Informationen heraus. Sie organisiert die Streikposten und sorgt dafür, daß die Sitzungen der Stadtverwaltung mit Transparenten besucht werden. Und sie achtet darauf, daß wirklich dringende Fälle den Verantwortlichen der Stadtverwaltung mitgeteilt werden, die sich dann selbst darum kümmern müssen.



Wirtschaftswoche: zu viele Stellen im Öffentlichen Dienst

z.wos. „Acht von zehn Stellen im öffentlichen Dienst" sind nach Auffassung der Zeitschrift Wirtschaftswoche durch Rationalisierung „überflüssig" zu machen. Bis 1990 soll dies durch eine großangelegte Rationalisierungswelle mittels Textverarbeitungs- und Bildschirmgeräten erledigt sein.



Das Schaubild zeigt den Stellenplan der Städtischen Krankenhäuser Köln. Von 1974-1977 wurden bei den Arbeitern 50 Stellen gestrichen. Bei den Krankenschwestern wurde die Dienstaufsicht um das Doppelte vermehrt. Die Zunahme bei

Auch mit unverschämter Hetze kann die Regierung Callaghan den Streik der Krankenhaus- und Sozialarbeiter nicht brechen

Interview mit Mitgliedern der Streikleitung von Liverpool

z.mat.Liverpool. Am 10. Oktober haben sich die Sozialarbeiter in Liverpool dem Streik der 1600 Sozialarbeiter von Newcastle und in drei Bezirken Londons angeschlossen. In Newcastle und London hatte der Streik am 14. August begonnen. Gleichzeitig steht ein Teil des technischen Personals in den Krankenhäusern von London, Oxford, Liverpool und anderen Städten seit mehreren Wochen im Streik. Die Dauer der Streiks und die Schärfe, mit der sie geführt werden, zeigen die Entschlossenheit, mit der die im öffentlichen Dienst Beschäftigten den Kampf aufgenommen haben gegen die Absicht der Regierung, den öffentlichen Dienst bei der Senkung des Lohnniveaus als Speerspitze zu benutzen.

Als eine große Schwierigkeit bei der Durchführung der Streiks erweist sich immer wieder die sozialdemokratische Ideologie vom bürgerlichen Staat als „Fürsorger" und „Wohltäter". Keine Organisation oder Gewerkschaft hat bisher den Unterdrückungscharakter des bürgerlichen Sozial- und Gesundheitswesens angegriffen und entlarvt.

Das erlaubt der Bourgeoisie die unverschämtesten Spaltungsmanöver. Die Zeitungen sind voll davon, daß der Streik des technischen Personals zum Tod von Patienten führen könnte, weil immer mehr Mangel an sterilem Gerät und an Kleidung und Bettwäsche herrsche. Zum Streik der Sozialarbeiter erschien am 26.8. im „Guardian" die Karikatur eines Rentnerehepaares, worin der Mann bei der Nachricht vom Streik sagt: „Oh, gut, wir werden lange schlafen und die Milch vor der Tür stehen lassen können, ohne daß einer an die Tür hämmert und sehen will, ob alles in Ordnung ist." Weil die Spitzel- und Überwachungsmaschine des bürgerlichen „Wohlfahrtsstaates" nicht angegriffen wird, erdreistet sich die Bourgeoisie, die Ablehnung der Volksmassen gegen diese Spitzelei und Überwachung als Argument gegen die Streikenden einzusetzen.

Es ist ein riskantes Unterfangen, denn es fordert die Wahrheit geradezu heraus. In Liverpool gab es große Aufregung in den Medien, als ein Arzt sein Amt in einer der zahllosen Kommissionen niederlegte, weil er festgestellt hatte, daß in den Krankenhäusern bei einigen teuren Geräten eine staatlich verordnete „Anwendungsgrenze" von 65 Jahren besteht – wegen „Mangel an Geräten". Auch in dem folgenden Interview mit zwei Mitgliedern der Streikleitung der NALGO, der größten Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, wird deutlich, daß die Sozialarbeiter ihre Rolle als Hilfspolizisten des Staates ablehnen und den Kampf dagegen aufgenommen haben.

Auf die Gehaltsforderungen der Liverpooler Sozialarbeiter vom 22. Mai hat die Stadt bis heute nicht einmal geantwortet. Das erste Verhandlungsgespräch auf nationaler Ebene seit Streikbeginn im August fand am letzten Mittwoch statt. Dort wurde jede Neueinstufung abgelehnt, lediglich neue Ortszuschläge sollen eingeführt werden. Die Streikleitung hat die Ausweitung des Streiks angekündigt.

Das Interview mit Mitgliedern der Streikleitung fand im NALGO-Büro Liverpool statt.

Wie lautet die Forderung des Streiks?

Wir fordern keine Erhöhung der geltenden Tarife, sondern eine Neueinstufung. Seit 1971, als die letzte Einstufung erfolgte, sind 36 neue Gesetze und Verordnungen eingeführt worden, die uns massenhaft neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten gebracht haben. Deshalb fordern wir die Bezahlung der Sozialarbeiterhelfer nach AP 4 und der ausgebildeten Sozialarbeiter nach S01, das heißt eine Verbesserung um zwei Gehaltsgruppen. Der geltende Tarif bedeutet für ausgebildete Sozialarbeiter 3621 bis 4056 Pfund jährlich *(1200 bis 1350 DM brutto monatlich).* S01 würde 4920 bis 5226 Pfund entsprechen *(1640 bis 1742 DM).* Außerdem fordern wir die Beendigung der Lohnverhandlungen auf nationaler Ebene und stattdessen Verhandlungen auf Gemeindeebene.

Könnt ihr für die Gesetzesänderungen ein Beispiel geben?

Vor allem muß man da das „Gesetz über Kinder und Jugendliche" von 1969 nennen, das 1971 in Kraft getreten ist. Das hat unsere Funktion sehr weitgehend verändert. Vorher hatten wir mit Rechtsprechung überhaupt nichts zu tun. Wir bekamen die Kinder erst, nachdem sie verurteilt waren, bis dahin war die Bewährungsabteilung zuständig, die auch die Gerichtsgutachten schrieb. 1971 ist das alles auf die Sozialarbeiter übertragen worden.

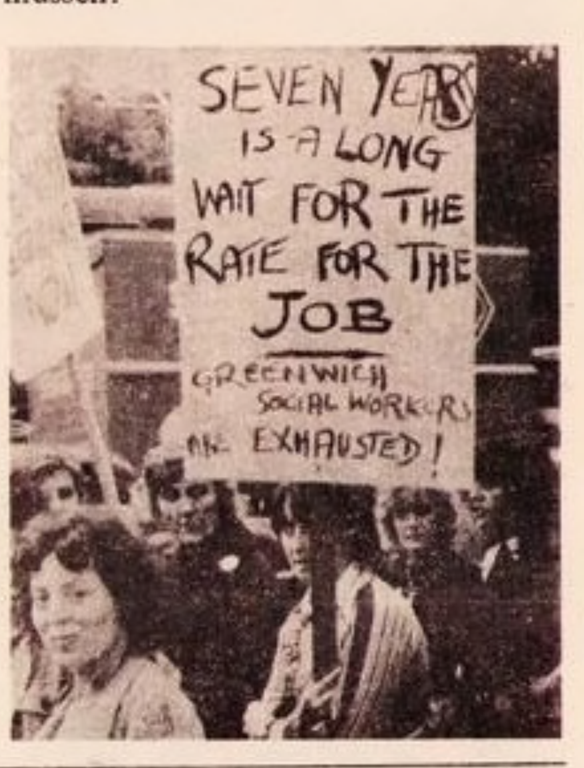
Jetzt müssen wir Gutachten für die Gerichte erstellen, die zur Urteilsfindung benutzt werden. Und das gilt für jeden Einzelfall, noch bevor das Gericht überhaupt tätig geworden ist. Dagegen haben wir in den letzten 12 Monaten wiederholt Einspruch erhoben und gesagt, daß von uns Berichte erst vorgelegt werden sollten, nachdem feststeht, ob der Jugendliche überhaupt schuldig ist oder unschuldig. Jetzt ist es so, daß wir, wenn wir das Kind nicht kennen, die Familie aufsuchen und Gespräche führen müssen, sozusagen eine neue Akte anlegen. In der letzten Zeit haben wir das hier nur noch gemacht, wenn das Gericht schon einen Schuldspruch gefällt hatte, aber das ist in den Regionen verschieden.

Gibt es Anzeichen, daß die Arbeit unabhängig von den neuen Gesetzen zugenommen hat?

Ja. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit oder überhaupt eine Abnahme des Lohns bedeuten zusätzlichen Druck auf die Familien. Dadurch entstehen dann Probleme, und gerade in der Gegend von Liverpool bekommen wir das als mehr Arbeit zu spüren.

Wie wird der Streik organisiert?

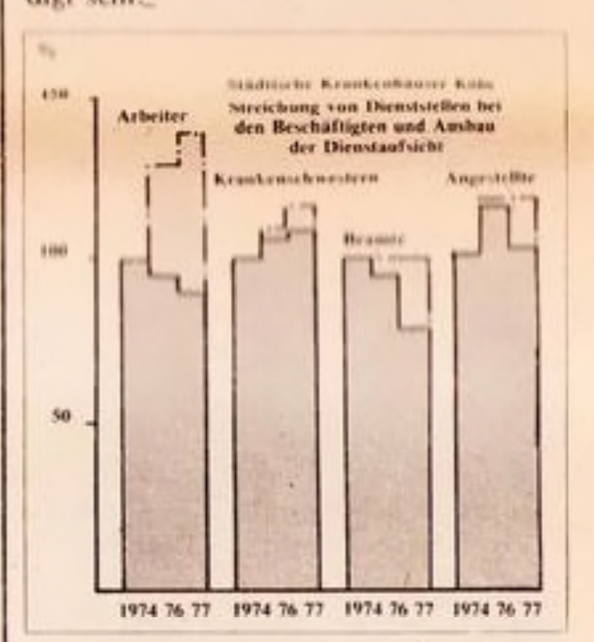
Jeder NALGO-Bezirk von Liverpool und jedes Krankenhaus hat einen Vertreter in der Streikleitung. Jede Woche findet eine Versammlung der 320 NALGO-Sozialarbeiter statt. Die Streikleitung gibt wöchentlich eine Streikzeitung und in kürzeren Abständen Informationen heraus. Sie organisiert die Streikposten und sorgt dafür, daß die Sitzungen der Stadtverwaltung mit Transparenten besucht werden. Und sie achtet darauf, daß wirklich dringende Fälle den Verantwortlichen der Stadtverwaltung mitgeteilt werden, die sich dann selbst darum kümmern müssen.



berg vertritt, durch das Mitglied der IG Metall Anke Fuchs, die laut Ehrenberg „in völligem Gleichklang" mit ihm denke. Die Gewerkschaftspresse will Ehrenberg so mit Propaganda für das Arbeitsförderungsgesetz füllen.

Wirtschaftswoche: zu viele Stellen im Öffentlichen Dienst

z.wos. „Acht von zehn Stellen im öffentlichen Dienst" sind nach Auffassung der Zeitschrift Wirtschaftswoche durch Rationalisierung „überflüssig" zu machen. Bis 1990 soll dies durch eine großangelegte Rationalisierungswelle mittels Textverarbeitungs- und Bildschirmgeräten erledigt sein.



Das Schaubild zeigt den Stellenplan der Städtischen Krankenhäuser Köln. Von 1974-1977 wurden bei den Arbeitern 50 Stellen gestrichen. Bei den Krankenschwestern wurde die Dienstaufsicht um das Doppelte vermehrt. Die Zunahme bei den Dienststellen 1976 kommt durch die Eingemeindung eines Krankenhauses zustande; 1977 fällt aber auch hier die Stellenzahl gleich wieder. Bei den Angestellten kommen auf 574 Beschäftigte 69 Antreiberstellen im Jahre 1977.

Westberliner Senat plant neues Sozialarbeitergesetz

z.gab. „Von den Städten, Gemeinden und Kreisen wird in zunehmendem Maße Klage geführt über die Ausbildung und die Verwendbarkeit des Sozialarbeiternachwuchses." (Entschließung der kommunalen Spitzenverbände 1976) Diesen Zustand will die Bourgeoisie ändern, um die neuen Gesetzesmaßnahmen wie das Ehe- und Familienrecht, das Jugendhilferecht und das Adoptionsvermittlungsgesetz durchzusetzen. Dazu braucht der bürgerliche Staat Sozialarbeiter, die von der Pike auf unter seiner Knute stehen. Genau das soll das neue Sozialarbeitergesetz bewirken. In diesem Entwurf wird der staatliche Eingriff in die Ausbildung enorm verschärft. Zum Beispiel in dem „mindestens 38tägigen praxis- und berufsbezogenen Unterricht", der in „unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung" durchgeführt wird. „Die Fachaufsicht wird vom Senator für Familie, Jugend und Sport im Einvernehmen mit allen anderen Senatoren ausgeübt, weil eine umfassende Ausbildung vorgesehen ist, die zur Tätigkeit in allen Bereichen der Sozialarbeit befähigen soll." „Selbständig" und „verantwortlich wahrnehmen" soll der Praktikant Tätigkeiten, wobei „die für den Umgang mit den Klienten erforderlichen methodischen Fertigkeiten geübt und verfeinert werden" (Sozialarbeitergesetz).

unterstützen. Viel genützt haben ihr alle diese Maßnahmen nicht. Auch dies Urteil ist noch längst nicht durchgesetzt.

Humanitäre Hilfe, im wesentlichen in Afrika und Asien

z.ere. Humanitäre Hilfe ist ein spezifisches Instrument „deutscher Außenpolitik", heißt es in einem Bericht der Bundesregierung über humanitäre Auslandshilfe. Im Mittelpunkt dieser Art Hilfsmaßnahmen steht immer der „notleidende Mensch", dem bei „Bürgerkriegen, Flüchtlingsproblemen oder Naturkatastrophen" zu helfen sich der „Unterausschuß Humanitäre Hilfe" zu Wort gemeldet hat. „Wie denn den Christen im Libanon die Hilfsgüter unmittelbar zugeleitet werden könnten?" hatten die Ausschußmitglieder besorgt angefragt. Was geschehen war? Ende März dieses Jahres: Dem Bundesaußenminister ist es, wie es der Bericht vorsieht, möglich, im „Rahmen eines Beileidtelegramms ein spontanes Hilfsangebot" zu unterbreiten. Eine Bundeswehrmaschine war in Damaskus gelandet. Medikamente, Decken und Aufbaukost werden in Lastwagen einer deutschen Spedition umgeladen. Stundenlang aber blieb der Lastwagen in den Schneestürmen des Daha-el-Beida-Passes liegen. Erst Ostersamstag trifft er vor der deutschen Botschaft ein. Hier eine erste Inspektion, die Zeit drängt. Ein Mann des Bundesgrenzschutzes notiert jedes Gramm, Botschaftsrat Neubauer überwacht *persönlich* die ganze Aktion, die in einer ehemaligen Polizeistation abgewickelt wird. Keine langfristigen Abstimmungsverfahren oder Abkommen, die westdeutsche Luftwaffe unternimmt ihre bisher größte Luftbrückenoperation ins östliche Mittelmeergebiet. Im Bericht heißt es: „Der Einsatz von Flugzeugen der Bundeswehr etwa für Luftbrücken hat sich als besonders hilfreich und politisch günstig für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ausgewirkt." Dem Unterausschuß ist nun viel daran gelegen, die zukünftigen Einsätze in all ihren Einzelheiten zu koordinieren und die beteiligten paramilitärischen Organisationen von THW bis Caritas zentral zu steuern. Wichtig erscheint der Bourgeoisie die Möglichkeit, ohne Einmischung durch die „Gastgeberregierung" ihre „Hilfeleistung" zu steuern, denn nur so könnten „sofort Ergebnisse erzielt werden".

Nachschlagwerk für die Einrichtung von Arbeitshäusern

z.klr. Das BKA läßt „Wissenschaftler und Polizeipraktiker partnerschaftlich" ein Kartenwerk über die Verteilung von „Straftaten und Tätern in Bochum" verfertigen – „Kriminalitätsatlas Bochum" genannt –, um „Anstöße für präventive Verbrechensbekämpfung zu geben", so Prof. Schwind, niedersächsischer Justizminister und führend an der Planung beteiligt. Arbeitslosigkeit und fehlender Wohnsitz sind für den Großteil der in Bochum gefundenen 4551 „Tatverdächtigen" zutreffend, ist ein vorläufiges Ergebnis dieses „kriminalgeografischen" Machwerks. „Der Schluß liegt nahe, daß ‚präventive Verbrechensbekämpfung' in der Beseitigung" der Arbeitslosigkeit und mangelnden Seßhaftigkeit der „Tatverdächigen" durch Arbeitshäuser bestehen wird.

Sprengstoffspürgerät für Behörden und Ämter



z.ger. Endlich gibt es ihn: den handlichen Sprengstoffdetektor im Taschenformat, von der Firma Philips. Die Zeitschrift „Nachrichten Elektronik" empfiehlt ihn für „Strafanstalten, Polizei, Zoll, BGS, in Industrieunternehmen, Botschaften und anderen gefährdeten Institutionen". Interessant wohl auch für Arbeitgeberpräsidenten, Bourgeoispolitiker, Staatsanwälte usw. „Er kann auch bei Regen eingesetzt werden", lobt das Blatt. Steht der Bourgeoisie das Wasser schon bis zum Hals ?

Ein ,,guter Hirte" und ,,energischer Verwalter"

z.erb.Rom. ,,Aus dem frömmsten Winkel im kirchentreuesten Land der Erde", meint der ,,Spiegel", wurde Karol Woityla auf den Papststuhl drauf und 4266 Bischöfen sowie 400000 Priestern vorgesetzt. Während das polnische Volk den bewaffneten Kampf gegen die faschistische Okkupation führte, hat der Mann bis 1946 sich dem Studium der Theologie hingegeben, um sich anschließend an der Päpstlichen Universität zu Rom weiterausbilden zu lassen. Zunächst als Pfarrer, dann als Professor an der Katholischen Universität von Lublin hat er an der Wühltätigkeit der katholischen Kirche gegen die Diktatur des Proletariats mitgewirkt. Sein Mentor Wyszinski hat 1956 die Machtergreifung des Revisionismus unter Gomulka gleich freudig begrüßt, Woityla hatte sich so verdient gemacht, daß er schon 1958 zum Bischof von Krakow befördert wurde. Bei allem Streit mit den Revisionisten, daß die Herrschaft der neuen Bourgeoisie am Ende durch die Arbeiterklasse gestürzt wird, dafür waren die Pfaffen nie zu haben. 1970 hat deshalb das polnische Episkopat gegen den Arbeiteraufstand in den Küstenstädten zur ,,Ruhe" aufgerufen. – Nach dem ,,unglücklichen Hadrian VI. von Utrecht endlich wieder ein Papst aus dem Umfeld des deutschen Kulturkreises", droht die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung". Von der Maas bis an die Memel ... Ob Woityla freilich dafür zu haben ist, scheint zweifelhaft. Jedenfalls hat ihm Wyszinski eingeschärft: ,,Obwohl du auf dem Stuhl Petri sitzt, bleibst du ein polnischer Bischof." Jetzt soll er seine ,,vielfältigen Gaben und besonderen Erfahrungen" nicht nur zur Unterhöhlung der Herrschaft der Sozialimperialisten über Osteuropa, sondern gleich weltweit einsetzen. In Italien z.B. fehle die ,,pastorale Orientierung für viele Millionen Kommunisten, die nach unserer Meinung ebenfalls das Licht des Evangeliums empfangen sollen", schreibt E. Sorge, Chefredakteur des Jesuitenorgans ,,Civilta cattolica" im ,,Spiegel". Carter hat seinen Sicherheitsberater Brzezinski gleich zum ,,Freund des Papstes" erklärt und beim Außenministerium ein Gutachten über den neuen Mann und die neuen Möglichkeiten angefordert. Mühsam gesucht, scheint er jetzt gefunden: Der ,,gute Hirte, aber zugleich ein energischer Verwalter". (,,Spiegel", 43/78).

,,Reichskristallnacht" – als Vorwand imperialistischer Hetze

z.maw. Am 9. November jährt sich zum 40. Mal die ,,Reichskristallnacht". Am 9. November 1938 ließ das deutsche Finanzkapital die faschistischen SA-Banden jüdische Geschäfte, Einrichtungen und Synagogen plündern und in Brand stecken. Für dem 9. November rufen Bundespräsident Scheel, Regierung, SPD, CDU, FDP und der DGB zu einer Veranstaltung in der Kölner Synagoge auf. In Westberlin rufen Kirchen, Jüdische Gemeinde, Landesjugendring und der DGB unter ,,Schirmherrschaft" des Regierenden Bürgermeister Stobbe zu einem ,,Schwei-

eingeschärft: ,,Obwohl du auf dem Stuhl Petri sitzt, bleibst du ein polnischer Bischof." Jetzt soll er seine ,,vielfältigen Gaben und besonderen Erfahrungen" nicht nur zur Unterhöhlung der Herrschaft der Sozialimperialisten über Osteuropa, sondern gleich weltweit einsetzen. In Italien z.B. fehle die ,,pastorale Orientierung für viele Millionen Kommunisten, die nach unserer Meinung ebenfalls das Licht des Evangeliums empfangen sollen", schreibt E. Sorge, Chefredakteur des Jesuitenorgans ,,Civilta cattolica" im ,,Spiegel". Carter hat seinen Sicherheitsberater Brzezinski gleich zum ,,Freund des Papstes" erklärt und beim Außenministerium ein Gutachten über den neuen Mann und die neuen Möglichkeiten angefordert. Mühsam gesucht, scheint er jetzt gefunden: Der ,,gute Hirte, aber zugleich ein energischer Verwalter". (,,Spiegel", 43/78).

,,Reichskristallnacht" – als Vorwand imperialistischer Hetze

z.maw. Am 9. November jährt sich zum 40. Mal die ,,Reichskristallnacht". Am 9. November 1938 ließ das deutsche Finanzkapital die faschistischen SA-Banden jüdische Geschäfte, Einrichtungen und Synagogen plündern und in Brand stecken. Für dem 9. November rufen Bundespräsident Scheel, Regierung, SPD, CDU, FDP und der DGB zu einer Veranstaltung in der Kölner Synagoge auf. In Westberlin rufen Kirchen, Jüdische Gemeinde, Landesjugendring und der DGB unter ,,Schirmherrschaft" des Regierenden Bürgermeister Stobbe zu einem ,,Schwei-

gemarsch" am 8.11. auf, zu dessen Abschlußkundgebung neben Stobbe auch der DGB-Vorsitzende Vetter als Redner angekündigt wird. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisiert am 9.11. eine Fachkonferenz ,,Nationalsozialismus im Unterricht", zu der zionistische Historiker zugezogen werden. Die bürgerliche Presse heuchelt Besorgnis über ,,zunehmende antisemitische Verhetzung von Schülern", über Verbreitung der von der Bourgeoisie selbst in Umlauf gebrachten Judenwitze unter Schülern und warnt unter Führung der Zionisten vor ,,neonazistischen Umtrieben". Mit folgenden ,,Lernzielen" will zum Beispiel das niedersächsische Kultusministerium die Schüler mittels Notenterror indoktrinieren: ,,Die Schüler sollen – die moralischen Verpflichtungen aller Deutschen zur Wiedergutmachung des im Namen Deutschlands verübten Unrechts anerkennen, auch wenn sie sich nicht selbst verantwortlich fühlen für das, was damals geschah – Verständnis aufbringen für den Wunsch der Juden, in einem eigenen Staat Israel mit gesicherten Grenzen zu leben und – die Aufbauleistung der Juden im Staat Israel kennenlernen." Die Versammlung des Westberliner IG Druck und Papier-Bezirks Charlottenburg / Tiergarten hat am 19.9. die Beteiligung des DGB an dieser reaktionären Kampagne abgelehnt. Eine Reihe von Gewerkschaftsmitglieder hat beschlossen, Transparente zur Unterstützung der PLO anzufertigen und am 8.11. damit öffentlich aufzutreten. Die Palästina- und Nahostkomitees werden am 4. und 5.11. in Frankfurt mit Vertretern der PLO ein Palästina-Seminar und eine Kundgebung in der Innenstadt zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfs durchführen.

Gleichbehandlung!
Ehrenberg liefert Munition für Angriff auf den Facharbeiterlohn

Gesetzentwurf: ,,Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" / Exportoffensive der Elektrokapitalisten

z.brb. Ehrenberg hat einen Gesetzentwurf über die ,,Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang" vorgelegt. Will Ehrenberg jetzt die alte Forderung der Arbeiterklasse nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit per Bürgerlichem Gesetzbuch durchsetzen? Der Verweis darauf, daß keine Kosten entstehen, macht einen schon stutzig.

In der Elektroindustrie ist ein hoher Prozentsatz von Frauen beschäftigt. 1974 waren von 1091928 Beschäftigten 429300 Frauen, bei Siemens in Westberlin ist 1977 bei 27000 Beschäftigten der Anteil an Frauen auf 44% gegenüber 41% 1976 gestiegen. 88% der Frauen sind in den Lohngruppen I und II, das heißt 6,77 DM und 7,45 DM Stundenlohn, der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter demgegenüber betrug 10,50 DM. Daran, daß der größte Prozentsatz der Frauen in den unteren Lohngruppen beschäftigt ist, wollen die Kapitalisten unbedingt festhalten. Die hohen Profite, die die westdeutschen Elektrokapitalisten in den letzten Jahren erzielt haben, haben sie gerade auf Grundlage von niedrigen Löhnen, Akkordverschärfung, Rationalisierung erreichen können. Die Siemenskapitalisten haben darüber in der internationalen Konkurrenz den 5. Platz erobern können, gegenüber der 10. Stelle, an der sie noch 1970 standen.

Die technische Grundlage dafür ist die Umrüstung auf Automation und Halbautomation, mit der die Kapitalisten Facharbeiter entlassen und ungelernte und Hilfsarbeiter – meist Frauen – einstellen und die Akkordhetze steigern können.

Nordmende z.B. hat 1974/75, als die Profite zu niedrig waren, 200 Arbeiter entlassen, dreimal Kurzarbeit angesetzt und die Bereiche, die nicht genug Profit abwarfen, wie die Meßgeräteproduktion, stillgelegt.

Die Stephanwerke in Hameln haben Anfang des Jahres die Gießerei geschlossen und die meisten Arbeiter in andere Bereiche versetzt und abgruppiert. Neue Rollenbänder und Werkbänke haben sie in der Montage eingesetzt, verbunden mit Kürzung der Vorgabezeiten für den Getriebebau um 20%. Bei den Drehautomaten haben sie den Angriff auf die Pausen mit Hilfe von Fahrtenschreibern geführt. Die Fahrtenschreiber notieren 480 Arbeitsminuten, für die Prämie gezahlt wird, nur dann, wenn keine Pausen – außer Mittag und Frühstück gemacht werden.

Die Mielekapitalisten in Bielefeld haben eine Refakommission zur Austüftelung neuer Schweißauspressungsverfahren eingesetzt, die die Akkordzahlen in der Produktion von Türen mit Gebläse gleich um 18% hochgesetzt hat.

Diese Profitmaximierung reicht den Kapitalisten aber noch nicht, vor allem die Expansion auf dem US-Markt ist ihnen zu gering.

Auf der Jagd nach Extraprofiten weiten sie die Forschung auf dem Bereich von Mikroprozessoren aus.

Baur von Siemens hat dazu auf einer Tagung an der Würzburger Katholischen Akademie am 7./8.10. die Bedeutung der Mikroelektronik für die Expansion erläutert: ,,In den USA, in Japan und in anderen Industrieländern wird diese Technik mit Vehemenz vorangetrieben. Daher gibt es auch für unsere Wirtschaft keine andere Lösung, als mit Hilfe der Mikroelektronik unsere technische Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten und auszubauen. Die Mikroelektronik wird der Rationalisierung weitere Impulse geben." Die Notwendigkeit von Lohnsenkung propagierte er auch gleich auf der Tagung: ,,Übertragen auf die Bedingungen der BRD betragen die Lohnkosten von Singapur 17%, die von Mauritius 2%. Man muß sich überall umgucken und überall hingehen." Die Kapitalisten allerdings, wie das Schaubild über die Expansion zeigt.

In Westberlin lassen die Kapitalisten von Siemens, AEG-Telefunken, Philips und EUROSIL gemeinsam mit verschiedenen Forschungsinstituten derzeit für 48 Mio. DM ein Elektronensynchrotron bauen, von der Bundesregierung finanziert. ,,In einem Synchrotron werden Elektronen auf Energien von 400 Megaelektronenvolt (400 Millionen Elektronenvolt) bis etwa 8 Gigaelektronenvolt (8 Milliarden eV) beschleunigt. (Zum Vergleich: Elektronen in einer Fernsehröhre haben Energien von 10 Kiloelektronenvolt, 10000 eV). Dort werden in erster Linie Experimente zur Untersuchung von Elementarteilchen gemacht. Technisch soll bei diesem Speicherring ausgenutzt werden, daß die auf Kreisbahnen beschleunigten Elektronen elektromagnetische Strahlung ausssenden, die den Bereich von kurzwelliger Röntgenstrahlung, weicher Röntgenstrahlung, ultraviolettem Licht, sichtbarem Licht und Infrarotstrahlung umfaßt. Insbesondere für den Bereich von ultraviolettem Licht und weicher Röntgenstrahlung bilden Elektronenspeicherringe die einzige Lichtquelle mit ausreichender Intensität. Bisher wurde diese Lichtquelle als Nebeneffekt schon am Deutschen Elektronensynchrotron in Hamburg genutzt, insbesondere zur Untersuchung von Festkörpern. Jetzt soll sie genutzt werden für die Produktion von Halbleitern und Mikroprozessoren" (KVZ-Bezirksausgabe Westberlin, 3.4.78).

Mikroprozessoren, die auf einem Chip von 10 Quadratmillimetern gegenwärtig etwa 10000 Transistorfunktionen enthalten, sind Bauteile der Mikrocomputer, von denen der Siemenskonzern der größte Anbieter in Westeuropa ist.

In München haben die Siemenskapitalisten bereits mit den neuen Rechnern, die mit Mikroprozessoren arbeiten, die Lohnsenkung über die Einstellung von Frauen und die Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit vorangetrieben:

Nachdem in der Martinstraße die Röhrenproduktion aufgelöst und dort der neue Rechner produziert wurde, führten die Kapitalisten gleichzeitig Nacht- und Schichtarbeit ein und nutzten die neuen Rechner für Lohnsenkungen. Die Flachbaugruppen (das sind mit Bauteilen bestückte Leiterplatten) werden jetzt mit dem Rechner geprüft. Der Rechner kann für verschiedene Platten programmiert werden, so daß jetzt für das Prüfen der Platten keine Facharbeiter mehr nötig sind, sondern Hilfsarbeiter eingestellt werden können, meistens Frauen, die in Lohngruppe 2-4 eingestuft sind.

Warum also das in diese Maschine angelegte Kapital die halbe Nacht brach liegen lassen, warum die Frauen nur den Tag und die halbe Nacht arbeiten lassen? ,,Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz soll unabdingbar auf sämtliche Vereinbarungen und Maßnahmen des Arbeitgebers im Ar-

tionen enthalten, sind Bauteile der Mikrocomputer, von denen der Siemenskonzern der größte Anbieter in Westeuropa ist.

In München haben die Siemenskapitalisten bereits mit den neuen Rechnern, die mit Mikroprozessoren arbeiten, die Lohnsenkung über die Einstellung von Frauen und die Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit vorangetrieben:

Nachdem in der Martinstraße die Röhrenproduktion aufgelöst und dort der neue Rechner produziert wurde, führten die Kapitalisten gleichzeitig Nacht- und Schichtarbeit ein und nutzten die neuen Rechner für Lohnsenkungen. Die Flachbaugruppen (das sind mit Bauteilen bestückte Leiterplatten) werden jetzt mit dem Rechner geprüft. Der Rechner kann für verschiedene Platten programmiert werden, so daß jetzt für das Prüfen der Platten keine Facharbeiter mehr nötig sind, sondern Hilfsarbeiter eingestellt werden können, meistens Frauen, die in Lohngruppe 2-4 eingestuft sind.

Warum also das in diese Maschine angelegte Kapital die halbe Nacht brach liegen lassen, warum die Frauen nur den Tag und die halbe Nacht arbeiten lassen? ,,Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz soll unabdingbar auf sämtliche Vereinbarungen und Maßnahmen des Arbeitgebers im Ar-

beitsverhältnis erstreckt werden" heißt es im Vorwort Ehrenbergs ,,Gleichbehandlungsgesetz". Der entsprechende Angriff auf die Schutzbestimmungen, die Nachtarbeit für Frauen verbieten, ist in dem Gesetz ebenfalls gleich vorbereitet. ,,Selbstverständlich liegt auch keine Verletzung des Benachteiligungsverbots vor, wenn der Arbeitgeber bei der Einstellung oder der Beschäftigung die Personen eines bestimmten Geschlechts wegen der für sie geltenden Arbeitsschutzvorschriften anders als Personen des anderen Geschlechts behandelt." Weigern sich die Frauen, Nachtarbeit zu leisten, werden sie halt nicht eingestellt, die elende materielle Lage wird sie schon dazu zwingen, ist die Hoffnung der Bourgeoisie.

Die Festlegung ,,gleicher Lohn für Männer und Frauen" im Gesetzentwurf zielt ab auf die Beseitigung der Facharbeiterlöhne der Männer, die in der Elektroindustrie im Schnitt 2-3 DM höher liegen als die der Frauen. Gleich niedriger Lohn für alle, ist die Devise. Dem dient die Kampagne ,,Frauen in traditionelle Männerberufe", die gegenwärtig von der Bourgeoisie über verschiedene Arbeitsämter gestartet und in der bürgerlichen Presse mit Anzeigen der Bundesanstalt für Arbeit verbreitet wird. Propagiert hat das Helmut Schmidt schon 1976 in seiner Regierungserklärung: ,,Bisher müssen noch viele Mädchen ungelernte Berufe ergreifen. Ihnen sollten vor allem auch die breiten Möglichkeiten des gewerblich-technischen Bereichs offenstehen. Das geht nicht ohne Mithilfe der Betriebe, die bereit sein müssen, den Mädchen solche Arbeitsplätze anzubieten, und es geht nicht ohne gezielte Beratung und Förderung bei der Arbeitsvermittlung."

Die saarländische Landesregierung lobt ihr Ausbildungsförderungsprogramm 1978, das den Kapitalisten ,,genügend Anreize" in Form von Subventionen gebe, um weibliche Jugendliche auszubeuten.

Das Arbeitsamt Braunschweig hat zur ,,Förderung der Arbeitsaufnahme schwer vermittelbarer jugendlicher Arbeitsloser" kürzlich einen Lehrgang ,,Fügetechnik" durchführen lassen, in dem junge Mädchen auf Elektromontagearbeit gedrillt werden. Zwei davon mußten jetzt bei Siemens anfangen in der Kabelformerei und im Relaisbau, beides Akkordabteilungen.

Bei Siemens in Braunschweig wurden 1976 drei Arbeiterinnen als Gabelstapler-und E-Wagenfahrer ausgebildet. Bis dahin wurde diese Arbeit ausschließlich von Männern in Lohngruppe 6 gemacht. Die Frauen wurden in Lohngruppe 5 eingestuft mit der Begründung, die Männer hätten gelegentlich auch Hebearbeiten (Be- und Entladen der E-Wagen) zu verrichten gehabt, was die Frauen nicht könnten. Die Kollegen sind daraufhin zum Be-

die breiten Möglichkeiten des gewerblich-technischen Bereichs offenstehen. Das geht nicht ohne Mithilfe der Betriebe, die bereit sein müssen, den Mädchen solche Arbeitsplätze anzubieten, und es geht nicht ohne gezielte Beratung und Förderung bei der Arbeitsvermittlung."

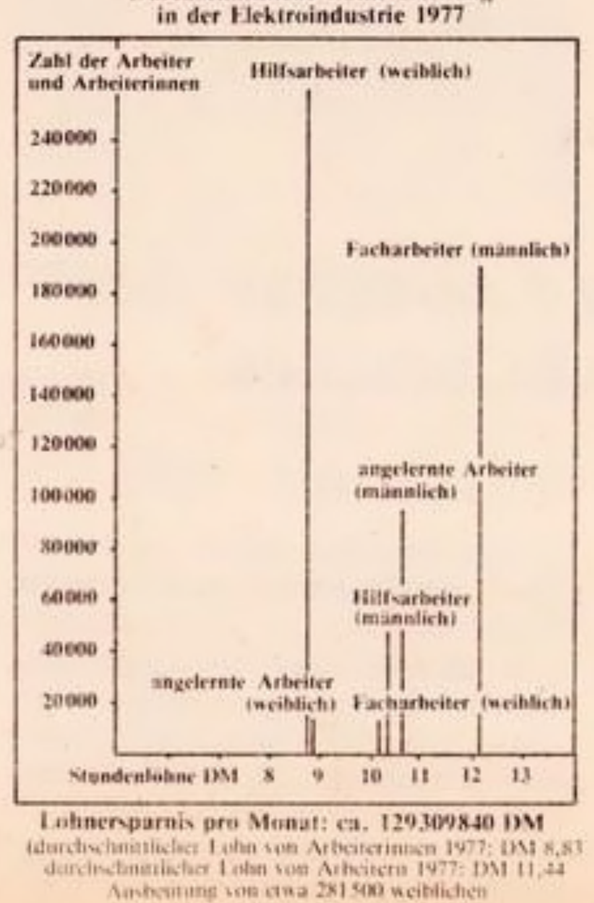
Die saarländische Landesregierung lobt ihr Ausbildungsförderungsprogramm 1978, das den Kapitalisten ,,genügend Anreize" in Form von Subventionen gebe, um weibliche Jugendliche auszubeuten.

Das Arbeitsamt Braunschweig hat zur ,,Förderung der Arbeitsaufnahme schwer vermittelbarer jugendlicher Arbeitsloser" kürzlich einen Lehrgang ,,Fügetechnik" durchführen lassen, in dem junge Mädchen auf Elektromontagearbeit gedrillt werden. Zwei davon mußten jetzt bei Siemens anfangen in der Kabelformerei und im Relaisbau, beides Akkordabteilungen.

Bei Siemens in Braunschweig wurden 1976 drei Arbeiterinnen als Gabelstapler-und E-Wagenfahrer ausgebildet. Bis dahin wurde diese Arbeit ausschließlich von Männern in Lohngruppe 6 gemacht. Die Frauen wurden in Lohngruppe 5 eingestuft mit der Begründung, die Männer hätten gelegentlich auch Hebearbeiten (Be- und Entladen der E-Wagen) zu verrichten gehabt, was die Frauen nicht könnten. Die Kollegen sind daraufhin zum Be-

triebsrat gegangen und haben die Bezahlung in Lohngruppe 6 gegen die Kapitalisten durchgesetzt. Das ist allerdings nicht die Sorte Gleichbehandlung, die Ehrenberg sich vorstellt.

Durchschnittliche Lohnverteilung in der Elektroindustrie 1977



Lohnersparnis pro Monat: ca. 129309840 DM
(durchschnittlicher Lohn von Arbeiterinnen 1977: DM 8,83
durchschnittlicher Lohn von Arbeitern 1977: DM 11,44
Ausbeutung von etwa 281500 weiblichen
und 334500 männlichen Arbeitern)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1978. Die Anzahl der weiblichen und männlichen Arbeiter wurde nach den Angaben für 1974 auf das Jahr 1977 übertragen, wobei der wirkliche Anteil weiblicher Arbeiter jetzt noch höher liegen dürfte, die Lohnersparnis pro Monat ist also eine Mindestangabe.

Einstufung der Arbeiter und Arbeiterinnen bei Siemens-Braunschweig

Lohngruppe	Arbeiter	Arbeiterinnen
1 Akkord	5	457
Zeitlohn	–	44
2 Akkord	15	535
Zeitlohn	3	20
3 Akkord	74	81
Zeitlohn	20	40
4 Akkord	57	40
Zeitlohn	11	9
5 Akkord	118	26
Zeitlohn	39	–
6 Akkord	65	3
Zeitlohn	45	10
7 Akkord	80	1
Zeitlohn	87	3
8 Akkord	34	–
Zeitlohn	252	–
9 Akkord	–	–
Zeitlohn	154	–
10 Akkord	–	–
Zeitlohn	30	–
Beschäftigte insg.	1089	1269

Die Arbeiter in Lohngruppe 1 arbeiten in der Montage und Kabelformung, in Lohngruppe 2 in der Leiterplattenbestückung, Relaisjustage und Kabelformung.

Die westdeutsche elektrotechnische Industrie

	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Beschäftigte (Tsd)	1147	1133	1038	961	955	960
Produktionsergebnis je Arb.-Std. (1970 = 100)	129,7	135,9	149,6	162,8		
Umsatz (ohne autom. Datenverarbeitung) (in Mio. DM)	67212	73478	72442	77202	89600	92500
Anteil der Lohn- u. Gehaltssumme am Umsatz	31,1%	32,2%	32,4%	31,4%	29,3%	

Lohngruppe	Arbeiter	Arbeiterinnen
2 Akkord	15	535
Zeitlohn	3	20
3 Akkord	74	81
Zeitlohn	20	40
4 Akkord	57	40
Zeitlohn	11	9
5 Akkord	118	26
Zeitlohn	39	–
6 Akkord	65	3
Zeitlohn	45	10
7 Akkord	80	1
Zeitlohn	87	3
8 Akkord	34	–
Zeitlohn	252	–
9 Akkord	–	–
Zeitlohn	154	–
10 Akkord	–	–
Zeitlohn	30	–
Beschäftigte insg.	1089	1269

Lohnersparnis pro Monat: ca. 129309840 DM
(durchschnittlicher Lohn von Arbeiterinnen 1977: DM 8,83
durchschnittlicher Lohn von Arbeitern 1977: DM 11,44
Ausbeutung von etwa 281500 weiblichen
und 334500 männlichen Arbeitern)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1978. Die Anzahl der weiblichen und männlichen Arbeiter wurde nach den Angaben für 1974 auf das Jahr 1977 übertragen, wobei der wirkliche Anteil weiblicher Arbeiter jetzt noch höher liegen dürfte, die Lohnersparnis pro Monat ist also eine Mindestangabe.

Die Arbeiter in Lohngruppe 1 arbeiten in der Montage und Kabelformung, in Lohngruppe 2 in der Leiterplattenbestückung, Relaisjustage und Kabelformung.

Die westdeutsche elektrotechnische Industrie

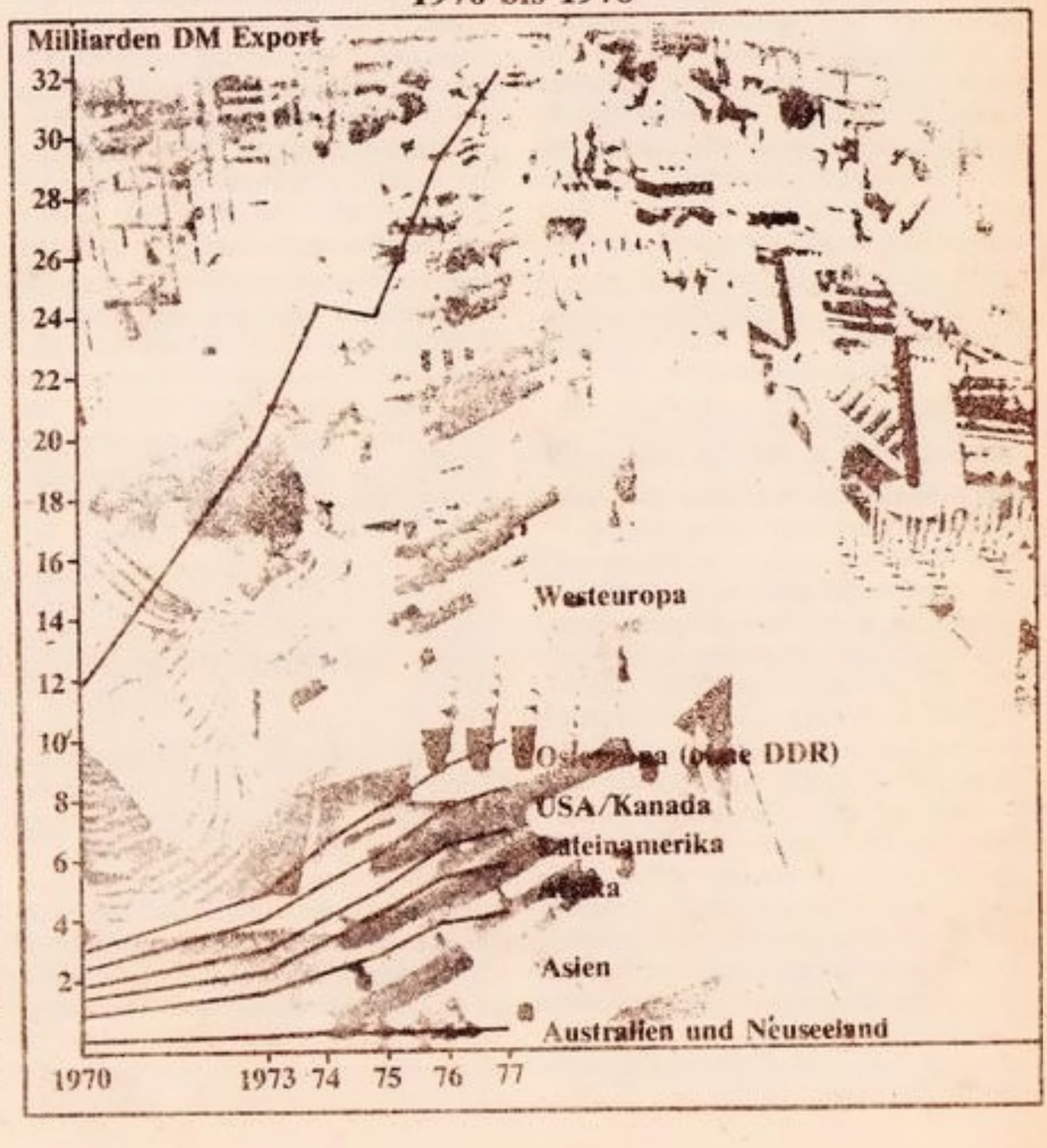
	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Beschäftigte (Tsd)	1147	1133	1038	961	955	960
Produktionsergebnis je Arb.-Std. (1970 = 100)	129,7	135,9	149,6	162,8		
Umsatz (ohne autom. Datenverarbeitung) (in Mio. DM)	67212	73478	72442	77202	89600	92500
Anteil der Lohn- u. Gehaltssumme am Umsatz	31,1%	32,2%	32,4%	31,4%	29,3%	

Vergleichszahlen zur Gesamtindustrie (Gesamtindustrie = 100)

	1973	1974	1975	1976
Investitionsquote	90,6	97,8	91,5	86,4
Lohn je geleistete Arbeiterstunde	94,0	94,7	96,0	94,9
Exportquote	101,2	100,0	102,8	109,7
Importquote	71,9	70,1	74,7	78,9

Quelle: Ifo-Schnelldienst 34/77. Der Ifo-Schnelldienst wird vom ,,Institut für Wirtschaftsforschung" herausgegeben. Durch den Vergleich mit der Gesamtindustrie zeigt der Kapitalistenverband den Elektro-Kapitalisten an, wo ihre Stärken liegen: stark sind sie in der Lohndrückerei und im Export.

Kampf um die Weltherrschaft: Der Export der westdeutschen Elektroindustrie 1970 bis 1978



Mit einer 125-DM-Mindestforderung ist das Forderungspaket wirklich brauchbar

ÖTV-Hauptvorstand macht Lohnvorschlag für die Seehafenarbeiter

z.obj. Fristgemäß wird die ÖTV den Lohntarifvertrag der Seehafenarbeiter zum 31.12. kündigen. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hat folgenden Forderungsvorschlag gemacht:

,,1. Die Löhne und Gehälter sollen sich ab dem 1.1.1979 um 5,5%, mindestens jedoch um 100 DM monatlich, erhöhen.

2. Die sonstigen schichtbezogenen Zuschläge, z.B. Sonn- und Feiertagszuschläge erhöhen sich entsprechend.

3. Der Nachtarbeitszuschlag für die zweite Schicht an Werktagen beträgt für alle Lohngruppen einheitlich 20% des Grundstundenlohns der Lohngruppe III, multipliziert mit der Anzahl der Schichtarbeitsstunden.

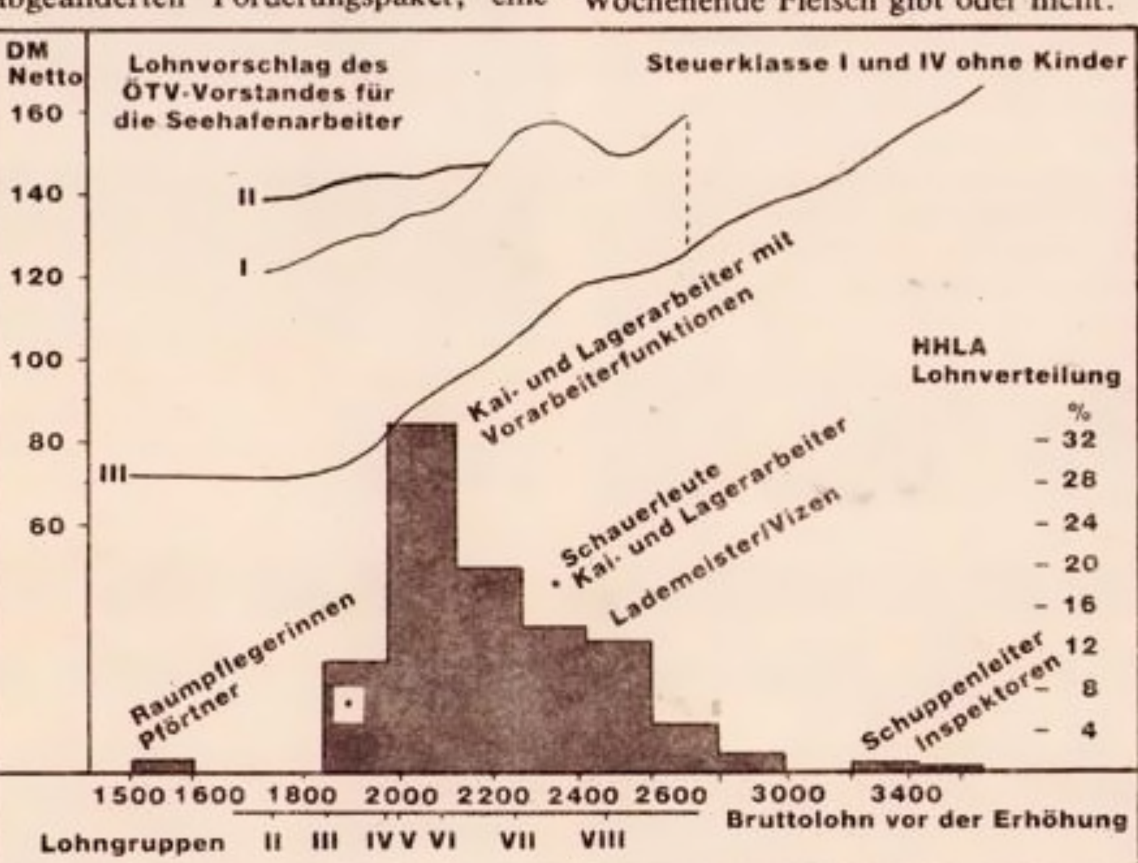
4. Der Nachtarbeitszuschlag für die dritte Schicht an Werktagen beträgt für alle Lohngruppen einheitlich 30% des Grundstundenlohnes der Lohngruppe III, multipliziert mit der Anzahl der Schichtarbeitsstunden.''

Dieser Vorschlag soll in den Betrieben diskutiert werden. Am 17.11. wird die Bundestarifkommission der Abteilung Seehäfen ihren endgültigen Beschluß fassen.

Am 17.Oktober hat in Hamburg die Konferenz aller Vertrauensleute und ÖTV-Betriebsräte aus dem Hafen diesen Vorschlag erörtert. Es haben sich verschiedene Redner zu Wort gemeldet. Ungefähr die Hälfte war gegen den Vorschlag und für Festgeldforderungen. Begründet wurde dies von der Notwendigkeit, gerade die unteren Lohngruppen nicht weiter nach unten sacken zu lassen, und die sowieso bereits vorhandene Lohnschere zwischen den unteren und oberen Lohngruppen nicht noch weiter aufzureißen.

Wir haben den Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes ausgerechnet, sowie, wenn dieses Paket einen Mindestbetrag von 125 DM enthält. Wir haben herausgefunden, daß das Forderungspaket in der Gesamtheit überhaupt nicht den Charakter einer Prozentforderung hat, sondern zusammen mit den Auswirkungen der vom Bundestag beschlossenen ,,Steuerreform''durchaus in den unteren und mittleren Lohngruppen einer vereinheitlichenden Festgeldforderung entspricht. Auf dem nebenstehenden Schaubild haben wir die Wirkung der beiden Forderungsvorschläge eingezeichnet, und zwar was sie für die einzelnen Lohngruppen netto einbringen, die ,,Steuerreform'' eingerechnet. Wir sind bei der Berechnung des Nachtarbeitszuschlages von 17 ersten und 6 zweiten Schichten im Monat ausgegangen.

Die Hafenarbeiter haben lange Erfahrungen im Kampf gegen die Ausdehnung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit. Ein ausreichender Nettolohn ist dabei von grundlegender Bedeutung. Auf dem Schaubild kann man sehen, daß die unteren Lohngruppen, beim auf 125 DM Mindestbetrag abgeänderten Forderungspaket, eine



I: Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes: 5,5% mindestens 100 DM sowie Anhebung des Nachtarbeitszuschlages auf einheitlich 17,14 DM für die zweite Werktagsschicht.
II: Wie I, jedoch mit einem Mindestbetrag von 125 DM.
III: Die Nettolohnerhöhungen bei 5,5% mindestens 100 DM, aber ohne die Forderung zum Nachtarbeitszuschlag.

Alle Kurven sind berechnet für Steuerklasse I und IV ohne Kinder und bei monatlich 23 Schichten, wovon 17mal die erste Schicht und 6mal die zweite Schicht gearbeitet wurde.

Die Ausgangsbruttolöhne wurden errechnet durch den Grundstundenlohn multipliziert mit 173 Stunden.

Mit grauem Raster unterlegt ist die Verteilung der Arbeiter und Angestellten der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA) einschließlich der vermittelten Gesamthafenarbeiter. (Angaben aus den neuesten Geschäftsberichten sowie dem HHLA-Stellenplan vom 1.7.78)

Es fehlen auf der linken Seite die Auszubildenden, weil für die nicht verhandelt wird. Es fehlen außerdem die neun Prokuristen (ca. 7000 DM) und die vier Direktoren (12569,63 DM), weil sie trotz logarithmischem Maßstab außerhalb des Schaubilds liegen.

Die Kurve I und II haben wir bei 2700 DM abgebrochen, weil dies ausschließlich höhere Angestelltenlohngruppen sind, die von der Erhöhung des Nachtarbeitszuschlags nicht profitieren, weil sie bereits jetzt wesentlich höheren Zuschlag haben.

Nettolohnerhöhungvon über 138 DM erhalten, und der Unterschied zu den Lohnerhöhungen der Lademeister und Vizen lediglich noch etwa 18 DM ausmacht. Dieses abgeänderte Forderungspaket wirkt also der Spaltung entgegen in diesem Bereich. Dies kommt durch den Mindestbetrag und die degressive Erhöhung des Nachtarbeitszuschlages zustande. Selbst der Forderungsvorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes wirkt in diese Richtung, und es wäre möglich, auch dafür zu kämpfen. Aber wesentlich besser ist dieses Paket mit einem Mindestbetrag von 125 DM. Dies macht zwar für die Lohngruppe 2 ,,nur'' 17 DM auf den Monatsnettolohn aus, aber gerade für die unteren Lohngruppen haben solche Beträge eine große Bedeutung, weil dadurch z.B. festgelegt wird, ob es am Wochenende Fleisch gibt oder nicht.

Die Hafenkapitalisten wollen gerade das Gegenteil. Sie wollen eine bestimmte Anzahl von Hafenarbeitern, die weit unten liegen. Zu diesem Zweck haben sie 1976 gegenüber der ÖTV durchgesetzt, neu die Lohngruppe 2 einzuführen, die damals brutto 4 DM unter dem Grundlohn lag. Mit einem Abschluß entsprechend dem Paket mit der 125 DM Mindestforderung wären die Kapitalisten da nicht weitergekommen, wenn nicht sogar ein kleines Stück zurückgeworfen.

Auch die Ausdehnung der Nachtarbeit wird eine starke Lohnerhöhung, gerade bei den unteren Lohngruppen, verhindern oder erschweren. Denn einmal wird die zweite und dritte Schicht für die Kapitalisten im Verhältnis wirklich teuer, und zum anderen ist ja gerade die Erhöhung des Lohnes bei der gegebenen Schichtenverteilung die wichtigste Grundlage um eine weitere Ausdehnung der Nachtarbeit zu verhindern.

Beim Kampf um diese Forderung muß man sich natürlich im klaren sein, daß diese relativ hohen Nettobeträge wesentlich dadurch zustande kommen, weil ein Teil der Lohnerhöhung der Steuerausplünderung entzogen ist. Nachtarbeitszuschlag ist steuerfrei, doch dies wird die Hafenarbeiter nicht davon abhalten, die Steuerausplünderung zu bekämpfen. So haben vor dem Beschluß des Bundestages 30 Kollegen des Gesamthafenbetriebes Hamburg an Herbert Wehner geschrieben und monatlich 1500 DM steuerfrei gefordert und als sofortigen Schritt die Erhöhung des Grundfreibetrages um 2000 DM.

Die Forderung des ÖTV-Hauptvorstandes ist mit der auf 125 DM angehobenen Mindestforderung eine gute Grundlage für den Lohnkampf. Vor allem die Arbeiter und Angestellten, die in den unteren Lohngruppen liegen und extrem wenig Spät- und Nachtschichten machen, brauchen diese Mindestforderung unbedingt. Allerdings muß dann diese Forderung auch durchgesetzt werden. Verhandlungsspielraum ist da nicht mehr drin, und den braucht man auch nicht, weil man mit Streik diese Forderung durchsetzen kann. Allen Beteuerungen zum Trotz haben wir ja im letzten Streik auch unsere Forderung fast ganz durchgesetzt. Und daß wir nicht alles gekriegt haben, was wir gefordert haben, ist dem Unterbrechen des Streiks zu verdanken. Die Bundestarifkommission hatte den 7% schon zugestimmt, obwohl nach einer weiteren Woche Streik die Kapitalisten hätten voll bezahlen müssen.

Also die Forderung muß am 17.November beschlossen werden, und die Kapitalisten sollen schnell bezahlen, und wenn sie nicht schnell bezahlen und versuchen, die Lohnerhöhung wieder auf die lange Bank zu schieben oder runterzuhandeln, dann muß gestreikt werden. Denn wenn einzelne Bestandteile gekürzt oder entfernt werden, dann ist die positive vereinheitlichende Wirkung hin. Die Erfahrung für den Streik haben wir.

Run, run Rabbit?

z.rua. Mit 1166:435 Stimmen haben die Arbeiter des VW-Werkes New Stanton in Pennsylvania am 21.10. dem zwischen VW und der Automobilarbeitergewerkschaft abgeschlossenen Tarifvertrag zugestimmt. Die Grundlöhne werden sofort von 5,50 $ auf 7 $ erhöht, gegenüber dem ersten Vertrag 50 Cents mehr pro Stunde. Den ersten Vertrag hatten die Arbeiter mit 1235:94 Stimmen abgelehnt und waren vom 9. bis 16.10. in den Streik getreten. Einen vollständigen Sieg haben sie jedoch nicht errungen. Noch immer liegen die Löhne der Arbeiter von VW um mindestens 1 $ unter denen der anderen Automobilarbeiter in den USA. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 37 Monaten, innerhalb der die Löhne etappenweise bis auf 9,62 $ erhöht werden. Von den Lohnabschlüssen der anderen Automobilarbeiter bleibt der Vertrag unberührt. Kühl erklärten die VW-Kapitalisten, daß sie nicht von der im ersten Vertrag festgesetzten Gesamtsumme der Lohnerhöhungen abgehen wollen. Die Mehrausgaben für die jetzige 50-Cents-Erhöhung wollen sie ,,ausgleichen'': Eine ,,Qualifikationsfrist'' von neun Monaten wurde ausgehandelt, in der *neu* eingestellten Arbeitern die *alten* Tarifsätze gezahlt werden. Im Januar soll in New Stanton eine neue Werkhalle mit 1600 – 1700 Arbeitern die Produktion aufnehmen. Mit dem in den USA produzierten ,,Rabbit'' wollen die VW-Kapitalisten weiter ins US-Geschäft. Wie und ob der Hase überhaupt läuft, wird sich zeigen. Die VW-Kapitalisten mußten aufgrund der bisherigen Streikkämpfe ihr Vorhaben, bis Mitte 1979 mit 300000 Autos in die ,,Gewinnzone'' zu stoßen, auf Ende 1980 vertagen.

Ford-Streik: Kapitalisten suchen dringend einen Ausweg

z.hef. London. Die Spaltungs- und Überrumpelungsmanöver gegen den 5 Wochen dauernden Streik der Ford-Arbeiter nehmen zu. Der Vorsitzende Todd, der Sekretär Birch und der stellvertretende Vorsitzende der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission, Cornwall, trafen sich letzten Montag zu Verhandlungen außerhalb der eigentlichen Lohnverhandlungen mit den Kapitalisten. Die Vertrauensleute des Werks Dagenham, in dem 24500 der 57000 Ford-Arbeiter beschäftigt sind, haben sich am letzten Dienstag ausdrücklich gegen diese Privatverhandlungen gewandt. Sie beschlossen, ein Telegramm an Todd und Birch zu schicken, in dem sie sie an die erwartete volle Durchsetzung der Forderungen erinnern. Außerdem beschlossen sie erneut, jedes ,,Produktivitätsabkommen'' abzulehnen. Am 27.10. haben die Kapitalisten ein neues Angebot von 12,5% gemacht. – Nachdem auf zwei Versammlungen die Arbeiter des Vauxhall-Werkes Ellesmere Port (8000 Arbeiter) für Streik gestimmt hatten, wurde eine Resolution für Streik in den Massenversammlungen in Dunstable (4500 Arbeiter) und Luton (13000 Arbeiter) abgelehnt. Die Kapitalisten hatten ein Angebot von 4,2 bis 4,8% gemacht. Die Gewerkschaftsführung hatte es fertig gebracht, für die Vauxhall-Werke einen

Durch Streik können die Kapitalisten gespalten und zum Zahlen gezwungen werden

z.obj. Es vergeht keine Woche, in der die bürgerliche Presse nicht einen Streik der Hafenarbeiter oder Seeleute

höchstpersönlich, um zumindest zu verhindern, daß die Seehafenarbeiter ihre Forderung voll durchsetzen und

ÖTV-Betriebsräte aus dem Hafen diesen Vorschlag erörtert. Es haben sich verschiedene Redner zu Wort gemeldet. Ungefähr die Hälfte war gegen den Vorschlag und für Festgeldforderungen. Begründet wurde dies von der Notwendigkeit, gerade die unteren Lohngruppen nicht weiter nach unten sacken zu lassen, und die sowieso bereits vorhandene Lohnschere zwischen den unteren und oberen Lohngruppen nicht noch weiter aufzureißen.

Wir haben den Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes ausgerechnet, sowie, wenn dieses Paket einen Mindestbetrag von 125 DM enthält. Wir haben herausgefunden, daß das Forderungspaket in der Gesamtheit überhaupt nicht den Charakter einer Prozentforderung hat, sondern zusammen mit den Auswirkungen der vom Bundestag beschlossenen ,,Steuerreform''durchaus in den unteren und mittleren Lohngruppen einer vereinheitlichenden Festgeldforderung entspricht. Auf dem nebenstehenden Schaubild haben wir die Wirkung der beiden Forderungsvorschläge eingezeichnet, und zwar was sie für die einzelnen Lohngruppen netto einbringen, die ,,Steuerreform'' eingerechnet. Wir sind bei der Berechnung des Nachtarbeitszuschlages von 17 ersten und 6 zweiten Schichten im Monat ausgegan-

Bruttolohn vor der Erhöhung
Lohngruppen II III IV V VI VII VIII

I: Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes: 5,5% mindestens 100 DM sowie Anhebung des Nachtarbeitszuschlages auf einheitlich 17,14 DM für die zweite Werktagsschicht.
II: Wie I, jedoch mit einem Mindestbetrag von 125 DM.
III: Die Nettolohnerhöhungen bei 5,5% mindestens 100 DM, aber ohne die Forderung zum Nachtarbeitszuschlag.

Alle Kurven sind berechnet für Steuerklasse I und IV ohne Kinder und bei monatlich 23 Schichten, wovon 17mal die erste Schicht und 6mal die zweite Schicht gearbeitet wurde.

Die Ausgangsbruttolöhne wurden errechnet durch den Grundstundenlohn multipliziert mit 173 Stunden.

Mit grauem Raster unterlegt ist die Verteilung der Arbeiter und Angestellten der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA) einschließlich der vermittelten Gesamthafenarbeiter. (Angaben aus den neuesten Geschäftsberichten sowie dem HHLA-Stellenplan vom 1.7.78)

Es fehlen auf der linken Seite die Auszubildenden, weil für die nicht verhandelt wird. Es fehlen außerdem die neun Prokuristen (ca. 7000 DM) und die vier Direktoren (12569,63 DM), weil sie trotz logarithmischem Maßstab außerhalb des Schaubilds liegen.

Die Kurve I und II haben wir bei 2700 DM abgebrochen, weil dies ausschließlich höhere Angestelltenlohngruppen sind, die von der Erhöhung des Nachtarbeitszuschlags nicht profitieren, weil sie bereits jetzt wesentlich höheren Zuschlag haben.

Nettolohnerhöhungvon über 138 DM erhalten, und der Unterschied zu den Lohnerhöhungen der Lademeister und Vizen lediglich noch etwa 18 DM ausmacht. Dieses abgeänderte Forderungspaket wirkt also der Spaltung entgegen in diesem Bereich. Dies kommt durch den Mindestbetrag und die degressive Erhöhung des Nachtarbeitszuschlages zustande. Selbst der Forderungsvorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes wirkt in diese Richtung,

Die Hafenkapitalisten wollen gerade das Gegenteil. Sie wollen eine bestimmte Anzahl von Hafenarbeitern, die weit unten liegen. Zu diesem Zweck haben sie 1976 gegenüber der ÖTV durchgesetzt, neu die Lohngruppe 2 einzuführen, die damals brutto 4 DM unter dem Grundlohn lag. Mit einem Abschluß entsprechend dem Paket mit der 125 DM Mindestforderung wären die Kapitalisten da nicht weitergekommen, wenn nicht sogar ein kleines

hobenen Mindestforderung eine gute Grundlage für den Lohnkampf. Vor allem die Arbeiter und Angestellten, die in den unteren Lohngruppen liegen und extrem wenig Spät- und Nachtschichten machen, brauchen diese Mindestforderung unbedingt. Allerdings muß dann diese Forderung auch durchgesetzt werden. Verhandlungsspielraum ist da nicht mehr drin, und den braucht man auch nicht, weil man mit Streik diese Forderung durchsetzen kann. Allen Beteuerungen zum Trotz haben wir ja im letzten Streik auch unsere Forderung fast ganz durchgesetzt. Und daß wir nicht alles gekriegt haben, was wir gefordert haben, ist dem Unterbrechen des Streiks zu verdanken. Die Bundestarifkommission hatte den 7% schon zugestimmt, obwohl nach einer weiteren Woche Streik die Kapitalisten hätten voll bezahlen müssen.

Also die Forderung muß am 17.November beschlossen werden, und die Kapitalisten sollen schnell bezahlen, und wenn sie nicht schnell bezahlen und versuchen, die Lohnerhöhung wieder auf die lange Bank zu schieben oder runterzuhandeln, dann muß gestreikt werden. Denn wenn einzelne Bestandteile gekürzt oder entfernt werden, dann ist die positive vereinheitlichende Wirkung hin. Die Erfahrung für den Streik haben wir.

mußten aufgrund der bisherigen Streikkämpfe ihr Vorhaben, bis Mitte 1979 mit 300000 Autos in die ,,Gewinnzone'' zu stoßen, auf Ende 1980 vertagen.

Ford-Streik: Kapitalisten suchen dringend einen Ausweg

z.hef. London. Die Spaltungs- und Überrumpelungsmanöver gegen den 5 Wochen dauernden Streik der Ford-Arbeiter nehmen zu. Der Vorsitzende Todd, der Sekretär Birch und der stellvertretende Vorsitzende der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission, Cornwall, trafen sich letzten Montag zu Verhandlungen außerhalb der eigentlichen Lohnverhandlungen mit den Kapitalisten. Die Vertrauensleute des Werks Dagenham, in dem 24500 der 57000 Ford-Arbeiter beschäftigt sind, haben sich am letzten Dienstag ausdrücklich gegen diese Privatverhandlungen gewandt. Sie beschlossen, ein Telegramm an Todd und Birch zu schicken, in dem sie sie an die erwartete volle Durchsetzung der Forderungen erinnern. Außerdem beschlossen sie erneut, jedes ,,Produktivitätsabkommen'' abzulehnen. Am 27.10. haben die Kapitalisten ein neues Angebot von 12,5% gemacht. – Nachdem auf zwei Versammlungen die Arbeiter des Vauxhall-Werkes Ellesmere Port (8000 Arbeiter) für Streik gestimmt hatten, wurde eine Resolution für Streik in den Massenversammlungen in Dunstable (4500 Arbeiter) und Luton (13000 Arbeiter) abgelehnt. Die Kapitalisten hatten ein Angebot von 4,2 bis 4,8% gemacht. Die Gewerkschaftsführung hatte es fertig gebracht, für die Vauxhall-Werke einen

Forderungskatalog aufzustellen, in dem weder eine *Summe* noch eine *Prozentzahl* gefordert wird, sondern es heißt, man wolle eine ,,substantielle Erhöhung''.

Durch Streik können die Kapitalisten gespalten und zum Zahlen gezwungen werden

z.obj. Es vergeht keine Woche, in der die bürgerliche Presse nicht einen Streik der Hafenarbeiter oder Seeleute vermelden muß. In Europa und auf der ganzen Welt, vor allem auch in den USA. Je nachdem, welche Bourgeoisie gerade betroffen ist, geht das Schreien los, daß nur die eigene Wirtschaft ruiniert würde und der Streik den Arbeitern nichts einbringen würde.

Seit letzten Montag streiken in Frankreich die Seeleute, und sie haben bereits 47 von 72 Hochseeschiffen und Küstenschiffen bestreikt. Von den Festmachern und Schleppern wird der Streik weitgehend befolgt. Die französische Regierung ist zusammengetreten und hat eine Erklärung gegen den Streik veröffentlicht.

Die Bourgeoisie heult bei einem Streik der Hafenarbeiter und Seeleute besonders laut auf, weil alle Profitquellen gefährdet sind. Wie kann sie den in einem VW steckenden Mehrwert realisieren, wenn dieser VW auf Halde steht, weil im Hafen gestreikt wird? Wie will sie aus den VW-Arbeitern Mehrwert auspressen, wenn die benötigten Rohstoffe und Produktionsteile nicht ausgeladen werden können? Auf diese Weise haben ja gerade vorletzte Woche die britischen Hafenarbeiter den Streik der Fordarbeiter unterstützt, indem kein fertiges Auto und keine Lieferung für Ford umgeschlagen wurden.

Beim Streik der Seehafenarbeiter im letzten Februar hat bereits die erfolgreich durchgeführte Urabstimmung das Angebot der Kapitalisten um einige Zehntelprozente hochgehen lassen. Als nach dem ersten Streiktag feststand, daß der Streik mit unerschütterlicher Festigkeit steht und sich eine riesige Solidaritätsbewegung entwickelt, engagierte sich der Bürgermeister Klose höchstpersönlich, um zumindest zu verhindern, daß die Seehafenarbeiter ihre Forderung voll durchsetzen und daß durch den Streik der Hafenarbeiter alle anderen Tarifabschlüsse in die Höhe gehen. Doch die der ÖTV-Bundestarifkommission abgenommene Unterschrift unter die Erklärung, daß der Abschluß nicht auf andere Bereiche zu übertragen ist, hat den Kapitalisten nichts genutzt. In nicht abreißenden Streiks wurde um den Lohn gekämpft.

Wenngleich die Hafenkapitalisten in ihrem Jahresbericht über den Streik als ein ‚Jahrhundertereignis' sprechen, so sind sie sich da äußerst unsicher. Sie wollen schnell ,,aus den Fehlern im organisatorischen Bereich...lernen.'' So werden zur Zeit regionale und überregionale Diskussionen geführt zur Einrichtung eines Unterstützungsfonds für die Seehäfen.

Die bürgerliche Presse mußte bereits nach zwei Tagen Streik bekanntgeben: ,,Empfindlich getroffen wird auch der Otto-Versand'' und ,,Raffinerien in Hamburg und Schleswig (kommen) bei länger anhaltendem Streik durchaus in Schwierigkeiten'' und daß die ,,Ölmühlen...für etwa eine Woche bevorratet sind.''

Durch einen Streik im Hafen werden nicht nur die Hafenkapitalisten getroffen, sondern alle Branchen. Für manche Kapitalisten bedeutet es einen schweren Rückschlag, für andere den Konkurs, wenn sie ihre Waren nicht sofort verschiffen können oder wenn ein Ersatzteil nicht kommt oder Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn die Seehafenarbeiter nur mit der gleichen Geschlossenheit für ihre Forderung eintreten, werden die Kapitalisten bezahlen müssen.



,,Arbeitszeitverkürzung ohne Mehrkosten''

z.ulg.Rom. Nur ,,wenige tausend Lire'' seien bei den bevorstehenden Tarifkämpfen drin, hat der revisionistische Gewerkschaftsführer Lama seit Monaten verkündet. Daraus wird kaum was werden: Die Krankenhausbeschäftigten, denen die Regierung am letzten Wochenende bereits 27000 Lire zusätzlich anbieten mußte, setzen ihren Streik für 40000 Lire fort. Mitte Oktober haben die Hauptvorstände der Metall- und Chemiearbeitergewerkschaften ihre Forderungsvorschläge für den Tarifkampf festgelegt. Die Metallergewerkschaft FLM soll danach – neben den Inflationszuschlägen – ,,durchschnittlich 30000 Lire mehr'' fordern. ,,Durchschnittlich'' ist gut. Ein Teil der Lohnerhöhung soll nämlich der Dehnung der Spreizung zwischen der untersten Lohn- und der obersten Gehaltsgruppe von jetzt 1:1,55 auf 1:2,0 dienen, für einen einheitlichen Festbetrag bleibt da kaum was übrig. Abgerundet werden soll dies abgefeimte Spaltungsmanöver mit ,,Verkürzung der Arbeitszeit''. Auf 36 Stunden soll die Arbeitszeit für die Schichtarbeiter in den Konzernbetrieben Süditaliens und für die Contischichtarbeiter im Norden gesenkt werden, auf 38 Stunden für die meisten anderen. Damit das ,,ohne Mehrkosten'' geht, schlägt Lama jetzt vor, die Arbeitszeitverkürzung mit ,,Forderungen nach besserer Aussonderung der Anlagen zu verbinden'', also mit weiterer Ausdehnung der Schichtarbeit.

Bauchweh? Andere hungern!

z.mif. Der 3. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel hat für Recht erkannt: Kassenmitglieder und deren Familienangehörige, die bei weiter Urlaubsreise ins Ausland krank werden, können von der Krankenkasse nicht den Rücktransport in den Heimatort finanziert bekommen. „Die Versichertengemeinschaft könne damit nicht belastet werden, denn dazu gehörten Personen, die sich eine so weite Urlaubsreise nicht leisten könnten.“ Eine Frau war aus Krankheitsgründen mit einem Sonderflugzeug von Ibiza nach Bremen geflogen worden, Kostenpunkt 13700 DM. Eine Woche Urlaub in Ibiza in einem guten Hotel kostete 1977 etwa 650 DM einschließlich Flug, also kein Luxus. Das Bundessozialgericht greift den Kern der von der Arbeiterklasse erkämpften Sozialversicherung an. Hast dir mit billigem, schlechtem Essen den Magen verdorben? Andere haben nicht mal was zu essen, die Versichertengemeinschaft kann mit den Kosten für ein Bauchwehmittel nicht belastet werden. Professor Schelsky hat dies bereits 1977 in einem Vortrag vor der Deutschen Krankenversicherungs-AG philosophisch vertieft: „Altersvorsorge und Krankheitsvorsorge sind die dem Menschen geradezu angeborenen Formen seiner selbständigen Lebensplanung. ... Man müßte dem Patienten in Mark und Pfennig die Gesamtkosten verdeutlichen. Man müßte ihm transparent machen – wie das modern heißt – was er an Krankheitsdienstleistungen in Anspruch genommen hat... Es gibt eine Verfälschung des Solidaritätsbegriffs, die unter dem Begriff der sozialen Hilfe immer mehr Platz greift.“

Steuerreform beschlossen – Matthöfer läßt Formbriefe verschicken

„Proteste könnten bei mangelnder Beachtung große Sprengkraft entwickeln“

z.ere. Das im Sommer vorgelegte „Steuerpaket“ ist jetzt im Bundestag beschlossene Sache. Matthöfers Kommentar in der „Bild Zeitung“ dazu: „Ich habe nie den Eindruck erweckt, als seien große Summen für den einzelnen zu erwarten.“ Warum versucht Matthöfer mit alten Kamellen, wie in nebenstehendem Brief an die Beschäftigten der Fa. Bomag in Celle, abzuwiegeln? Erinnern wir uns an den vergangenen Sommer. Wer hat nicht noch die blumigen Kommentare im Ohr, die von solchen Leuten wie Fiedes Krause-Brewer oder Friedhelm Ost über die Steuerreform verbreitet wurden. „Nicht nur Zehnmarkscheine, sondern ein paar Hundertmarkscheine“ würde die Reform bringen, jedenfalls *rechnete* sich Fiedes solche Summen im ZDF aus. Für Leute ihres Schlages mag das durchaus stimmen. Aber wie jedermann nachrechnen kann, bleibt für die Masse der Lohnabhängigen nichts von diesem Refompaket übrig, als die Gewißheit, daß infolge Erhöhung der Mehrwertsteuer die Reproduktionskosten für die Erhaltung der Arbeitskraft deftig gesteigert werden. Einen Tag später versicherte Krause-Brewer dann auch im Fernsehen, daß „Herbert Wehner nicht umsonst tagelang darüber gewacht“ habe, damit „vor allem die kleinen Einkommenbezieher etwas abbekommen“. Auch wenn die „Bild Zeitung“ einen „heiteren Kanzler“ präsentiert, der „mit dem Ergebnis zufrieden“ sei, mußte Finanzminister Matthöfer wiederholt mit dem Argument locken, „daß es sozial nicht zu beanstanden“ sei, die „relativ größte Entlastungswirkung der zu versteuernden Einkommen bei den Beziehern niedriger Einkommen“ zu erzielen. „Dies betrifft sehr breite Einkommensschichten.“

Herbert Wehners Wachsamkeit haben wir es also zu verdanken, daß still und heimlich immer größere Lohnanteile in die Staatskasse wandern und sich schließlich von Dezember 1978 auf Januar 1979 zwar die Nettolöhne erhöhen, allerdings *ohne* Erhöhung der Bruttolöhne. Daß Herbert Wehner die Lohnkämpfe vom Frühjahr dabei mit im Auge hat, ist gewiß. Wir wissen nicht zuverlässig, ob der SPD-Fraktionsvorsitzende jemals auf dem Holzplatz gearbeitet hat. Wie man aber sieht, versteht er sich durchaus aufs Spalten. Nun ist das eine, nämlich von Rundholz, eine nützliche Arbeit, das andere hingegen wird mit Verachtung gestraft. Das Reformpaket wirkt wie ein Keil, der vor allem die Facharbeiter abzuspalten droht, die unteren Lohngruppen werden weggedrückt, so wie es der Politik der Lohnsenkung und Verelendung entspricht.

Blaupunktarbeiter aus Hildesheim rechneten Wehner in einem Schreiben vor, daß mit der Reform für ihren Bruttolohn von durchschnittlich 1797,05 DM eine „Mehrbelastung von 7 DM herauskommt. Ein Hohn!“

Auf einer Fachtagung über Steuergerechtigkeit erklärte Matthöfer unlängst: „Beispiele zeigen, welche große Sprengkraft solche bei mangelnder Beachtung oft übers Ziel hinausschießenden Proteste gewinnen können.“ Bei der Rechnung, die Wehner aufgemacht wurde, kommt heraus, daß draufgezahlt werden muß. „Wenn das nicht geschehen soll, brauchen wir einen Freibetrag von 1500 DM sowie die Abschaffung der indirekten Steuern.“

Die Gutachter verlangen eine Erhöhung der Staatsverschuldung von 36 Mrd. DM auf 45 Mrd. DM, damit der Expansionskurs gehalten werden kann. Womit sie diese Verschuldung decken wollen ist keine unergründliche Weisheit ihrer Wissenschaft. Die den Arbeitern abgepressten Steuergelder waren schon immer die beste Versicherung. Matthöfers Klagen über Steuerausfälle bei Erweiterung des Grundfreibetrages können weiß Gott nicht verfangen. Und wenn schon Lohnabschlüsse „in Höhe dieses Jahres“, dann aber mit einem vernünftigen Mindestbetrag für alle. So jedenfalls wurde aus Hildesheim dem Wehner mitgeteilt.

Bundesarbeitsgericht: Betriebsrat muß Zeitverträgen zustimmen

z.hep. Das Bundesarbeitsgericht hat am 20.6.1978 entschieden: „Der Betriebsrat kann seine Zustimmung zur Einstellung eines Arbeitnehmers *nicht* verweigern, wenn die vorgesehene Befristung des Arbeitsverhältnisses wegen Umgehung zwingender Kündigungsschutzbestimmungen unzulässig ist“ – denn „in einem solchen Falle verstößt nicht die Einstellung gegen ein Gesetz, sondern erst die vorgesehene Art der späteren Beendigung des Arbeitsverhältnisses“ (Der Betrieb, 78, 2033)

Zeitverträge, insbesondere kurzfristige, dienen der Spaltung der Beschäftigten und der Senkung des Lohnniveaus. Immer häufiger haben daher Betriebsräte Einstellungen mit Zeitverträgen nicht zugestimmt. Mit Hilfe des Bundesarbeitsgerichts wollen die Kapitalisten dem jetzt einen Riegel vorschieben. Sogar wenn der Arbeitsvertrag rechtlich ungültig ist, sollen die Betriebsräte nicht mehr gegen Zeitverträge vorgehen können.

In jedem Fall, wenn sich Betriebs- und Personalräte für die Interessen der Belegschaften einsetzten, versuchen die Kapitalisten das – auch mit Hilfe ihrer Gerichte – zu unterdrücken: In einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 24.10.1978 wurde der Vorsitzende eines Personalrates aus dem Personalrat ausge-

spruch genommen hat... Es gibt eine Verfälschung des Solidaritätsbegriffs, die unter dem Begriff der sozialen Hilfe immer mehr Platz greift.“

Ladenschlußzeit 21 Uhr geplant



r.scd. Derzeit versuchen die Kaufhauskapitalisten, die Ladenschlußzeiten auf 21 Uhr zu setzen und die Sonntagsarbeit einzuführen. In einigen Bahnhöfen ist es ihnen gelungen. Dieses Jahr soll erstmals am Sonntag (Weihnachten) gearbeitet werden. Die Methode, zu Sonderständen Aushilfen für einen Monat einzustellen, wird ausgedehnt. Unter dem Begriff „Variable kapazitätsorientierte Arbeitszeit“, bisher in vier Kaufhäusern Norddeutschlands eingeführt, soll die Arbeitskraft zu verschiedenen Zeiten des Tages, an denen der größte Umsatz ermittelt wurde, bereitstehen. Mit diesen Teilzeitkräften erhoffen sich

Braunschweiger Polizisten gegen Schichtdienste

r.crs.Braunschweig. 204 Braunschweiger Polizisten fordern in einer Resolution, die von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), seit einiger Zeit Mitglied im DGB, durch alle fünf Braunschweiger Polizeireviere gegangen ist: „Erhöhung des Jahresurlaubs um mindestens sieben Tage, Kuren in regelmäßigen Zeitabständen (etwa alle vier Jahre für alle Schichtdienstbeamten über 35), Erhöhung der Zuschläge für Sonntags- Feiertags-, Nacht- und Mehrdienst, deutlich spürbare personelle Verstärkung der Schichtdienste“. Es heißt in der Resolution: „Seit einigen Jahren wird aber an der Gesundheit der Schichtdienstbeamten ein derartiger Raubbau betrieben, indem mit weniger Personal und unter Vernachlässigung der Sicherheit Leistungen gefordert... werden, sodaß Psyche und Physis der Schichtdienstbeamten unter Dauerstreß dem Verfall preisgegeben sind“.

Polizei und stehendes Heer sind Kernstücke der bürgerlichen Staatsmaschinerie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Der Polizeiapparat ist von der imperialistischen Bourgeoisie beständig ausgebaut worden. In Niedersachsen kam 1950 auf 549 Einwohner ein Polizist, 1976 war es ein Polizist auf 394 Einwohner.

Bei Besuchen auf zwei Braunschweiger Polizeiwachen kam zum Ausdruck, daß die Polizisten davon ziemlich genug haben und daß sie die Gewerkschaft einsetzen wollen zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Einige erklärten sich für die Abschaffung des Beamtenrechts und des besonderen Dienstrechts, heißt es doch im Beamtenrecht, das die „volle Hingabe an den Beruf“ (§ 62 Niedersächsisches Beamtengesetz) festlegt, bezüglich der Arbeitszeit:

„Der Beamte ist verpflichtet, ohne Entschädigung über die wöchentliche Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt“ (§ 80, 2).

Es verbietet wirksame Kampfmaßnahmen, so das Streikrecht. Überstunden, die nicht abgefeiert werden könnten, seien an der Tagesordnung. Früher sei das nichts für die Polizei gewesen, wenn ein paar Äpfel geklaut wurden oder die Schule geschwänzt. Jetzt müßten sie sich überall einmischen. Einer sprach sich gegen das erneut geplante Niedersächsische Polizeigesetz aus. Der Zusammenschluß für gewerkschaftliche Forderungen und Überle-

abbekommen“. Auch wenn die „Bild Zeitung“ einen „heiteren Kanzler“ präsentiert, der „mit dem Ergebnis zufrieden“ sei, mußte Finanzminister
Bruttolohn von durchschnittlich 1797,05 DM eine „Mehrbelastung von 7 DM herauskommt. Ein Hohn!“
Auf einer Fachtagung über Steuer-

Bundesarbeitsgericht: Betriebsrat muß Zeitverträgen zustimmen

z.hep. Das Bundesarbeitsgericht hat am 20.6.1978 entschieden: „Der Betriebsrat kann seine Zustimmung zur Einstellung eines Arbeitnehmers nicht verweigern, wenn die vorgesehene Befristung des Arbeitsverhältnisses wegen Umgehung zwingender Kündigungsschutzbestimmungen unzulässig ist“ – denn „in einem solchen Falle verstößt nicht die Einstellung gegen ein Gesetz, sondern erst die vorgesehene Art der späteren Beendigung des Arbeitsverhältnisses“ (Der Betrieb, 78, 2033)

Zeitverträge, insbesondere kurzfristige, dienen der Spaltung der Beschäftigten und der Senkung des Lohnniveaus. Immer häufiger haben daher Betriebsräte Einstellungen mit Zeitverträgen nicht zugestimmt. Mit Hilfe des Bundesarbeitsgerichts wollen die Kapitalisten dem jetzt einen Riegel vorschieben. Sogar wenn der Arbeitsvertrag rechtlich ungültig ist, sollen die Betriebsräte nicht mehr gegen Zeitverträge vorgehen können.

In jedem Fall, wenn sich Betriebs- und Personalräte für die Interessen der Belegschaften einsetzten, versuchen die Kapitalisten das – auch mit Hilfe ihrer Gerichte – zu unterdrücken: In einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 24.10.1978 wurde der Vorsitzende eines Personalrates aus dem Personalrat ausge-schlossen, weil er mit einer Angestellten bei einem Einstellungsgespräch und auch im Zusammenhang mit einem Weihnachtsgruß über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung gesprochen habe.

Ladenschlußzeit 21 Uhr geplant

r.scd. Derzeit versuchen die Kaufhauskapitalisten, die Ladenschlußzeiten auf 21 Uhr zu setzen und die Sonntagsarbeit einzuführen. In einigen Bahnhöfen ist es ihnen gelungen. Dieses Jahr soll erstmals am Sonntag (Weihnachten) gearbeitet werden. Die Methode, zu Sonderständen Aushilfen für einen Monat einzustellen, wird ausgedehnt. Unter dem Begriff „Variable kapazitätsorientierte Arbeitszeit“, bisher in vier Kaufhäusern Norddeutschlands eingeführt, soll die Arbeitskraft zu verschiedenen Zeiten des Tages, an denen der größte Umsatz ermittelt wurde, bereitstehen. Mit diesen Teilzeitkräften erhoffen sich die Kapitaliten, in den Abendstunden arbeiten zu lassen.

Gegen diese Pläne gibt es Widerstand. Im Frühjahr hat die Jahresdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen den Siebenstundentag gefordert und die Pläne zur Verdichtung des Arbeitstages abgelehnt. In den Manteltarifverhandlungen im November steht diese Forderung an.

Braunschweiger Polizisten gegen Schichtdienste

r.crs.Braunschweig. 204 Braunschweiger Polizisten fordern in einer Resolution, die von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), seit einiger Zeit Mitglied im DGB, durch alle fünf Braunschweiger Polizeireviere gegangen ist: „Erhöhung des Jahresurlaubs um mindestens sieben Tage, Kuren in regelmäßigen Zeitabständen (etwa alle vier Jahre für alle Schichtdienstbeamten über 35), Erhöhung der Zuschläge für Sonntags- Feiertags-, Nacht- und Mehrdienst, deutlich spürbare personelle Verstärkung der Schichtdienste“. Es heißt in der Resolution: „Seit einigen Jahren wird aber an der Gesundheit der Schichtdienstbeamten ein derartiger Raubbau betrieben, indem mit weniger Personal und unter Vernachlässigung der Sicherheit Leistungen gefordert... werden, sodaß Psyche und Physis der Schichtdienstbeamten unter Dauerstreß dem Verfall preisgegeben sind“.

Polizei und stehendes Heer sind Kernstücke der bürgerlichen Staatsmaschinerie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Der Polizeiapparat ist von der imperialistischen Bourgeoisie beständig ausgebaut worden. In Niedersachsen kam 1950 auf 549 Einwohner ein Polizist, 1976 war es ein Polizist auf 394 Einwohner.

Ein deutlicher Ausdruck der Verschärfung der Klassengegensätze in Westdeutschland.

Bei Besuchen auf zwei Braunschweiger Polizeiwachen kam zum Ausdruck, daß die Polizisten davon ziemlich genug haben und daß sie die Gewerkschaft einsetzen wollen zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Einige erklärten sich für die Abschaffung des Beamtenrechts und des besonderen Dienstrechts, heißt es doch im Beamtenrecht, das die „volle Hingabe an den Beruf“ (§ 62 Niedersächsisches Beamtengesetz) festlegt, bezüglich der Arbeitszeit:

„Der Beamte ist verpflichtet, ohne Entschädigung über die wöchentliche Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt“ (§ 80, 2).

Es verbietet wirksame Kampfmaßnahmen, so das Streikrecht. Überstunden, die nicht abgefeiert werden könnten, seien an der Tagesordnung. Früher sei das nichts für die Polizei gewesen, wenn ein paar Äpfel geklaut wurden oder die Schule geschwänzt. Jetzt müßten sie sich überall einmischen. Einer sprach sich gegen das erneut geplante Niedersächsische Polizeigesetz aus. Der Zusammenschluß für gewerkschaftliche Forderungen und Überle-gungen, wie man sie durchsetzen kann, unter den einfachen Polizisten sind sehr nützlich für die Zersetzung des Polizeiapparates.

Mehr Kindergeld – auch zur Kürzung der Sozialhilfe gut

z.alb. Der Bundesausschuß für Arbeit und Soziales hat angeregt, die Länder sollten „die Regelsätze in der Sozialhilfe zum 1. Januar 1979 überprüfen“. Der rheinland-pfälzische Landtag debattiert bereits über die „Minderung der Sozialhilfelast“. Als Mängel hat Waldenberg, CDU, geortet, daß 1. die Einkommen von Mehrkinderfamilien, 2. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und 3. die Renten, vor allem die der Frauen, (inzwischen) unter dem Sozialhilfe-Regelsatz liegen. Lösung? Den Regelsatz senken! Das wirkt durchschlagend, weil damit alle anderen „sozialen Hilfen“, die in der Höhe auf den Regelsatz bezogen sind, gleich mit gesenkt werden, so z.B. das Pflegegeld. Am 1.1.79 soll die neue Kindergeldregelung in Kraft treten. Der Lohn soll sich dadurch noch weiter senken lassen. Bezüglich der Sozialhilfe ist den zuständigen Ausschüssen bei der Erörterung ein schwerwiegender „Strukturmangel“ aufgefallen: Nach dem „Subsidiaritätsprinzip“ wird mehr Kindergeld vom Regelsatz abgezogen. Das aber erfordert, daß der Regelsatz so hoch ist, daß Kinder notdürftig aufgezogen werden können – auch wenn man gar keine hat. Diesen Zustand haben die Ausschüsse als „unbefriedigend“ bezeichnet. Die CDU drängt auf „Überdenken der Gesamtsystematik“.

Mit 5 in die Schule, mit 14 ans Band

Vorschulpläne des Hamburger Senats werden von vielen Eltern abgelehnt

r.suo. „Somit kann die von Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zu Beginn des Schulversuches gestellte Frage Nummer 1..., ob durch den Besuch einer Vorschulklasse alle Kinder schon mit Beginn der gesetzlichen Schulpflicht schulfähig werden..., im Blick auf die von uns untersuchten Gruppen bejaht werden. Die Frage Nummer 3, ob... die Anzahl der Sitzenbleiber in der Grundschule sich entscheidend verringert..., läßt sich nicht mit gleicher Sicherheit beantworten, obwohl tendenziell eher eine Senkung der Sitzenbleiberquote angenommen wird. Weitere Untersuchungen an einer größeren Stichprobe sind erforderlich. Im übrigen dürfte diese Erwartung des Senats und der Bürgerschaft am ehesten durch einen Grundschulversuch, d.h. durch eine Ausweitung des Eingangsstufenversuchs in einen Primarbereichs-Versuch, eingelöst werden können.“

Das ist das Kernstück des Berichts des Senats über Versuche mit Vorschulklassen und Eingangsstufen in Hamburg vom 11.4.78. Kein Kind, das die Eingangsstufe besuchte, wurde von der Schulpflicht zurückgestellt, während 20 bis 30% aller schulpflichtigen Kinder ohne Eingangsstufenbesuch zurückgestellt wurden. Von den Vorschulkindern aus dem Schulversuch sind nur 5 bis 6% sitzen geblieben, von den normal eingeschulten dagegen in der Vergleichsgruppe waren es 24 bis 33%. Durch die Vorschulklassen läßt sich also verhindern, daß jedes vierte Kind erst mit sieben Jahren zur Schulunterdrückung abgeliefert und entsprechend später zur Ausbeutung bereitgestellt wird.

Da mag der Schulsenator Grolle noch so lauthals versichern, „Es ist in keiner Weise daran gedacht, in Hamburg eine Vorschulpflicht einzuführen.“ (Bürgerschaftssitzung am 18.10.) Wo die Schulbehörde als *zukunftweisend* ansieht, die Eingangsstufe als Grundschulversuch durchzuführen, d.h., die Vorschulklasse und das bisherige erste Schuljahr zusammenzufassen zur sog. Primarstufe, dem dann die Elementarstufe bis zur 4. Klasse folgt, bevor der dreigliedrige Sekundarbereich beginnt, ist die Absicht klar: Die Vorverlegung des Beginns der Schulpflicht auf das fünfte Lebensjahr.

Dagegen gibt es Widerstand. Seit acht Jahren betreibt die Schulbehörde den Vorschulversuch. Es gibt inzwischen 149 Vorschulklassen. Die Schulbehörde hat aber Schwierigkeiten, diese Vorschulklassen mit jeweils 25 Kindern zu bestücken. Anfang dieses Jahres mußte über das „Hamburger Abendblatt“ eine Anzeigenserie zur Werbung verbreitet werden. Lehrer und Sozialpädagogen haben einen Computerauszug mit den Adressen aller vorschulaltrigen Kinder erhalten. Die Fürsorger vom Sozialamt werden auf die Kinder aus „sozial schwachen und benachteiligten“ Familien angesetzt. Auf diese Kinder legt die Behörde besonders großen Wert, damit ihnen beigebracht wird, *Konflikte erkennen, ertragen und lösen*, oder *sich an Werten und Normen orientieren, sie anerkennen und sich an sie halten können*, oder *Bedürfnisse artikulieren, befriedigen und einschränken* usw. (Aus den Allgemeinen Richtlinien der Schulbehörde für Vorschulen 1975, Grundlegende Fähigkeiten) Nicht zuletzt soll auch der niedrige Lohn in die Vorschule drücken. Wo der Kindergarten teuer ist und die Vorschule nichts kostet, mag das der „Freiwilligkeit“ schon etwas nachhelfen.

Trotz großzügiger Ausstattung der Vorschulen mit Lehrern, Sozialpädagogen, Räumen und Material, sind nicht mal die Eltern, die ihre Kinder hingeschickt haben, begeistert. Erst haben 5% von ihnen die Vorschul*pflicht* strikte abgelehnt. Inzwischen sind es über 20% (Aus einer Umfrage der Behörde) An einer Ausarbeitung des Konzepts für die Vorschulerziehung sitze der Senat, heißt es, um zu beruhigen. Dabei geht es um die Einbeziehung „Freier Träger“ und um die Senkung der Kosten. Vor allem wird der Senat eine Taktik entwerfen, um den Widerstand der Volksmassen gegen die Einschulung von Fünfjährigen zu brechen.

Wie zielstrebig der Hamburger Senat das Ziel der Vorverlegung der Schulzeit verfolgt, beweist auch ein Schulversuch über „berufsbezogenen Unterricht“ in den 8. und 9. Hauptschulklassen der Fraenkelschule in Barmbek. Die Schüler berichten, daß sie an einem Schultag die Woche in eigens dafür hergerichteten Werkräumen als Wahlpflichtfach Metall, Holz- und Kunststoff, Elektro oder Ernährung und Hauswirtschaft haben. Im Fach Metall feilen die Schüler oder bauen nach einfachen technischen Zeichnungen, genau wie im Berufsgrundbildungsjahr. Zum Berufsgrundbildungsjahr gäbe es schon einen Zusammenhang, sagt der Schuldirektor. Genauer wollte und könnte er sich nicht äußern, es sei ja erst ein Projekt. Das Projekt ist: Mit 5 in die Schule und mit 14 ans Band. Im neuen Hamburger Schulgesetz §42 wird der „Hamburger Senat ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen zu erlassen über Ausnahmen von der Schulpflicht... für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag.“

10% mehr Zuckerrüben – Abnahme nur zu einem Drittel des Preises

EG-Zuckermarktordnung zahlt nur für A-Rüben



r.reh. Seit dem 19.9.78 läuft bei der Zuckerrübenfabrik Uelzen die Kampagne. Bis zum 21.10. waren insgesamt 327000 Tonnen geliefert, etwa 1 Million Tonnen werden erwartet. Das entspricht ungefähr der Erntemenge des letzten Jahres, obwohl die Anbaufläche im Bereich der Zuckerfabrik Uelzen über Kontingentskürzungen um 10% eingeschränkt wurde. In der Tendenz trifft das für die ganze BRD zu. Im wesentlichen ist das auf das für Hackfrüchte günstige Wetter zurückzuführen.

Eine 10% höhere Ernte bedeutet für viele Bauern, daß alles, was sie über ihr Kontingent hinaus ernten, zu einem Schleuderpreis an die Fabrik abgegeben werden muß. Während die A-Rüben, also die Kontingentrüben bei 16% Zucker mit 8,83 DM pro Dezitonne, plus 8% Mehrwertsteuer bezahlt werden, bekommt man für die C-Rüben nur ca 2,80 DM pro Dezitonne. Das ist in etwa der Weltmarktpreis, und der deckt nicht einmal die Kosten für Saat, Düngung und Pflanzenschutz. Die Zuckermarktordnung der EG ist ein kompliziertes Kontingent- und Preissystem, über das in jedem Jahr die Verteilung der Zuckerquoten geschieht. Diese Quoten werden an die Mitgliedsländer und von diesen auf die Fabriken verteilt. Diese verteilen dann die Lieferrechte, entsprechend den vorhandenen Aktien und der Gesamtfläche der Betriebe, an die Bauern. Wenn ein Bauer zuviel Rüben anbaut, dann wird er entweder seine Zuckerrüben überhaupt nicht los, oder zum Schleuderpreis. Am straffen Zügel der EG-Marktordnung geführt, sank so die gesamte Anbaufläche an Hackfrüchten, also inklusive Kartoffeln, von 7,3 auf 4,2 Mio ha. Die Erträge bei Zuckerrüben stiegen aber gegenüber 1950 gleich 350 Dezitonnen pro ha nur auf 410 Dezitonnen pro Hektar heute.

Die Erzeugerpreise sind von 1977 auf 1978 nur um 1,7% gestiegen, weit geringer als die Kosten. Insgesamt haben sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in diesem Zeitraum um 5,5% verringert. Begründet wird es mit „Überproduktion". Die relativ guten Erträge in diesem Jahr werden den EG-Imperialisten Anlaß sein, die Kontingente im nächsten Jahr zu kürzen und die Preise zu senken.

„Haltet den Dieb" – Gewichtsverfälschungen in Großschlächtereien Gang und Gäbe

r.erm. Immer mehr Schweine und Rinder werden geschlachtet vermarktet. In Schleswig-Holstein waren es 1976 bereits 71,4%, in Niedersachsen 58,9%. Der Bauer gibt seine Tiere lebend vom Hof. Bezahlt bekommt er sie nach einem Schlachtgewicht, das in der Schlachterei ermittelt wird und vom Bauern kaum mehr kontrolliert werden kann. Viele Großschlachtereien haben das genutzt, um die Gewichte zu verfälschen. In Landwirtschaftszeitungen wurde berichtet über Viehwaagen, die in Schlachtereien mit Magneten oder Gummibändern verstellt wurden, Wiegekarten, die gefälscht wurden, so daß den Bauern mehrere Kilo pro Schwein fehlten. Zum Teil wurden leichtere Schlachthaken verwendet oder mehr vom Schwein als Abfall weggeschnitten als erlaubt. Auf Mitgliederversammlungen der genossenschaftlichen Schlachtereien wurden deren Praktiken von den Bauern angegriffen, so bei Nordfleisch in Husum.

Schlachtereikapitalisten wie Regierungsvertreter müssen reagieren. Dr. W. Lampe von der Landwirtschaftskammer Hannover empfiehlt den Bauern, sich eine Waage anzuschaffen und zwecks Kontrolle mit zur Schlachterei zu fahren. Die kleinen Bauern haben das Geld für eine Viehwaage nicht und können auch nicht jedesmal einen halben Tag in der Schlachterei zubringen. Der Aufruf ist an die großen Bauern gerichtet. Reinhard Stücken, größter privater Schlachtereikapitalist in Norddeutschland, dem die meisten Schiebereien nachgewiesen werden konnten, in einer monatelangen Anzeigenserie in fünf landwirtschaftlichen Fachblättern: „Ca. 80% der Bauern wiegen nicht persönlich ab Hof und sind somit manipulierbar", also selber schuld, wenn sie übers Ohr gehauen werden. Stücken will die Preise für die Schweine drücken. Seine Argumente: Der Betrug durch Gewichtsverfälschung ist in den Schlachtereien üblich. Die Schlachtereien stecken dieses Geld aber nicht in die eigene Tasche, sondern können dadurch einen höherern Schlachtpreis pro Kilo an die Bauern zahlen. Diejenigen Schlachtereien, die pro Kilo etwas weniger auszahlen, sind deshalb die ehrlichsten. Der Bauer, der gegen diesen Betrug ist, muß demnach seine Schweine gerade an diese Schlachtereien liefern. Stücken schlägt eine Art TÜV für die Schlachtereien vor, um sich selber reinzuwaschen. Es muß ja auch kein illegaler Betrug sein, mit dem die Schlachtereien ihren Profit machen. So gehören z.B. das Blut und die Gedärme offiziell zum Abfall, der nicht bezahlt, aber dennoch verwertet wird. Die Nordfleisch stellt in Bad Bramstedt z.B. Blutplasma her. Legal läßt sich genug Profit machen.

Die übliche Handelsspanne ist sehr dehnbar, das Monopol gibt weitere Möglichkeiten. Im Moment werden an die Bauern so niedrige Preise für Schweine gezahlt, daß der kleine Bauer unmöglich dafür produzieren kann. Er setzt zu. Aber keine Spur davon, daß die Schlachtereien den Preisverfall an die Arbeiter weitergäben. Familien schließen sich zusammen und schlachten Schweine selber, das ist immer häufiger anzutreffen.

Ungarn: „Land der drei Millionen Dicken"?

z.pek. Als Ergebnis „wissenschaftlicher Beratungen" klagte die „Budapester Rundschau" vom 16. Oktober: „Wir essen mehr als wir benötigen. Ungarn ist das Land der drei Millionen Dicken." Die wissenschaftliche Verbrämung ist fadenscheinig. Die Absicht der Neuen Bourgeoisie ist es, den Nahrungsmittelverbrauch der ungarischen Arbeiter einzuschränken, um deren Lohn weiter senken zu können. Dazu wurde vor zwei Jahren der Milchpreis um 30% erhöht, im letzten Jahr gab es Preiserhöhungen bei Zucker und Kaffee und jetzt wurde eine Erhöhung des Brotpreises ab Januar angekündigt. Durch die Preiserhöhungen wurde der Verbrauch von Kaffee 1977 von 2,8 kg pro Kopf der Bevölkerung auf 2,5 kg gesenkt. Anstelle von magerem Rindfleisch müssen die ungarischen Volksmassen zunehmend mit Schweinefleisch schlechterer Qualität vorlieb nehmen. Damit hat sich der Verbrauch von Fettstoffen in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Hälfte der Lohnarbeiter ist auf Mahlzeiten in Gaststätten und Kantinen angewiesen. Der Anteil des Gastgewerbes am Obst-und Gemüseverbrauch beträgt dagegen nur drei bis fünf Prozent. Die Absichten der Neuen Bourgeoisie finden ihren Ausdruck im laufenden Fünfjahresplan. Dort ist die Steigerung des Nahrungsmittelverbrauchs mit einem Prozent jährlich veranschlagt. Dagegen sind die Ablieferungsraten für Frischobst, Obst- und Gemüsekonserven sowie Wein aufgrund des Handelsvertrags vom Oktober 1975 um 40 bis 65 Prozent erhöht worden.

EG-Neuseeland: Es geht um mehr als Hammel und Butter

z.anb. Seit dem Beitritt der britischen Imperialisten in das Handelskriegbündnis der EG sind die Exporte des Agrarlandes Neuseeland beständig gesunken, vor allem die wichtigsten Exportgüter Hammelfleisch und Butter. Die britischen Imperialisten hatten sich diese Produkte als „Billigimporte" aus ihren ehemaligen Kolonialgebieten zuvor zu Schleuderpreisen angeeignet. Ihre Konkurrenten in der EG hatten allerdings noch Größeres vor und erließen umfassende Handelsbeschränkungen gegen neuseeländische Agrarexporte auf EG-Märkten. Beim Besuch der westdeutschen Regierungsdelegation in der letzten Woche hat der neuseeländische Ministerpräsident Muldoon unmißverständlich die Aufhebung dieser Beschränkungen verlangt. In der Wirkung dieser EG-Erpressung spekulieren die westdeutschen Imperialisten auf „verstärkte Zusammenarbeit" mit Neuseeland und ein „offenes Ohr für das deutsche Interesse an Investitionen und anderer Beteiligung an der Erschließung der neuseeländischen Naturschätze" , wie sich Scheel unmißverständlich ausdrückte. Letztere umfassen nicht nur die kürzlich entdeckten Kohlevorkommen von 1 Mrd. Tonnen, sondern auch Aluminium, Erdgas, Nichteisen-Metalle und riesige Holzreichtümer, alles „günstige Voraussetzungen" für die „Good-Will-Tour" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der im Frühjahr vor Ort gehen will. Bis dahin wollen die Erpresser versuchen, die neue EG-Marktordnung für Hammelfleisch und das Preisprotokoll für Neuseelandbutter hinauszuzögern.

Schweinezyklus

Hat mit dem Schwein wenig, mit der kapitalistischen Produktionsweise alles zu tun

z.hev. „Schweinezyklus" ist ein Ausdruck aus der bürgerlichen Ökonomie und müßte korrekterweise „Schweinepreiszyklus" heißen. Im „Institut für Konjunkturforschung" war ein gewisser Herr Hanau im Jahre 1927 den „geheimnisvollen" Preisschwankungen des Schweins zu Leibe gerückt, Schwankungen, die sich in einem regelmäßigen Zyklus etwa alle 3 – 4 Jahre wiederholen. Das Ergebnis seiner Forschungen kurz zusammengefaßt: Sind die Preise für Schweinefutter relativ niedrig und die Preise für Mastschweine relativ hoch, produzieren die Bauern mehr Schweine, das vergrößerte

Angebot erscheint nach etwa 18 Monaten auf dem Markt, kann dann aber nur zu niedrigen Preisen abgesetzt werden. 18 Monate später das umgekehrte Bild: niedriges Angebot bei höheren Preisen. Empfohlen wurde den Bauern, sie sollten deshalb nicht nach den gegenwärtigen Marktpreisen, sondern nach den in 18 Monaten zu erwartenden Preisen produzieren. Und, fast verzweifelt: niemand scheint sich daran zu halten, die Bauern seien eben zu stur, zu wenig flexibel.
Schauen wir uns das Schaubild an. Dort sind Schlachtungen, Schweinepreise, Preise für Mastfutter und die

Entwicklung des Schweinebestands, aufgegliedert nach Ferkeln und verschiedenen Zuchtsauen, aufgetragen für die Zeit von 1971 bis 1977. Berücksichtigt wurde nur die Schweineproduktion in Westdeutschland, vernachlässigt der Import von Schweinen und Schweinefleisch.
Der Bauer kann sich nicht darauf verlassen, seine Schweine zu stabilen Preisen verkaufen zu können. Hat er Mitte 1972 in Erwartung eines guten Erlöses und bei relativ geringen Kosten für Schweinemastfutter damit begonnen, die Zahl seiner Schweine zu erhöhen (erkenntlich am Ansteigen der

gen steigt der Schweinebestand. Die Futtermittelkonzerne wittern das große Geschäft und erhöhen die Preise von 1970 bis 1977 um rund 40%. Inzwischen – im September 1978 – liegt der Schweinepreis schon wieder bei 300 DM/dt und droht noch weiter zu sinken. Was die Statistik trocken ausweist, schließt die Schicksale unzähliger Bauern ein, die auf der Strecke bleiben, die mit 320 Mark gerechnet, aber nur 260 Mark eingenommen haben. Das nennen die bürgerlichen Ökonomen „Schweinezyklus", der im Prinzip Gültigkeit habe für alle Produktionsprozesse mit längerer Um-

Hof. Bezahlt bekommt er sie nach einem Schlachtgewicht, das in der Schlachterei ermittelt wird und vom Bauern kaum mehr kontrolliert werden kann. Viele Großschlachtereien haben das genutzt, um die Gewichte zu verfälschen. In Landwirtschaftszeitungen wurde berichtet über Viehwaagen, die in Schlachtereien mit Magneten oder Gummibändern verstellt wurden, Wiegekarten, die gefälscht wurden, so daß den Bauern mehrere Kilo pro Schwein fehlten. Zum Teil wurden leichtere Schlachthaken verwendet oder mehr vom Schwein als Abfall weggeschnitten als erlaubt. Auf Mitgliederver-

Schlachtereikapitalisten wie Regierungsvertreter müssen reagieren. Dr. W. Lampe von der Landwirtschaftskammer Hannover empfiehlt den Bauern, sich eine Waage anzuschaffen und zwecks Kontrolle mit zur Schlachterei zu fahren. Die kleinen Bauern haben das Geld für eine Viehwaage nicht und können auch nicht jedesmal einen halben Tag in der Schlachterei zubringen. Der Aufruf ist an die großen Bauern gerichtet. Reinhard Stücken, größter privater Schlachtereikapitalist in Norddeutschland, dem die meisten Schiebereien nachgewiesen werden konnten, in einer monatelangen Anzeigenserie in

wenn sie übers Ohr gehauen werden. Stücken will die Preise für die Schweine drücken. Seine Argumente: Der Betrug durch Gewichtsverfälschung ist in den Schlachtereien üblich. Die Schlachtereien stecken dieses Geld aber nicht in die eigene Tasche, sondern können dadurch einen höherern Schlachtpreis pro Kilo an die Bauern zahlen. Diejenigen Schlachtereien, die pro Kilo etwas weniger auszahlen, sind deshalb die ehrlichsten. Der Bauer, der gegen diesen Betrug ist, muß demnach seine Schweine gerade an diese Schlachtereien liefern. Stücken schlägt eine Art TÜV für die Schlachtereien vor, um sich selber reinzuwaschen. Es

nicht bezahlt, aber dennoch verwertet wird. Die Nordfleisch stellt in Bad Bramstedt z.B. Blutplasma her. Legal läßt sich genug Profit machen.

Die übliche Handelsspanne ist sehr dehnbar, das Monopol gibt weitere Möglichkeiten. Im Moment werden an die Bauern so niedrige Preise für Schweine gezahlt, daß der kleine Bauer unmöglich dafür produzieren kann. Er setzt zu. Aber keine Spur davon, daß die Schlachtereien den Preisverfall an die Arbeiter weitergäben. Familien schließen sich zusammen und schlachten Schweine selber, das ist immer häufiger anzutreffen.

EG-Neuseeland: Es geht um mehr als Hammel und Butter

z.anb. Seit dem Beitritt der britischen Imperialisten in das Handelskriegbündnis der EG sind die Exporte des Agrarlandes Neuseeland beständig gesunken, vor allem die wichtigsten Exportgüter Hammelfleisch und Butter. Die britischen Imperialisten hatten sich diese Produkte als „Billigimporte" aus ihren ehemaligen Kolonialgebieten zuvor zu Schleuderpreisen angeeignet. Ihre Konkurrenten in der EG hatten allerdings noch Größeres vor und erließen umfassende Handelsbeschränkungen gegen neuseeländische Agrarexporte auf EG-Märkten. Beim Besuch der westdeutschen Regierungsdelegation in der letzten Woche hat der neuseeländische Ministerpräsident Muldoon unmißverständlich die Aufhebung dieser Beschränkungen verlangt. In der Wirkung dieser EG-Erpressung spekulieren die westdeutschen Imperialisten auf „verstärkte Zusammenarbeit" mit Neuseeland und ein „offenes Ohr für das deutsche Interesse an Investitionen und anderer Beteiligung an der Erschließung der neuseeländischen Naturschätze" , wie sich Scheel unmißverständlich ausdrückte. Letztere umfassen nicht nur die kürzlich entdeckten Kohlevorkommen von 1 Mrd. Tonnen, sondern auch Aluminium, Erdgas, Nichteisen-Metalle und riesige Holzreichtümer, alles „günstige Voraussetzungen" für die „Good-Will-Tour" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der im Frühjahr vor Ort gehen will. Bis dahin wollen die Erpresser versu-

Schweinezyklus

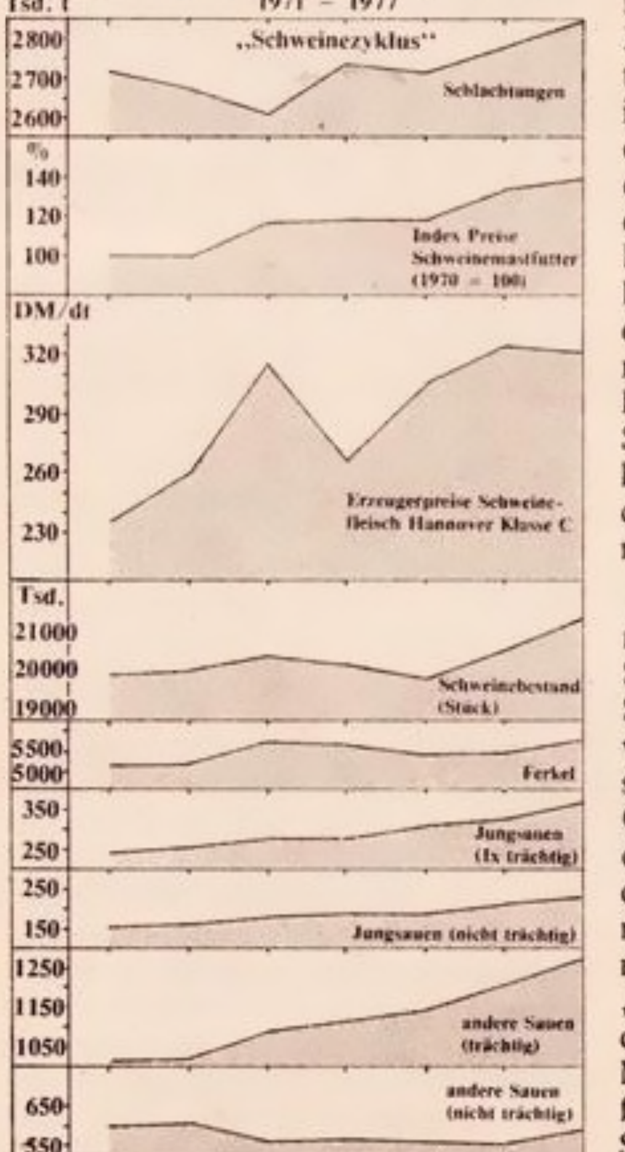
Hat mit dem Schwein wenig, mit der kapitalistischen Produktionsweise alles zu tun

z.hev. „Schweinezyklus" ist ein Ausdruck aus der bürgerlichen Ökonomie und müßte korrekterweise „Schweinepreiszyklus" heißen. Im „Institut für Konjunkturforschung" war ein gewisser Herr Hanau im Jahre 1927 den „geheimnisvollen" Preisschwankungen des Schweins zu Leibe gerückt, Schwankungen, die sich in einem regelmäßigen Zyklus etwa alle 3 – 4 Jahre wiederholen. Das Ergebnis seiner Forschungen kurz zusammengefaßt: Sind die Preise für Schweinefutter relativ niedrig und die Preise für Mastschweine relativ hoch, produzieren die Bauern mehr Schweine, das vergrößerte Angebot erscheint nach etwa 18 Monaten auf dem Markt, kann dann aber nur zu niedrigen Preisen abgesetzt werden. 18 Monate später das umgekehrte Bild: niedriges Angebot bei höheren Preisen. Empfohlen wurde den Bauern, sie sollten deshalb nicht nach den gegenwärtigen Marktpreisen, sondern nach den in 18 Monaten zu erwartenden Preisen produzieren. Und, fast verzweifelt: niemand scheint sich daran zu halten, die Bauern seien eben zu stur, zu wenig flexibel.

Schauen wir uns das Schaubild an. Dort sind Schlachtungen, Schweinepreise, Preise für Mastfutter und die Entwicklung des Schweinebestands, aufgegliedert nach Ferkeln und verschiedenen Zuchtsauen, aufgetragen für die Zeit von 1971 bis 1977. Berücksichtigt wurde nur die Schweineproduktion in Westdeutschland, vernachlässigt der Import von Schweinen und Schweinefleisch.

Der Bauer kann sich nicht darauf verlassen, seine Schweine zu stabilen Preisen verkaufen zu können. Hat er Mitte 1972 in Erwartung eines guten Erlöses und bei relativ geringen Kosten für Schweinemastfutter damit begonnen, die Zahl seiner Schweine zu erhöhen (erkenntlich am Ansteigen der trächtigen Sauen), und bringt sie gegen Ende '73 auf den Markt, muß er feststellen, daß die Preise bereits wieder fallen, das Futter aber teurer wird. Die Zahl der Schlachtungen nimmt rapide zu, die Schweineproduktion im gesamten Bundesgebiet läuft auf vollen Touren, und trotz steigender Schlachtungen steigt der Schweinebestand. Die Futtermittelkonzerne wittern das große Geschäft und erhöhen die Preise von 1970 bis 1977 um rund 40%. Inzwischen – im September 1978 – liegt der Schweinepreis schon wieder bei 300 DM/dt und droht noch weiter zu sinken. Was die Statistik trocken ausweist, schließt die Schicksale unzähliger Bauern ein, die auf der Strecke bleiben, die mit 320 Mark gerechnet, aber nur 260 Mark eingenommen haben. Das nennen die bürgerlichen Ökonomen „Schweinezyklus", der im Prinzip Gültigkeit habe für alle Produktionsprozesse mit längerer Umschlagsdauer. Es ist das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise und die Anarchie des Marktes, wo sich immer erst hinterher herausstellt, ob die aufgewandte Arbeitszeit eigentlich gesellschaftlich notwendig war oder nicht. Der Bauer, der auf der Strecke bleibt, merkt ganz handfest, daß er für nichts und wieder nichts gearbeitet hat. Kalkuliert er mit den Preisen von heute, was er tun muß, wenn er überhaupt irgend etwas anpacken will, so bewegt er sich im Zyklus, in dem sich alle anderen Bauern auch bewegen. Versucht er mit den Preisen von morgen zu kalkulieren – wie ihm die Schweinezyklusdeuter nahelegen –, so muß er doch die Kosten von heute tragen, ohne zu wissen, was morgen kommt. Und kalkulieren gar alle Bauern mit in den Sternen stehenden Erwartungen, so läuft er wieder im Gleichschritt mit dem Zyklus und ist mitgefangen und mitgehangen.

„Möge die Zahl der Landwirte zunehmen, die bei der Kalkulation ihrer Schweinemast statt der gegenwärtigen Schweinepreise die beim Verkauf wahrscheinlich erzielbaren Preise einsetzen. Dies wird zur Erhöhung ihres Gewinns, dem Markte zur Stabilität dienen", schwärmte der „Entdecker" des Zyklus 1927, und eine ganze Generation von Ökonomen hat sich seitdem mit diesem Problem befaßt. Der „Schweinezyklus" ist geblieben, weil die Anarchie des kapitalistischen Marktes geblieben ist, aus dem kein frommer Wunsch, sondern nur der Sturz der Bourgeoisie und der Aufbau des Sozialismus herausführt.



600 Forschungsprojekte für beschleunigte Kapitalisierung der Landwirtschaft

z.haw. Ungefähr 600 „Forschungsprojekte und Programme" im Bereich Landwirschaft und Forsten sowie Veterinärmedizin wurden laut Deutscher Forschungsgesellschaft (DFG) 1977 betrieben. Die Kosten dieser Programme steigerten sich von 287,07 Mio DM 1969, auf 418,1 Mio DM 1975.

„Der Strukturwandel der Landwirtschaft erreicht wegen unvollkommener Arbeits- und Bodenmobilität in vielen Regionen nicht die dem allgemeinen Wirtschaftswachstum angemessene Anpassungsgeschwindigkeit und -intensität", schreibt die DFG in ihrem Tätigkeitsbericht '77 zu einem abgeschlossenen Forschungsprojekt über „Konkurrenzvergleich landwirtschaftlicher Standorte". Oder kurz: Die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern kommt noch zu langsam voran.

Die Absichten, mit der diese Projekte betrieben werden, liegen auf der Hand. Unter dem Schlachtruf der Qualitätsverbesserung, des Verbraucherschutzes und der Gesundheitsfürsorge für die Volksmassen, werden Maßnahmen vorbereitet, die es ermöglichen, die kleinen und mittleren Bauern noch schneller in die Arme der Lebensmittelkonzerne und Agrargroßhändler zu treiben. In erster Linie werden Maßnahmen vorbereitet, die auf Verarbeitungsrichtlinien und Qualitätsrichtlinien bzw. -kontrollen hinauslaufen, welche ein kleiner Bauer nicht oder nur schwer erfüllen kann, weil er sich die dazu notwendigen Anlagen zur Kontrolle, Bearbeitung, usw. nicht leisten kann. Im Projekt „Entwicklung neuer und Verbesserung bekannter lebensmitteltechnologischer Verfahren zur Sicherung einer gesunden und preiswerten Ernährung", heißt es unter: Wesentliche Maßnahmen und Ergebnisse:

„Beseitigung unvermeidlicher Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln, Mykotoxinen oder toxischen Elementen in den Rohstoffen durch gezielte Maßnahmen der Nacherntebehandlung, CA-Lagerung, Erhitzen, Fermentieren usw. ..." Oder im Projekt Schutz der Tiergesundheit sowie Bekämpfung und Diagnose von Tierkrankheiten: „Hygienevorkehrungen für die Massentierhaltung (insbesondere seuchenprophylaktische Maßnahmen); Bekämpfung der Tierseuchen, z.B. Wildtollwut." So schreibt denn auch die Bundesregierung im Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung: „Die Forschungsergebnisse im Programm Produktion und Produktqualität (in der Landwirtschaft) sind wichtige Voraussetzungen zur Erarbeitung zahlreicher Gesetze und Verordnungen, wie Pflanzenschutzgesetz, Quarantänevorschriften, Bauvorschriften für landwirtschaftliche Gebäude, Maschinen und Geräte sowie Tierschutzregelungen oder Vorschriften zur Bekämpfung von Tierkrankheiten und -seuchen."

Neues Jagdgesetz – altes Privatrecht der Kapitalisten

z.ecd. Am 4.10. hat der Landtag von Baden-Württemberg das Jagdgesetz verändert. Ausgangspunkt bei der Veränderung war, daß „auch in Zukunft das Jagdrecht ein Grundrecht auf das Eigentum bleibt" (aus Staatsanzeiger 83 vom 18.10.78). Jagen darf, wer mehr als 75 Hektar Land besitzt, und wer ein Revier gepachtet hat, also reiche Leute. Bauern, die unter 75 Hektar besitzen, dürfen darauf nicht jagen. „Je größer die Fläche eines Reviers, desto besser kann es bewirtschaftet werden." Gesagt, getan und es wurde erstens durch die Erhöhung der Jagdabgabe und zweitens durch die Verschärfung der Pflicht zur Hege durch den Jagdausübenden dafür gesorgt, daß immer mehr Geld da sein muß, bevor gejagt werden darf. Der bürgerliche Staatsapparat sichert sich verschärfte Einmischungserlaubnis in Angelegenheiten der Jagdgenossenschaften und verstärkt die Kontrolle über die Vergabe von Jagdscheinen. Ein Führungszeugnis ist erforderlich, und der Jagdschein wird ab 1.1.79 nur noch auf ein Jahr vergeben. Der Jagdschein kostet viel und man braucht viel Zeit, um die hohen Anforderungen bei der Prüfung bestehen zu können, was es für das Volk unmöglich macht. Angeblich zu hohe Bestände an Schalenwild sind der Grund für folgende Änderungen des Jagdgesetzes: Fütterungsverbot zwischen Mai und September, Erlaubnis des Schießens aus dem Auto, Möglichkeit, nachts zu schießen.

Demonstrationen und Streiks gegen neues Oberschulgesetz

z.ulg.Rom. „Die höhere Sekundarschule hat einheitliche Struktur und fünfjährige Dauer“, heißt es in Artikel 2 des kürzlich von der italienischen Abgeordnetenkammer verabschiedeten Gesetzentwurfs zur Reform der Oberschule. An die vierjährige Grund- und die dreijährige Mittelschule schließen bisher verschiedene Gymnasialtypen und Berufsschulen an. Jetzt also Einheitsschule? Schaut man näher hin, kommt das Lieblingsgeschöpf der imperialistischen Bildungsreformer ans Licht, die sattsam bekannte Gesamtschule. Die bisherigen Schultypen bleiben unter dem neuen Namen „Richtungen“ bestehen, nur das erste Oberschuljahr wird für alle gleich, der Übergang von einer besonderen Prüfung, praktisch also gar nicht möglich sein. Von der „Richtung“ des Abiturs hängen die Fächer ab, die man anschließend studieren kann. Eine anerkannte praktische Berufsausbildung soll auch die reformierte Oberschule nicht vermitteln. Vielmehr sind ausdrücklich „Berufsausbildungskurse“ *im Anschluß* daran vorgesehen, während die direkt unter der Fuchtel der Kapitalisten stehenden „Ausbildungszentren“ für Lehrlinge *neben* der Oberschule bestehen bleiben sollen. Um die Arbeitskraft schubweise da hinein oder gleich völlig unausgebildet und dementsprechend billig auf den Arbeitsmarkt zu befördern, sind spezielle „Nachholkurse“ am Ende jedes Schuljahres vorgesehen. Wer die nicht besteht, fliegt. Seit Jahren fordert die italienische Arbeiterbewegung neun*klassige* obligatorische Schulausbildung für alle. In dem Gesetzentwurf wird die Schulpflicht um ein Jahr bis zum 15. *Lebensjahr* verlängert, wer in der Grund- oder Mittelschule zweimal nicht versetzt worden ist, kommt danach nicht mal bis in die erste „einheitliche“ Klasse der Oberschule.

Eine von 60 römischen Schulen beschlossene Demonstration gegen das Gesetz hat die Polizei nach mehrmaligem Verbot schließlich für den letzten Freitag genehmigen müssen. 20 Schulen in der Stadt haben in der letzten Woche gegen die „Reform“ gestreikt, weit über 10000 haben an der Demonstration zum Erziehungsministerium teilgenommen. Neben der neunjährigen Einheitsschule fordern die Schüler unter anderem Lehrmittelfreiheit, Abschaffung der Anwesenheitspflicht und Abschaffung der – katholischen – Privatschulen.

Bereits in der vorletzten Woche hatte eine Aktionseinheit aus der Jugendorganisation der PCI, dem opportunistischen PdUP und der marxistisch-leninistischen Organisation MLS zu Streiks und Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen. An der Demonstration in Rom nahmen etwa 5000 teil. Große Teile der Schülerbewegung hatten sich dem Aufruf nicht anschließen wollen, weil in ihm nicht eindeutig gegen das Gesetz, dem die PCI im Parlament zugestimmt hat, Stellung genommen wird.

Neue Prüfungsordnung in britischen Schulen verabschiedet

z.hef.London. Die britische Regierung hat in der letzten Woche eine Neuregelung der Schulexamensregelung verabschiedet. Wenn das Parlament der Regelung zustimmt, wird ab 1985 ein neues Prüfungssystem die bisherigen O-Level-Prüfungen und die CSE-Prüfungen ersetzen.

O-Level steht für Ordinary Level, einfaches Niveau. CSE für „Certificate of Secondary Education“, Zertifikat der Sekundarerziehung. Beide Prüfungen werden mit 16 oder kurz darüber abgelegt, in einer Anzahl von Fächern, die von Schüler zu Schüler verschieden sein können, obgleich alle Schüler, die an den Prüfungen teilnehmen, Englisch und Mathematik als Prüfungsfächer haben. Bestimmt seien sie für die besten 20% in jedem Fach (O-Level) und für die folgenden 40% (CSE-Examen), heißt es in den Veröffentlichungen des Erziehungsministeriums.

Nach dem bisherigen System werden die Schüler mit 16 von ihren jeweiligen Schulen für die Examen angemeldet (ein großer Teil wird *nicht* angemeldet, wer trotzdem eine Prüfung will, muß selbst dafür zahlen). Mehrere O-Level, meistens mehr als fünf, werden z.B. von den Schülern verlangt, die weiter zur Schule gehen, um mit A-Level (Advanced, fortgeschritten) mit 18 Jahren eventuell zur Hochschule zugelassen zu werden. Aus den Schülern, die mit mehreren O-Leveln abgehen, rekrutieren die Kapitalisten einfache und mittlere Angestellte, Facharbeiter, rekrutiert der bürgerliche Staat Sozialarbeiter, Lehrer usw. Die O-Level-Prüfungen werden von Prüfungsstellen durchgeführt, die jeweils bestimmten Universitäten zugeordnet sind.

Das CSE-Examen wird im Prinzip genauso wie die O-Level-Prüfung abgelegt, berechtigt aber nicht zu weiterem Schulbesuch. Die CSE-Prüfungen werden von anderen Prüfungsstellen organisiert, die über die Schulen vom Staatsapparat kontrolliert werden.

„Die Unterscheidung... ist künstlich“, heißt es in einer Regierungsbroschüre über die neuen Prüfungen. „Sie entspricht keiner natürlichen Unterscheidung, in Hinsicht auf die Fähigkeiten der Kandidaten, auf die Fächer, die geprüft werden, in den Berufschancen für die erfolgreichen Kandidaten, oder in der Eignung für weitergehende oder höhere Erziehung. Aber weil es zwei Systeme gibt, werden danach oft fälschlicherweise die jungen Leute in zwei Gruppen eingeteilt.“ Was den Kapitalisten nicht mehr genug ist, um die Auslese und Ausfilterung der jeweils richtigen Arbeitskraft für ihre Bedürfnisse zu gewährleisten. Sie wollen sieben verschiedene Gruppen, sieben unterschiedliche Zensuren sollen die neuen Prüfungen haben, und sie wollen sie *vergleichbar* haben, was bisher mit O-Level- und CSE-Prüfung kaum möglich war. „Unter dem gegenwärtigen System werden Zeugnisse von 22 verschiedenen unabhängigen Examenskörperschaften ausgestellt...und jede hat verschiedene Lehrpläne und Prüfungsaufgaben. Das schafft Verwirrung, nicht zuletzt unter Unternehmern, die sich auf solche Zeugnisse verlassen als Informationsquelle über den Erziehungsstandard der Schulabgänger. Zeugnisse, die unter dem neuen Verfahren ausgestellt werden, können einfacher von Unternehmern verstanden werden und auch der allgemeinen Öffentlichkeit; und die vorgesehenen neuen Verwaltungsmaßnahmen würden sicherstellen, daß die Leistungen, die mit den jetzigen Zeugnisstufen verbunden sind, voll erhalten bleiben, zusammen mit einer wünschenswerten nationalen Vergleichbarkeit“, erklärt die Regierung in einer Pressestellungnahme. Die bisherigen 22 Prüfungsstellen sollen durch 4 oder 5 ersetzt werden. Dadurch wird nicht nur Vergleichbarkeit hergestellt, sondern auch eine unvergleichlich höhere direkte Steuerbarkeit für die Interessen der Kapitalisten an bestimmten Gruppen von Arbeitskraft. Nicht umsonst nahm in den letzten vier Jahren in allen Prüfungsbezirken in fast allen Fächern die Zahl der Schüler, die durchfallen, sprunghaft zu, z.B.: Mathematik. In Wales stieg der Anteil der Schüler, die das CSE-Examen nicht bestanden, an der Zahl der Schüler, die insgesamt teilnahmen zwischen 1973 und 1977, von 10,9 auf 14,4%; in einem Londoner Bezirk 1974/75 von 5,8 auf 7,9%, in Middlesex von 14,2% (1974) auf 23,6% (1977), in Cambridge von 5,9% (1973) auf 15,5% (1977). Mit dem neuen System sollen solche Entwicklungen noch wesentlich schneller und einheitlicher durchgesetzt werden. Die Zahlen stammen aus dem Bericht der Kommission, die die Regierung zur Untersuchung des neuen Examens eingesetzt hatte, nur in einem Bezirk kann man ein Sinken der Durchfallquote feststellen.

Die gesamte Neuregelung hat den Zweck, die schnellere Verfügbarmachung von Teilen der Arbeiterjugend für den Produktionsprozeß und die bessere Auslese für die Kapitalisten, die die britischen Imperialisten mit dem Gesamtschulsystem eingeführt haben, auf dem Gebiet der Prüfungen durchzusetzen.

Rentensparbrief der Bank für Gemeinwirtschaft – mindestens 12 Jahre Raub von Arbeiterlöhnen

z.bil. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich neuerdings von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften folgende Fragen gefallen lassen: Soll euer Kind es nicht besser haben? „Eine gute Berufsausbildung ist mit das wichtigste, was Eltern ihrem Kind mitgeben können.“ Eigentlich kann man da leicht zustimmen, denn Fertigkeiten zu lernen ist nützlich. Wird jetzt 100 DM mehr BAFöG und ein Elternfreibetrag von 1500 DM gefordert, was in den Gewerkschaften gut anstünde? Nein. Der neue Rentensparbrief ist die Antwort. „12 Jahre lang 100 Mark im Monat eingezahlt – bringen 4 Jahre lang 499 Mark monatlich“, heißt es im „ausblick“, Gewerkschaftszeitung der HBV. Empfohlen wird das Kindergeld „sozusagen als Vorsorgeinvestition für die Tochter oder den Sohn anzulegen“.

Die Bank für Gemeinwirtschaft hat das Ding ausgekocht, um an die Gelder der Massen heranzukommen. Zwischen 4 und 25 Jahren muß entweder monatlich eingezahlt werden oder auf einmal ein größeres Sümmchen dem Bankkapital zur Verfügung



„Es ist nie zu früh...
Sieben Jahre lang 100 Mark im Monat eingezahlt bringt 13 Jahre lang rund 100 Mark Monatsrente. Eine neue Anlageform der BSV Bank für Sparanlagen und Vermögensbildung bringt Ergebnisse, die für viele überraschend sind. Weil die 100prozentige Tochtergesellschaft der Bank für Gemeinwirtschaft als gemeinwirtschaftliches Unternehmen eine Zinsgarantie gibt. Ein Kursrisiko ist also ausgeschlossen.“ (Anzeige der BSV Bank)

Hat man 4 Jahre „gespart“ mit monatlich 100 Mark Zahlung, bekommt man bei 4jähriger „Rentenzeit“ monatlich 125 Mark, bei den oben schon erwähnten 12 Jahren monatlicher Zahlung soll der „kostendeckende“ Ausbildungsbetrag von monatlich 499 Mark herauskommen. Es läßt sich unschwer ausrechnen, was man sich in 4 Jahren an notwendigen Reproduktionsmitteln von 125

chend billig auf den Arbeitsmarkt zu befördern, sind spezielle „Nachholkurse“ am Ende jedes Schuljahres vorgesehen. Wer die nicht besteht,
in ihm nicht eindeutig gegen das Gesetz, dem die PCI im Parlament zugestimmt hat, Stellung genommen wird.

Rentensparbrief der Bank für Gemeinwirtschaft – mindestens 12 Jahre Raub von Arbeiterlöhnen



„Es ist nie zu früh...
Sieben Jahre lang 100 Mark im Monat eingezahlt bringt 13 Jahre lang rund 100 Mark Monatsrente. Eine neue Anlageform der BSV Bank für Sparanlagen und Vermögensbildung bringt Ergebnisse, die für viele überraschend sind. Weil die 100prozentige Tochtergesellschaft der Bank für Gemeinwirtschaft als gemeinwirtschaftliches Unternehmen eine Zinsgarantie gibt. Ein Kursrisiko ist also ausgeschlossen.“ (Anzeige der BSV Bank)

z.bil. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich neuerdings von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften folgende Fragen gefallen lassen: Soll euer Kind es nicht besser haben? „Eine gute Berufsausbildung ist mit das wichtigste, was Eltern ihrem Kind mitgeben können.“ Eigentlich kann man da leicht zustimmen, denn Fertigkeiten zu lernen ist nützlich. Wird jetzt 100 DM mehr BAFöG und ein Elternfreibetrag von 1500 DM gefordert, was in den Gewerkschaften gut anstünde? Nein. Der neue Rentensparbrief ist die Antwort. „12 Jahre lang 100 Mark im Monat eingezahlt – bringen 4 Jahre lang 499 Mark monatlich“, heißt es im „ausblick“, Gewerkschaftszeitung der HBV. Empfohlen wird das Kindergeld „sozusagen als Vorsorgeinvestition für die Tochter oder den Sohn anzulegen“.

Die Bank für Gemeinwirtschaft hat das Ding ausgekocht, um an die Gelder der Massen heranzukommen. Zwischen 4 und 25 Jahren muß entweder monatlich eingezahlt werden oder auf einmal ein größeres Sümmchen dem Bankkapital zur Verfügung
gestellt werden. Während der „Ansparzeit“ haben sie das Geld fest in den Klauen. Ausdrücklich ist der Vertrag, daß man nichts von dem Geld oder den Zinsen während der „Ansparzeit“ nehmen darf

Hat man 4 Jahre „gespart“ mit monatlich 100 Mark Zahlung, bekommt man bei 4jähriger „Rentenzeit“ monatlich 125 Mark, bei den oben schon erwähnten 12 Jahren monatlicher Zahlung soll der „kostendeckende“ Ausbildungsbetrag von monatlich 499 Mark herauskommen. Es läßt sich unschwer ausrechnen, was man sich in 4 Jahren an notwendigen Reproduktionsmitteln von 125
Mark wird kaufen können. Es ist schon ein ekliger Coup, die Bemühung und Sorge der Arbeitereltern für die Ausbildung ihrer Kinder in einen Raub von Lohnbestandteilen zu verwandeln.

Kanzler der Bremer Universität erhält Antwort auf Plakatierverbot

r.joh. „Der Senat untersagt Werbung für oder gegen politische Parteien... durch Anschläge und Aushänge in und an Dienstgebäuden sowie Verteilung von Material... Die Leiter der Dienststellen werden angewiesen, die Einhaltung des Verbots zu überwachen und ggfs. die notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

Mit der endgültigen Durchsetzung dieses Senatsbeschlusses von 1975 sind die Bremer Rektoren dieses Semester ausdrücklich betraut: alle Plakate gegen die US-Besatzer in Garlstedt wurden entfernt. Auf Betreiben der Sozialdemokratie hat Rektor Wittkowsky am Mittwoch mit Juso-Unterstützung das Verbot der Anbringung einer Wandmalerei zur Anerkennung der Patriotischen Front im Akademischen Senat der Universität durchgesetzt. Über 40 Studenten waren an ihrer Erstellung beteiligt, Vertretungsorgane und Seminare fordern ihre Genehmigung. Mit dem Verbot soll die Zerschlagung des politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft durchgesetzt werden. Donnerstag wurde Senator Franke gezeigt, daß das nicht gelingen wird: bei der Einweihung von Radfahrer-Plastiken, Symbol unerbittlicher Studienkonkurrenz, stand er neben einer großen Parole: „Weg mit dem Plakatierverbot – Freie politische Betätigung – Weg mit dem





KPD-Verbot“. Zur gleichen Zeit wurde die verbotene Wandmalerei am vorgesehenen Platz angebracht. Entgegen der Verfügung vom Kanzler Maaß sorgten Beschäftigte der Universität für die notwendige Stromzufuhr.

Niedersachsen: Stoffbegrenzung, Gebührenboykott!

z.mos. Kernstück des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), seit 1.10.78 in Kraft, ist die Ausweitung des Studien- und Prüfungsstoffes, der Professorenwillkür, der unbegrenzten Vernutzung studentischer Arbeitskraft und die Aberkennung der Rechte der Verfaßten Studentenschaft. Dagegen haben die Studenten einen hartnäckigen Kampf aufgenommen:

Gegen die Prüfungsordnung für die Mathe/Physik-Fachbereiche, die eine Regelstudienzeit von 10 Semestern festlegen soll, hat die Fachbereichsgruppe Mathe/Physik, TU Braunschweig, den niedersächsischen Fachschaften vorgeschlagen, eine Unterschriftensammlung unter den Forderungen „Höchstens 16 Semesterwochenstunden; geprüft werden darf nur, was gelehrt wurde“ zu machen. Inzwischen konnte am Fachbereich Mathe/Physik Braunschweig durchgesetzt werden, daß die Durchfallquoten in den Prüfungen um die Hälfte gesenkt

Professor Glodek verhindert werden, daß der Stoff einer freiwilligen Vorlesung in den Prüfungsstoff eingeht; ähnlich am Fachbereich Germanistik der Universität Hannover: Bei den Professoren Ahlzweig/Glaubrecht konnte eine Stoffbegrenzung durchgesetzt werden.

Zwecks Umwandlung der Organe der Verfaßten Studentenschaft in Hochschulorgane will der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel den Studenten Wahlordnungen und Satzungen aufzwingen, die die im NHG festgelegte Nicht-Beschlußkompetenz der Vollversammlungen und die Aberkennung des politischen Mandats besiegeln sollen. Auf dieser Grundlage hat die Hochschulleitung der Fachhochschule Hannover die Wahlen zum Studentenparlament verboten. An der Medizinischen Hochschule hat Pestel gedroht, die Gelder des AStA zu beschlagnahmen, wenn dieser nicht eine

der alten Wahlordnung zu unterstützen und die Gebührenerhöhungen beim Studentenwerk von durchschnittlich 12 auf 20 DM, die Pestel landesweit verordnet hat, zu boykottieren. Boykottiert wird in Göttingen und Osnabrück. Der Studentische Rat der TU Braunschweig hat ebenfalls beschlossen, an der alten Wahlordnung und Satzung festzuhalten, denn: „Wir brauchen die Organe der Verfaßten Studentenschaft mit Rechten wie Satzungs-, Finanz- und Beitragshoheit, politisches und imperatives Mandat, Einspruchsrecht der gewählten Studentenvertreter in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten“. Dagegen waren sie alle, die bürgerlichen Stundenpolitiker; Opportunisten bis hin zum RCDS. Semesterlang haben sie vom „Kampf gegen das NHG“ geredet und ihn gegen den Kampf gegen das BAFöG und für ausreichende Bezahlung ausgespielt. Jetzt versuchen sie erneut abzulenken: Sie predigen eine

eventuell zur Hochschule zugelassen zu werden. Aus den Schülern, die mit mehreren O-Leveln abgehen, rekrutieren die Kapitalisten einfache und mittlere Angestellte, Facharbeiter, rekrutiert der bürgerliche Staat Sozialarbeiter, Lehrer usw. Die O-Level-Prüfungen werden von Prüfungsstellen durchgeführt, die jeweils bestimmten Universitäten zugeordnet sind.
wirrung, nicht zuletzt unter Unternehmern, die sich auf solche Zeugnisse verlassen als Informationsquelle über den Erziehungsstandard der Schulabgänger. Zeugnisse, die unter dem neuen Verfahren ausgestellt werden, können einfacher von Unternehmern verstanden werden und auch der allgemeinen Öffentlichkeit; und die vorgesehenen neuen Verwaltungsmaßnahmen
len.
Die gesamte Neuregelung hat den Zweck, die schnellere Verfügbarmachung von Teilen der Arbeiterjugend für den Produktionsprozeß und die bessere Auslese für die Kapitalisten, die die britischen Imperialisten mit dem Gesamtschulsystem eingeführt haben, auf dem Gebiet der Prüfungen durchzusetzen.

Niedersachsen: Stoffbegrenzung, Gebührenboykott!

z.mos. Kernstück des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), seit 1.10.78 in Kraft, ist die Ausweitung des Studien- und Prüfungsstoffes, der Professorenwillkür, der unbegrenzten Vernutzung studentischer Arbeitskraft und die Aberkennung der Rechte der Verfaßten Studentenschaft. Dagegen haben die Studenten einen hartnäckigen Kampf aufgenommen:

Gegen die Prüfungsordnung für die Mathe/Physik-Fachbereiche, die eine Regelstudienzeit von 10 Semestern festlegen soll, hat die Fachbereichsgruppe Mathe/Physik, TU Braunschweig, den niedersächsischen Fachschaften vorgeschlagen, eine Unterschriftensammlung unter den Forderungen „Höchstens 16 Semesterwochenstunden; geprüft werden darf nur, was gelehrt wurde“ zu machen. Inzwischen konnte am Fachbereich Mathe/Physik Braunschweig durchgesetzt werden, daß die Durchfallquoten in den Prüfungen um die Hälfte gesenkt
werden mußten.

An der Universität Göttingen/Landwirtschaftliche Fakultät konnte bei

Professor Glodek verhindert werden, daß der Stoff einer freiwilligen Vorlesung in den Prüfungsstoff eingeht; ähnlich am Fachbereich Germanistik der Universität Hannover: Bei den Professoren Ahlzweig/Glaubrecht konnte eine Stoffbegrenzung durchgesetzt werden.

Zwecks Umwandlung der Organe der Verfaßten Studentenschaft in Hochschulorgane will der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel den Studenten Wahlordnungen und Satzungen aufzwingen, die die im NHG festgelegte Nicht-Beschlußkompetenz der Vollversammlungen und die Aberkennung des politischen Mandats besiegeln sollen. Auf dieser Grundlage hat die Hochschulleitung der Fachhochschule Hannover die Wahlen zum Studentenparlament verboten. An der Medizinischen Hochschule hat Pestel gedroht, die Gelder des AStA zu beschlagnahmen, wenn dieser nicht eine
ihm genehme Satzung akzeptiert. Dagegen hat die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften beschlossen, die Wahlen an der FH Hannover nach

der alten Wahlordnung zu unterstützen und die Gebührenerhöhungen beim Studentenwerk von durchschnittlich 12 auf 20 DM, die Pestel landesweit verordnet hat, zu boykottieren. Boykottiert wird in Göttingen und Osnabrück. Der Studentische Rat der TU Braunschweig hat ebenfalls beschlossen, an der alten Wahlordnung und Satzung festzuhalten, denn: „Wir brauchen die Organe der Verfaßten Studentenschaft mit Rechten wie Satzungs-, Finanz- und Beitragshoheit, politisches und imperatives Mandat, Einspruchsrecht der gewählten Studentenvertreter in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten“. Dagegen waren sie alle, die bürgerlichen Stundenpolitiker; Opportunisten bis hin zum RCDS. Semesterlang haben sie vom „Kampf gegen das NHG“ geredet und ihn gegen den Kampf gegen das BAFöG und für ausreichende Bezahlung ausgespielt. Jetzt versuchen sie erneut abzulenken: Sie predigen eine
„Diskussion über staatsunabhängige Organe wie UStAs und ähnliche Alternativen“ und dienen so den Absichten Pestels.

Ernst-Bloch-Tage: Fahrradrikschas statt Autos – für die Arbeiter

z.mif. ...Wenn ein Herr Klasen oder Rodenstock 2% ins Gespräch bringen, weiß man gleich, wessen Geistes Kind sie sind. Die Bourgeoisie braucht deshalb noch andere Ideologen.

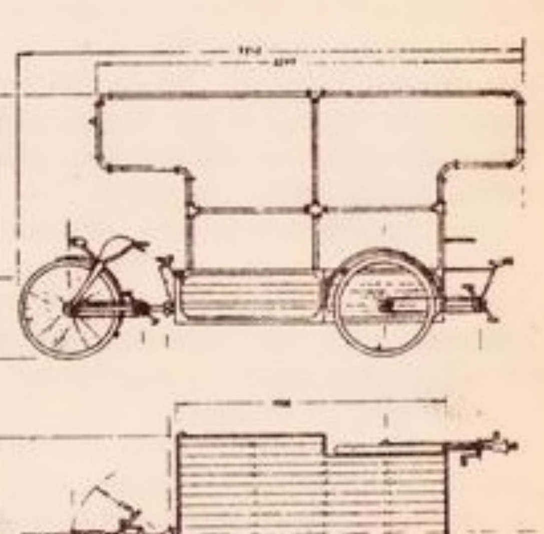
Die zu den Bloch-Tagen angerührte ideologische Suppe geht zielstrebig auf diese Aufgabe zu.

In der gegenwärtigen Krise sehen sie die Chance in der Gewerkschaftsbewegung, „die Qualität der Produktion und des gesellschaftlichen Fortschrittts zum Thema von betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen werden zu lassen.“ „Humanisierung der Arbeit“ nennen die Gewerkschafts- und Regierungssozialdemokraten diese Politik .... Nichts als Intensivierung und Verdichtung der Arbeit und Verschärfung der Akkordpeitsche kommt für die Arbeiter heraus. ...

„Damit in den dann anstehenden Kämpfen gesellschaftliche Technologiealternativen eine zentrale Bedeutung erlangen können, müßte sich jedoch das rein instrumentelle Verständnis von Arbeit als lediglich materieller Reproduktionsfaktor geändert haben.“ Dieses instrumentelle Verständnis von Arbeit ist für die Arbeiterklasse die einzige Haltung zur Verausgabung ihrer Arbeitskraft, die verhindert, daß sie die Kapitalisten ins absolute Elend treiben können.

Die Opportunisten wollen der Arbeiterklasse nahelegen, es komme darauf an, das „innere Elend“ zu beseitigen, das durch die hemmungslose Entwicklung der Technik komme. Als „Realisten“ – was in dem Zusammenhang nur heißt, daß sie die soziale Revolution des Proletariats ausgeschlossen haben, schlagen sie der Arbeiterklasse einen Weg vor, durch die Hinnahme von vollständiger Verelendung durch Lohnsenkung, die Kapitalisten davon abzubringen, die Ausbeutung durch Steigerung der Intensität der Arbeit und Anwendung neuer Maschinerie zu steigern, wovon ja die eigentliche „Verelendung“ der Arbeiterklasse komme....

Das einzige konkrete Beispiel, das die SB-Theoretiker in ihrer Broschüre bringen, wie die neue „Qualität der Produktion“ auszusehen hat, belegt diese, für die Kapitalisten so segensreichen Absichten schlagend. Es ist eine drei-rädrige Transport-Rikscha mit drei Pedalantrieben. Ob das Gefährt eine durchgehende Hinterachse hat, oder nicht, geht aus der Zeichnung nicht hervor. Jedenfalls hat es kein Differential und damit ist das Gefährt allemal unlenkbar und umsturzgefährdet. Die mangelnde Beherrschung der Produktivkräfte, die sich in diesem Produkt versinnbildlicht, ist allerdings



Transportfahrrad für 3 Personen / aus Info Sozialarbeit (Zwischenlösung: Arbeitskollektive). Abgebildet in: „Bloch'78, Broschüre des SZ Tübingen

nicht das Entscheidende. Es ist konkretes Sinnbild der Kapitalisten, die Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiterklasse so einzuschränken, daß die Arbeiterfamilie in Ermangelung eines Autos gezwungen ist, zum Wochenendeinkauf mit dem Transportfahrrad zum Aldi-Markt zu fahren...(alle Zitate aus Broschüre Bloch '78).

(aus KVZ-Hochschulausgabe KHG Mittlerer Neckar, 26.10.78)

Apel wird „persönlich“

z.brp. Am 4. Oktober meldet Apel dem Verteidigungsausschuß des Bundestages, daß er eine „Koordinierungsgruppe Sozialmaßnahmen der Bundeswehr“ einsetzt, um eine „Bestandsaufnahme“ durchzuführen mit dem Ziel, „das system sozialer Leistungen für die Soldaten sinnvoll fortzuentwickeln.“ Er redet von: „Reduzierung der Dienstzeitbelastung für Soldaten; besserer Regelung für Heimfahrten; Verbesserung bei der Wohnungsfürsorge, insbesondere für junge Soldatenfamilien; geeigneten Maßnahmen gegen zu häufige Versetzungen“ (Woche im Parlament, 18/78). Er taktiert. Apel, ein kühler, rechnender und berechnender Bürokrat und Organisator, weiß, daß die Truppe gewiß nicht einsetzbar ist, wenn die Soldaten beliebig geschunden werden. Apel – der „Soldatenminister“. Schon auf der 22. Kommandeurstagung im März dieses Jahres, fünf Wochen nach dem Kaltstellen von Leber, tritt er auf als „Sicherheitsminister, Rüstungsminister und Soldatenminister.“ Dreifältiger Apel!

156 Soldaten aus der Deutschherrenordenkaserne schreiben Anfang August einen Brief an Apel. Sie fordern die vollständige Bezahlung der Benzinkosten für Wochenendheimfahrten und lehnen Apels Reform ab, der zwei kostenlose Bahnfahrten im Monat zugestehen will. Der MAD bespitzelt daraufhin 300 Soldaten der Deutschherrenordenkaserne und verhört einzelne. Die Soldaten beschließen Mannschaftsversammlungen, Unteroffiziere werden für die Forderung nach vollständiger Bezahlung der Benzinkosten gewonnen. Oberst Storbeck, der Bataillonskommandant, versucht die Bewegung und den Zusammenschluß zu verhindern, erst mit Disziplinarstrafen, dann mit Verständnis: das Bundeswehrkommando müsse wirklich mehr auf die Sorgen der Soldaten eingehen. Es hilft nichts. Soldaten anderer Kasernen schreiben ähnliche Briefe an Apel, und sie werden unterstützt von der Arbeiterjugend und den kasernierten Zivildienstpflichtigen: Arbeiterjugendliche von Audi Neckarsulm, von der Gewerbeschule 1 in Heilbronn, der Berufsschule in Crailsheim, der Berufsschule in Schwäbisch-Hall schreiben u.a. an die Soldaten der Deutschherrenordenkaserne.

Die Bourgeoisie muß befürchten, daß die Soldatenbewegung weiter an Kraft und Selbständigkeit gewinnt. Sie wirft ihrem Offizierskorps Schwächen der Inneren Führung vor und richtet das Kommando auf die veränderte Situation in der Armee aus.

„Der Mensch muß im Vordergrund stehen“, dieses Motto gibt Oberst Volland vom reaktionären Bundeswehrverband auf einer Tagung der Standortvorsitzenden von Marburg, Stadtallendorf, Neustadt, Frankenburg und Schwalmstadt Anfang September aus. Die Journalisten von der „Welt“ parieren ebenfalls schnell. „Sterben nach dem Dienst für das Vaterland“, überschreiben sie zynisch ihren Artikel, der sich mit der Wochenendheimfahrt per Auto auseinandersetzt. Hauptsächlich am jugendlichen Alter der Wehrpflichtigen liege es, daß jedes Jahr 300 bis 400 Soldaten tödlich verunglücken. Nebenbei noch am geringen Wehrsold, der nicht ausreiche, um das Auto zu reparieren und zu warten, schreiben sie auch, damit der folgende Gedanke verfangen kann. Die Fährte, auf die sie die Soldaten locken wollen, ist: „In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat und dem ADAC ist für Wehrpflichtige ein Unterrichtsprogramm entwickelt worden. Durch praxisbezogene Orientierungshilfen sollen sie zu besseren und verantwortungsbewußten Fahrern erzogen werden“ (Welt, 22.10.). Apels Rechnung ist, wenn schon Zugeständnisse, dann soll damit die Kontrolle und Unterdrückung verstärkt werden können. *Seine* Rechnung.

Das Bundeswehrkommando wird umstrukturiert auf die anstehenden Aufgaben. Im November will Apel das „Heeresmodell 4“ verabschieden. Der neuernannte Nachfolger von General Hildebrandt, Poeppel, arbeitet schon seit längerem unter Wust an der Abfassung. Zusammen mit der Ausrichtung der Bundeswehr wird die politische Unterdrückung und Indoktrinierung der Soldaten verfeinert: Die Wandzeitung „Bundeswehr aktuell“ will Apel abschaffen und stattdessen eine Tageszeitung herausgeben, die gemischt ist mit „Freizeit- und Hobbyteil und Informationen aus der Truppe“ (Frankfurter Allgemeine, 18.10.).

Die Bourgeois wollen Ergebnisse sehen, schnell. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Biehle fragt am 19. Oktober die Bundesregierung, ob es zuträfe, daß die Soldaten- und Reservistenkomitees Manöver durchführen und was „gegebenenfalls die Bundesregierung beabsichtigt hiergegen zu unternehmen“. Eine Antwort der Bundesregierung steht noch aus.

In den Kasernen finden momentan die Vertrauensmännerwahlen statt.

„Modernste Feldhaubitze der Welt“

r.hob. „Modernste Feldhaubitze der Welt an das Heer übergeben“, jubelte die westdeutsche Bourgeoisie bei der offiziellen Übergabe der Feldhaubitze „155-1“ am 13.10.78 in Unterlüß, Kreis Celle, nahe Munster, 30 Kilometer von der Grenze zur DDR entfernt, genau die Reichweite der neuen Haubitze. Frank Baer, Vorsitzender der Rheinmetall-Geschäftsführung führte aus, daß die neue Haubitze, von der BRD, Großbritannien und Italien entwickelt, allen vergleichbaren Waffensystemen, „auch den besten sowjetischen 153-1mm-Geschützen... deutlich überlegen“ sei (nach Cellesche Zeitung vom 16.10.1978).



Die neue Feldhaubitze ist 9,5 Tonnen schwer, sie kann selbständig Stellungswechsel vornehmen, sie kann auf dem Luftweg transportiert werden; verschossen werden Treibladungssysteme, Spreng-, Leicht- und Nebelgeschosse (sechs pro Minute), sie kostet 1,7 Millionen Mark; bestellt sind insgesamt 456, für die Bundeswehr 216. Apel hob hervor, daß die Bundeswehr sichgegenwärtig in einer „Phase der Modernisierung bei allen Teilstreitkräften, die an dem feststellbaren Potential des Warschauer Pakts orientiert sei“, befindet.

Erneuter Beweis, daß sich die BRD-Imperialisten auf Feldschlachten mit konventionellen Waffen in Mitteleuropa rüsten. Transport auf dem Luftwege z.B. ins Südliche Afrika und gegen das Potential des Warschauer Pakts sind entscheidend. Vielleicht ist an eine feste Stationierung entlang der Grenze gedacht. In den Standorten Lüneburg, Uelzen, Wesendorf bei Gifhorn (zwischen 20 und 30 Kilometer zur Grenze der DDR) könnten die Haubitzen westlich des Elbe-Seiten-Kanals aufgestellt und DDR-Gebiet mit Feuer „belegt“ werden. Haubitzen (aus tschechisch: „Steinschleuder“) beschießen indirekte nicht sichtbare Ziele, batterieweise im Bataillonsrahmen. Feldhaubitzen sind, wie die Artillerie überhaupt, nur geeignet zu Flächenbekämpfungen, d.h. feindlicher Artillerie, großer Gebäude, Brücken usw. Die Treffsicherheit ist nicht so hoch, für den direkten Kampf ist sie völlig ungeeignet. Man braucht relativ lange, bis die Haubitzen einsatzbereit sind. In Städten sind sie nur begrenzt einsetzbar und damit für die Arbeiterklasse im Aufstand nur begrenzt tauglich. Vorstellbar wäre, auf eine Stadt anrückende Truppen der Konterrevolution aus festen Stellungen zu bekämpfen. Eher wird man die Haubitzen vernichten. Welches Interesse sollten wir an ungenauem Flächenbeschuß haben? Es ist wegen der Dauer bis zur Einsatzbereitschaft relativ einfach, ehe der erste Schuß rauskommt, z.B. mit einem Schützenpanzer, eine ganze Batterie mit sechs Geschützen zu erledigen.

Profitgier geht über „NATO-Solidarität“

z.bef. Anläßlich des Beginns einer Vergleichserprobung von Munition und Handwaffen von sechs NATO-Staaten klagte der deutsche General Schmückle, Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte Europas: „Wenn der Kamerad, der neben mir im Dreck liegt, in Notwehr nicht schießen kann, weil ich ihm aufgrund unterschiedlichen Kalibers mit meiner Munition nicht aushelfen kann, dann trifft die Schuld diejenigen, die nationale Vorteile über internationale NATO-Solidarität gestellt haben“ (Heer, 7/78). Der General spricht für das westdeutsche Monopolkapital. Mit dem Einstieg in verschiedene militärische Projekte hat das westdeutsche Monopolkapital geglaubt, horrende Profite sicher zu haben. Die politische und ökonomische Vorherrschaft der US-Imperialisten im westlichen imperialistischen Militärbündnis macht ihnen da einen dicken Strich durch die Rechnung. Die westdeutsche Bourgeoisie kocht vor Wut. Letzte Woche hat Apel den US-Imperialisten einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. „Gerade die USA müßten sich erst daran gewöhnen, ganze Waffensysteme im Ausland zu kaufen.“

Gegenwärtig verhandelt das westdeutsche Monopolkapital, vertreten durch Rheinmetall, mit der US-Regierung über die Übernahme der neuen deutschen 120 mm Panzerglattrohrkanone von Rheinmetall, mit der etwa 15000 amerikanische Panzer ausgerüstet werden sollen. Die US-Imperialisten diktieren: 50 Millionen Dollar Lizenzgebühren ohne irgendwelche zusätzliche Bedingungen. Die Rheinmetall-Kapitalisten verlangen eine Begrenzung des Exportrechts der US-Imperialisten, die vertraglich festgehalten werden soll. Die Lieferungen der 120 mm Kanone in den „Leopard-Club“ müssen von Rheinmetall vorgenommen werden. Den großen Wurf, den die BRD-Imperialisten mit der „Leopard-Serie“ gelandet zu haben glaubten, droht zu platzen. Die Absicht der US-Imperialisten ist klar. Mit dem künftig im Lizenzbau hergestellten US-Panzer, ausgerüstet mit der 120 mm Kanone, soll der „Leopard“ durch niedrigeren Preis und kürzere Lieferzeiten der US-Panzer aus dem Feld geschlagen werden.

Sowohl die BRD als auch die US-Imperialisten versuchen gegenwärtig, den Niederlanden den Kauf ihrer Panzer mit „Nachdruck“ schmackhaft zu machen. Der US-Imperialismus ist in der besseren Position. Gegenüber dem Leopard II ist der amerikanische Panzer XM 1 um 15 % billiger. Die BRD-Imperialisten sind kleinlaut geworden. Sie sprechen jetzt davon, daß die Entscheidung der Niederländer für sie eine große Bedeutung hat, „da bei einer Wahl des XM 1 Folgewirkungen für die Entscheidungen Belgiens, Dänemarks und Norwegens zu befürchten sind“.

Wo sie gegenüber der US-Supermacht klein beigeben müssen, versuchen sie es an anderer Stelle unverhüllt mit Drohungen. Apel äußerte in der vergangenen Woche, daß nach der Bonner Entscheidung andere europäische NATO-Partner nicht mehr über die Verringerung ihrer Beiträge für das fliegende NATO-Frühwarnsystem „AWACS“ zu Lasten der BRD verhandeln könnten, ohne damit die Einführung des Systems in Frage zu stellen. Über „Kompensations- und Kooperationsverträge“ mit den US-Imperialisten ist der BRD-Imperialismus mit einem Anteil von 46 % in die Produktion des Systems eingestiegen. Vor der endgültigen Zusage für den deutschen Finanzierungsbeitrag von 1,15 Mrd. DM müssen freilich die US-Zusagen für die „Kompensationsgeschäfte“ noch schriftlich bestätigt werden, hat Apel gesagt. Apel hat seine Befürchtungen. Wölfe wissen wie Wölfe sind.

Der Kampf des isländischen Volkes gegen die US-Besatzertruppen

Forderung nach Zone des Friedens im Atlantik / Die neue Regierung will die Erfahrungen anderer Inselstaaten studieren

Monat zugestehen will. Der MAD bespitzelt daraufhin 300 Soldaten der Deutschherrenordenkaserne und verhört einzelne. Die Soldaten beschließen Mannschaftsversammlungen, Unteroffiziere werden für die Forderung nach vollständiger Bezahlung der Benzinkosten gewonnen. Oberst Storbeck, der Bataillonskommandant, versucht die Bewegung und den Zusammenschluß zu verhindern, erst mit Disziplinarstrafen, dann mit Verständnis: das Bundeswehrkommando müsse wirklich mehr auf die Sorgen der Soldaten eingehen. Es hilft nichts. Soldaten anderer Kasernen schreiben ähnliche Briefe an Apel, und sie werden unterstützt von der Arbeiterjugend und den kasernierten Zivildienstpflichtigen: Arbeiterjugendliche von Audi Neckarsulm, von der Gewerbeschule 1 in Heilbronn, der Berufsschule in Crailsheim, der Berufsschule in Schwäbisch-Hall schreiben u.a. an die Soldaten der Deutschherrenordenkaserne.

Die Bourgeoisie muß befürchten, daß die Soldatenbewegung weiter an Kraft und Selbständigkeit gewinnt. Sie wirft ihrem Offizierskorps Schwächen der Inneren Führung vor und richtet das Kommando auf die Unterdrückung verstärkt werden können. *Seine* Rechnung.

Das Bundeswehrkommando wird umstrukturiert auf die anstehenden Aufgaben. Im November will Apel das „Heeresmodell 4“ verabschieden. Der neuernannte Nachfolger von General Hildebrandt, Poeppel, arbeitet schon seit längerem unter Wust an der Abfassung. Zusammen mit der Ausrichtung der Bundeswehr wird die politische Unterdrückung und Indoktrinierung der Soldaten verfeinert: Die Wandzeitung „Bundeswehr aktuell“ will Apel abschaffen und stattdessen eine Tageszeitung herausgeben, die gemischt ist mit „Freizeit- und Hobbyteil und Informationen aus der Truppe“ (Frankfurter Allgemeine, 18.10.).

Die Bourgeois wollen Ergebnisse sehen, schnell. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Biehle fragt am 19. Oktober die Bundesregierung, ob es zuträfe, daß die Soldaten- und Reservistenkomitees Manöver durchführen und was „gegebenenfalls die Bundesregierung beabsichtigt hiergegen zu unternehmen“. Eine Antwort der Bundesregierung steht noch aus.

In den Kasernen finden momentan die Vertrauensmännerwahlen statt.

z.bef. Anläßlich des Beginns einer Vergleichserprobung von Munition und Handwaffen von sechs NATO-Staaten klagte der deutsche General Schmückle, Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte Europas: „Wenn der Kamerad, der neben mir im Dreck liegt, in Notwehr nicht schießen kann, weil ich ihm aufgrund unterschiedlichen Kalibers mit meiner Munition nicht aushelfen kann, dann trifft die Schuld diejenigen, die nationale Vorteile über internationale NATO-Solidarität gestellt haben“ (Heer, 7/78). Der General spricht für das westdeutsche Monopolkapital. Mit dem Einstieg in verschiedene militärische Projekte hat das westdeutsche Monopolkapital geglaubt, horrende Profite sicher zu haben. Die politische und ökonomische Vorherrschaft der US-Imperialisten im westlichen imperialistischen Militärbündnis macht ihnen da einen dicken Strich durch die Rechnung. Die westdeutsche Bourgeoisie kocht vor Wut. Letzte Woche hat Apel den US-Imperialisten einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. „Gerade die USA müßten sich erst daran gewöhnen, ganze Waffensysteme im Ausland zu kaufen.“

Gegenwärtig verhandelt das westdeutsche Monopolkapital, vertreten durch Rheinmetall, mit der US-Regierung über die Übernahme der neuen deutschen 120 mm Panzerglattrohrkanone von Rheinmetall, mit der etwa 15000 amerikanische Panzer ausgerüstet werden sollen. Die US-Imperialisten diktieren: 50 Millionen Dollar Lizenzgebühren ohne irgendwelche zusätzliche Bedingungen. Die Rheinmetall-Kapitalisten verlangen eine Begrenzung des Exportrechts der US-Imperialisten, die vertraglich festgehalten werden soll. Die Lieferungen der 120 mm Kanone in den „Leopard-Club“ müssen von Rheinmetall vorgenommen werden. Den großen Wurf, den die BRD-Imperialisten mit der „Leopard-Serie“ gelandet zu haben glaubten, droht zu platzen. Die Absicht der US-Imperialisten ist klar. Mit dem künftig im Lizenzbau hergestellten US-Panzer, ausgerüstet mit der 120 mm Kanone, soll der „Leopard“ durch niedrigeren Preis und kürzere Lieferzeiten der US-Panzer aus dem Feld geschlagen werden.

Sowohl die BRD als auch die US-Imperialisten versuchen gegenwärtig, den Niederlanden den Kauf ihrer Panzer mit „Nachdruck“ schmackhaft zu machen. Der US-Imperialismus ist in der besseren Position. Gegenüber dem Leopard II ist der amerikanische Panzer XM 1 um 15 % billiger. Die BRD-Imperialisten sind kleinlaut geworden. Sie sprechen jetzt davon, daß die Entscheidung der Niederländer für sie eine große Bedeutung hat, „da bei einer Wahl des XM 1 Folgewirkungen für die Entscheidungen Belgiens, Dänemarks und Norwegens zu befürchten sind“.

Wo sie gegenüber der US-Supermacht klein beigeben müssen, versuchen sie es an anderer Stelle unverhüllt mit Drohungen. Apel äußerte in der vergangenen Woche, daß nach der Bonner Entscheidung andere europäische NATO-Partner nicht mehr über die Verringerung ihrer Beiträge für das fliegende NATO-Frühwarnsystem „AWACS“ zu Lasten der BRD verhandeln könnten, ohne damit die Einführung des Systems in Frage zu stellen. Über „Kompensations- und Kooperationsverträge“ mit den US-Imperialisten ist der BRD-Imperialismus mit einem Anteil von 46 % in die Produktion des Systems eingestiegen. Vor der endgültigen Zusage für den deutschen Finanzierungsbeitrag von 1,15 Mrd. DM müssen freilich die US-Zusagen für die „Kompensationsgeschäfte“ noch schriftlich bestätigt werden, hat Apel gesagt. Apel hat seine Befürchtungen. Wölfe wissen wie Wölfe sind.

Der Kampf des isländischen Volkes gegen die US-Besatzertruppen

Forderung nach Zone des Friedens im Atlantik / Die neue Regierung will die Erfahrungen anderer Inselstaaten studieren

z.hku. Auf der ersten Sitzung des neuen Parlaments in Island ist die neue Regierung gewählt worden, mit deren Leitung die Revisionisten und Reformisten beauftragt worden sind. Was die westdeutsche Bourgeoisie daran interessiert, ist die Frage, inwieweit die neue Regierung die Bewegung des isländischen Volkes gegen die Stationierung von US-Truppen auf der Insel aufgreifen und vertreten wird (ZDF-Nachrichten, 19.10.). Ohne Island „können wir die Verteidigung an der Nordflanke gleich einstellen“, drohen die US-Generäle (Spiegel 34/78). Island liegt auf halbem Wege zwischen Grönland und Schottland, die Kontrolle über die Insel ist für die Kontrolle des See- und Luftraums zwischen den USA und Westeuropa entscheidend. Die US-Imperialisten haben heute noch 3000 Soldaten auf dem Lufthafenstützpunkt Keflavik im Südwesten Islands stationiert, mit Abfangjägern und Fernaufklärern, und haben hier einen Posten ihrer eismeerumspannenden Radarkette installiert.

Die Anwesenheit der US-amerikanischen Truppen auf der Insel ist vom ersten Tag an bekämpft worden. Island hat sich im 2. Weltkrieg, 1944, endgültig vom dänischen Kolonialjoch befreien können und seine vollständige Unabhängigkeit proklamiert. Der US-Imperialismus hat sofort versucht, unter der Flagge von Befreiung und Schutz die Unabhängigkeit zur Farce zu machen und Island in einen vorgeschobenen Stützpunkt und riesigen Flugzeugträger zu verwandeln. 1940 hatten britische Truppen im Handstreich die Insel besetzt; 1941 lösten die US-Imperialisten sie ab – um „den Atlantik zu säubern“ – und errichteten den Luftwaffenstützpunkt in Keflavik und eine Versorgungsstation für die Marine im Hvalfjordur. Nach Ende des Krieges zogen die „Schutztruppen“ keineswegs ab. Nach Massendemonstrationen und Streiks der isländischen Arbeiter mußten die US-Imperialisten 1946 zurückweichen, konnten aber durch massiven Druck doch durchsetzen, daß sie Keflavik „zivil“ weiter nutzen konnten.

1948 wird Island in den Marshall-Plan der USA einbezogen, wobei die Imperialisten sich die Zerrüttung der Nachkriegswirtschaft zunutze machen, die aus dem kolonialen Erbe der Einseitigkeit und der extremen Abhängigkeit von Fischexporten resultiert. 1949 tritt Island als passives Mitglied der NATO bei, das keine eigenen Truppen unterhält. Im Mai 1951 – während des Korea-Krieges – erpressen die US-Imperialisten einen Vertrag, der ihnen wieder die uneingeschränkte Nutzung Keflaviks sichert. Am gleichen Tag wird Island ein weiterer Millionen-Kredit von den USA gegeben. Die isländische Arbeiterklasse organisiert einen viertägigen Generalstreik, der jedoch sein Ziel nicht erreicht.

Die US-Besatzer sind gegen den Willen des isländischen Volkes auf der Insel. Die Kampftätigkeit reißt in den folgenden 30 Jahren nach diesen ersten großen Schlachten niemals ab. Den vollständigen Abzug der Truppen konnte das isländische Volk bisher nicht erzwingen, wohl aber der weiteren Expansion der US-Imperialisten auf der Insel enge Schranken setzen. Die USA mußten ihren Plan aufgeben, zusätzlich einen großen U-Bootstützpunkt zu bauen. Die Zahl der in Keflavik stationierten Soldaten mußte auf 3000 reduziert werden, der Flughafen wird heute zum größten Teil wieder vom isländischen Staat verwaltet. Die Isländer haben durchgesetzt, daß das Fernsehprogramm der Besatzertruppen nur in einem Umkreis von 20 km überhaupt empfangen werden kann, und für die 220000 Einwohner ein eigenes isländisches Fernsehen aufgebaut. Die Soldaten der USA dürfen ihren Standort nur mit isländischer Genehmigung verlassen, was selten geschieht.

„Ami go home!“ – diese Losung verbindet sich in der isländischen Geschichte eng mit dem Kampf um Wahrung der staatlichen Souveränität und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, vor allem mit dem Kampf um den Schutz der nationalen Meeresreichtümer, die Erweiterung der Fischereizone – Begradigung der 4-Meilen-Zone 1953, 12-Meilen-Zone 1958, 50-Meilen-Zone 1972 und schließlich 200-Meilen-Zone 1975. Die Truppen der NATO – vornehmlich britische Fregatten und Flugzeuge – sind ihnen dabei stets als Feindtruppen gegenübergetreten.

Daß dieser lange und hartnäckige Kampf bislang noch nicht zum Sieg geführt werden konnte, ist wesentlich der Führung durch die isländischen Revisionisten geschuldet, die der Bewegung ihre pazifistische Linie der „Waffenlosigkeit“ aufzwingen konnten. Diese Linie machte wehrlos gegen die bürgerliche Demagogie, die an der Bedrohung durch den Sozialimperialismus anknüpft. 1956 setzte die isländische Regierung den Beschluß zum Austritt aus der NATO nach den Ereignissen in Ungarn wieder ab. 1974, auf dem Höhepunkt des Kampfes für die Ausdehnung der Fischereizone und gegen die Einmischung der NATO-Staaten, kreuzten mehrere Dutzend sowjetische U-Boote und Kreuzer in den Gewässern um Island. Das brachte den US-Imperialisten erneut eine Atempause.

Sie war nur vorübergehend. Das zeigt das Abkommen, das die Parteien der neuen isländischen Regierung geschlossen haben. Sie vereinbarten, daß sie keinen neuen Projekten der USA auf der Insel zustimmen werden. Es wird eine Kommission eingerichtet zur Untersuchung der Sicherheitslage Islands sowie der Zukunft der Militäranlagen, wenn sie einmal verlassen werden. Die Kommission soll sich befassen mit dem Plan einer Friedenszone im Atlantik und in diesem Zusammenhang die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik anderer kleiner Staaten in der Welt, vor allem von Inselstaaten, studieren.



Demonstration isländischer Studenten in Dänemark gegen die Kanonenbootpolitik der Imperialisten im Fischereistreit und gegen die NATO.

Österreich: neue Form der Arbeitsbeschaffung

z.pek.Wien. Das Militärkommando



Montage der Puch-Haflinger Geländewagen. Mit umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen hat der Steyr-Daimler-Puch-Konzern seit 1974 die Zahl der Beschäftigten um 1700 auf gegenwärtig 16700 gesenkt und gleichzeitig den Umsatz von 7,3 Mrd. Schilling auf 10,5 Mrd. Schilling gesteigert. Am Kapital des Konzerns sind neben der verstaatlichten österreichischen Creditanstalt-Bankverein die Deutsche Bank AG, die Berliner Disconto-Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank der BRD-Imperialisten beteiligt.

Oberösterreich hat in einem Brief an den Fahrzeug- und Maschinenbaukonzern Steyr-Daimler-Puch vorgeschlagen, 200 von insgesamt über 500 Arbeitern, deren Entlassung die Steyr-Kapitalisten angekündigt haben, als „freiwillig verlängerte Grundwehrdiener" in das Bundesheer zu übernehmen. Entlassen sollen diejenigen Arbeiter werden, die „fähig" sind, in der Armee zu dienen, – Höchstalter 28 Jahre ist die Voraussetzung, – ob sie wollen, spielt keine Rolle. Durch diese Zwangsrekrutierung auf dem Weg der „Arbeitsbeschaffung" wollen die österreichischen Imperialisten die Lohnkämpfe der Industriearbeiter brechen. Ohne Tarif- und Streikrecht sowie ohne Kündigungsrecht sollen die bei Steyr-Daimler-Puch entlassenen Arbeiter militärischem Kommando unterstellt werden. Anstelle ihres Lohnes von gegenwärtig ca. 6000 Schilling (850 DM) netto in den unteren Lohngruppen sollen die Arbeiter als Zeitsoldaten auf einen Tagessold von 70 Schilling (10 DM) gesetzt werden. Im übrigen sollen sie von „Fürsorgeleistungen" wie Familienunterhalt, Kindergeld und Wohnungsbeihilfe abhängig sein, die vom Militärkommando jederzeit gekürzt oder ganz gestrichen werden können.

Französische Kapitalisten für „Jahresarbeitszeit" und Kürzung des Arbeitslosengeldes

z. jon. Paris. Bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften hat der französische Kapitalistenverband CNPF am 16. bzw. 17.10. mit Unterstützung der Regierung einschneidende Veränderungen der Arbeitszeitordnung sowie eine Kürzung des Arbeitslosengeldes gefordert. Als Grundlage der Berechnung der Normalarbeitszeit wollen die Kapitalisten eine „Jahresarbeitszeit" von durchschnittlich 1920 Stunden einführen. Die Kapitalisten wollen damit die Schranken einreißen, die der Kampf der Arbeiter der Ausdehnung des Arbeitstages gesetzt hat und in der Arbeitszeitordnung von 1936 festgelegt sind: Die Vorschrift, daß die 40 Arbeitsstunden pro Woche an mindestens fünf Tagen geleistet werden müssen, daß die Höchstarbeitszeit pro Woche 52 Stunden beträgt, daß die wöchentliche Ruhepause mindestens 24 Stunden an einem Stück betragen muß (in vielen Tarifverträgen jetzt 48 Stunden), daß für Frauen Nachtarbeitverbot besteht, usw. Die Beiträge zur französischen Arbeitslosenversicherung betragen z. Z. 3% des Bruttolohns pro Versicherten. Sie werden zu 80% als Beiträge der Kapitalisten und zu 20% als Beiträge der Versicherten abgeführt. Ein Teil der Arbeitslosengelder wird aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Die Kapitalisten weigern sich, ihre Beiträge zu erhöhen. Sie fordern stattdessen, daß das Arbeitslosengeld von 90% des Bruttolohns für ein Jahr, das im Falle von „Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen" gezahlt wird, nach jedem Vierteljahr um 10% gekürzt wird. Aus „Gerechtigkeit" sollen stattdessen die Arbeitslosengelder der übrigen Arbeitslosen von 35% des Bruttolohns auf 42% angehoben werden. Zur Durchsetzung ihrer Forderung gegen die Arbeiterbewegung hoffen die Kapitalisten auf die Zersplitterung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Statt, wie die großen Arbeitergewerkschaften CGT und CFDT, die 38- und später die 35-Stunden-Woche zu fordern, setzt sich die Gewerkschaft der leitenden Angestellten CGC für eine Jahresarbeitszeit von 1800 Stunden ein. Die gelbe Gewerkschaft Force Ouvrière schlägt ein Arbeitslosengeld von 60% des Bruttolohns für alle Arbeitslosen vor.

Zwangsarbeit und Hungerlohn zur „Stabilität des Francs"

z.gek.Brüssel. Die „Verteidigung der Stabilität des Franc" und eine „rigorose Haushaltsführung" sind die Kernpunkte des Programms der großen

erhalten als Grundentlohnung zwischen 525 und 625 bfr., das sind 32 – 38 DM pro Tag, etwas mehr als das Arbeitslosengeld. Weitere 20000 Arbeiter

Unbegrenzter Streik in der französischen Handelsmarine: Reeder beginnen, zu „Billigflaggen"-Bedingungen zu heuern

Kampf um die Streikfront in Le Havre

z.jon.Paris. Seit dem 13. Oktober streiken die Seeleute der französischen Handelsmarine. Der Streik war vom Seeleuteverband der Gewerkschaft CGT, in dem 80% der Mannschaften auf den französischen Schiffen organisiert sind, für zwei Tage ausgerufen worden. Am 15. Oktober nahmen viele Besatzungen die Arbeit nicht wieder auf, und am Ende der vorigen Woche stimmten die Mannschaften auf den etwa 100 Handels- und Passagierschiffen, die in den französischen Häfen liegen, sowie die Mannschaften der Barkassenschlepper und Lotsenschiffe in den Häfen für unbegrenzten Streik.

Durch den Streik der Schlepper und Lotsenschiffe werden auch die großen Schiffe unter ausländischer Flagge in den französischen Häfen festgehalten der Seeleute abgegeben, die „die Anstrengungen der Regierung gefährden, unseren Außenhandel zu entwickeln". Er hat den Premierminister Barre ausdrücklich aufgefordert, nach Möglichkeiten zu suchen, den Streik zu brechen.

Der Hafen von Le Havre ist nach Marseille der zweitgrößte in Frankreich. 1977 wurden 71,5 Mio. t. an Waren umgeschlagen. Im August wurde eine neue Kaianlage für den Containerverkehr eröffnet. Am Donnerstag, den 26.10. waren die Hafenanlagen, die sich über 10000 Hektar entlang der Seine-Mündung erstrecken, ausgestorben. An den großen ausländischen Frachtern, die den Hafen nicht aus eigener Kraft hatten verlassen können, rührt sich nichts. Auf dem riesigen



In einigen französischen Häfen – wie hier in Le Havre – halten die Seeleute ihre Schiffe seit dem 13. Oktober besetzt.

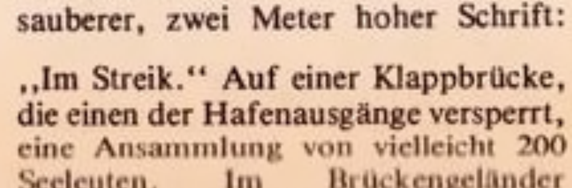
bzw. können sie die französischen Häfen nicht anlaufen. Korsika war für 14 Tage ganz vom Schiffsverkehr mit dem Festland abgeschnitten, seit einer Woche verkehrt ein Notdienst.

Der Streik richtet sich gegen die Absicht der Reederei Nouvelle Compagnie de Paquebots, auf ihren Passagierschiffen 235 Indonesier als Kabinen- und Küchenpersonal zu Löhnen einzustellen, die weniger als ein Drittel des Lohns der französischen Seeleute betragen. Während der Mindestlohn in der Handelsmarine 3000 Francs (etwa 1360 DM) beträgt, sollen die Indonesier ganze 1000 Francs (ca. 450 DM) bekommen. Sie werden von der Arbeitslosenversicherung der Rentenkasse der Seeleute ausgeschlossen. Die Hafenarbeiter in den französischen Häfen haben ihrerseits am Montag, den 23.10. für 24 Stunden gestreikt, um den Seeleutestreik zu unterstützen und um neue Lohnverhandlungen zu erzwingen.

Die Bourgeoisie wagt noch nicht, den

schwarzen Hecktor eines französischen Roll-on-Roll-off-Frachters steht in sauberer, zwei Meter hoher Schrift:

„Im Streik." Auf einer Klappbrücke, die einen der Hafenausgänge versperrt, eine Ansammlung von vielleicht 200 Seeleuten. Im Brückengeländer stecken Transparente der CGT: „Keine Anstellung von Seeleuten aus der Dritten Welt zu diskriminierenden Bedingungen!" Und: „Gegen die Politik des Ausverkaufs der französischen Marine!" – eine der chauvinistischen Parolen, unter die die Revisionisten in der CGT-Führung die Streikbewegung stellen wollen. Drei Polizisten beobachten die Szene aus respektvoller Entfernung. Weiter draußen am äußersten Rand des Hafens kann man graue Militärboote erkennen, bereitgestellt, um den Streik der Schlepperbesatzungen zu brechen. Mitten im Hafenbecken hinter der Brücke liegt der französische Frachter „Schaffino" vor Anker. Die Reeder und Offiziere haben es mit Drohungen, Erpressungen und Land-



Unter den Seeleuten auf der Brücke gehören viele zu den Besatzungen von Schleppern und Barkassen. Auf die Frage, wie es möglich ist, eine solche Streikfront in einem Kampf, der doch scheinbar nur eine Reederei betrifft, aufzubauen, kommt einhellig die Antwort: „Wenn sie damit durchkommen, daß sie Seeleute zu Billigflaggenbedingungen anheuern, dann ist es aus mit unseren Versicherungen, unseren Arbeitsbedingungen und unseren Löhnen."

Die französischen Seeleute haben sich ein gesetzlich verankertes Statut erkämpft, das ihnen unter anderem die 40-Stunden-Woche, einen vierwöchigen Urlaub, einen Mindestlohn und eine Rentenversicherung garantiert, mit der sie mit 55 Jahren in Rente gehen.

Bis in die 50er Jahre konnten die französischen Schiffahrtskapitalisten sich durch das Transportmonopol in ihrem Kolonialreich kräftige Profite sichern. Seit den 60er Jahren versuchen sie, durch die ständige Modernisierung ihrer Flotte und die Intensivierung der Ausbeutung der Seeleute, mit weniger Mannschaften eine größere Tonnage zu transportieren, um ihren Anteil am imperialistischen Transportmonopol im Welthandel zu vergrößern. In den Häfen wird die Schlepperflotte erneuert, um mit größerer Arbeitshetze die Liegezeiten zu verkürzen. Wo früher auf einem Schlepper im Hafen von Le Havre fünf Matrosen unter zwei Offizieren arbeiteten, sind es auf den neuen, schnelleren Schleppern zwei Matrosen und zwei Offiziere. Die Arbeit hat zugenommen. Zu den Aufgaben zählt auch das Kochen, Bedienen und Betten bauen für die Offiziere. Gearbeitet wird in 24-Stunden-Schicht, 70% des Schlepperverkehrs wird in der Nacht abgewickelt. Die französische Überseehandelsflotte zählte 1973 531 Schiffe mit 7,4 Mio. BRT und 24000 Beschäftigten. 1976 waren es nur noch 525 Schiffe, die aber 10,3 Mio. BRT hatten und nur noch knapp 16000 Beschäftigte. Die Zahl der registrierten Arbeitsunfälle auf See hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt.

Mit ihren überdurchschnittlich großen und schnellen Schiffen konnten die französischen Imperialisten vorübergehend ihren Anteil an der Weltschiffahrt ausbauen. In der Überproduktionskrise der Weltschiffahrt der letzten beiden Jahre, in der hunderte Millionen an Schiffstonnage von den Imperialisten stillgelegt wurden, sanken aber die Profite gerade aus den Betrieben der riesigen Tanker und Frachter ins Bodenlose. Die Länder der Dritten Welt machten dagegen Fortschritte



und Kürzung des Arbeitslosengeldes

z. jon. Paris. Bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften hat der französische Kapitalistenverband CNPF am 16. bzw. 17.10. mit Unterstützung der Regierung einschneidende Veränderungen der Arbeitszeitordnung sowie eine Kürzung des Arbeitslosengeldes gefordert. Als Grundlage der Berechnung der Normalarbeitszeit wollen die Kapitalisten eine „Jahresarbeitszeit" von durchschnittlich 1920 Stunden einführen. Die Kapitalisten wollen damit die Schranken einreißen, die der Kampf der Arbeiter der Ausdehnung des Arbeitstages gesetzt hat und in der Arbeitszeitordnung von 1936 festgelegt sind: Die Vorschrift, daß die 40 Arbeitsstunden pro Woche an mindestens fünf Tagen geleistet werden müssen, daß die Höchstarbeitszeit pro Woche 52 Stunden beträgt, daß die wöchentliche Ruhepause mindestens 24 Stunden an einem Stück betragen muß (in vielen Tarifverträgen jetzt 48 Stunden), daß für Frauen Nachtarbeitverbot besteht, usw. Die Beiträge zur französischen Arbeitslosenversicherung betragen z. Z. 3% des Bruttolohns pro Versicherten. Sie werden zu 80% als Beiträge der Kapitalisten und zu 20% als Beiträge der Versicherten abgeführt. Ein Teil der Arbeitslosengelder wird aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Die Kapitalisten weigern sich, ihre Beiträge zu erhöhen. Sie fordern stattdessen, daß das Arbeitslosengeld von 90% des Bruttolohns für ein Jahr, das im Falle von „Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen" gezahlt wird, nach jedem Vierteljahr um 10% gekürzt wird. Aus „Gerechtigkeit" sollen stattdessen die Arbeitslosengelder der übrigen Arbeitslosen von 35% des Bruttolohns auf 42% angehoben werden. Zur Durchsetzung ihrer Forderung gegen die Arbeiterbewegung hoffen die Kapitalisten auf die Zersplitterung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Statt, wie die großen Arbeitergewerkschaften CGT und CFDT, die 38- und später die 35-Stunden-Woche zu fordern, setzt sich die Gewerkschaft der leitenden Angestellten CGC für eine Jahresarbeitszeit von 1800 Stunden ein. Die gelbe Gewerkschaft Force Ouvrière schlägt ein Arbeitslosengeld von 60% des Bruttolohns für alle Arbeitslosen vor.

Zwangsarbeit und Hungerlohn zur „Stabilität des Francs"

z.gek.Brüssel. Die „Verteidigung der Stabilität des Franc" und eine „rigorose Haushaltsführung" sind die Kernpunkte des Programms der großen

erhalten als Grundentlohnung zwischen 525 und 625 bfr., das sind 32 – 38 DM pro Tag, etwas mehr als das Arbeitslosengeld. Weitere 20000 Arbeiter

In einigen französischen Häfen – wie hier in Le Havre – halten die Seeleute ihre Schiffe seit dem 13. Oktober besetzt.

bzw. können sie die französischen Häfen nicht anlaufen. Korsika war für 14 Tage ganz vom Schiffsverkehr mit dem Festland abgeschnitten, seit einer Woche verkehrt ein Notdienst.

Der Streik richtet sich gegen die Absicht der Reederei Nouvelle Compagnie de Paquebots, auf ihren Passagierschiffen 235 Indonesier als Kabinen- und Küchenpersonal zu Löhnen einzustellen, die weniger als ein Drittel des Lohns der französischen Seeleute betragen. Während der Mindestlohn in der Handelsmarine 3000 Francs (etwa 1360 DM) beträgt, sollen die Indonesier ganze 1000 Francs (ca. 450 DM) bekommen. Sie werden von der Arbeitslosenversicherung der Rentenkasse der Seeleute ausgeschlossen. Die Hafenarbeiter in den französischen Häfen haben ihrerseits am Montag, den 23.10. für 24 Stunden gestreikt, um den Seeleutestreik zu unterstützen und um neue Lohnverhandlungen zu erzwingen.

Die Bourgeoisie wagt noch nicht, den

schwarzen Hecktor eines französischen Roll-on-Roll-off-Frachters steht in sauberer, zwei Meter hoher Schrift:

„Im Streik." Auf einer Klappbrücke, die einen der Hafenausgänge versperrt, eine Ansammlung von vielleicht 200 Seeleuten. Im Brückengeländer stecken Transparente der CGT: „Keine Anstellung von Seeleuten aus der Dritten Welt zu diskriminierenden Bedingungen!" Und: „Gegen die Politik des Ausverkaufs der französischen Marine!" – eine der chauvinistischen Parolen, unter die die Revisionisten in der CGT-Führung die Streikbewegung stellen wollen. Drei Polizisten beobachten die Szene aus respektvoller Entfernung. Weiter draußen am äußersten Rand des Hafens kann man graue Militärboote erkennen, bereitgestellt, um den Streik der Schlepperbesatzungen zu brechen. Mitten im Hafenbecken hinter der Brücke liegt der französische Frachter „Schaffino" vor Anker. Die Reeder und Offiziere haben es mit Drohungen, Erpressungen und Land-

zu transportieren, um ihren Anteil am imperialistischen Transportmonopol im Welthandel zu vergrößern. In den Häfen wird die Schlepperflotte erneuert, um mit größerer Arbeitshetze die Liegezeiten zu verkürzen. Wo früher auf einem Schlepper im Hafen von Le Havre fünf Matrosen unter zwei Offizieren arbeiteten, sind es auf den neuen, schnelleren Schleppern zwei Matrosen und zwei Offiziere. Die Arbeit hat zugenommen. Zu den Aufgaben zählt auch das Kochen, Bedienen und Betten bauen für die Offiziere. Gearbeitet wird in 24-Stunden-Schicht, 70% des Schlepperverkehrs wird in der Nacht abgewickelt. Die französische Überseehandelsflotte zählte 1973 531 Schiffe mit 7,4 Mio. BRT und 24000 Beschäftigten. 1976 waren es nur noch 525 Schiffe, die aber 10,3 Mio. BRT hatten und nur noch knapp 16000 Beschäftigte. Die Zahl der registrierten Arbeitsunfälle auf See hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt.

Mit ihren überdurchschnittlich großen und schnellen Schiffen konnten die französischen Imperialisten vorübergehend ihren Anteil an der Weltschiffahrt ausbauen. In der Überproduktionskrise der Weltschiffahrt der letzten beiden Jahre, in der hunderte Millionen an Schiffstonnage von den Imperialisten stillgelegt wurden, sanken aber die Profite gerade aus den Betrieben der riesigen Tanker und Frachter ins Bodenlose. Die Länder der Dritten Welt machten dagegen Fortschritte

Städte, schließlich des Ausbaus der Häfen, vor allem des Ausbaus von Zeebrügge zum zweiten Großhafen neben Antwerpen. Andere Investitionen betreffen Aufforstungen im großen Stil und Arbeiten zugunsten des darniederliegenden Tourismusgeschäfts.

machen genau dasselbe unter einem anderen Titel, als „Spezialkader auf Zeit".

Die Masse dieser Arbeiter ist zwischen 20 und 40 Jahren, nach Beurteilung der staatlichen Roßkäufer durchschnittlich qualifiziert und ar-



Streikposten vor Esso in Antwerpen, September 1978.

Diese Arbeiten werden zu einem immer bedeutenderen Teil von staatlich zwangsgezogenen Arbeitern, die bis dahin arbeitslos waren, für einen Hungerlohn ausgeführt. Gegenwärtig placken fast 30000 Arbeiter im Rahmen des Programms der „Öffentlichen Arbeitsbeschaffung" durch Gemeinden, Provinzverwaltungen oder auch „gemeinnützige Einrichtungen". Sie beitsfähig. Dazu kommt eine Armee von etwa 30000 „Praktikanten" zwischen 16 und 24 Jahren, die auf ein halbes oder ein Jahr, in Zukunft auch länger, für einen Lohn von 75%, natürlich Anfängerlohnstufe, an die Kapitalisten oder ebenfalls an Behörden verhökert werden. Wer sich weigert, solche Arbeit anzunehmen, soll in Zukunft noch schneller als bisher durch den völligen Entzug des Arbeitslosengeldes gebrochen werden.

Streik mit polizeilicher und militärischer Gewalt anzugreifen, obwohl sie in den Häfen schon Boote der Kriegsmarine bereitstellt, um die Blockade durch die Schlepper und Lotsenboote zu durchbrechen. Die Kapitalisten verweigern bis jetzt alle Verhandlungen. Der Präsident der Republik hat eine scharfe Erklärung gegen die Kämpfe

gangverbot geschafft, die Mannschaft zum Widerruf ihres Streikbeschlusses zu zwingen. Mit der Besetzung der Klappbrücke am Donnerstag morgen wird der Hafenausgang versperrt und das Auslaufen des Schiffes verhindert. Die Besetzung wird auch über Nacht aufrechterhalten und dauert am Freitag noch an.

im Aufbau eigener Flotten. Jetzt beginnen die französischen Reeder, Seeleute zu Löhnen einzustellen, die die Imperialisten sonst nur auf ihren Schiffen unter „Billigflagge" zahlen. Sie wollen die Rechte der französischen Seeleute zerschlagen, um ihr Schiffahrtsmonopol auf den Weltmeeren erneut auszubauen.

Dominica ist unabhängig

z.mat. Am 1. November beendet die Karibik-Insel Dominica ihren Status der „Assoziation" mit Großbritannien, bei dem die englischen Imperialisten die Militär-, Finanz- und Außenpolitik bestimmten, und erreicht die vollständige Unabhängigkeit. Die Insel liegt zwischen den von den französischen Imperialisten zum „Bestandteil Frankreichs" erklärten Inseln Guadeloupe und Martinique und wechselte selbst mehrfach ihren Kolonialherren.

Auch unter britischer Herrschaft haben ihre Bewohner an der ans Französische angelehnten Mischsprache der Region festgehalten. Durch die jetzt erreichte volle Unabhängigkeit wird der Befreiungskampf auf den Nachbarinseln deshalb sehr ermutigt. Für die britischen Imperialisten bedeutet die Unabhängigkeit das endgültige Versiegen einer Quelle billiger Arbeitskraft. Über 1000 der 65000 Einwohner Dominicas mußten in den sechziger Jahren Arbeit in Großbritannien suchen. Dominica verfügt über umfangreiche Naturkräfte und natürliche Reichtümer. Mehrere warme Quellen und ein siedender See können als Energiequellen entwickelt werden. Der Holzreichtum des Tropenwaldes ist groß. Auf den Gebirgshängen können alle wichtigen Nahrungsmittel produziert werden. Infolge der kolonialen Ausrichtung der Landwirtschaft auf Bananenanbau, der 72% des Exporterlöses ausmacht, müssen bisher die meisten Lebensmittel importiert werden.

Polizeireform in Italien: Als erstes Streikverbot

z.ulg.Rom. Von einer „positiven Lösung" der Kontroverse um die Koalitionsfreiheit der italienischen Polizisten wußte das PCI-Organ Unità in der vorletzten Woche zu berichten. Tatsächlich hatte der Parlamentsausschuß für die Polizeireform beschlossen, daß die Polizisten künftig „das Recht haben, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen". Das hört sich gut an, denn bislang war den vollständig kasernierten Polizisten jede gewerkschaftliche Organisation verboten.

Was die Revisionisten freilich nicht minder „positiv" finden: Gleich darauf wird der damit erstmals zugelassenen Polizeigewerkschaft ausdrücklich verboten, in „irgendwelche Beziehungen organisatorischer Art" zu den Gewerkschaftsbünden zu treten oder sich ihnen gar anzuschließen. Eben dafür, für den Zusammenschluß mit den Massenorganisationen der Arbeiter, haben die Polizisten jahrelang gekämpft, einige, darunter ein Offizier der Bereitschaftspolizei, sind dafür wegen Meuterei ins Gefängnis gesteckt worden.

Im nächsten Paragraphen wird das Streikverbot für die Polizei bekräftigt. Uneins sind sich die bürgerlichen Parteien nur noch über die wasserdichteste Formulierung, um auch jeden „Dienst nach Vorschrift" zu illegalisieren. Die gewerkschaftliche Bewegung unter den Polizisten war ein Ergebnis der großen Klassenkämpfe der letzten Jahre und wird auch mit der jetzt geplanten Sorte „Reform" nicht aufzuhalten sein.

Starke Zunahme der Ausgaben für die französische Polizei

z.jon.Paris. Der Haushalt des französischen Innenministers für die Finanzierung des Polizeiapparates wird im

Die Kriegsmethoden der EG-Agrarmarktordnung sollen die ,,Kooperation mit den ASEAN-Staaten" erzwingen

Westdeutsche Kapitaloffensive in die ,,Schwellenländer" Asiens

z.anb. Am 20. November beginnen die Verhandlungen zwischen der EG und den ASEAN-Staaten über ein Kooperationsabkommen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat bereits im August ihren Feldzug im Rahmen des EG-Räuberbündnisses abgesteckt. Indien, Sri Lanka, Singapur, Indonesien waren da die Stationen des Grafen Lambsdorff. Jetzt ist man erneut und mit großem Gefolge in asiatisch-australische Gewässer gestoßen.

Der Handelskrieg der EG-Imperialisten gegen die Länder der dritten Welt, die Ausplünderung von Rohstoffen, Halbwaren und Agrarerzeugnissen, Hauptexportgüter Asiens und Australiens, wollen die westdeutschen Finanzbourgeois jetzt durch ,,Kooperations"abkommen krönen, die ihnen den Kapitalexport in diese Länder ermöglichen sollen. Grundlage der Räuberei sind die Methoden des ungleichen Tausches auf dem Weltmarkt, die Aussaugung natürlicher Reichtümer zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt und die Zerrüttung der Staatsfinanzen durch imperialistischen Export von Industriegütern.

Mit der Handelsbilanz fängt es an und die westdeutschen Imperialisten haben gründlich gerechnet. An die erste Stelle des internationalen Warenexports avanciert ist ihre Unverschämtheit gewachsen. Kurz vor Aufbruch der Regierungsdelegation unter Vorsitz von Scheel und Lambsdorff am 25.10. hat die Deutsche Bundesbank die Bilanz des westdeutschen Kapitalexports gezogen. Erstmals übersteigen die Direktinvestitionen der BRD im Ausland die Investitionen des Auslands in der BRD. Maßstab ist für die Bundesbank der Kapitalexport der US-Supermacht in die BRD. Von 1975 bis 1977 waren es nur noch 2 Mrd. DM, während die BRD im gleichen Zeitraum allein 3,8 Mrd. DM in die USA exportierte und insgesamt 17,5 Mrd., davon einen beträchtlichen Teil in ,,fortgeschrittenere Entwicklungsländer" , sogenannte ,,Schwellenländer", in denen steigende Devisenreserven auf ein mögliches wirtschaftliches Wachstum hindeuten und die Grundlage für die große Industrie gelegt ist, am besten durch imperialistisches Kapital. ,,Fast alle diese Länder verfügen über Rohstoffe als wirtschaftliche Basis für die Entwicklung im industriellen Sektor", definierte Rüdiger Offergeld die reizvolle Beute. ,,Für die Kooperation mit Schwellenländern müssen wir nicht große Mittelumschichtungen vornehmen. Schon durch die bessere Nutzung vorhandener Instrumente lassen sich erhebliche Effekte erzielen." (Süddeutsche Zeitung, 11.8.78)

Ein solches ,,vorhandenes Instrument" ist die EG-Agrarmarktordnung, die die europäischen Märkte für die landwirtschaftlichen Produkte Asiens und Australiens versperrt. Allein im 3. Quartal 1978 ist der Export Australiens in die EG um 2,9% gesunken.Um Australien im Strudel der Verschuldung zu ertränken, subventionieren die EG-Imperialisten sogar den Export von EG-Butter in die Sowjetunion, dem wichtigsten verbleibenden Exportmarkt für australische Butter. Inzwischen hat die Verschuldung des Landes den Höchststand von 8,5 Mrd. Dollar erreicht. Jetzt soll die Erpressung wirken: Öffnung der EG-Märkte gegen Uranlieferungsgarantien seitens Australiens. ,,Auf dem Investitionssektor bleibt noch vieles zu tun übrig," kommentierte Scheel trocken die Forderung des australischen Ministerpräsidenten Fraser nach Aufhebung der EG-Importschranken. Angesichts solcher Frechheit erwiderte Fraser, Australien werde seine Handelspolitik gegenüber der EG revidieren.

Die australischen Farmer haben angedroht, westdeutsche Landmaschinen zu boykottieren, falls die BRD nicht australisches Rindfleisch auf dem westdeutschen Markt zuläßt. Gegen die Raubmethoden der EG entwickelt Australien bewußt den Handel mit den Ländern der dritten Welt, vor allem den ASEAN-Staaten. Diese haben in der letzten Zeit vielfältige Maßnahmen der gegenseitigen Unterstützung getroffen, um den Aufbau der nationalen Wirtschaft zu befördern. (siehe KVZ 14/78, Seite 3) Der Zynismus, mit dem die westdeutschen Bourgeoisblätter über die ,,Schwierigkeiten" Indonesiens berichten, spricht Bände:

,,In diesem Land liegen unermeßliche Schätze ... Hochwertiges Erdöl sprudelt bereits aus den Bohrtürmen, riesige Lager müssen noch erschlossen werden ... Unermeßliche Kohleflöze können auf endlose Zeiten die Energieversorgung sichern. Der Export von Holz, Öl, Kautschuk, Zinn, Tee, Tabak und Palmöl läßt wertvolle Devisen ins Land strömen ... Und dennoch ist das Paradies auf Erden noch weit entfernt ... Die Bauern auf Java bringen dreimal im Jahr die Reisernte ein. Und trotzdem muß viel Reis aus dem Ausland importiert werden ... Die Menschen wachsen schneller als der Reis." (Südwest Presse, 19.7.78)

In rauhen Mengen schleifen die Imperialisten die Reichtümer aus dem Land. 35 Mrd. Dollar wollen die USA allein bis 1980 in die Exploration der größten vermuteten Ölquellen der Welt im Festlandsockel zwischen Indonesien und Malaysia stecken. Lapidar konstatieren die westdeutschen Konkurrenten, daß ,,die Öllager die prompte Bezahlung der deutschen Investitionsgüter garantieren". Indonesien ist Mitglied der OPEC, Mitglied des Weltzinnrates und mit Malaysia und Thailand zusammen hält es 86% der Weltkautschukproduktion. Mit diesem Land zu ,,kooperieren" ist tatsächlich mehr als ein gutes Geschäft, es ist eine bedeutende strategische Position im Kampf um die Weltherrschaft.

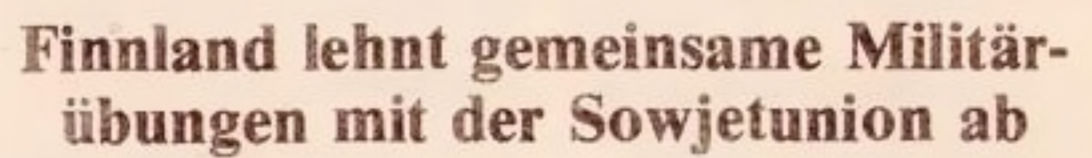
Unlängst führte eine Anzeigenserie der Bundesregierung zu ,,heftigen Debatten" im Bundestag: ,,Frau Müller und das Hemd aus Ceylon" , das Herrn Müller den Arbeitsplatz in der westdeutschen Textilmaschinenindustrie sichere. Chauvinistische Propaganda ist die Kehrseite der Exportoffensive gegen die Länder Asiens. ,,Sri Lanka erholt sich vom Sozialismus" lautete zur gleichen Zeit eine Schlagzeile der Presse. Die Errichtung einer Freihandelszone nach dem Muster des neokolonialen Stadtstaates Singapur, der vollständig vom Finanzkapital beherrscht wird, gebe Anlass für neue Hoffnungen ausländischer Investoren.

Der ,,Sozialismus", staatlich subventionierte Preise für die Grundnahrungsmittel der Massen, Brot, Mehl und Zucker, sowie 4 Pfund Reis im Monat kostenlos, habe Sri Lanka den Ruin gebracht. Ein Irrsinn, ,,auf diese Weise Ceylon zum umfassendsten Wohlfahrtsstaat außerhalb Skandinaviens machen zu wollen". (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 30.7.78)

Steuervergünstigungen für ausländisches Kapital und das Vorhandensein billigster Arbeitskraft werde nun das Blatt wenden.

Besonders gierig schielen die westdeutschen Finanzbourgeois nach ,,technischer Kooperation" mit Indien. Das Land befinde sich in der ,,außergewöhnlich günstigen Lage, daß beträchtliche Devisenreserven und Getreidevorräte auf ein wirtschaftliches Wachstum ohne Inflationsgefahr hindeuten". Allerdings: ,,Von den gegenwärtig 623 in Produktion befindlichen deutsch-indischen Gemeinschaftsunternehmungen haben nur 114 eine deutsche Kapitalbeteiligung, die Mehrzahl davon eine Minderheitsbeteiligung von unter 40%." (Handelsblatt, 11.8.78) Dreist fordern sie die Abschaffung des Gesetzes über die Beschränkung ausländischer Kapitalbeteiligung. ,,Doch die große Frage ist, wird die gegenwärtige Regierung die historische Chance nutzen?" Nicht nur das Gesetz muß weg, vor allem die Regierung, die es erlassen hat. Wenn einer dieser sauberen Herren der Rede des indischen Außenministers Kajpayee vor der Generalversammlung der UNO zugehört hat, in der dieser die vorbehaltlose Teilnahme Indiens am Kampf der dritten Welt gegen imperialistische Ausplünderung und Unterjochung bekräftigt hat, ist ihm vermutlich leicht schwindlig geworden.

Soldaten der Volksbefreiungsarmee von Thailand feiern den 13. Jahrestag des bewaffneten Kampfes zum Sturz des Kompradorenregimes der US-Imperialisten und zur Durchführung der nationaldemokratischen Revolution. Auf Einladung der Kommunistischen Partei Thailands hatte ein japanischer Fotograf erstmals Gelegenheit, die Stützpunktgebiete im Norden zu besuchen und sich und der Welt ein Bild von der Siegeszuversicht der Befreiungskämpfer zu machen. – Anfang Oktober hat die Befreiungsarmee im Süden eine Garnison überrannt, zahlreiche Gefangene gemacht und Waffen erbeutet.



Finnland lehnt gemeinsame Militärübungen mit der Sowjetunion ab

z.krk. Im Juli dieses Jahres, unmittelbar nach dem Besuch des sowjetischen Kriegsministers Ustinow in Finnland, veröffentlichte das Revisionistenblatt ,,Tiedonantaja" die nächste sozialimperialistische Forderung an Finnland: eine militärische Konsultation durch ,,gemeinsame Manöver beider Armeen irgendwelcher Art" soll zwischen den zwei Ländern entstehen. Das holländische Blatt ,,De Telegraaf" veröffentlichte sogar, Ustinow selbst hätte während seines Finnland-Aufenthalts die Forderung nach gemeinsamen Manövern vorgebracht und für die Entscheidung eine Frist bis Ende Oktober gesetzt.

Die Antwort bekam er nun vorfristig. Finnland hält gemeinsame Manöver oder andere Formen der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für unvereinbar mit seiner ,,internationalen Stellung", erklärte Verteidigungsminister Tahkämaa vor dem finnischen Reichstag.

Finnland in den Warschauer Pakt zwingen kann die Sowjetunion gegenwärtig nicht. Daher versucht sie, Finnland durch bilaterale Verträge zu einem de facto-Mitglied ihres Militärbündnisses zu machen. Auf wirtschaftlichem Gebiet Finnland in Abhängigkeit zu bringen, ist der sozialimperialistischen Supermacht bereits in beträchtlichem Maße gelungen. In den letzten Jahren kamen aus der Sowjetunion 100% der Dieselkraftstoff-, 80% der Baumwoll-, 72% der Erdöl- und 70% der Koksimporte Finnlands, von Finnland gebaute Großprojekte wachsen in Karelien aus dem Boden.

Bei der Forderung nach gemeinsamen Manövern geht es jedoch um mehr. Über 60% ihrer U-Boote und 45% ihrer größeren Schiffe hat die Sowjetunion in den Gewässern Nordeuropas stationiert. Den Kanal zwischen dem Weißen Meer und der Ostsee auf ihrem eigenen Territorium hat sie so ausgebaut, daß er von größeren Kriegsschiffen passiert werden kann. Im Streit mit Norwegen will sie ihre Grenzen in der Barents-See weiter nach Westen verschieben. Seit Jahren versucht sie unter ständiger Verletzung der norwegischen Hoheitsrechte, auf Spitzbergen einen Militärstützpunkt zu errichten. Bereits 1975 hat sie in einem Militärmanöver die Umklammerung Europas geübt durch die Vereinigung ihrer



Nord- und Baltikflotte im nördlichen Atlantik. Seither hat auch die NATO ihre Truppen im Norden vergrößert und ihre Truppen verstärkt – die sozialimperialistische Antwort blieb nicht aus. Auf der Insel Saarema, an der Einfahrt der Bucht von Riga, führte sie im Juni dieses Jahres ein großangelegtes Anlandungsmanöver durch, begleitet von Angriffen des strategischen Bombers backfire. Gegen die Rivalität der Supermächte betonte am 3.10. der damalige schwedische Regierungschef Fälldin die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit zwischen den nordeuropäischen Ländern. Der sozialimperialistische Vorstoß gegen Finnland brachte nicht den gewünschten Erfolg.

heit gewachsen. Kurz vor Aufbruch der Regierungsdelegation unter Vorsitz von Scheel und Lambsdorff am 25.10. hat die Deutsche Bundesbank die Bilanz des westdeutschen Kapitalexports gezogen. Erstmals übersteigen die Direktinvestitionen der BRD im Ausland die Investitionen des Auslands in der BRD. Maßstab ist für die Bundesbank der Kapitalexport der US-Supermacht in die BRD. Von 1975 bis 1977 waren es nur noch 2 Mrd. DM, während die BRD im gleichen Zeitraum allein 3,8 Mrd. DM in die USA exportierte und insgesamt 17,5 Mrd., davon einen beträchtlichen Teil in ,,fortgeschrittenere
ken: Öffnung der EG-Märkte gegen Uranlieferungsgarantien seitens Australiens. ,,Auf dem Investitionssektor bleibt noch vieles zu tun übrig," kommentierte Scheel trocken die Forderung des australischen Ministerpräsidenten Fraser nach Aufhebung der EG-Importschranken. Angesichts solcher Frechheit erwiderte Fraser, Australien werde seine Handelspolitik gegenüber der EG revidieren.
Die australischen Farmer haben angedroht, westdeutsche Landmaschinen zu boykottieren, falls die BRD nicht australisches Rindfleisch auf dem westdeutschen Markt zuläßt. Gegen die
im Festlandsockel zwischen Indonesien und Malaysia stecken. Lapidar konstatieren die westdeutschen Konkurrenten, daß ,,die Öllager die prompte Bezahlung der deutschen Investitionsgüter garantieren". Indonesien ist Mitglied der OPEC, Mitglied des Weltzinnrates und mit Malaysia und Thailand zusammen hält es 86% der Weltkautschukproduktion. Mit diesem Land zu ,,kooperieren" ist tatsächlich mehr als ein gutes Geschäft, es ist eine bedeutende strategische Position im Kampf um die Weltherrschaft.
Unlängst führte eine Anzeigenserie der Bundesregierung zu ,,heftigen De-
Finnland lehnt gemeinsame Militärübungen mit der Sowjetunion ab
z.krk. Im Juli dieses Jahres, unmittelbar nach dem Besuch des sowjetischen Kriegsministers Ustinow in Finnland, veröffentlichte das Revisionistenblatt ,,Tiedonantaja" die nächste sozialimperialistische Forderung an Finnland: eine militärische Konsultation durch ,,gemeinsame Manöver beider Armeen irgendwelcher Art" soll zwischen den zwei Ländern entstehen. Das holländische Blatt ,,De Telegraaf" veröffentlichte sogar, Ustinow selbst hätte während seines Finnland-Aufenthalts die Forderung nach gemeinsamen Manövern vorgebracht und für die Entscheidung eine Frist bis Ende Oktober gesetzt.
Die Antwort bekam er nun vorfristig. Finnland hält gemeinsame Manöver oder andere Formen der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für unvereinbar mit seiner ,,internationalen Stellung", erklärte Verteidigungsminister Tahkämaa vor dem finnischen Reichstag.
Finnland in den Warschauer Pakt zwingen kann die Sowjetunion gegenwärtig nicht. Daher versucht sie, Finnland durch bilaterale Verträge zu einem de facto-Mitglied ihres Militärbündnisses zu machen. Auf wirtschaftlichem Gebiet Finnland in Abhängigkeit zu bringen, ist der sozialimperiali-
wjetunion in den Gewässern Nordeuropas stationiert. Den Kanal zwischen dem Weißen Meer und der Ostsee auf ihrem eigenen Territorium hat sie so ausgebaut, daß er von größeren Kriegsschiffen passiert werden kann. Im Streit mit Norwegen will sie ihre Grenzen in der Barents-See weiter nach Westen verschieben. Seit Jahren versucht sie unter ständiger Verletzung der norwegischen Hoheitsrechte, auf Spitzbergen einen Militärstützpunkt zu errichten. Bereits 1975 hat sie in einem Militärmanöver die Umklammerung Europas geübt durch die Vereinigung ihrer
Nord- und Baltikflotte im nördlichen Atlantik. Seither hat auch die NATO ihre Truppen im Norden vergrößert und ihre Truppen verstärkt – die sozialimperialistische Antwort blieb nicht aus. Auf der Insel Saarema, an der Einfahrt der Bucht von Riga, führ-
Soldaten der Volksbefreiungsarmee von Thailand feiern den 13. Jahrestag des bewaffneten Kampfes zum Sturz des Kompradorenregimes der US-Imperialisten und zur Durchführung der nationaldemokratischen Revolution. Auf Einladung der Kommunistischen Partei Thailands hatte ein japanischer Fotograf erstmals Gelegenheit, die Stützpunktgebiete im Norden zu besuchen und sich



---

kommenden Jahr um 21% gesteigert. Ende 1979 werden die Ausgaben für die Polizei gegenüber 1977 um 43% gestiegen sein. In den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt 10000 neue Polizeiplanstellen geschaffen werden. 5000 bei der nationalen Polizei unter dem Kommando des Innenministers und 5000 bei der Gendarmerie, die Teil der Armee ist und dem Verteidigungsminister untersteht. Für 1979 sollen die Kräfte der nationalen Polizei um 1150 auf 108057 Mann verstärkt werden.

Davon werden 150 Mann als Kolonialtruppen in die sogenannten ,,Überseedepartements" geschickt. Bei der Gendarmerie sollen 937 neue Stellen geschaffen werden. Um 66% sollen im Haushalt des Innenministers die Ausgaben für die materielle Ausstattung der Polizei an Wagen, Gebäuden und vor allem Nachrichtengeräten gesteigert werden. Eine ,,qualitative Verbesserung" der Polizei sei notwendig, erklärte Innenminister Bonnet, um einer neuen Kriminalität zu begegnen, die nicht mehr durch ,,Erziehung, Milieu oder Beruf" vorgeprägt sei. Die möglichst vollständige Polizeiüberwachung der gesamten Bevölkerung wird angestrebt. Nach Belgien ist Frankreich das Land mit der größten Polizeidichte in Westeuropa. In Belgien kommt ein Polizist auf 303 Einwohner, in Frankreich auf 305 Einwohner. In Westdeutschland ist das Verhältnis 1:350, in Großbritannien 1:450.

Carter gewährt seinen Vorfahren ,,Amnestie"

z.gek. ,,Unsere Nation muß mit den Beschuldigungen, Feindseligkeiten und Verleumdungen der Vergangenheit reinen Tisch machen...", rief Carter aus. Das war am 17. Oktober bei der Unterzeichnung eines vom Kongreß verabschiedeten Amnestiegesetzes, das posthum die Staatsbürgerschaft für *Jefferson Davis,* von 1861 – 1864 Präsident der ,,Konföderation" der Sklavenhalter der Südstaaten, wiederherstellte. Dies Gesetz, so Carter, ,,vollendet offiziell den langen Prozeß der Aussöhnung, der unser Volk nach dem tragischen Konflikt zwischen den beiden Staaten endlich wiedervereinigt hat". – Die sklavenhaltenden Plantagenbesitzer, zu denen Davis gehörte, stellten bis 1860 mit wenigen Unterbrechungen die Präsidenten der USA. 1860 wurden sie durch eine breite demokratische Koalition von Arbeitern, Sklaven, landlosen Bauern und industriellen Bourgeois aus dem Weißen Haus verdrängt. Die ,,Sezession" der Südstaaten war in Wahrheit ein Staatsstreich-Versuch. Aber binnen vier Jahren wurde die ganze arrogante Machtherrlichkeit der Sklavenhalter von den revolutionären Armeen des Nordens, mit 200000 entlaufenen Sklaven als Stoßkeil, sowie von den Kämpfen der Negersklaven im Süden selbst in den Staub getreten. Jefferson Davis wurde am 10. Mai 1864 in Frauenkleidern von Unionstruppen geschnappt und ins Loch gesteckt. Statt seinen Kopf verlor er nur seine Staatsbürgerschaft. Nach kaum zwei Jahren war er schon wieder auf freiem Fuß, nachdem die Finanzbourgeoisie des Nordens sich mit den Plantagenbesitzern des Südens auf dem Boden des Imperialismus ,,wiedervereinigt" hatte. – ,,Die Vergangenheit ist tot; laßt sie ihre Toten, ihre Hoffnungen und Wünsche begraben; vor euch liegt die Zukunft – voll goldener Versprechungen, eine Zukunft des expandierenden nationalen Ruhms..." Das sagte nicht Carter, sondern Jefferson Davis, steinalt und immer noch steinreich, 1889, bevor er endlich verreckte.

Sinai-Öl: US-Imperialisten wollen weiter plündern

z.erb.Rom. Geheimverhandlungen über ägyptische Öllieferungen an die Zionisten, behauptet die ,,International Herald Tribune" vom 20.10., sollen während der Camp-David-Verhandlungen im letzten Monat zwischen den US-Imperialisten, Israel und Ägypten sowie mindestens zwei amerikanischen Ölgesellschaften stattgefunden haben. Frech behauptet der israelische Energieminister Modai jetzt, daß bei den Verhandlungen in Washington ,,ein Abkommen über Erdöl selbstverständlich enthalten sein müsse". (Süddeutsche Zeitung 21.10.) Dabei soll Ägypten gezwungen werden, das Öl zu Vorzugsbedingungen an Israel zu liefern. Laut ,,Süddeutscher Zeitung" hat ,,Ägypten bisher nur den kommerziellen Verkauf von Erdöl aus den von Israel im Golf von Suez gebohrten Quellen angeboten". Die US-Imperialisten und die Zionisten erhoffen sich, den Ölboykott der arabischen Staaten gegen Israel durchbrechen zu können.

In den bereits vor 1967 besetzten Gebieten verfügt Israel über fast keine Erdölvorkommen. Auf der von Israel besetzten Sinai-Halbinsel plündern seit Jahren die US-Imperialisten die ägyptischen Ölvorkommen aus, 1975 allein über 4 Mio. t. Daran soll sich auch nach einem Rückzug der Zionisten nichts ändern, vorsorglich hatten die AMOCO-Kapitalisten (Standard Oil and Indiana) Anfang der 70er Jahre sich Konzessionen für Ölfelder auf dem Sinai von Ägypten erpreßt. Die Zionisten haben anschließend für das selbe Gebiet Konzessionen an eine andere US-amerikanische Ölgesellschaft verkauft. Über 20 ausländische Ölkonzerne, überwiegend amerikanische und die italienische ENI, haben sich in Ägypten festgesetzt. Die zum Rockefeller-Imperium gehörende AMOCO kontrolliert drei ägyptische Ölgesellschaften, die am Golf von Suez, am Roten Meer, im Niltal und in der westlichen Wüste täglich eine Produktion von über 210000 Barrels fördern. Ungezügelte Plünderung des Landes, das ist es, was die US-Imperialisten Ägypten unter der jetzt vielbesungenen ,,wirtschaftlichen Entwicklung im Frieden" zugedacht haben.

Die 9 Punkte des Koschnick: Angebote an die Opportunisten

Programmatisches über die beabsichtigte Neufassung des Radikalenerlasses

z.anl. Anfang Dezember soll der Parteirat der SPD über neun Grundsätze zur „Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ beschließen, die jetzt von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Bremer Oberbürgermeister Koschnick vorgelegt werden.

Über die bürgerliche Presse hat die SPD über Monate versucht zu verbreiten, es handle sich um eine Art Umkehr der Sozialdemokraten von einem Weg, der, gegen ihre Absicht, zu Bespitzelung in großem Maßstab und damit zu Beunruhigung insbesondere der Jugend geführt habe.

> „Die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche zentralisierte Staatsgewalt entstand in der Epoche des Niedergangs des Absolutismus. Zwei Institutionen sind für diese Staatsmaschinerie besonders kennzeichnend: das Beamtentum und das stehende Heer.“
>
> „Beamtentum und stehendes Heer, das sind die ‚Schmarotzer‘ am Leib der bürgerlichen Gesellschaft, Schmarotzer, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden sind, aber eben Parasiten, die die Lebensporen ‚verstopfen‘“.
>
> „Doch je mehr im Beamtenapparat ‚Neuverteilungen‘ der Posten unter die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien... stattfinden, umso klarer wird den unterdrückten Klassen und dem Proletariat an ihrer Spitze ihre unversöhnliche Feindschaft gegenüber der *ganzen* bürgerlichen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für alle bürgerlichen Parteien, selbst für die demokratischsten und darunter für die ‚revolutionärdemokratischen‘, die Notwendigkeit, die Repressalien gegen das revolutionäre Proletariat zu verschärfen, den Repressionsapparat, d.h. diese selbe Staatsmaschinerie zu verstärken. Dieser Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, *‚alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren‘* gegen die Staatsgewalt, zwingt sie, sich nicht die Verbesserung der Staatsmaschinerie, sondern ihre *Zerstörung*, ihre *Vernichtung* zur Aufgabe zu machen.“
>
> (aus: W. I. Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution.)

Koschnicks Papier beweist, daß nicht an Aufhebung des „Radikalenerlasses“, wie der Beschluß der Ministerpräsidenten vom Januar 1972 meist genannt wird, gedacht ist, sondern an Vorantreibung der Isolierung der Arbeiterklasse durch feinere Spaltung der Lohnabhängigen. Das Angebot zur Versöhnung richtet sich vor allem an die studierende Jugend, deren späteres Funktionieren im Beamtenapparat des bürgerlichen Staates die SPD sichern will.

Grundsatz Nr. 1:

„Der Staat hat von der Vermutung auszugehen, daß der einzelne Bewerber und der Angehörige des öffentlichen Dienstes die Gewähr der Verfassungstreue bietet...“ In der öffentlichen Debatte, die die SPD angezettelt hat, hat sie immer darauf abgehoben, der Staat müsse dem Bürger vertrauen. Tatsächlich ist der andere Teil die Hauptsache, nämlich die Erhaltung der Gewähr der „Verfassungstreue“. Die Schwierigkeit liegt darin, diese Verpflichtung positiv zu begründen, zumal die Rekruten für den öffentlichen Dienst zunehmend aus den besitzlosen Klassen gezogen werden müssen, deren Interessen und die Aktion für ihre Interessen gerade von dieser Verfassung unterdrückt werden.

Die NSDAP stürzte nicht um, sondern übernahm legal die Regierungsgeschäfte der Kapitalistenklasse. Sie verlangte nun die vollständige Unterwerfung der Beamten unter die Zwecke der Kapitalistenklasse. Koschnick nennt es „Gewährbieteklausel“: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den ‚nationalen Staat‘ eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Die andern sollen „dem neuen Staat mit der notwendigen ehrlichen Überzeugung dienen“, auch „bis in den Tod“.

Koschnick stellt fest, daß die Knebelung der Beamten, die die Bourgeoisie historisch erreicht hat, nicht genügt; so die Verpflichtung zur „Treue zur Reichsverfassung“ in der Weimarer Republik: „Zahlreiche Beamte verletzten die Pflicht, der Gesamtheit zu dienen...“ Die Bestimmung wurde zweimal verschärft, über die Verpflichtung „in der amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten“ bis zum Verbot für Beamte, sich in der NSDAP oder der KPD zu organisieren, „deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung“ gewesen sei.

Wie meistert Koschnick das kitzlige Kunststück, diesen diktatorischen Anspruch der herrschenden Bourgeoisie gegen die Beamten als Willkürakt der Nazis, der „braunen Machthaber, die das Ansehen des deutschen Volkes schändeten“, zu beurteilen und ihn gleichzeitig als unabdingbar für die Freiheit aller zu empfehlen und sich für seine Erhaltung stark zu machen? Er bemüht den Trick mit der Eigendynamik, die der gewiefte Brandt breitgewalzt hat, um einen Schein von Erklärung dafür zu liefern, wie durch falsche Handhabung durch die Behörden aus etwas Gutem, dem Ministerpräsidentenbeschluß, etwas Schlechtes, nämlich die Bespitzelung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst, geworden sei. Die Gewährbieteklausel also machte sich auf die Socken, sie „verschwand“ einfach „als NS-Gedankengut“, und zwar „nach dem Zusammenbruch“. So wie die Zusammenbruchsthese die Erfahrung der Arbeiterklasse zuschütten soll, daß die militärische Niederlage der deutschen imperialistischen Bourgeoisie durch das Eingreifen der Roten Armee als bewaffnetem Arm der herrschenden Arbeiterklasse in der Sowjetunion entschieden wurde, genauso soll das angeblich selbständige Verschwinden der Gewährbieteklausel die Erinnerung an einen begrenzten Erfolg im wirklichen Kampf der Massen gegen die Knebelgesetze der Bourgeoisie vernichten.

Bleibt zu erklären, wieso dieselbe Klausel plötzlich wieder da ist, obwohl mit den Nazis verschwunden. Koschnick behauptet, sie habe, geläutert durch Hin- und Herwenden in der parlamentarischen Debatte, ihren Charakter geändert. Das Eintreten für den Staat der Kapitalistenklasse heißt jetzt „eigene staatsbürgerliche Mitgestaltungsfähigkeit“, der Beamte soll „keineswegs sein politisches Leben als politischer Eunuch führen“. Welcher Beamte will schon gern Eunuch werden? Da soll er schon vorziehen müssen, „daß er die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt“ (Entwurf des Bundesbeamtengesetzes) bzw. „daß die im öffentlichen Dienst stehenden Personen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen“ (Gesetzentwurf der Bundesregierung über die politische Treuepflicht von 1951). Der Begriff „Verhalten“ statt „Gesinnung“ macht alles gut. Koschnicks abrupter Schluß: So „findet also die Gewährbieteformel des NS-Rechtes ihre demokratische und rechtsstaatliche Verankerung“. Die SPD, damals noch nicht Regierungspartei, trat in der Debatte warm dafür ein. Ihr Abgeordneter Dr. Menzel begrüßte, daß „mit aller Deutlichkeit die Verfassungstreue der Beamten gefordert“ sei, „wobei ein Lippenbekenntnis nicht ausreicht... An den Beamten wird es nun liegen, zu beweisen, daß nicht nur ihre Aktenarbeit, sondern auch ihre Liebe zur Freiheit dieser Demokratie gehören. Aber auch ist es, wie in allen Dingen des Lebens: Das Wort ist nichts, die Tat ist alles!“

Ein neues Ding des Lebens, – jedenfalls der Existenz der SPD als Regierungspartei, mit deren Hilfe die Bourgeoisie die Arbeiterklasse niederhält, den Konflikt zwischen den beiden Hauptklassen in der Gesellschaft dämpft, um, wie Lenin gegen die Opportunisten klarstellt, „es den unterdrückten Klassen unmöglich“ zu „machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen“, ist der zu liefernde Beweis, daß sie noch immer fähig ist, durch Reformismus die Arbeiterbewegung zu fesseln.

Ihre Taktik ist, zunächst in den von ihr regierten Bundesländern eine Praxis zu entwickeln, mit der der Staatsapparat wirksam von Revolutionären gesäubert werden kann. Der Vorwurf der Kapitalisten an die SPD ist nicht, daß zuviel geschnüffelt wird, sondern, daß bei dem Aufwand nichts Brauchbares herauskommt, daß nicht treffsicher und flott entlassen wird. Um das zu ändern, will die SPD die Spaltung der besitzlosen Klassen so ansetzen, daß sie allen Revisionisten und Opportunisten Gleichheit und Brüderlichkeit anbietet, die bereit sind, die Verhöhnung der Ziele der Arbeiterklasse und ihrer Organisierung als Partei gegenüber allen bürgerlichen Parteien mitzutragen. Sie winkt mit Absolution von allen „Jugendsünden“. Auch Intellektuelle, die sich nach Beendigung der Ausbildung dem Druck der industriellen Reservearmee ausgesetzt sehen, will sie so zur Unterwerfung erpressen. Daher ist der Kern von Grundsatz Nr. 7:

„Erkenntnisse über Tatsachen, die aus der Zeit vor Vollendung des 18. Lebensjahres stammen oder die mehr als zwei Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen“.

„Mit Pappnase auf dem DKP-Fest“ überschrieb die Süddeutsche Zeitung letztes Wochenende genüßlich einen Vorabdruck von Koschnicks Liste von Fällen, wo die Gewährbieteklausel falsch und wo sie richtig angewendet worden sei. Er trennt wirklich säuberlich zwischen Mitgliedern von DKP und ihren Massenorganisationen einerseits und KBW- und in einem Fall KPD-Mitgliedern andererseits. Koschnick bestätigt, daß es ihm wurscht ist, „ob jemand beim Kappenfest der SDAJ eine Maske oder eine Pappnase aufhatte“. Klar, denn recht ist ihm allemal, daß die Tätigkeit einer Partei, die sich kommunistisch nennt, als Narrentreiben definiert werden kann, und daß bewiesen werden kann, daß die DKP bei Versammlungen von Jugendlichen garantiert, daß sie von ihnen weder zu Beratung noch zu Beschluß von Aktionen gegen die Bourgeoisie genutzt werden können, sondern ihr Hunger nach revolutionärer Veränderung durch „Picknick mit Fußballspiel und Würstchenbraten“ erstickt wird. Seit die DKP mit ihrem neuen Programm die sichere Gewähr dafür bietet, als Spottbild auf eine revolutionäre Partei gegen den Organisationsprozeß der Arbeiterklasse eingesetzt werden zu können, macht sich die SPD in Form von Klose und Koschnick dafür stark, die DKP-Mitglieder ebenso wie NPD-Mitglieder zum Staatsdienst zuzulassen, so die breiteste „Solidarität der Demokraten“ zu sichern und die Revolutionäre möglichst zu isolieren, so auch den Widerstand gegen fristlose Entlassungen, die sie durchführen will, zu schwächen.

Der Köder, den die SPD seit Monaten ausliegen hat, ist die Behauptung, daß Schluß sein soll mit der allgemeinen Spitzelei. Schon der einschlägige Grundsatz 3 legt bloß, daß ein guter Teil des Drucks auf die Bewerber für den öffentlichen Dienst auf die dort Beschäftigten verlagert werden und die Dienstaufsicht in Betrieben und Dienststellen vermehrt und kostenneutral zu dieser Spitzeltätigkeit herangezogen werden soll. „Bei der Entscheidung über die Einstellung oder Entlassung ist nur von den Tatsachen auszugehen, die der Einstellungs- oder Beschäftigungsbehörde ohne besondere Ermittlungen bekannt sind; deshalb findet eine routinemäßige Anfrage beim Verfassungsschutz nicht statt.“ Koschnick: „Ich schlage deshalb vor, die Ämter künftig nur noch in solchen Fällen einzuschalten, in denen die Vermutung der Verfassungsloyalität durch Informationen aus Personalakten und allgemein zugänglichen Quellen erschüttert ist....“ Sind die Vorgesetzten fündig geworden, so verpflichtet der Grundsatz 4 sie zur Meldung an den Verfassungsschutz: „Eine Anfrage beim Verfassungsschutz muß jedoch stattfinden, a. wenn der Behörde Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers oder eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes begründen;“, b. bei Personal der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie und ihrer sachlichen Anhängsel, Polizei, Armee, Justiz sowieso.

Um auch die Dienstaufsicht sicher im Griff zu haben, wird die Zentralisierung verstärkt. Grundsatz 8: „... für Ablehnungen von Bewerbern oder die Einleitung von Entlassungsverfahren“ liegt die Zuständigkeit „bei der obersten Dienstbehörde, d.h. dem politisch verantwortlichen Minister/Senator.“

Man muß wirklich jede Illusion, die geplante Reform laufe auf Entspannung hinaus, aufgeben. Der Verfassungsschutz soll von ineffektiven Tätigkeiten entlastet werden, damit er sich darauf konzentrieren kann, „Verfassungsschutzmaterial“, das „nicht für die Zwecke der Treueprüfung aufbereitet ist“, so zu bearbeiten, „daß nur solche Tatsachen übermittelt werden, die den Schluß auf eine verfassungsfeindliche, die demokratischen Freiheiten zielstrebig untergrabende Hetze oder eines tätlichen Angriffs zuverlässig tragen“.

Koschnick ist in Bremen vorangegangen und hat bei weniger Aufwand etwa die gleiche Zahl an Nichteinstellungen bzw. Entlassungen erreicht, d.h. er hat die Trefferquote verbessert. Auch ein Reformertrag. Insgesamt steuert er neue Gesetze an, mit denen Betätigung gegen die Ausbeuterordnung unterhalb der Ebene des KPD-Verbots verfolgt werden und das Volksgefängnis gesichert werden kann. Sein Traum: „Wer unseren Staat und seine freiheitliche Verfassung absichern will, muß daran interessiert sein, die Verfassungstreue aller Bürger als besten und dauerhaftesten Schutz seiner friedlichen Ordnung zu stärken.“

„Doch je mehr im Beamtenapparat ‚Neuverteilungen‘ der Posten unter die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien... stattfinden, umso klarer wird den unterdrückten Klassen und dem Proletariat an ihrer Spitze ihre unversöhn-

Staatsmaschinerie, sondern ihre *Zerstörung*, ihre *Vernichtung* zur Aufgabe zu machen.“

(aus: W. I. Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution.)

kehr der Sozialdemokraten von einem Weg, der, gegen ihre Absicht, zu Bespitzelung in großem Maßstab und damit zu Beunruhigung insbesondere der Jugend geführt habe.

Koschnicks Papier beweist, daß nicht an Aufhebung des „Radikalenerlasses“, wie der Beschluß der Ministerpräsidenten vom Januar 1972 meist genannt wird, gedacht ist, sondern an Vorantreibung der Isolierung der Arbeiterklasse durch feinere Spaltung der Lohnabhängigen. Das Angebot zur Versöhnung richtet sich vor allem an die studierende Jugend, deren späteres Funktionieren im Beamtenapparat des bürgerlichen Staates die SPD sichern will.

Grundsatz Nr. 1:

„Der Staat hat von der Vermutung auszugehen, daß der einzelne Bewerber und der Angehörige des öffentlichen Dienstes die Gewähr der Verfassungstreue bietet...“ In der öffentlichen

nennt es „Gewährbieteklausel“: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den ‚nationalen Staat‘ eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Die andern sollen „dem neuen Staat mit der notwendigen ehrlichen Überzeugung dienen“, auch „bis in den Tod“.

Koschnick stellt fest, daß die Knebelung der Beamten, die die Bourgeoisie historisch erreicht hat, nicht genügt; so die Verpflichtung zur „Treue zur Reichsverfassung“ in der Weimarer Republik: „Zahlreiche Beamte verletzten die Pflicht, der Gesamtheit zu dienen...“ Die Bestimmung wurde zweimal verschärft, über die Verpflichtung „in der amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten“ bis zum Verbot für Beamte, sich in der NSDAP oder der KPD zu organisieren, „deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung“ gewesen sei.

durch Hin- und Herwenden in der parlamentarischen Debatte, ihren Charakter geändert. Das Eintreten für den Staat der Kapitalistenklasse heißt jetzt „eigene staatsbürgerliche Mitgestaltungsfähigkeit“, der Beamte soll „keineswegs sein politisches Leben als politischer Eunuch führen“. Welcher Beamte will schon gern Eunuch werden? Da soll er schon vorziehen müssen, „daß er die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt“ (Entwurf des Bundesbeamtengesetzes) bzw. „daß die im öffentlichen Dienst stehenden Personen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen“ (Gesetzentwurf der Bundesregierung über die politische Treuepflicht von 1951). Der Begriff „Verhalten“ statt „Gesinnung“ macht alles gut. Koschnicks abrupter Schluß: So „findet also die Gewährbieteformel des NS-Rechtes ihre demokratische und rechtsstaatliche Verankerung“. Die SPD, damals noch nicht Regierungspartei, trat in der Debatte warm dafür ein. Ihr Abgeordneter Dr. Menzel begrüßte, daß „mit aller Deutlichkeit die Verfassungstreue der Beamten gefordert“ sei, „wobei ein Lippenbekenntnis nicht ausreicht... An den Beamten wird es nun liegen, zu beweisen, daß nicht nur ihre Aktenarbeit, sondern auch ihre Liebe zur Freiheit dieser Demokratie gehören. Aber auch ist es, wie in allen Dingen des Lebens: Das Wort ist nichts, die Tat ist alles!“

„Erkenntnisse über Tatsachen, die aus der Zeit vor Vollendung des 18. Lebensjahres stammen oder die mehr als zwei Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen“.

„Mit Pappnase auf dem DKP-Fest“ überschrieb die Süddeutsche Zeitung letztes Wochenende genüßlich einen Vorabdruck von Koschnicks Liste von Fällen, wo die Gewährbieteklausel falsch und wo sie richtig angewendet worden sei. Er trennt wirklich säuberlich zwischen Mitgliedern von DKP und ihren Massenorganisationen einerseits und KBW- und in einem Fall KPD-Mitgliedern andererseits. Koschnick bestätigt, daß es ihm wurscht ist, „ob jemand beim Kappenfest der SDAJ eine Maske oder eine Pappnase aufhatte“. Klar, denn recht ist ihm allemal, daß die Tätigkeit einer Partei, die sich kommunistisch nennt, als Narrentreiben definiert werden kann, und daß bewiesen werden kann, daß die DKP bei Versammlungen von Jugendlichen garantiert, daß sie von ihnen weder zu Beratung noch zu Beschluß von Aktionen gegen die Bourgeoisie genutzt werden können, sondern ihr Hunger nach revolutionärer Veränderung durch „Picknick mit Fußballspiel und Würstchenbraten“ erstickt wird. Seit die DKP mit ihrem neuen Programm die sichere Gewähr dafür bietet, als Spottbild auf eine revolutionäre Partei gegen den Organisationsprozeß der Arbeiterklasse eingesetzt werden zu

der Verfassungstreue eines Bewerbers oder eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes begründen;“, b. bei Personal der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie und ihrer sachlichen Anhängsel, Polizei, Armee, Justiz sowieso.

Um auch die Dienstaufsicht sicher im Griff zu haben, wird die Zentralisierung verstärkt. Grundsatz 8: „... für Ablehnungen von Bewerbern oder die Einleitung von Entlassungsverfahren“ liegt die Zuständigkeit „bei der obersten Dienstbehörde, d.h. dem politisch verantwortlichen Minister/Senator.“

Man muß wirklich jede Illusion, die geplante Reform laufe auf Entspannung hinaus, aufgeben. Der Verfassungsschutz soll von ineffektiven Tätigkeiten entlastet werden, damit er sich darauf konzentrieren kann, „Verfassungsschutzmaterial“, das „nicht für die Zwecke der Treueprüfung aufbereitet ist“, so zu bearbeiten, „daß nur solche Tatsachen übermittelt werden, die den Schluß auf eine verfassungsfeindliche, die demokratischen Freiheiten zielstrebig untergrabende Hetze oder eines tätlichen Angriffs zuverlässig tragen“.

Koschnick ist in Bremen vorangegangen und hat bei weniger Aufwand etwa die gleiche Zahl an Nichteinstellungen bzw. Entlassungen erreicht, d.h. er hat die Trefferquote verbessert. Auch ein Reformertrag. Insgesamt steuert er neue Gesetze an, mit denen

„Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist überwiegend genau das niedergelegt, was wir seit hundert Jahren fordern.“ (Loderer in Hannover am 6. Oktober auf der IG Metall-Veranstaltung „Aus der Geschichte lernen“)

Aus der Plakatserie der IG Metall



z.chc. Da hat er so unrecht nicht. Nämlich für die Sozialdemokratie als Partei des Finanzkapitals heute, für ihre sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, für die Bourgeoisie, die 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite in der ehemals revolutionären Sozialdemokratischen Partei die Macht erobert hatte, und für diejenigen bürgerlichen Kräfte, die diese Machtübernahme der Bourgeoisie schon vor 1914 vorbereitet hatten. Für sie ist tatsächlich die Sicherung des Privateigentums, die parlamentarisch abgesicherte Rechtlosigkeit der Massen mit dem Grundgesetz, das Ziel ihres Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Aber die Ziele der Arbeiterklasse sind es nicht.

Loderers, Klunckers und Vetters „100 Jahre Kampagne“ ist der Versuch, die Geschichte des Verrats der Ziele der Arbeiterklasse, des Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus, der Zerschlagung der proletari-



schen Revolution, der erneuten Festigung der Diktatur der Bourgeoisie zur Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse zu machen. Das geht nur mit Fälschung.

„Die Geburtsstunde der organisierten deutschen Arbeiterbewegung schlägt erst 1863, als der ‚Allgemeine Deutsche Arbeiterverein‘ gegründet wird. Ferdinand Lassalle ist der erste Präsident dieser Arbeiterpartei, aus der später die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entsteht.“ („Metall“, Nr. 21) Lassalle, – dieser Vertreter „vergeblich nach Hoffähigkeit strebenden königlich-preußischen Regierungssozialismus“ (Wilhelm Bracke über Lassalle), der Vertreter des ehernen Lohngesetzes, das die Unmöglichkeit des Lohnkampfes begründen soll –, als Gründer der revolutionären Sozialdemokratie, das wünscht sich Loderer. Nichts schreibt Loderer über die Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ 1869 und das Eisenacher Programm, das trotz verschiedener Fehler ein revolutionäres Programm der deutschen Arbeiterklasse war.

Über Lassalles „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ aber stellt Marx fest: „Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die wirkliche Arbeiterbewegung stehen stets in umgekehrtem Verhältnis.“

1875 fand der Gothaer Vereinigungskongreß zwischen beiden Organisationen statt. In der Kritik des Gothaer Programms kritisiert Marx dieses Programm, bei dem es den Lassalleanern im wesentlichen gelungen war, ihre Positionen durchzusetzen und die Eisenacher dem nicht entschieden entgegengetreten waren. Unter der Führung und mit Unterstützung von Marx und Engels gelingt es den Revolutionären in der Sozialdemokratie, das Gothaer Programm erfolgreich zu kritisieren. 1880 werden die ersten Passagen revidiert über die „Gesetzlichkeit des Kampfes“. 1891 wird das Programm durch das Erfurter Programm abgelöst, das den Sieg über die Lassalleaner besiegelt. Daß die Sozialdemokratie zur revolutionären Partei des deutschen Proletariats wird, ist gerade das Ergebnis von Marx' und Engels, Bebels und Wilhelm Liebknechts Kampf gegen den Opportunismus und das Lassalleanertum.

Warum 1878 das Sozialistengesetz, mag die IG-Metall besser fragen. Es sind nicht die Kämpfe der Arbeiterklasse, es ist nicht die Vereinigung der beiden Organisationen, die das Proletariat gestärkt hatte – nein, in der „Metall“ erfährt man: „Zwar waren die Sozialdemokraten noch kein starker politischer Faktor, aber 12 Sozialisten im Reichstag waren für den Kanzler doch sehr lästig.“ Die 12 Abgeordneten waren lästig und die Liberalen waren das Verhängnis, sie kungelten mit Bismarck und deshalb ging nichts

Mit der Sozialdemokratie für Imperialismus und Reaktion?
SPD-Propaganda für „Freiheit und Demokratie"

z.gug. In Kenntnis der Tatsache, daß der Kapitalismus die Krise, in der er steckt, nicht friedlich überwinden kann, daß die Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland mit den Fortschritten im Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse gefährdet ist, haben die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft über „Sozialistengesetz" und „Radikalenerlaß" einen Propagandarummel entfacht, in dem sie die Sozialdemokratische Partei als Partei des Fortschritts und einzige Alternative für die Volksmassen im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion preisen.

Zu ähnlicher Propaganda soll, so hat es die Regierung angekündigt, der Jahrestag der Reichskristallnacht genutzt werden.

„100 Jahre Sozialistengesetz ist ein aktuelles Thema: dieser bedeutsame historische Geburtstag vollzieht sich nämlich vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Krise unseres Landes",

schreibt die Gewerkschaftszeitung der HBV „ausblick" in ihrer Septemberausgabe und Hans Preiss, seines Zeichens geschäftsführendes Mitglied des IG-Metall-Vorstands zieht die Verbindung von Sozialistengesetz zum Radikalenerlaß:

„Der Radikalenerlaß gehört auf den Müllplatz der Geschichte... Auf die Krise von 1873 sei das Sozialistengesetz erfolgt, auf die Krise von 1929 dann 12 Jahre Faschismus. Ein drittes Mal darf sich der Teufelskreis aus Krise und Unterdrückung nicht schließen. Die Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte seien stark genug, um zu verhindern, daß die Ideen des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus kriminalisiert werden."

Auf die genannten Krisen des Kapitals reagierte das deutsche Finanzkapital nicht nur mit verschärfter Unterdrückung bis hin zur Errichtung ihrer faschistischen Diktatur, sondern es folgten zwei von der deutschen Finanzbourgeoisie entfesselte Weltkriege, zu deren Unterstützung die Sozialdemokraten die Volksmassen jeweils aufriefen und die sie mit Zustimmungen zu Kriegskrediten vor dem 1. und der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau vor dem 2. Weltkrieg unterstützten, wobei ihr Verrat an der deutschen Arbeiterklasse vor dem 1. Weltkrieg zum offenen Bruch der SPD in SPD und USPD führte.

Weil die Sozialdemokratie weiß, daß die Krise des Kapitals zum Krieg führt, daß für die imperialistische Expansion Ausbeutung und Unterdrückung verschärft werden muß, macht sie sich daran, die Volksmassen dafür zu gewinnen. Ausschließlich die Sozialdemokraten seien demokratisch und freiheitlich, das beweise (wenn auch nur unter Zuhilfenahme von Lügen) die Geschichte:

auf die Krise von 1929 dann 12 Jahre Faschismus. Ein drittes Mal darf sich der Teufelskreis aus Krise und Unterdrückung nicht schließen. Die Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte seien stark genug, um zu verhindern, daß die Ideen des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus kriminalisiert werden."

Auf die genannten Krisen des Kapitals reagierte das deutsche Finanzkapital nicht nur mit verschärfter Unterdrückung bis hin zur Errichtung ihrer faschistischen Diktatur, sondern es folgten zwei von der deutschen Finanzbourgeoisie entfesselte Weltkriege, zu deren Unterstützung die Sozialdemokraten die Volksmassen jeweils aufriefen und die sie mit Zustimmungen zu Kriegskrediten vor dem 1. und der Zustimmung zum Panzerkreuzerbau vor dem 2. Weltkrieg unterstützten, wobei ihr Verrat an der deutschen Arbeiterklasse vor dem 1. Weltkrieg zum offenen Bruch der SPD in SPD und USPD führte.

Weil die Sozialdemokratie weiß, daß die Krise des Kapitals zum Krieg führt, daß für die imperialistische Expansion Ausbeutung und Unterdrückung verschärft werden muß, macht sie sich daran, die Volksmassen dafür zu gewinnen. Ausschließlich die Sozialdemokraten seien demokratisch und freiheitlich, das beweise (wenn auch nur unter Zuhilfenahme von Lügen) die Geschichte:

„Die Sozialdemokraten stehen und standen in ihrer über 100jährigen Geschichte für Freiheit und Demokratie" (Flugblatt der SPD, s. nebenstehend).

Und weil die Sozialdemokraten so demokratisch seien, wurden und *werden* sie verfolgt; zunächst von rechts, sie müssen sich ja immerhin auf die Bundestagswahlen 1980 vorbereiten:

„Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Herbert Wehner, erwartet, daß ,nicht nur die Oppositionsparteien versuchen werden, die aus legitimen Wahlen hervorgegangene Bundesregierung zu stürzen, ehe es eine Gelegenheit zur Bundestagswahl gibt'... Ähnlich wie bei der Ausschaltung durch das Sozialistengesetz vor 100 Jahren werde der SPD jetzt so viel vorgeworfen, ,damit dem kleinen Mann suggeriert wird, diesen Sozialdemokraten könne man die Regierungsverantwortung nicht übertragen, bzw. nicht lassen. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung zu stoppen, werde der ,parlamentarisch-demokratische Charakter' der zweiten Republik betroffen." (Welt, 9.10.78)

Reaktionäre Politik der SPD-Regierung im Auftrag des Finanzkapitals hin und her, es gelte jetzt im Kampf gegen Gefahr von rechts das Bündnis mit der Sozialdemokratie zu schließen, lautet die sozialdemokratische Freiheitslosung.

„Nach Ansicht des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine geht es nicht nur um den Radikalenerlaß, sondern ,um das geistig-kulturelle Klima in der Bundesrepublik überhaupt'." (Frankfurter Rundschau, 16.10.78)

Und Apel meldet sich als Verteidigungsminister zu Wort, um die Notwendigkeit des Zusammenstehens zu erhärten:

„22 Jahre nach ihrer Gründung ist es der Bundeswehr nicht gelungen, eine Armee von Staatsbürgern in Uniform zu sein. Im Gegenteil: Rechtsradikales Gedankengut breitet sich wieder aus. Offiziere liebäugeln mit der Diktatur. Wird die Bundeswehr wie einst die Reichswehr zum Staat im Staate?... Erst am Wochenende hat Bundesverteidigungsminister Hans Apel seine Betroffenheit geäußert..." (Stern Nr. 44/78)

Klose, von der Finanzbourgeoisie zu der geistvollen Rolle auserkoren, solch Propaganda ins Rollen zu bringen, sagt, worum es bei der „Lockerung des Radikalenerlasses" tatsächlich geht:

„Weimar ist nicht an Extremisten im öffentlichen Dienst gescheitert, sondern an einem Mangel an Demokraten überhaupt." (FAZ 13.10.78)

Das „Scheitern Weimars" besteht für die Bourgeoisie darin, daß es ihr nicht gelungen ist, die Volksmassen für die Ziele des Finanzkapitals zu gewinnen, sondern die Errichtung der faschistischen Diktatur notwendig war, um sie überhaupt durchsetzen zu können. Die Bourgeoisie hält es für allemal besser, die Volksmassen für ihre Ziele zu gewinnen, und daß es vorderhand nicht „scheitert" hat sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht. Notwendig dazu ist die Isolierung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisation und die Spaltung der Volksmassen. Deshalb bekundet Baum:

Gegenteil: Rechtsradikales Gedankengut breitet sich wieder aus. Offiziere liebäugeln mit der Diktatur. Wird die Bundeswehr wie einst die Reichswehr zum Staat im Staate?... Erst am Wochenende hat Bundesverteidigungsminister Hans Apel seine Betroffenheit geäußert..." (Stern Nr. 44/78)

Klose, von der Finanzbourgeoisie zu der geistvollen Rolle auserkoren, solch Propaganda ins Rollen zu bringen, sagt, worum es bei der „Lockerung des Radikalenerlasses" tatsächlich geht:

„Weimar ist nicht an Extremisten im öffentlichen Dienst gescheitert, sondern an einem Mangel an Demokraten überhaupt." (FAZ 13.10.78)

Das „Scheitern Weimars" besteht für die Bourgeoisie darin, daß es ihr nicht gelungen ist, die Volksmassen für die Ziele des Finanzkapitals zu gewinnen, sondern die Errichtung der faschistischen Diktatur notwendig war, um sie überhaupt durchsetzen zu können. Die Bourgeoisie hält es für allemal besser, die Volksmassen für ihre Ziele zu gewinnen, und daß es vorderhand nicht „scheitert" hat sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht. Notwendig dazu ist die Isolierung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisation und die Spaltung der Volksmassen. Deshalb bekundet Baum:

„Im Ganzen gesehen, hat die Bedrohung unserer inneren Sicherheit durch den Rechtsextremismus quantitativ und qualitativ nicht das gleiche Gewicht wie durch den Linksextremismus" (Welt 14.10.78)

und Weichmann, einer der „Väter des Grundgesetzes" und erfahrener rechter Sozialdemokrat, beschwört:

„Wir bezeugen im politischen Spektrum der Gegenwart eine ungleiche Vorstellung der politischen Energie im Rechts-Links-Verhältnis. Die stärkere Energie im Linksbereich ist eine Tatsache, und sie hat zu einem Meinungsklima geführt, das sich infektiös ausbreitet, mit der Gefahr, daß die Idee unserer freiheitlichen Demokratie nach den Maßstäben des Grundgesetzes keine Mehrheit mehr hat und jedenfalls bereits die Fähigkeit unserer Demokratie schwächt." (Welt 21.10.78)

Gelingen soll der Versuch der Abspaltung von Teilen des Volkes von der Arbeiterklasse, insbesondere von Teilen der Intelligenz, indem der Radikalenerlaß für Revisionisten und Opportunisten gelockert wird. Zudem, es könnte ja sein, daß die Revisionisten der DKP irgendwann nützliche Dienste für die Bourgeoisie bei der Abwendung der proletarischen Revolution leisten könnten. Die Bourgeoisie zieht in ihrer „Radikalendebatte" einen klaren Trennungsstrich zwischen Revisionisten und Revolutionären, womit die Sozialdemokraten einen erneuten Angriff in Richtung Verbot der revolutionären Organisationen vorbereiten:

„Man kann nicht Offenheit predigen und die DKP-Lehrer ausschließen. Entweder dies ist ein Staat der politischen Auseinandersetzung, dann muß eine Partei links von der staatsschützenden SPD ideologisch einbezogen werden... DKP-Lehrer sind keine Gefahr für diese Demokratie, sondern ein Gewinn für die Diskussion mit den aufgebrachten Eltern" schreibt der Spiegelherausgeber Augstein.

Der Meinung ist auch Frister, der sich selbst als Kenner auf diesem Gebiet ausgibt:

„Frister nimmt für sich in Anspruch, ,wie kaum jemand sonst in der Bundesrepublik das Problem zu kennen, denn fast alle Betroffenen sind bei uns organisiert. Bei den Abgelehnten habe es sich in etwa 150 Fällen um Anhänger von KPD, KBW, Maoisten oder von anderen politischen Sekten gehandelt, die einen gewaltsamen Umsturz wollen. Letztlich sei jedoch das Ganze ein Problem der DKP. Bei ihr stelle sich nach Programmatik, Aussagen und Verhalten die Frage von Gewalt oder illegalem Vorgehen nicht', wenn auch vielleicht aus Opportunismus... Auch die DKP-Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei nicht grundgesetzwidrig..."

Ganz anders verhält es sich mit der „Lockerung des Radikalenerlasses" gegenüber Revolutionären:

„Wo richtig entschieden wurde... In einem Einstellungsgespräch erklärte das KBW-Mitglied H.M., der bei einer gewaltsamen Demonstration gegen Tariferhöhungen bei der Straßenbahn teilgenommen hat: ,die Form, in der die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen ist, ist die Räterepublik', in der Enteignungen notwendig seien. Und er hielt es ,für durchaus möglich, daß zur Durchsetzung der vorgenannten Ziele Gewalt angewendet werden muß'. In diesem Fall stimmt Koschnick einer Ablehnung der Bewerbung vorbehaltlos zu, weil die Bejahung von verfassungsmäßig nicht legitimierter Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele tragenden Verfassungsprinzipien widerspricht" (Süddeutsche Zeitung, 21.10.78).

sich selbst als Kenner auf diesem Gebiet ausgibt:

„Frister nimmt für sich in Anspruch, ,wie kaum jemand sonst in der Bundesrepublik das Problem zu kennen, denn fast alle Betroffenen sind bei uns organisiert. Bei den Abgelehnten habe es sich in etwa 150 Fällen um Anhänger von KPD, KBW, Maoisten oder von anderen politischen Sekten gehandelt, die einen gewaltsamen Umsturz wollen. Letztlich sei jedoch das Ganze ein Problem der DKP. Bei ihr stelle sich nach Programmatik, Aussagen und Verhalten die Frage von Gewalt oder illegalem Vorgehen nicht', wenn auch vielleicht aus Opportunismus... Auch die DKP-Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei nicht grundgesetzwidrig..."

Ganz anders verhält es sich mit der „Lockerung des Radikalenerlasses" gegenüber Revolutionären:

„Wo richtig entschieden wurde... In einem Einstellungsgespräch erklärte das KBW-Mitglied H.M., der bei einer gewaltsamen Demonstration gegen Tariferhöhungen bei der Straßenbahn teilgenommen hat: ,die Form, in der die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen ist, ist die Räterepublik', in der Enteignungen notwendig seien. Und er hielt es ,für durchaus möglich, daß zur Durchsetzung der vorgenannten Ziele Gewalt angewendet werden muß'. In diesem Fall stimmt Koschnick einer Ablehnung der Bewerbung vorbehaltlos zu, weil die Bejahung von verfassungsmäßig nicht legitimierter Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele tragenden Verfassungsprinzipien widerspricht" (Süddeutsche Zeitung, 21.10.78).

„Freiheit und Demokratie" ist nach den Sozialdemokraten wie bei allen Reaktionären gerade soviel zulässig, wie es die „tragenden Verfassungsprinzipien", die in der Festschreibung von Lohnarbeit und Kapital bestehen, erforderlich machen.

---

mehr. „Bismarck versündigte sich an der Freiheit", läßt Kluncker im ÖTV-Magazin feststellen und „den Bündnispartner fand der preußische Junker im liberalen Bürgertum, das im Kampf gegen den Katholizismus und die Arbeiterschaft seine beste Tradition verleugnete". Willy Brandt ist der berufene Mann, um das zu verallgemeinern. Auch im Rahmen der Kampagne „100 Jahre Sozialistengesetz" hat er am 11. Juni vor der Friedrich-Ebert-Stiftung festgestellt: „Auf sich allein gestellt und ohne Bündnis war die Sozialdemokratie zu schwach, um die deutsche Politik maßgebend zu beeinflussen." Mit dem liberalen Zentrum hätte die Sozialdemokratie gehen müssen.

„Aber leider ist daraus kein historisches Bündnis geworden, sonst wäre die Weimarer Republik nicht gescheitert." Also nicht die Spaltung der Arbeiterklasse, die Verhinderung der Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hat dem Faschismus den Weg geebnet, nein, daß die Sozialdemokratie nicht Teile der Arbeiterklasse eng genug an die Bourgeoisie gebunden hätte, das war der Grund.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Sozialistengesetze, den die SPD heute als Mittel der Unterwerfung unter die Bourgeoisie einsetzen will, war gerade nur möglich durch den Kampf gegen den Opportunismus in der Sozialdemokratie, wobei die Parteikongresse während des Sozialistengesetzes ein wichtiger Hebel waren.

Ein Hort des Opportunismus war die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Bebel stellte dazu fest: „Es waren damals 18 gegen 6, und zwar waren die 6 Linke, wozu ich selbstverständlich gehörte." Was aber schreibt das ÖTV-Magazin? „Die Reichstagsfraktion, die vom Ausnahmegesetz in ihrer Existenz nicht bedroht wurde, fungierte als Parteivorstand (was formell richtig ist, d. Red.), sie führte auf den drei während der Dauer des Sozialistengesetzes im Ausland abgehaltenen Kongressen... Regie." – Von wegen Regie. Die Mehrheitsfraktion mußte umgekehrt gezwungen werden, 1887 in der Dampfersubvention von ihrer offiziellen Unterstützung der deutschen Kolonialpolitik abzurücken, auch wenn sie ihren Standpunkt nicht korrigierte. Und Lenin sagte über diese „regieführende Fraktion": „Die Deutsche Sozialdemokratie begann einen langwierigen Kampf gegen ihre Fraktion und führte ihn zum Sieg. – Der Sieg der Partei aber kam in der Unterwerfung der Fraktion zum Ausdruck."

1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten, Burgfrieden mit der Bourgeoisie, schließlich Zerschlagung der Revolution.

Es ist schon klar, wessen Geschichte hier die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit einer einzigen Kette von Geschichtslügen und Verdrehungen schreiben. Spekulieren sie darauf, daß die Bourgeoisie die Geschichte der Arbeiterklasse so unterdrückt habe, daß sie dabei auch alle Spuren der Reformisten und der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse verwischt hat? Das sollten sie nicht glauben, daß so die Regierung davonkommt:

„An der Spitze der Regierung in Deutschland stehen die Scheidemänner, die sich bis auf den heutigen Tag Sozialdemokraten nennen, aber die abscheulichsten Henkersknechte sind und im Bunde mit den Junkern und Kapitalisten die Führer der deutschen Arbeiterklasse, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet und 15000 deutsche Proletarier niedergemetzelt haben." (Lenin, 1920, Rede auf dem I. Gesamtrussischen Gründungskongreß der Bergarbeitergewerkschaft)

Vertrauen für junge Staatsbürger

Für Freiheit und Rechtsstaat – gegen Extremisten!

Die Sozialdemokraten stehen und standen in ihrer über 100jährigen Geschichte für Freiheit und soziale Demokratie in Deutschland. Deshalb wissen Links- und Rechtsextremisten genau, daß die SPD ihr Hauptfeind ist. Deshalb bekämpfen sie die Sozialdemokratie mit allen Mitteln. Deshalb verfolgten sie Sozialdemokraten in ihrem Machtbereich mit tödlicher Konsequenz.

Die CDU weiß das genau. Trotzdem hat sie keine Hemmungen, mit dem schwierigen Thema des Zugangs von Extremisten zum öffentlichen Dienst eine neue Kampagne gegen die Sozialdemokratie anzuzetteln. Durch primitive Vereinfachung und gezielte Falschinformationen.

Worum geht es wirklich?

Die SPD setzt sich dafür ein, daß es endlich rechtsstaatlich eindeutige Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst gibt. Denn nach dem Grundgesetz unterliegen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes einer besonderen Verpflichtung gegenüber unserer Verfassung.

Die derzeitige Praxis in vielen Bundesländern hat verhängnisvolle Konsequenzen gebracht. Um eine verschwindend kleine Zahl von Extremisten ausfindig zu machen, werden Hunderttausende junger Menschen überprüft und in eine Frontstellung gegenüber unserer Demokratie und unserem Staat gebracht. Das muß dringend geändert werden.

- Im Interesse aller, die Staat und Verfassung schützen sollen.
- Im Interesse der jungen Bürger, die unseren Staat mittragen sollen.

Die Bremer Grundsätze, verantwortlich gestaltet von Hans Koschnick, müssen in der ganzen Bundesrepublik durchgesetzt werden.

- Bei Einstellung oder Entlassung im öffentlichen Dienst muß das konkrete Verhalten zählen, nicht unüberprüfbare Gesinnungen oder die bloße Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder Organisation.
- Wer indoktriniert und agitiert, der fliegt aus dem öffentlichen Dienst heraus. Das Beamtenrecht bietet dazu alle Handhabe.
- Unser Staat ist stark genug, daß er nicht jedem Bürger zunächst einmal mit Mißtrauen begegnen muß. Gesinnungsschnüffelei darf es in unserem demokratischen Gemeinwesen nicht geben.

Die jungen Bürger haben ein Recht auf Vertrauen. Nur dann werden sie Vertrauen in unseren Staat und seine Institutionen haben. Deshalb muß Schluß damit sein, daß ein paar Extremisten es schaffen, Freiheit und Liberalität in der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel zu setzen.

Wir bitten alle Bürger, die wissen, wie wichtig Liberalität und Rechtsstaatlichkeit für unser Gemeinwesen sind:

Helfen Sie mit, unseren Staat vor Extremisten von rechts und links mit rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen!

Helfen Sie mit, daß Freiheit und Liberalität in unserem Land erhalten bleiben!

Helfen Sie mit, daß die jungen Menschen Vertrauen zu unserem Staat gewinnen und ihn mit verteidigen! Geben Sie ihnen die gleiche Chance, die vorhergehende Generationen nach 1945 auch hatten.

Helfen Sie mit, daß die Diskussion über diese Fragen nicht durch Schmutzkampagnen verunstaltet wird!

Helfen Sie in Ihrem eigenen Interesse mit, daß Rechtsstaatlichkeit und Liberalität die oberste Richtschnur unseres Handelns bleiben.

SPD

z.anl. Das obige Flugblatt hat die SPD in Bremen verteilt. Es ist ihr gelungen, eine Kurzfassung ihrer Lügengeschichten zu „100 Jahre Sozialistengesetz" mit ihren Gesetzesplänen zur Verschärfung der Unterdrückung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst in einem herzustellen. Auf der Rückseite werden die Massen aufgefordert, per Couponeinschicken der SPD zu bestätigen: „Ich unterstütze den sozialdemokratischen Weg für Freiheit und Rechtsstaat – gegen Extremisten."

Diesen Aufruf, der auf den Kampf gegen den Aufbau ihrer Klassenpartei – Seite an Seite mit den eigenen Unterdrückern – abzielt, und auffordert, sich selber zu entwaffnen, werden die Massen nicht befolgen.

Dafür kann die SPD Unterstützung von verschiedenen Pfaffen und Dunkelmännern vorweisen. Die „Zeit" plädiert dafür, den breiten Weg, der zur Verdammnis des „Gesinnungszwangsstaats" abführt, zu „verbarrikadieren". Die Evangelische Kirche in Deutschland ist gegen die „Atmosphäre der Angst", die „Süddeutsche Zeitung" fordert zum „kühnen Sprung aus dem Teufelskreis" auf. Dr. Helmut Simon gar, Richter am Bundesverfassungsgericht, hat eine romantische, sicher nicht unerwiderte „Leidenschaft für dieses Grundgesetz".

Der gewichtigste weltliche Unterstützer ist nicht aufgeführt, hat sich aber rechtzeitig in der „Welt" interviewen lassen: Heinz Kluncker hält die „Denkanstöße der SPD für sehr begrüßenswert". Feinde der Arbeiterklasse sind sie, aber die SPD irrt, wenn sie sich für den „Hauptfeind" hält. Haupthindernis ist sie beim Zusammenschluß der Arbeiter für ihre Interessen.



SPD

z.anl. Das obige Flugblatt hat die SPD in Bremen verteilt. Es ist ihr gelungen, eine Kurzfassung ihrer Lügengeschichten zu „100 Jahre Sozialistengesetz" mit ihren Gesetzesplänen zur Verschärfung der Unterdrückung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst in einem herzustellen. Auf der Rückseite werden die Massen aufgefordert, per Couponeinschicken der SPD zu bestätigen: „Ich unterstütze den sozialdemokratischen Weg für Freiheit und Rechtsstaat – gegen Extremisten."

Diesen Aufruf, der auf den Kampf gegen den Aufbau ihrer Klassenpartei – Seite an Seite mit den eigenen Unterdrückern – abzielt, und auffordert, sich selber zu entwaffnen, werden die Massen nicht befolgen.

Dafür kann die SPD Unterstützung von verschiedenen Pfaffen und Dunkelmännern vorweisen. Die „Zeit" plädiert dafür, den breiten Weg, der zur Verdammnis des „Gesinnungszwangsstaats" abführt, zu „verbarrikadieren". Die Evangelische Kirche in Deutschland ist gegen die „Atmosphäre der Angst", die „Süddeutsche Zeitung" fordert zum „kühnen Sprung aus dem Teufelskreis" auf. Dr. Helmut Simon gar, Richter am Bundesverfassungsgericht, hat eine romantische, sicher nicht unerwiderte „Leidenschaft für dieses Grundgesetz".

Der gewichtigste weltliche Unterstützer ist nicht aufgeführt, hat sich aber rechtzeitig in der „Welt" interviewen lassen: Heinz Kluncker hält die „Denkanstöße der SPD für sehr begrüßenswert". Feinde der Arbeiterklasse sind sie, aber die SPD irrt, wenn sie sich für den „Hauptfeind" hält. Haupthindernis ist sie beim Zusammenschluß der Arbeiter für ihre Interessen.



Demonstration der KPD gegen die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Bau von Panzerkreuzern 1929.

Mit keinem Wort erwähnen die Sozialdemokraten heute in ihrer Propagandakampagne ihrer Fortschrittlichkeit, daß zwischen der SPD heute und der von den Maßnahmen des Sozialistengesetzes verfolgten Sozialdemokratischen Partei der Unterschied zwischen einer revolutionären und reaktionären reformistischen Partei besteht. Zum offenen Bruch zwischen den Reformisten und Opportunisten und den Revolutionären innerhalb der Sozialdemokratischen Partei kam es über die Bewilligung von Kriegskrediten. Karl Liebknecht hatte als einziger in der zweiten Abstimmung gegen die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt. In seiner Rede begründete er dies:

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital... Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordern, die Verteidigung des Vaterlandes ist." (Karl Liebknecht, Gesammelte Reden, Band 8.)

Damit wandte sich Liebknecht gegen die Behauptung der Reformisten in der Partei, es ginge um die Vaterlandsverteidigung, die zu unterstützen jeder berufen sei.

Lenin schrieb gegen die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten:

„Mit dem Gefühl der tiefsten Bitterkeit muß man feststellen, daß die sozialistischen Parteien der wichtigsten europäischen Länder... ihre Aufgabe nicht erfüllt haben und daß die Haltung der Führer dieser Parteien, insbesondere der deutschen Partei, an direkten Verrat an der Sache des Sozialismus grenzt." (Lenin, Band 21, S.15)

Stoltenberg: „Neue Mittellage für Schleswig-Holstein"

r.pes. Gerhard Stoltenberg will in seinem neuen Buch „Schleswig-Holstein – heute und morgen" die reaktionäre Politik der Landesregierung unter die Massen bringen. Es geht ihm um die Expansion.

„So zeichnet sich für Schleswig-Holstein die Chance ab, aus der Grenzsituation zunehmend in eine neue Mittellage in Nordeuropa zwischen Hamburg und Kopenhagen zu kommen." „Manche Kontakte wurden auch nach Mittel- und Osteuropa angebahnt. Sie bieten sich besonders im Ostseeraum aus geographischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen an." Leider „werden dabei immer wieder deutliche Grenzen sichtbar..." Schon mal gab es die „Gedanken" (1946), „bei einer territorialen Neugliederung Deutschlands Schleswig-Holstein und Mecklenburg zu einem Bundesland mit der Hauptstadt Lübeck zu vereinigen."

Mit dem „Holsteiner, der stark und hart gegen sich und andere" sei und „festhält, was er mit dem Verstand gefunden", will er den „historischen Weg" zum „deutschen Vaterland" gehen. Mit der bloßen Aufbereitung faschistischer Ideologie geht das nicht, und so droht er, die politische Unterdrückung weiter zu verschärfen: „Nach manchen Verirrungen des letzten Jahrzehnts haben wir allen Anlaß, uns auf die rechtsstaatlichen Grundlagen unserer Demokratie zu besinnen." Die Absichten dieses Dunkelmanns werden am Klassenkampf scheitern.

Airbus schafft Arbeitsplätze?

r.chh. Bis 1980 will Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) statt bisher knapp 6500 Arbeiter 7000 ausbeuten, also 7,7% mehr. Von den 7000 sollen zwei Drittel Airbusse produzieren, das sind 4700. Bisher haben 4000 Arbeiter zwei Airbusse im Monat produziert, bis 1980 sollen es sechs sein. Einer Steigerung der Airbusproduktion um 200% steht eine Erhöhung der Produzenten um 700 Arbeiter, also 17,5% gegenüber. Sprunghafte Steigerung der Vernutzung der Arbeitskraft heißt dieses Programm für die Arbeiter, Schichtarbeit soll eingeführt werden, „weil eine neue Taktstraße zu hohe Investitionen erfordert". Nutzlos ist die Maschinerie für den Kapitalisten, wenn sie nicht lebendige Arbeitskraft einsaugt, rund um die Uhr. Neue Maschinerie soll angeschafft werden, dies bedeutet immer eine erhöhte Anspannung der Arbeitskraft. Mit diesem ehrgeizigen Schweißauspressungsprogramm will MBB, unterstützt durch die Bundesregierung, die US-amerikanische Konkurrenz schlagen – Boeing kann erst 1980 ein vergleichbares Flugzeug auf den Markt werfen. VFW wird gezwungen, sich von Fokker zu trennen, und wird MBB angegliedert, der damit dem Ziel eines Flugzeugbaumonopols näher gekommen ist. In der französischen Airbusproduktion hat sich MBB Einfluß verschaffen können durch Besetzung einer Spitzenposition, des Chefingenieurs. In Erwartung höchster Profite wagt MBB auch den Vorstoß in andere Länder.

Kampf gegen die Zerstörung

Airbus schafft Arbeitsplätze?

r.chh. Bis 1980 will Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) statt bisher knapp 6500 Arbeiter 7000 ausbeuten, also 7,7% mehr. Von den 7000 sollen zwei Drittel Airbusse produzieren, das sind 4700. Bisher haben 4000 Arbeiter zwei Airbusse im Monat produziert, bis 1980 sollen es sechs sein. Einer Steigerung der Airbusproduktion um 200% steht eine Erhöhung der Produzenten um 700 Arbeiter, also 17,5% gegenüber. Sprunghafte Steigerung der Vernutzung der Arbeitskraft heißt dieses Programm für die Arbeiter, Schichtarbeit soll eingeführt werden, „weil eine neue Taktstraße zu hohe Investitionen erfordert". Nutzlos ist die Maschinerie für den Kapitalisten, wenn sie nicht lebendige Arbeitskraft einsaugt, rund um die Uhr. Neue Maschinerie soll angeschafft werden, dies bedeutet immer eine erhöhte Anspannung der Arbeitskraft. Mit diesem ehrgeizigen Schweißauspressungsprogramm will MBB, unterstützt durch die Bundesregierung, die US-amerikanische Konkurrenz schlagen – Boeing kann erst 1980 ein vergleichbares Flugzeug auf den Markt werfen. VFW wird gezwungen, sich von Fokker zu trennen, und wird MBB angegliedert, der damit dem Ziel eines Flugzeugbaumonopols näher gekommen ist. In der französischen Airbusproduktion hat sich MBB Einfluß verschaffen können durch Besetzung einer Spitzenposition, des Chefingenieurs. In Erwartung höchster Profite wagt MBB auch den Vorstoß in andere Länder.

Kampf gegen die Zerstörung des Hainholzes

r.vob. Am 14.10. haben 1000 Menschen gegen die geplante Zerstörung des Naherholungsgebietes Hainholz durch die „Rigips", einen Gipskapitalisten, demonstriert. Der Hainholz ist ein 60 Hektar großes Areal in der Gipskarst-Landschaft des südlichen Harzes nahe bei Osterode. 1967 mußte der Hainholz zum Naturschutzgebiet erklärt werden. Seit 1954 giert die Rigips nach diesem Flecken Erde. Zunächst weigerten sich die Bauern der Forstgenossenschaft Schwiegershausen, der der Boden gehört, an die Rigips zu verkaufen oder zu verpachten. Erst ihre zunehmende Verarmung hat sie dazu gezwungen, 1963 einen Pacht- und Nutzungsvertrag einzugehen. Die Kapitalisten benutzen sie jetzt als Spaltungshebel zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen. Seit der Hainholz Naturschutzgebiet ist, pochen Kapital-und Grundeigentümer vor dem Gericht auf ihr Recht als Privateigentümer. Artikel 14 des Grundgesetzes soll eingehalten werden! Zumindest eine Entschädigung für den entgangenen Profit wollen sie. Es geht dabei um 34 Mio. DM.

Die Bevölkerung hat gegen die Vernichtung des Hainholzes eine „Interessengemeinschaft" gebildet. Die bürgerlichen Parteien tönen deshalb ebenfalls allesamt „Rettet den Hainholz" und versuchen, die Wurzel des Übels, das kapitalistische Privateigentum, aus der Schußlinie zu bringen. „Selbstverständlich muß eine angemessene Entschädigung gezahlt werden!" Verhindert werden soll so der Zusammenschluß der Massen. Ein Pastor und ein Professor vom „Naturschutzbund" sind auf der Kundgebung am 14.10. in dieser Richtung schon führend tätig geworden.

„Gratwanderung" der niedersächsischen Landesregierung

Haushaltsentwurf 1979: Banken diktieren Plünderung unter Verweis auf die Zinsschuld

r.pel. Ernst Albrecht hat jetzt dem niedersächsischen Landtag vorgeschlagen, die Rundfunk- und Fernsehgebühren zu erhöhen. Statt 10,50 DM wie bisher soll der Empfang der Propaganda der bürgerlichen Klasse ab 1979 13 DM kosten. Bei 2,2 Mio. angemeldeten Geräten sollen auf diesem Wege 5,6 Mio. DM dem Volk zusätzlich abgeknöpft werden. Dieses Vorhaben wurde am gleichen Tag bekanntgemacht, an dem der Finanzminister Leisler-Kiep den Haushaltsentwurf für Niedersachsen 1979 veröffentlichte. Ein großes Lamento hat er angestimmt in seiner Rede, und die bürgerliche Presse hat das gebührend herausgestellt. Kiep hat die „Grenzen der Finanzkraft des Landes" beschworen und erklärt: „Wir nähern uns damit offensichtlich einem Punkt, von dem an Politik in diesem Lande praktisch nicht mehr stattfinden kann." (Rede vor dem Landtag, 16.10)

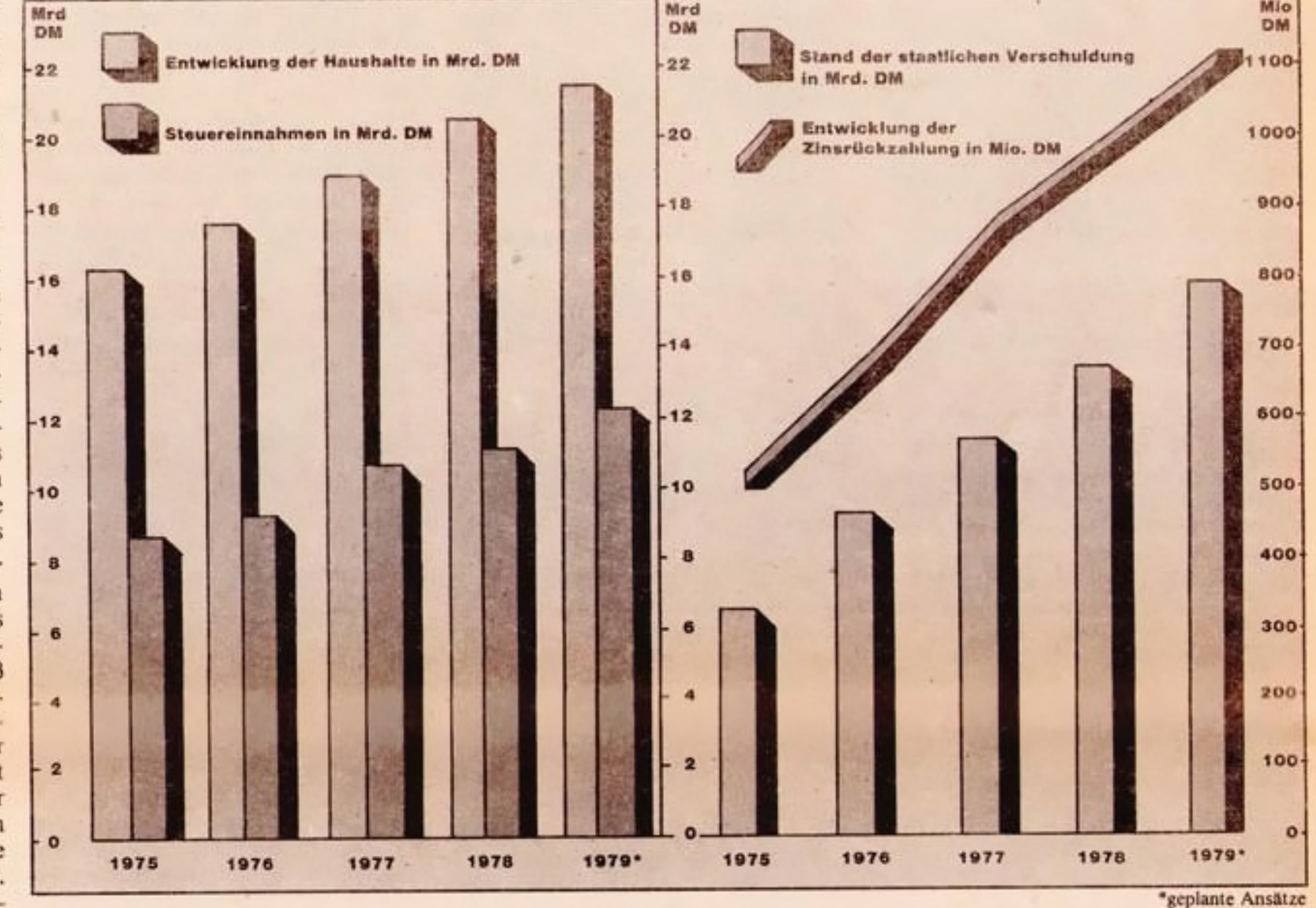
Der Haushaltsentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 21,4 Mrd. DM vor, und er enthält eine Neuverschuldung bei den Banken von 2,5 Mrd. DM. Das wird keinen Bourgeois um eine Sekunde seines Schlafes bringen können, im Gegenteil. Nur wenn abzusehen ist, daß die jährliche Neuverschuldung des bürgerlichen Staates nur noch knapp hinreicht, die fälligen Zinsen zu zahlen, kann man mit Reaktionen der Banken rechnen. So angenehm dem Finanzkapital der Rückfluß der ca. 8% Zinsen ist, so sehr schabt es die Bourgeoisie, wenn die neuerlichen Kredite nicht für die Ausbeutung von Arbeitskraft eingesetzt werden und die Tilgung der alten Kredite hinausgeschoben wird. Offensichtlich ist die Regierung Albrecht unter handfester Drohung des Abdrehens des Kredithahns ermahnt worden, ihre Pflicht zu tun und die Finanzierung ihrer Geschäfte in stärkerem Maße als bisher *direkt* aus dem Lohn der Volksmassen zu tätigen.

Der Christdemokrat Kiep hat sich ans Werk gemacht. Sein scheinheiliges Gerede vom „Würgegriff" der Zinsverpflichtungen appelliert an den Haß der Massen auf die Banken und soll ablenken vom Großangriff auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiter und Angestellten. Dieser Abgriff mit dem Haushaltsentwurf basiert auf der Regierungserklärung Albrechts vom 28.6. und der Verständigung über diese Erklärung mit der Sozialdemokratie. Der Bahlsen-Manager hatte damals erklärt: „Es muß einmal mit aller Klarheit gesagt werden, daß die finanzielle Lage der Länder und Gemeinden weitere Einnahmeverzichte und Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe nicht zuläßt", und der Sozialdemokrat Ravens hatte ihm geantwortet: „Aber meine Damen und Herren, wir kritisieren das gar nicht; denn wir halten das in der gegenwärtigen Situation für erforderlich." (Stenografische Berichte des nds. Landtages, 1. und 2. Sitzung)

Kiep hat jetzt das Erforderliche eingeleitet. Um 4,4% steigt der Etat gegenüber dem vorherigen Jahr, die Steuereinnahmen sind auf 12,2 Mrd. DM veranschlagt. Das ist eine Steigerung von 9,1% und macht 57,4% des gesamten Haushalts aus. Sollen 8 Mio. DM sowieso von den Arbeitern und Angestellten über Lohn- und Umsatzsteuer aufgebracht werden, so führt ihn die Sorge um das Wohl der Kapitalisten zum Vorschlag der Abschaffung der Gewerbesteuer und läßt ihn die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als „Gebot finanzpolitischer Solidarität" loben. Den Freunden in den Gemeinden, konfrontiert mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer, empfiehlt Kiep „eigene Anstrengungen, z.B. Erhöhung der Gemeindesteuern. Gebühren usw." (Landtagsrede)

Die unverfrorene Aufforderung zu weiterer Plünderung der Volksmassen ist bei verschiedenen bürgerlichen Politikern schon auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgramm (FDP) hat anstelle der Lohnsummensteuer eine „Bürgersteuer" – als Kopfsteuer für alle gleich – empfohlen, und der Landtagsabgeordnete Grübmeyer (CDU) propagiert einen Wasserpfennig als Förderzins für Harzwasser. Ihn hatte der erfolgreiche Kampf gegen den Bau der Siebertalsperre zu seinen wütenden Angriffen veranlaßt. Ähnliche Probleme stellen sich der Bourgeoisie in Wolfsburg, wo die Ankündigung einer Gebührenerhöhung für verschiedene „Dienstleistungen" um 15 bis 25% heftigen Protest und Zersetzung an der SPD-Parteibasis bewirkt hat.

Kiep hat erklärt, es müsse der Kampf gegen „Anspruchsinflation und Anspruchsmentalität" aufgenommen werden und hat dabei direkt die Ausgaben für Schülertransport, BAFöG und die Sozialhilfe angesprochen. Und er hat den Arbeitern und den Gewerkschaften gedroht: „Sie müssen sich wieder stärker bewußt werden, daß sie nicht nur über Lohnquoten, sondern auch über Arbeitslosenquoten verhandeln." Seine Kollegin im Wirtschaftsressort, die Bankertochter Breuel, hat am nächsten Tag in Braunschweig vor Kapitalisten die Politik der Landesregierung ins rechte Licht gerückt, als sie ausrief: „... infolge des freiwerdenden Facharbeiterpotentials kann ich guten Gewissens an Sie appelieren: geht nach Braunschweig!" 14,8 Mrd. DM betragen die Schulden des Landes Niedersachsen bei den Banken. Das treibt die Landesregierung zu Dreistigkeiten gegen die Arbeiterklasse. Der Haushaltsentwurf ist der Angriffsplan der Bourgeoisie für das nächste Jahr. Der beste Gegenschlag der Arbeiter ist der unnachgiebig geführte Lohnkampf und das hartnäckige Festhalten am Aufbau der Front gegen die Steuer- und Gebührenausplünderung.



*geplante Ansätze

Die Versorgung des Staatsapparates mit Geld, das ist der Dreh- und Angelpunkt in der Kontrolle der Bourgeoisie über den Staatsapparat. Das Schaubild verdeutlicht, in welchem Maße das Finanzkapital über die Staatsschuld die Kontrolle ausübt. Der Entzug der notwendigen Kredite würde unbedingt zum Sturz der Landesregierung führen.
Die andere Seite ist die Bereicherung der Bourgeoisie und die maßlose Ausplünderung der Volksmassen. Mittlerweile über eine Mrd. DM Zinsen zieht das Finanzkapital jährlich aus den Volksmassen. Die Steuereinnahmen sind im Verhältnis zur Entwicklung des Gesamthaushalts unverhältnismäßig stärker gestiegen. Die Steigerungsrate liegt bei 40,9% gegenüber 31,4% beim Gesamthaushalt. Bis 1981 will die Landesregierung die Steuereinnahmen auf 15,1 Mrd. DM hochtreiben. Es muß ihr nicht gelingen.

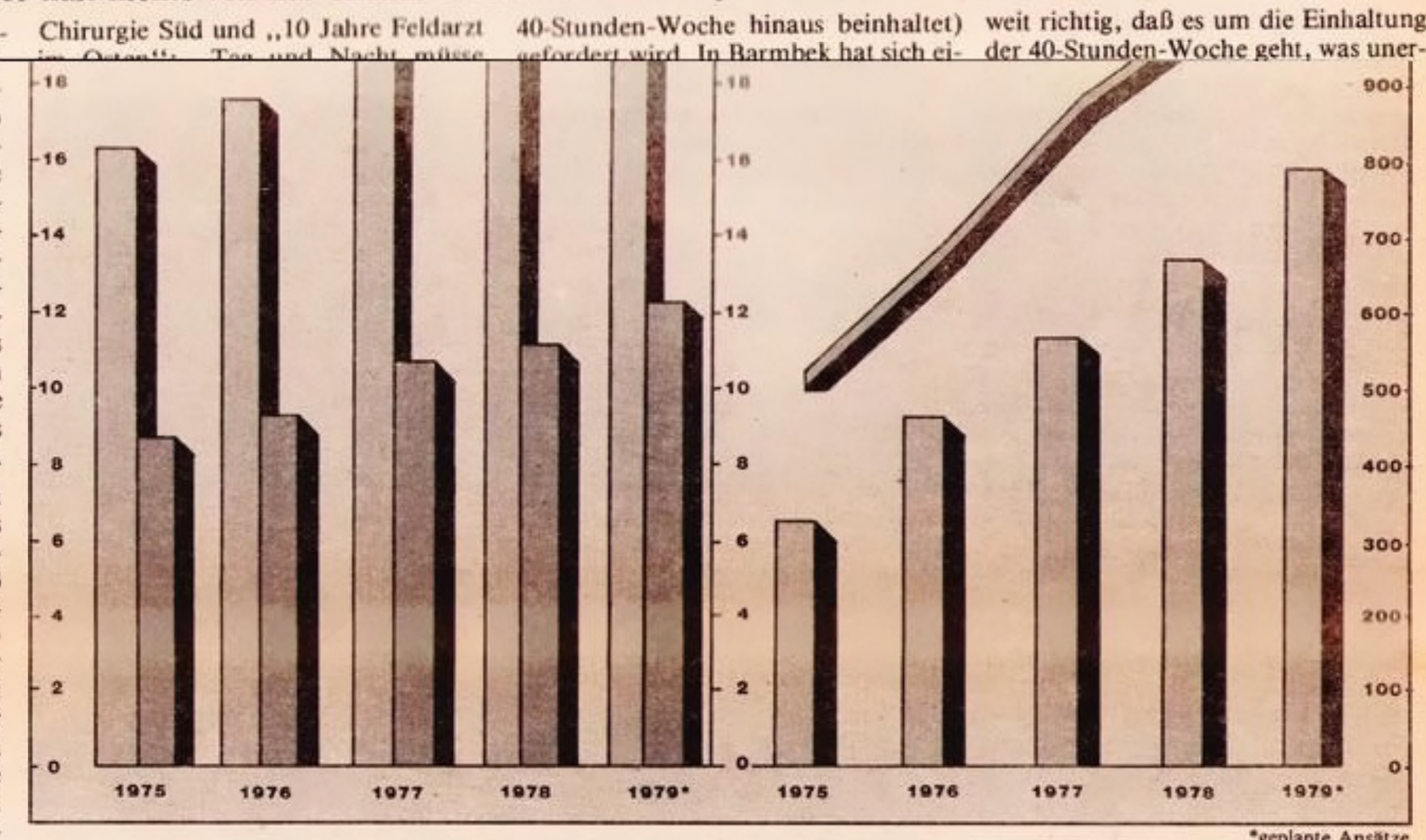
„Erfahrungen sammeln war unser Lohn"

Professor hält nichts von nur einmal Bereitschaftsdienst pro Woche für Assistenzärzte

r.brg. „Assistenzärzte drängen auf Be- Chirurgie Süd und „10 Jahre Feldarzt 40-Stunden-Woche hinaus beinhaltet) weit richtig, daß es um die Einhaltung der 40-Stunden-Woche geht, was uner-

Banken rechnen. So angenehm dem Finanzkapital der Rückfluß der ca. 8% Zinsen ist, so sehr schabt es die Bourgeoisie, wenn die neuerlichen Kredite nicht für die Ausbeutung von Arbeitskraft eingesetzt werden und die Tilgung der alten Kredite hinausgeschoben wird. Offensichtlich ist die Regierung Albrecht unter handfester Drohung des Abdrehens des Kredithahns ermahnt worden, ihre Pflicht zu tun und die Finanzierung ihrer Geschäfte in stärkerem Maße als bisher direkt aus dem Lohn der Volksmassen zu tätigen.

Der Christdemokrat Kiep hat sich ans Werk gemacht. Sein scheinheiliges Gerede vom „Würgegriff" der Zinsverpflichtungen appelliert an den Haß der Massen auf die Banken und soll ablenken vom Großangriff auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiter und Angestellten. Dieser Abgriff mit dem Haushaltsentwurf basiert auf der Regierungserklärung Albrechts vom 28.6. und der Verständigung über diese Erklärung mit der Sozialdemokratie. Der Bahlsen-Manager hatte damals erklärt: „Es muß einmal mit aller Klarheit gesagt werden, daß die finanzielle Lage der Länder und Gemeinden weitere Einnahmeverzichte und Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe nicht zuläßt", und der Sozialdemokrat Ravens hatte ihm geantwortet: „Aber



*geplante Ansätze

Die Versorgung des Staatsapparates mit Geld, das ist der Dreh- und Angelpunkt in der Kontrolle der Bourgeoisie über den Staatsapparat. Das Schaubild verdeutlicht, in welchem Maße das Finanzkapital über die Staatsschuld die Kontrolle ausübt. Der Entzug der notwendigen Kredite würde unbedingt zum Sturz der Landesregierung führen.
Die andere Seite ist die Bereicherung der Bourgeoisie und die maßlose Ausplünderung der Volksmassen. Mittlerweile über eine Mrd. DM Zinsen zieht das Finanzkapital jährlich aus den Volksmassen. Die Steuereinnahmen sind im Verhältnis zur Entwicklung des Gesamthaushalts unverhältnismäßig stärker gestiegen. Die Steigerungsrate liegt bei 40,9% gegenüber 31,4% beim Gesamthaushalt. Bis 1981 will die Landesregierung die Steuereinnahmen auf 15,1 Mrd. DM hochtreiben. Es muß ihr nicht gelingen.

„Erfahrungen sammeln war unser Lohn"

Professor hält nichts von nur einmal Bereitschaftsdienst pro Woche für Assistenzärzte

r.brg. „Assistenzärzte drängen auf Bereitschaftsdienste", schreiben die „Lübecker Nachrichten" (18.10.) zur Debatte um den Prozeß in Hamburg, wo der Chirurg Junghans Recht bekommen hat, daß er durchschnittlich nur noch einmal in der Woche Nachtdienst machen muß. In Lübeck in der chirurgischen Klinik Süd werden laut „Lübecker Nachrichten" durchschnittlich 80 Stunden gearbeitet, in der chirurgischen Station der Medizinischen Hochschule durchschnittlich 48 Stunden, maximal 135 Stunden. (Stand vom Februar 1977

In den Kreiskrankenhäusern Schleswig-Holsteins werden regelmäßig mehr als acht Dienste gemacht. In der Gynäkologie Preetz z.B. kommen die Ärzte auf 15 bis 16 Dienste im Monat, wo zwei Stationen zu betreuen sind. Das heißt, jeden zweiten Tag Nachtdienst. Oft sind auch noch zwei Wochenenddienste in einem Monat, das heißt dann, Beginn Sonntag morgen, bis Montag mittag Dienst, dann Pause und abends geht es dann weiter.

Der Amtsleiter in Lübeck, Lüdemann meint dazu, daß die Auswirkungen gar nicht so schlimm seien. Behauptet wird, man würde ja weniger als die Hälfte von dem tun, was man tagsüber macht.

„Zwei Planstellen mehr würden benötigt, wenn jeder Chirurg nur noch einmal pro Woche rund um die Uhr für Notfälle bereit sein muß. Das mutet dem Amt für Krankenanstalten (Lübeck) ‚utopisch' an" (LN 18.10.). Das würde auch dem Ehrenbergschen Kostendämpfungsprogramm zur Füllung der Versicherungskassen für das Finanzkapital zuwider laufen. Prof. Julius Edelhoff, ehemaliger Leiter der Chirurgie Süd und „10 Jahre Feldarzt im Osten": „Tag und Nacht müsse man bereit sein, wie er in jungen Jahren... Wir waren zwei Oberärzte bei 350 chirurgischen Betten... Hatten wir Dienst, so durften wir vierzehn Tage das Krankenhaus nicht verlassen und mußten Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Wir bekamen keinerlei Vergütungen... Erfahrungen sammeln, das war unser Lohn."

Das gilt natürlich vor allem für die jungen Ärzte. Ist man höher gestiegen im Rang, sprechen einem die bürgerlichen Richter mal eine Befreiung vom Bereitschaftsdienst zu. Ein Bereitschaftsdienst pro Woche für diese dann, da sie, so in der Urteilsbegründung, sich ja ständig weiterbilden müßten und deshalb die Abende frei bräuchten. Das machen die Herren Ober- und Chefärzte dann auf Parties und anderen Festivitäten, wo sich gleichzeitig die passenden Verbindungen für die nächste Aufstiegstufe herstellen lassen.

Die jungen Ärzte lassen sich die Verschärfung der Arbeitshetze, die Rationalisierungen und Lohndrückerei nicht bieten. In Kiel im Städtischen Krankenhaus haben die Ärzte sich dagegen gewehrt, daß sie in den Nachtdiensten soviel zu tun hatten. Die Stadt ist darauf eingegangen, allerdings hat sie für einen Dienst zwei Ärzte eingeteilt. Das bedeutet, mehr Dienste in der Woche und weniger Bezahlung (25% des Lohnes pro Stunde ca. 5 bis 6 DM). Dagegen führen sie jetzt einen Prozeß. Der Prozeß in Hamburg ist Ausdruck von dem Kampf. Es läuft jetzt ein zweiter, in dem die Anerkennung der Arbeitszeitordnung (die selber zwar noch eine Menge Ausnahmeregelungen über die 40-Stunden-Woche hinaus beinhaltet) gefordert wird. In Barmbek hat sich eine Versammlung der Assistenzärzte in einem Brief gegen den Personalmangel ausgesprochen.

In Rendsburg haben sich 32 von 34 Ärzten in einem Brief an den Bürgermeister gegen die Entlassung des Kollegen Berger ausgesprochen, der auf der Personalversammlung den Personalmangel angegriffen hatte und aufgedeckt, daß aufgrund dessen eine Patientin auf der urologischen Abteilung verblutet sei.

Die ÖTV in Hamburg hat die Forderung aufgestellt, daß nach einem Nachtdienst mindestens 24 Stunden frei sein müssen und daß die Arbeitszeitordnung für Ärzte gilt. Das ist soweit richtig, daß es um die Einhaltung der 40-Stunden-Woche geht, was unerläßlich ist, wobei voller Lohnausgleich gefordert werden muß. So hat man dann auch die Grundlage, um insgesamt mit der Arbeiterklasse den 7-Stunden-Tag zu erkämpfen. Möglich ist das allerdings nur durch den Zusammenschluß der Ärzte und der Belegschaften unter den richtigen Forderungen. Ziel muß es auch sein, gegen die Ruinierung der Arbeitskraft das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit durchzusetzen und wo es unerläßlich ist, die Nachtarbeit auf vier Stunden zu beschränken (in der Zeit zwischen 20 Uhr und sechs Uhr). Der politische Zusammenschluß dafür wird auch solche Auffassungen wie die des Professor Edelhoff vernichten.

„Freiwillig" in den Diakonieverein

r.hew. Will man als Krankenpflegeschülerin in den städtischen Kliniken Osnabrück eine Ausbildung zur examinierten Krankenschwester beginnen, muß man „freiwillig" in den Diakonieverein eintreten – oder man wird gar nicht angenommen. Zur Zeit werden in den städtischen Kliniken Osnabrück ca. 120 Krankenpflegeschüler und Schülerinnen ausgebildet.

Träger des Krankenhauses ist die Stadt, Betreiber der Krankenpflegeschule der Diakonieverein. Die männlichen Schüler werden Angestellte und nach Kr.1 bezahlt, also knapp 1000 DM netto. Bedingung für sie, aufgenommen zu werden, ist allerdings, ein Jahr praktisch unentgeltlich als Praktikant an den städtischen Kliniken gearbeitet zu haben. Schülerinnen erhalten die übliche Ausbildungsvergütung, knapp 600 DM netto. Einen Ausbildungs- oder Lehrvertrag bekommt man als Schülerin nicht, was einer täglichen Kündigungsfrist gleichkommt. Pflicht ist für die Schülerinnen, im Wohnheim unter Aufsicht von Diakonissen zu leben, wo man nur bis 22 Uhr abends Ausgang hat.

Bei den alljährlichen Lohnerhöhungen, wo sich der Dienstherr eh schon einen billigen Kredit verschafft durch verzögerte Auszahlung, werden die Schülerinnen noch später ausgezahlt und bekommen zudem keine Nachzahlung. Bei gewerkschaftlicher Betätigung wird mit Entlassung gedroht. Außer auf zwei Stationen sind am städtischen Krankenhaus (600 Betten) auf sämtlichen Stationen Diakonissen als Stationsschwestern eingesetzt. Materiell dem Diakonieverein unterworfen (jede Diakonisse muß einen Teil ihres Gehalts an diesen abführen), eignen sie sich besonders gut dazu, Unterwerfung unter verschärfte Antreiberei als christliche Nächstenliebe zu preisen.

Pendler

b.wil. Um die Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, wird im Kreis Steinburg über weite Strecken gependelt. Der Hauptankäufer von Arbeitskraft ist Gruner & Jahr mit 2760 Kollegen. Dort wird in drei Schichten gearbeitet. Um dorthin zu kommen, muß man von außerhalb schon ein Auto besitzen, denn mit öffentlichen Verkehrsmitteln geht das nicht. Um Geld zu sparen, gibt es in der Regel Fahrgemeinschaften mit drei bis fünf Kollegen. Für die Jugendlichen sieht es nicht anders aus, nur sie werden mit Bussen zur Schule gekarrt, sind also vom Fahrplan abhängig. Die Grund- und Hauptschule in der Wilster Marsch ist in Wilster. Dort werden die Kinder der ganzen Marsch hingebracht, weil die anderen Schulen geschlossen wurden. Nach der Schule wird dann auf den Bus gewartet. Geht man auf weiterführende Schulen, stellt sich das Problem des Pendelns sowieso. Die meisten weiterführenden Schulen sind in Itzehoe. Dort sind zwei Realschulen, vier Gymnasien sowie die Kreisberufsschule, an der pro Woche 3600 Schüler sind. Die weitere Ausdünnung der Fahrpläne steht im Interesse der Kapitalisten, müssen doch Zuschüsse dafür aus dem Staatssäckel gezahlt werden, die sie lieber für ihre Profite hätten.

1. Beispiel: Ein Lehrling aus Wilster, der eine Lehrstelle in Itzehoe hat, ist gezwungen, in Elmshorn zur Berufsschule zu gehen. Einmal in der Woche fängt der Tag für diesen Lehrling um 6 Uhr morgens an. Dann muß er um 7.03 den Eilzug nach Elmshorn nehmen, der dort um 7.38 Uhr eintrifft. 10 Minuten Fußweg bis zur Berufsschule, wo um 14 Uhr Schulschluß ist. Bis 15.10 Uhr hat der Lehrling Leerlauf, weil vorher kein Zug fährt. Eintreffen in Wilster ist dann 15.44 Uhr. Um 6 Stunden zur Schule zu gehen ist der Lehrling also 8½ Stunden unterwegs. Aber nicht nur viel Zeit muß aufgewendet werden. Auch zusätzliche Kosten entstehen durch diese Berufsschulfahrt.

2. Beispiel: Eine Schülerin aus Wellenkamp (Vorort von Itzehoe) muß täglich 30 Minuten früher aufstehen durch den geänderten Busfahrplan des städtischen Busunternehmens in Itzehoe. Die Fahrzeiten sind vom 60 Minuten Rythmus auf einen 70 Minutentakt gebracht worden. Das bedeutet für den Buskapitalisten Einsparung von 2 Busfahrten pro Linie, zum Zweiten folgt daraus, daß Busse vermehrt wegen Überfüllung nach zwei bis drei Stationen an den weiteren Stationen keine Passagiere mehr aufnehmen können. Um rechtzeitig zur Schule zu kommen, muß diese Schülerin schon mit einem für sie viel zu frühen Bus fahren, um überhaupt nach Itzehoe hinein zu kommen. Durch eine kürzere angebotenen Fahrstrecke ist die Schülerin gezwungen, einen Fußmarsch von mindestens einem Kilometer vor und nach der Schule zu bewältigen. Sie ist dann auch zu früh in der Schule. „Ich komme so ca. 7.10 Uhr in der Schule an und habe dann einen Leerlauf bis um 7.45 Uhr der Unterricht beginnt". Einige Schüler sehen nicht ein, daß sie viel früher als sonst aufstehen sollen und nehmen einen späteren Bus. Dafür werden die Schü-

Uhr eintrifft. 10 Minuten Fußweg bis zur Berufsschule, wo um 14 Uhr Schulschluß ist. Bis 15.10 Uhr hat der Lehrling Leerlauf, weil vorher kein Zug fährt. Eintreffen in Wilster ist dann 15.44 Uhr. Um 6 Stunden zur Schule zu gehen ist der Lehrling also 8½ Stunden unterwegs. Aber nicht nur viel Zeit muß aufgewendet werden. Auch zusätzliche Kosten entstehen durch diese Berufsschulfahrt.

2. Beispiel: Eine Schülerin aus Wellenkamp (Vorort von Itzehoe) muß täglich 30 Minuten früher aufstehen durch den geänderten Busfahrplan des städtischen Busunternehmens in Itzehoe. Die Fahrzeiten sind vom 60 Minuten Rythmus auf einen 70 Minutentakt gebracht worden. Das bedeutet für den Buskapitalisten Einsparung von 2 Busfahrten pro Linie, zum Zweiten folgt daraus, daß Busse vermehrt wegen Überfüllung nach zwei bis drei Stationen an den weiteren Stationen keine Passagiere mehr aufnehmen können. Um rechtzeitig zur Schule zu kommen, muß diese Schülerin schon mit einem für sie viel zu frühen Bus fahren, um überhaupt nach Itzehoe hinein zu kommen. Durch eine kürzere angebotenen Fahrstrecke ist die Schülerin gezwungen, einen Fußmarsch von mindestens einem Kilometer vor und nach der Schule zu bewältigen. Sie ist dann auch zu früh in der Schule. „Ich komme so ca. 7.10 Uhr in der Schule an und habe dann einen Leerlauf bis um 7.45 Uhr der Unterricht beginnt". Einige Schüler sehen nicht ein, daß sie viel früher als sonst aufstehen sollen und nehmen einen späteren Bus. Dafür werden die Schü-
ler dann gerügt. Verantwortlich für diesen Abbau der öffentlichen Verkehrsmittel sind der Kultusminister und der Landrat. Sie muß man zur Verantwortung ziehen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Werftarbeiter streiken gegen das imperialistische Werftprogramm

b.joh. Auf sämtlichen größeren Werften in Schleswig-Holstein wurde am Montag für eine Stunde gestreikt. Lübeck, Schlichting: Kundgebung vor dem Betriebstor; Flender: Kundgebung in der Kantinenhalle; Ohrenstein und Koppel: Demonstration über das Werftgelände. Rendsburg: Arbeitsniederlegung bei der Kröger-Werft; 50 Arbeiter bei der Nobiskrug treten in den Streik; Flensburg: Kundgebung bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft. Büsum: Kundgebung auf dem Werftgelände der Büsumer Werft. Husum: Arbeitsniederlegung für etwa eine Stunde. HDW Kiel: Arbeitsniederlegung, Versammlung von ca. 350 Arbeitern in Gaarden.

Gründe für Kampfaktionen gegen die Kapitalisten gibt es genug. 15000 Arbeiter wollen sie mit ihrem Programm der Werftsanierung rausrationalisieren und den Rest verstärkt ausbeuten. Milliardensubventionen durch den Staat erhalten sie dafür und stecken diese Summen in immer neue Techniken der Verfeinerung und Intensivierung der Ausbeutung. Nicht umsonst hat Henke von der HDW zusammen mit den Entlassungsplänen die vollständige Durchsetzung des Programmlohns auf der Werft in Kiel angekündigt. In Rendsburg sollen auf der Nobiskrug 350 Arbeiter entlassen werden. Gleichzeitig liefert diese Werft in immer neuen Rekordzeiten ihre Schiffe ab. Nur durch die Verschärfung der Ausbeutung können die Werftkapitalisten in der imperialistischen Konkurrenz nach vorn kommen. Es ist ihr Ziel, und die Mittel sind nicht zimperlich.

Daß die Werftarbeiter dem Widerstand entgegensetzen, ist den Kapitalisten bekannt; es hat sich auf den Betriebsversammlungen und bei mannigfachen Aktionen dokumentiert. Das Interesse der Kollegen besteht darin, rechtzeitig zum Lohnkampf die Front aufzubauen, mehr Ausbeutung und Lohndrückerei zurückzuschlagen. Und dort, wo bei den Streikaktionen die Gewerkschaftsführung nicht unmittelbar eingegriffen hat, haben die Arbeiter keineswegs die Subventionierung der Kapitalisten auch nur erwähnt, geschweige denn gefordert. 35-Stunden-Woche, mehr Urlaub und frühere Verrentung, das wurde z.B. bei HDW auf Transparenten gefordert. Dementsprechend war die Stimmung unter den Kapitalisten auch zwiespältig. „Sympathisiert" haben sie eh nur mit dem Chauvinismus, den die Sozialdemokratie unter den Arbeitern sät. Im Vertrauen auf die Fähigkeiten der Sozialdemokratie haben einige Kapitalisten dann in ihrem Überschwang auf die Streichung des Lohns für die eine Stunde verzichtet. Andersrum: sie wollten sich dafür was erkaufen.

Die IGM-Führung hatte ja zu dieser Protestaktion aufgerufen unter den Losungen nach mehr Werfthilfe, nach „offensiver Geschäftspolitik", nach „internationalen Abkommen gegen den Subventionswettlauf." Das haben die Kapitalisten begrüßt, weil es *ihr* Forderungskatalog ist.

In Kiel und Rendsburg hat die Gewerkschaftsführung überhaupt nicht in den Streik eingegriffen. Das war deshalb schlecht, weil es den Zusammenschluß behindert hat. Bei HDW haben Betriebsräte, die sich erst zum Schluß der Aktion an die Versammlung herantrauten, entsprechendes zu hören gekriegt. Es zeigt aber, daß sie sich an eine offensive Propaganda für das imperialistische Werftprogramm nicht herantrauen. Wo die IGM-Führung richtigerweise Kundgebungen organisiert hatte, bestimmten Parolen gegen die Entlassungen und für die 35-Stunden-Woche überall das Bild, konnte sie sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen.

In Lübeck sagte der IGM-Vertreter Eltermann ausdrücklich, daß die Protestaktion keineswegs irgendwelchen Einfluß auf die Tarifrunde habe. Er mußte das sagen, weil ja der Plan der Gewerkschaftsführung ist, mit den Kapitalisten gemeinsam über die ‚Sanierung' zu verhandeln, und ziemlich jeder Arbeiter sieht, daß dann kaum Forderungen gegen die Kapitalisten im Lohnkampf aufgestellt werden können. So aber, wie er dies gedreht hat, hat die Sache auch einen Pferdefuß: denn natürlich soll und muß die Kampfbereitschaft der Kollegen, die sich in dieser Aktion gezeigt hat, sich auch in der Tarifrunde niederschlagen. Dies durchzusetzen, auch gegen neue Manöver der Sozialdemokraten, können die Kollegen jetzt nur, wenn sie rasch sich einigen über die notwendigen Forderungen gegen die Kapitalisten.



Über 300 Arbeiter hatten sich während deseinstündigen Streiks im Gaardener Werk der HDW versammelt, obwohl die Gewerkschaftsführung alles daran gesetzt hatte, die Aktion hier zu desorganisieren: sie hatte weder einen Versammlungsplatz angegeben noch einen Redner für eine Kundgebung gestellt, die somit ausfiel. Obwohl auch eine sich formierende Demonstration über das Werftgelände ‚mangels Beteiligung' nicht durchgeführt wurde, zeigte sich doch, daß das Programm der Kapitalisten nicht hingenommen wird.

Mit Entlassungen gegen den Kampf der Baulehrlinge in Ahrensbök

Lehrlinge fordern Zurücknahme aller Kündigungen

b.reb. In der Manier eines angeschossenen Raubtieres reagieren die im Wirtschaftsverband Bauindustrie zusammengeschlossenen Kapitalisten auf die Kämpfe der Baulehrlinge im Ah-

erfolgte während der Probezeit, in der die Kapitalisten fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen können. Entsprechend weigern sie sich auch, Gründe zu nennen, denn sie haben

schen den Zeilen wird hier deutlich, daß es bereits vor der Einführung der Stufenausbildung Bau in Schleswig-Holstein am 1.8.76 Widerstand sowohl von Seiten der Arbeiter, wie von

immer neuen Rekordzeiten ihre Schiffe ab. Nur durch die Verschärfung der Ausbeutung können die Werftkapitalisten in der imperialistischen Konkurrenz nach vorn kommen. Es ist ihr Ziel, und die Mittel sind nicht zimperlich.

Daß die Werftarbeiter dem Widerstand entgegensetzen, ist den Kapitalisten bekannt; es hat sich auf den Betriebsversammlungen und bei mannigfachen Aktionen dokumentiert. Das Interesse der Kollegen besteht darin, rechtzeitig zum Lohnkampf die Front aufzubauen, mehr Ausbeutung und Lohndrückerei zurückzuschlagen. Und dort, wo bei den Streikaktionen die Gewerkschaftsführung nicht unmittelbar eingegriffen hat, haben die Arbeiter keineswegs die Subventionierung der Kapitalisten auch nur erwähnt, geschweige denn gefordert. 35-Stunden-Woche, mehr Urlaub und frühere Verrentung, das wurde z.B. bei HDW auf Transparenten gefordert. Dementsprechend war die Stimmung unter den Kapitalisten auch zwiespältig. „Sympa-



Über 300 Arbeiter hatten sich während deseinstündigen Streiks im Gaardener Werk der HDW versammelt, obwohl die Gewerkschaftsführung alles daran gesetzt hatte, die Aktion hier zu desorganisieren: sie hatte weder einen Versammlungsplatz angegeben noch einen Redner für eine Kundgebung gestellt, die somit ausfiel. Obwohl auch eine sich formierende Demonstration über das Werftgelände ‚mangels Beteiligung' nicht durchgeführt wurde, zeigte sich doch, daß das Programm der Kapitalisten nicht hingenommen wird.

Mit Entlassungen gegen den Kampf der Baulehrlinge in Ahrensbök

Lehrlinge fordern Zurücknahme aller Kündigungen

b.reb. In der Manier eines angeschossenen Raubtieres reagieren die im Wirtschaftsverband Bauindustrie zusammengeschlossenen Kapitalisten auf die Kämpfe der Baulehrlinge im Ahrensböker Ausbildungszentrum gegen die Stufenausbildung und die damit verbundene ‚überbetriebliche Ausbildung' und Einkasernierung in das dortige Internat. So wurde bereits am Dienstag vor 14 Tagen der Kieler Lehrling M. Tisztan von der Firma Max Giese entlassen und in einer Blitzaktion aus dem Heim geschafft.

Offiziell ohne Begründung, so soll doch zumindest der im Heim auch mit ‚Obersturmbannführer' betitelte Leiter des Ausbildungszentrums Heydeck gemeint haben, M. Tisztan sei aggressiv und streitsüchtig, arbeitsscheu und dem Alkohol verfallen. Nun lassen es Arbeiter bekanntlich nicht ungestraft zu, daß Angehörige ihrer Klasse von einem, wenn auch etwas einfach geratenen Hirn eines Kapitalistenknechtes beleidigt werden. So sei hier beiläufig erwähnt, daß Heydeck, hartnäckigen Gerüchten in Ahrensbök folgend, die letzte der von ihm genannten Eigenschaften so gut gekannt hat, daß man es ihm mit einer Entziehungskur wieder abgewöhnen mußte.

Am darauffolgenden Freitag bekamen die beiden Lehrlinge W. Tank und der Klassensprecher der Kieler Klasse R. Braungard von der Firma Gebr. Claussen eine Kündigung ins Haus. Nach unseren Informationen sind allein zwischen dem 25.9. und 20.10.78 insgesamt acht Lehrlinge im wesentlichen wegen Verstößen gegen die Heimordnung des Internats von ihren Kapitalisten rausgeschmissen worden. Die Kündigungen der drei Kieler Lehrlinge erfolgte während der Probezeit, in der die Kapitalisten fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen können. Entsprechend weigern sie sich auch, Gründe zu nennen, denn sie haben Angst vor einer offenen Auseinandersetzung mit den Lehrlingen, in der der Zweck der Stufenausbildung sowie die gerechten Forderungen der Lehrlinge nach Aufhebung des Ausgangsverbots am Mittwoch, nach Ausdehnung des Beginns der Bettruhe von 22 auf 23 Uhr, Rückkehr ins Heim am Sonntag auch nach 21.45 Uhr und entsprechender Änderung der Heimordnung auf den Tisch kommen.

Es ist offensichtlich, aus welcher Richtung der Gestank kommt, der sich um die Kündigungen im Ausbildungszentrum Ahrensbök legt. Die Baukapitalisten fürchten um die Stufenausbildung und das mit Recht. Bereits im August 1976 ließ der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Wirtschaftsverbandes Bauindustrie in den „Kieler Nachrichten" verlauten, „daß die Firmen (...) schon früher entschlossen gewesen seien, die neue Ausbildungsform anzuwenden. Sie hätten aber noch im vergangenen Jahr nicht genügend junge Menschen anwerben können."

Der bereits erwähnte Chefkapitalist Braesen klagt, Schuld an den „Nachwuchssorgen in der Bauwirtschaft" seien die „Eltern". Sie würden „die völlig falsche und verzerrte" Vorstellung verbreiten, der Bauarbeiter sei „ein nicht eben gut entlohnter Arbeiter, (...) der bei Wind und Wetter auf einer Baustelle schmutzige Arbeiten verrichte, (...)." (KN,23.9.70) Zwischen den Zeilen wird hier deutlich, daß es bereits vor der Einführung der Stufenausbildung Bau in Schleswig-Holstein am 1.8.76 Widerstand sowohl von Seiten der Arbeiter, wie von Seiten der Arbeiterjugend gegeben hat, der zu erheblicher Verzögerung dieses Projekts geführt hat. Und der Kampf ist auch nach der Einführung nicht abgebrochen. Mehrmals mußte der Wirtschaftsverband dem Druck der Lehrlinge weichen. So sollte der erste Lehrgang mitsamt Berufsschule 40 Wochen ununterbrochen im Ausbildungszentrum einkaserniert werden. Inzwischen sind die Lehrlinge im ersten Lehrjahr nur noch 20 Wochen in fünf Blöcken mit vier Wochen dort. Ebenso herrschte anfangs generelles Ausgangsverbot im Ausbildungszentrum, inzwischen gibt es nur noch einen Tag Ausgangsverbot in der Woche gegen den Widerstand der Lehrlinge.

Die Baukapitalisten wissen, daß sich dieser Kampf gegen einen wesentlichen Bestandteil der Stufenausbildung, der Abkapselung der Lehrlinge von den Arbeitern durch Einkasernierung richtet. Mit den Kündigungen hegen sie die Hoffnung, diesen Kampf zu ersticken. Aber sie stehen unter Druck. So mußte die Heimleitung am letzten Donnerstag den Ausgang um weitere 15 Minuten auf 22 Uhr ausdehnen, um Schlimmeres zu verhindern. Ganz sicher werden sich die Lehrlinge damit jedoch nicht zufrieden geben. So hat die Kieler Klasse, aus der die drei genannten entlassenen Lehrlinge sind, eine Erklärung mit 20 von 26 Kollegen bei einer Enthaltung verabschiedet, in der sie an ihren Forderungen festhalten und die sofortige Zurücknahme der Kündigungen fordern. Sie sind bereits unterstützt worden vom Landesschulsprecher der berufsbildenden Schulen.

Veranstaltungen und Termine

Montag, 30.10.78

Kaltefleiter- oder Quarktopfprozeß. Angeklagt sind Stundenten wegen Freiheitsberaubung und Nötigung des Vizepräsidenten der Universität Kiel
Kiel. Amtsgericht, Harmsstraße, Zi 90, 10 Uhr

Mittwoch, 1.11.78

Neueröffnung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U.Monica vor der Staatsschutzkammer Flensburg
Flensburg. Landgericht, Südergraben, Zi. 58, 9 Uhr

Veranstaltung zum Prozeß
Flensburg. Löhmannschule, Am Sandberg, 20 Uhr

Prozeß des Rentners Mahler. Er hat während der KZ-Haft Schäden am ganzen Körper erlitten und kämpft um die Anerkennung als Frührentner
Schleswig. Oberlandesgericht, Zi. 13, 9.30 Uhr

Arbeitsgerichtsprozeß des H.Berger gegen seine Entlassung aus dem Krankenhaus durch die Stadt Rendsburg. Der Prozeß wird von der ÖTV geführt.
Kiel. Arbeitsgericht, 10.30 Uhr

Donnerstag, 2.11.78

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U.Monica vom 1.11.78
Flensburg. Landgericht, Südergraben, Zi. 58, 9 Uhr

Kreisveranstaltung Rendsburg-Eckernförde. „Kündigungsdrohungen gegen die Werftarbeiter als Mittel zur Erzwingung von Überstunden und verschärftem Arbeitstempo"
Rendsburg. Gaststätte „Am Rotenhof", Rotenhöfer Weg, 20 Uhr

Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein: „Die ungarische Revolution wird durch Österreich und Rußland zerschlagen"
Kiel. Humboldschule, Knooper Weg, 20 Uhr

Freitag, 3.1.78

Prozeß gegen F.Kontny wegen Durchführung eines Agitationsstandes ohne Genehmigung.
Lübeck. Amtsgericht, Zi. 252, 12.30 Uhr

Kreisveranstaltung Kiel: „Mit Prozessen versucht der bürgerliche Staat, den Kampf gegen das Ehrenberg-Programm zu unterdrücken"
Kiel. Ellerbecker Kegelbahn, Ostring, 20 Uhr

Rendsburg: Beteiligung am Warnstreik der IGM auf der Nobiskrug Werft und der Kröger Werft

b.Holstein. 200 der ca. 350 Arbeiter und Angestellten der Kröger Werften streikten am Montag in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr. Auf der Nobiskrug Werft waren es nur 50 der insgesamt 1000 Arbeiter, die

Werftarbeiter als Mittel zur Erzwingung von Überstunden und verschärftem Arbeitstempo"
Rendsburg. Gaststätte „Am Rotenhof", Rotenhöfer Weg, 20 Uhr

Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein: „Die ungarische Revolution wird durch Österreich und Rußland zerschlagen"
Kiel. Humboldschule, Knooper Weg, 20 Uhr

Freitag, 3.1.78

Prozeß gegen F.Kontny wegen Durchführung eines Agitationsstandes ohne Genehmigung.
Lübeck. Amtsgericht, Zi. 252, 12.30 Uhr

Kreisveranstaltung Kiel: „Mit Prozessen versucht der bürgerliche Staat, den Kampf gegen das Ehrenberg-Programm zu unterdrücken"
Kiel. Ellerbecker Kegelbahn, Ostring, 20 Uhr

Rendsburg: Beteiligung am Warnstreik der IGM auf der Nobiskrug Werft und der Kröger Werft

b.Holstein. 200 der ca. 350 Arbeiter und Angestellten der Kröger Werften streikten am Montag in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr. Auf der Nobiskrug Werft waren es nur 50 der insgesamt 1000 Arbeiter, die in den Streik traten. Weder von den Betriebsräten noch von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten wurde irgendetwas für diesen Streik organisiert. Keine Transparente, kein Sammelplatz. Die Frage der Bezahlung dieser einen Stunde ist völlig ungeklärt. Hatten die Kapitalisten über die Presse verlauten lassen, sie ließen darüber mit sich reden, machen sie jetzt Schwierigkeiten. Das hat dazu geführt, daß auf der Kröger Werft ca. 100 Arbeiter die 1 Stunde abgestempelt haben.

Streik und Demonstrationen auf den Lübecker Werften

b.Holstein. Bei Ohrenstein & Koppel streikten einige Hundert der 2600 Werftarbeiter und zogen vor das Werkstor. Bei Schlichting demonstrierten 500 Arbeiter über das Werksgelände, und bei der Flender Werft versammelten sich 700 Arbeiter in der Kantine. Die IGM-Leitung Lübeck ließ verlauten, daß diese Streiks nichts mit den bevorstehenden Tarifrunden zu tun hätten. Gleichzeitig erklärte der Geschäftsführer Lübeck der IGM Eltermann jedoch, daß sie bemüht seien, die Tarifrunde vorzuverlegen, um schon im Februar einen Abschluß zu haben.

Sofortige Einstellung von H.-P. Drude!

b.Elmshorn. Die Bürgerinitiative Elmshorn hat in der letzten Woche die Resolution der BUU-Hamburg zur Nichteinstellung H.-P. Drudes zum Rechtsanwlat einstimmig verabschiedet.

Kraftfahrer beraten Kampfmaßnahmen gegen die Kapitalisten

b.chb. Am Sonntag, den 22.8. veranstaltete die ÖTV in Itzehoe einen Kraftfahrerfrühschoppen für die Beschäftigten im privaten Straßengüter- und Personenverkehr. 30 Kollegen waren gekommen. Die Hungerlöhne, die die Kapitalisten den Bus- bzw. den LKW-Fahrern zahlen, wurden von den Kollegen angegriffen, ebenso die Überstundenschinderei. Der Kapitalist Warnsholz aus Elmshorn, der 8 Fernzüge hat, zahlt den Fahrern 350 DM brutto (250 DM netto) pro Woche, was noch knapp 100 DM unter Tariflohn von 444 DM liegt. Dazu 250 DM Spesen. Dafür müssen die Kollegen 90 Stunden fahren. Wird einer krank, zahlt die Krankenkasse natürlich nur die 250 DM, ebenso wird das Arbeitslosengeld sowie die spätere Rente auf der Basis der 250 DM pro Woche berechnet. Durch den Lohn, von dem man nicht leben kann, sind die Kollegen gezwungen, massig Überstunden zu machen.

Bei der Firma Schreiber in Itzehoe, die die Straßenreinigung macht, sollen die Kollegen, die bei der Reinigung kaputt gehen, noch selber bezahlen.

Besprochen haben die Kollegen, wie ein Betriebsrat bei Warnsholz aufgebaut werden kann. Wenger von der ÖTV aus Stuttgart bekam Beifall, als er sagte, statt wie in Kiefersfelden im Interesse der Kapitalisten die Autobahn zu blockieren, sollte man sowas lieber für sich selber, für einen höheren Lohn machen. Er erinnerte an den Hafenarbeiterstreik im Frühjahr und an den erfolgreichen Streik im öffentlichen Dienst 1974 für Lohnerhöhung. Die Versammlung der Kraftfahrer war ein Fortschritt im Zusammenschluß der Kollegen für den Kampf um Lohnerhöhung und gegen die Ausdehnung des Arbeitstages.

Jugendheim Wik: 20-jähriges Jubiläum der Unterdrückung

b.irm. Das 20-jährige Bestehen des Jugendheims der Stadt Kiel in den Räumen des Wiker SV am Auberg will die Bourgeoisie dieser Tage begehen. Als besonders feiernswert sollen ein Neuanbau des Hauses sowie das Zurückgehen der ,,Ausschreitungen Jugendlicher'' im Heim begossen werden. Wie es so aussieht, sind die Bourgeois beim Feiern gänzlich allein. Der Versuch jedenfalls, das Jubiläum mit Theateraufführungen von Wiker Kindern zu dekorieren, scheiterte daran, daß sich keine Kinder dafür finden ließen. So läßt sich auch das ,,Zurückgehen der Ausschreitungen'' erklären, weil die Jugendlichen gar nicht erst in dieses Heim gehen. An der Schwierigkeit des 8. Polizeireviers, mit der Bandenbildung Wiker Jugendlicher klarzukommen, ändert die Tatsache, daß das Jugendheim die letzten 20 Jahre relativ unversehrt überstanden hat, gar nichts. Überhaupt scheint das Jugendamt seine Politik in der Wik nicht für besonders erfolgreich zu halten. Der größte Teil des Feierns wird in geschlossener Gesllschaft durchgeführt. So z.B. eine Veranstaltung mit politischen Parteien, die erst öffentlich sein sollte. Nunmehr hält Jugenddezernent Lütgens seine Rede lieber hinter Verschluß. Die Rede wird entsprechend sein: Zunächst war sie für ihn von einem Praktikanten geschrieben

Ehrenbergprozesse in Kiel

b.vom. ,,Ärzte wollen Diskussion über humanes Sterben'', berichtete die KN am 24.Oktober 1978 über eine Tagung des Hartmannbundes. Verabschiedet wurde am letzten Wochenende eine Resolution, die ,,das Recht jedes einzelnen Menschen auf einen würdigen Tod bekräftigt'' und ,,nach Möglichkeit dem Wunsch des Sterbenskranken zu entsprechen, sein Leben in vertrauter Umgebung zu beenden. Dabei solle neben der Familie der Hausartz individuelle Sterbebetreuung leisten.'' Nicht um ,,Wünsche des Sterbenskranken'' geht es dabei, sondern um Wünsche des Herrn Ehrenberg und der Finanzbourgeoisie, in deren Auftrag das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG) verabschiedet wurde. Wir haben in dieser Zeitung nachgewiesen, daß dieses Programm durch

- Verkürzung der Verweildauer in den Krankenhäusern
- Abschieben von kranken Rentnern in Sozialstationen oder zur ,,häuslichen Pflege''
- Entzug von Medikamenten durch die Arzneimittelhöchstverordnung
- weitere Einschränkung der Reproduktionsbasis der Massen durch Zahlung von 1 DM pro verordnetem Medikament

dazu führen soll, die Rentner im Zusammenhang mit den Rentenkürzungen vor die ,,Alternative'' zu stellen, an Lebensmitteln oder Medikamenten zu sparen.

Unter der Rubrik: ,,Sozialleistungsquote rückläufig'' stellt dazu das ,,Bundesarbeitsblatt'' in einem ersten Erfahrungsbericht fest: ,,Bei den Ausgaben für Alter und Hinterbliebenschaft zeigt sich zunächst noch deutlich die Zunahme der Zahl der Rentner. Nach 1978 wirken sich die Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes aus... Für das Jahr 1982 werden in der Rentenversicherung... wieder Überschüsse in Höhe von 5,7 Mrd. DM entstehen... Zusammen mit den Überschüssen aus der Krankenversicherung (eineinhalb Mrd. DM), der Arbeitsförderung (0,4 Mrd. DM) und der Unfallversicherung (0,9 Mrd. DM) wird es voraussichtlich in der Sozialversicherung Überschüsse in Höhe von achteinhalb Mrd. DM geben'' (Bundesarbeitsblatt 7/8 1978, S.243ff).

Überschüsse, mit denen die Versicherungskassen der Werktätigen geplündert werden, um dieses Geld dem Finanzkapital in Form von Anleihen zwecks Finanzierung der imperialistischen Expansion zur Verfügung zu stellen. Für dieses Programm wird Ehrenberg Schreibtischmörder genannt, des weiteren hat er sich dafür einen Namen als Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister, Erpresser und Lohndrücker, Endlöser und Sterbehelfer des Finanzkapitals gemacht. Diese Bezeichnungen hat der neueste Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt, wonach Arbeitslose grundsätzlich jede Tätigkeit zu jedem Lohn an noch so entfernten Orten annehmen müssen, unter Androhung des Entzuges des Arbeitslosengeldes.

Die Enthüllungen über die Gesetzesmaßnahmen aus dem Hause Ehrenberg in Betriebszeitungen und auf Plakaten haben ihn angeschlagen. Ehrenberg in Form der Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Beleidigung und Verleumdung gegen drei Genossen erhoben, weil ,,wider besseres Wissen'' Tatsachen über Minister Ehrenberg verbreitet worden seien, die geeignet sind, ,,ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und verächtlich zu machen.''

Wir werden den Beweis erbringen, daß Minister Ehrenberg in Kenntnis der Tatsache, daß

- die durchschnittliche Höhe einer Altersrente in der Arbeiterrentenversicherung im Juli 1976 641,20 DM (für Männer)
- die durchschnittliche Altersrente bei den Arbeiterinnen 482,70 DM betrug,
- ein Viertel aller männlichen Arbeiter und über dreiviertel der weiblichen Arbeiter diese Durchschnittsrente nicht erreichen,
- es im Jahre 1976 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Personen gab, deren Einkommen unter dem Sozialhilfesatz lag,

bewußt Gesetze verabschieden läßt, um das frühe Sterben der Rentner zu beschleunigen. Weiter wird bewiesen werden, daß die Auswirkungen dieser Gesetze Minister Ehrenberg verhaßt gemacht haben, daß diese Maßnahmen und nicht die Verbreitung der Wahrheit über Gesetze ihn bei den Massen ,,verächtlich'' machen.

Notwendig ist es, die Erfahrungen der Massen mit diesen Gesetzen zusammenzutragen. Dazu dient die Kreisveranstaltung des KBW am 3.11.78 in Kiel.

Unfallursache in Gärtnerei und Baumschulen: Arbeitshetze und Akkord

b.kap. Als eine gesunde Tätigkeit an der frischen Luft weist ein Merkblatt des Arbeitsamtes den Beruf des Gärtners aus. Das Gegenteil ist der Fall. In den meisten Gärtnereien und Baumschulen sind keine oder nur unzureichende Schutzbekleidung vorhanden. Die Kapitalisten kaufen oft für mehrere Arbeiter nur ein Atemschutzgerät und einen Gummianzug. Die billigen Schutzanzüge zerreißen sehr schnell. Wenn man z.B. Rosen spritzt, dann taugen sie nichts mehr.

An Atemschutzgeräten gibt es zwei Arten: Einmal Halbmasken, sie bedecken Nase und Mund, zum anderen Vollmasken, die das ganze Gesicht bedecken. Im Gartenbaubetrieb Albrecht hatte nur der Kapitalist eine Vollmaske und die Arbeiter anfangs zwei alte Halbmasken. Da dies äußerst unhygienisch ist, wurden sie nicht benutzt. Auf Drängen der Kollegen wurden für jeden eine Halbmaske gekauft. Bei besonders gefährlichen Spritzmitteln holten sie sich die Vollmaske des Chefs.

Aufgrund der Profitgier der Kapitalisten wird versucht, möglichst viele Pflanzen auf möglichts wenig Fläche zu pflanzen. Dadurch werden Krankheiten und Schädlinge gefördert. Es wird dadurch nötig, verstärkt Pflanzenschutzmittel anzuwenden. In der Oktoberausgabe des ,,Säemann'', der Gewerkschaftszeitung, schreiben die Kollegen, sie hätten PD 5 mit Halbmaske gespritzt. PD 5 ist ein Insektizid der Giftklasse eins, durch das man tränende Augen und später vereiterte Augen bekommt. Die Kollegen fragten ihren Betriebsführer, warum sie keine Vollmasken bekommen würden, worauf er sagte, Vollmasken wären zu teuer. Die Kollegen spritzen jetzt nicht mehr selbst, sondern bedienen nur noch die Maschine vor dem Gewächshaus.

Ein anderes Beispiel ist der Umgang mit Terabol, einem Nervengas der Giftklasse eins, an dem schon einige Kollegen gestorben sind. Es wirkt bei Einatmung sofort tödlich und darf deshalb nur im Freien angewandt werden. Im Gewächshaus darf es nur von konzessionierten Firmen ausgebracht werden. Im Gartenbaubetrieb Albrecht in Pinneberg mußte das Bodenentseuchungsmittel immer von einem Kollegen ausgebracht werden. Diese Arbeit ist äußerst gefährlich und verursacht Kopfschmerzen und Magenverstimmung. Magenleiden und Bronchitis ist durch das Einatmen der giftigen Pflanzenschutzmittel und Dünger bei Baumschul- und Gärtnereiarbeitern auch häufig anzutreffen.

Ca. 70% der Unfälle im Gartenbau, das sind ca. 12000 Unfälle im Jahr, betreffen Körperteile, die durch Körperschutzmittel geschützt werden können. Im einzelnen entfallen auf Verletzungen an den Händen 38%, an den Füßen 22%, am Kopf 8% und an den Augen 2%. Diese Angaben sind einer Broschüre der Gartenbauberufsgenossenschaft entnommen. Man kann annehmen, daß die Unfälle wesentlich höher liegen, denn nicht jeder Unfall wird gemeldet. Im Merkblatt der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft heißt es: ,,Bei stärkerem Wind sollte man keinen staubförmigen Dünger streuen und nicht spritzen. Wenn es jedoch nicht zu vermeiden ist, sollte darauf geachtet werden, daß Düngerstab und Teile des Spritzschleiers vom Anwender weggetrieben werden.'' Die Kapitalisten wollen durch Arbeitshetze möglichst viel aus den Arbeitern herauspressen, egal ob Wind weht oder nicht. Außerdem treiben einzelne Windböen dem Arbeiter doch wieder die Spritznebel zu.

Viele Verletzungen und Krankheitszustände in den Baumschulen entstehen durch zu schweres Heben an Rücken-, Schulter- und Bauchmuskulatur und dem Herzmuskel. Leistenbrüche und Hexenschüsse sind keine Seltenheit. Viele Ärzte sprechen von dem sogenannten Gärtnerrücken. Eine Verformung, die gerade Jugendliche durch das stundenlange Bücken beim Pflanzen bekommen. Aber auch Akkordveredler oder Frauen auf Pflanzmaschinen leiden darunter. All dies ist der Profitgier der Gärtnerei- und Baumschulkapitalisten geschuldet.

Auch das Arbeitsgerät ist oft unzureichend und geradezu lebensgefährlich. So wird z.B. mit notdürftig ausgebesserten Leitern, mit geflickten Holmen und aufgenagelten Sprossen gearbeitet. Bei den Druckspritzen sind die Druckbehälter verbeult und haben winzige Löcher oder die Sicherheitsventile und Manometer fehlen, so daß irgendwann durch Wasserdruck von drei bis fünf atü der Boden wegplatzt, was schon manchem Gärtner den Tod gebracht hat.

In der Zeitung ,,Der Säemann'' werden diese alltäglichen Erfahrungen der Arbeiter in den Sätzen zusammengefaßt: ,,Helft mit, Unfälle zu verhüten!'' oder ,,Laßt euch helfen''. Kein Wort von Zusammenschluß gegen die Kapitalisten. Es wird so dargestellt, als sei der Arbeiter selbst dran schuld.

Die Arbeiter beherrschen die Produktion, doch durch die ständig steigende Arbeitshetze passieren die Unfälle. Erst nachdem vor ein paar Jahren drei Kollegen an inneren Verletzung an Gramoxone, einem Herbizid gestorben sind, wurde im Kreiskrankenhaus Pinneberg ein Schrank mit Gegengift eingerichtet. Erst als an die Öffentlichkeit kam, daß die Gegengifte fehlten, wurden sie teilweise besorgt.

Als einen Schritt, um den Auswirkungen der schamlosen Ausbeutung durch die Kapitalisten entgegenzutreten, hat die Jugendgruppe der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten jetzt beraten, mit einer Delegation der Gewerkschaft die Verhältnisse im Krankenhaus zu untersuchen.

war ein Fortschritt im Zusammenschluß der Kollegen für den Kampf um Lohnerhöhung und gegen die Ausdehnung des Arbeitstages.

Jugendheim Wik: 20-jähriges Jubiläum der Unterdrückung

b.irm. Das 20-jährige Bestehen des Jugendheims der Stadt Kiel in den Räumen des Wiker SV am Auberg will die Bourgeoisie dieser Tage begehen. Als besonders feiernswert sollen ein Neuanbau des Hauses sowie das Zurückgehen der ,,Ausschreitungen Jugendlicher'' im Heim begossen werden. Wie es so aussieht, sind die Bourgeois beim Feiern gänzlich allein. Der Versuch jedenfalls, das Jubiläum mit Theateraufführungen von Wiker Kindern zu dekorieren, scheiterte daran, daß sich keine Kinder dafür finden ließen. So läßt sich auch das ,,Zurückgehen der Ausschreitungen'' erklären, weil die Jugendlichen gar nicht erst in dieses Heim gehen. An der Schwierigkeit des 8. Polizeireviers, mit der Bandenbildung Wiker Jugendlicher klarzukommen, ändert die Tatsache, daß das Jugendheim die letzten 20 Jahre relativ unversehrt überstanden hat, gar nichts. Überhaupt scheint das Jugendamt seine Politik in der Wik nicht für besonders erfolgreich zu halten. Der größte Teil des Feierns wird in geschlossener Gesllschaft durchgeführt. So z.B. eine Veranstaltung mit politischen Parteien, die erst öffentlich sein sollte. Nunmehr hält Jugenddezernent Lütgens seine Rede lieber hinter Verschluß. Die Rede wird entsprechend sein: Zunächst war sie für ihn von einem Praktikanten geschrieben
worden und als ,,zu kritisch'' zurückgewiesen worden. Jetzt hat ein Abteilungsleiter des Jugendamtes die Rede geschrieben. Da wird die Richtung stimmen.

Jugendliche fordern selbstverwaltetes Jugendzentrum

b.Neumünster. Auf Antrag der FDP hatte die Ratsversammlung beschlossen, die Jugendlichen bei der Planung des neuen Jugendzentrums ,,mitwirken'' zu lassen. Dazu wurde ein ,,Koordinationsausschuß'' von Bürgermeister Sawade einberufen aus Vertretern der bürgerlichen Parteien, Sozialpädagogen, dem Leiter der Jugendpflege, Sawade selbst und zwei Jugendlichen. Dieser Ausschuß soll ,,beratende Funktion'' haben. Am 10.10. fand der erste ,,Gesprächsabend'' statt. Zwölf Jugendliche haben daraufhin einen Leserbrief an die örtliche Presse geschickt, in dem es heißt:

,,Überfahren und gegängelt

Wir Jugendlichen aus dem Jugendzentrum in der Friedrichstraße und dem Jugendheim Gadeland haben heute die Informationsveranstaltung des Jugendamtes zum Haus der Jugend besucht und drücken hiermit unseren Unmut zu dieser Sache aus:

1. Wir fühlen uns überfahren und gegängelt; 2. Das Haus der Jugend wird ein Haus der Verbände, in dem wir überhaupt nichts zu sagen haben; 3. Wir fühlen uns ausgestoßen; 4. Wir spüren nur Kontrolle von oben; 5. Diese geplante Einrichtung erinnert an ein Jugendgetto; 6. Wir wollen auf jeden Fall bestimmen, was in diesem Haus geschieht!

12 Unterschriften liegen der Redaktion vor''

b.kap. Als eine gesunde Tätigkeit an der frischen Luft weist ein Merkblatt des Arbeitsamtes den Beruf des Gärtners aus. Das Gegenteil ist der Fall. In den meisten Gärtnereien und Baumschulen sind keine oder nur unzureichende Schutzbekleidung vorhanden. Die Kapitalisten kaufen oft für mehrere Arbeiter nur ein Atemschutzgerät und einen Gummianzug. Die billigen Schutzanzüge zerreißen sehr schnell. Wenn man z.B. Rosen spritzt, dann taugen sie nichts mehr.

An Atemschutzgeräten gibt es zwei Arten: Einmal Halbmasken, sie bedecken Nase und Mund, zum anderen Vollmasken, die das ganze Gesicht bedecken. Im Gartenbaubetrieb Albrecht hatte nur der Kapitalist eine Vollmaske und die Arbeiter anfangs zwei alte Halbmasken. Da dies äußerst unhygienisch ist, wurden sie nicht benutzt. Auf Drängen der Kollegen wurden für jeden eine Halbmaske gekauft. Bei besonders gefährlichen Spritzmitteln holten sie sich die Vollmaske des Chefs.

Aufgrund der Profitgier der Kapitalisten wird versucht, möglichst viele Pflanzen auf möglichts wenig Fläche zu pflanzen. Dadurch werden Krankheiten und Schädlinge gefördert. Es wird dadurch nötig, verstärkt Pflanzenschutzmittel anzuwenden. In der Oktoberausgabe des ,,Säemann'', der Gewerkschaftszeitung, schreiben die Kollegen, sie hätten PD 5 mit Halbmaske gespritzt. PD 5 ist ein Insektizid der Giftklasse eins, durch das man tränende Augen und später vereiterte Augen bekommt. Die Kollegen fragten ihren Betriebsführer, warum sie keine Vollmasken bekommen würden, worauf er sagte, Vollmasken wären zu teuer. Die Kollegen spritzen jetzt nicht mehr selbst, sondern bedienen nur noch die Maschine vor dem Gewächshaus.

Ein anderes Beispiel ist der Umgang mit Terabol, einem Nervengas der Giftklasse eins, an dem schon einige Kollegen gestorben sind. Es wirkt bei Einatmung sofort tödlich und darf deshalb nur im Freien angewandt werden. Im Gewächshaus darf es nur von konzessionierten Firmen ausgebracht werden. Im Gartenbaubetrieb Albrecht in Pinneberg mußte das Bodenentseuchungsmittel immer von einem Kollegen ausgebracht werden. Diese Arbeit ist äußerst gefährlich und verursacht Kopfschmerzen und Magenverstimmung. Magenleiden und Bronchitis ist durch das Einatmen der giftigen Pflanzenschutzmittel und Dünger bei Baumschul- und Gärtnereiarbeitern auch häufig anzutreffen.

Ca. 70% der Unfälle im Gartenbau, das sind ca. 12000 Unfälle im Jahr, betreffen Körperteile, die durch Körperschutzmittel geschützt werden können. Im einzelnen entfallen auf Verletzungen an den Händen 38%, an den Füßen 22%, am Kopf 8% und an den Augen 2%. Diese Angaben sind einer Broschüre der Gartenbauberufsgenossenschaft entnommen. Man kann annehmen, daß die Unfälle wesentlich höher liegen, denn nicht jeder Unfall wird gemeldet. Im Merkblatt der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft heißt es: ,,Bei stärkerem Wind sollte man keinen staubförmigen Dünger streuen und nicht spritzen. Wenn es jedoch nicht zu vermeiden ist, sollte darauf geachtet werden, daß Düngerstab und Teile des Spritzschleiers vom Anwender weggetrieben werden.'' Die Kapitalisten wollen durch Arbeitshetze möglichst viel aus den Arbeitern herauspressen, egal ob Wind weht oder nicht. Außerdem treiben einzelne Windböen dem Arbeiter doch wieder die Spritznebel zu.

Viele Verletzungen und Krankheitszustände in den Baumschulen entstehen durch zu schweres Heben an Rücken-, Schulter- und Bauchmuskulatur und dem Herzmuskel. Leistenbrüche und Hexenschüsse sind keine Seltenheit. Viele Ärzte sprechen von dem sogenannten Gärtnerrücken. Eine Verformung, die gerade Jugendliche durch das stundenlange Bücken beim Pflanzen bekommen. Aber auch Akkordveredler oder Frauen auf Pflanzmaschinen leiden darunter. All dies ist der Profitgier der Gärtnerei- und Baumschulkapitalisten geschuldet.

Auch das Arbeitsgerät ist oft unzureichend und geradezu lebensgefährlich. So wird z.B. mit notdürftig ausgebesserten Leitern, mit geflickten Holmen und aufgenagelten Sprossen gearbeitet. Bei den Druckspritzen sind die Druckbehälter verbeult und haben winzige Löcher oder die Sicherheitsventile und Manometer fehlen, so daß irgendwann durch Wasserdruck von drei bis fünf atü der Boden wegplatzt, was schon manchem Gärtner den Tod gebracht hat.

In der Zeitung ,,Der Säemann'' werden diese alltäglichen Erfahrungen der Arbeiter in den Sätzen zusammengefaßt: ,,Helft mit, Unfälle zu verhüten!'' oder ,,Laßt euch helfen''. Kein Wort von Zusammenschluß gegen die Kapitalisten. Es wird so dargestellt, als sei der Arbeiter selbst dran schuld.

Die Arbeiter beherrschen die Produktion, doch durch die ständig steigende Arbeitshetze passieren die Unfälle. Erst nachdem vor ein paar Jahren drei Kollegen an inneren Verletzung an Gramoxone, einem Herbizid gestorben sind, wurde im Kreiskrankenhaus Pinneberg ein Schrank mit Gegengift eingerichtet. Erst als an die Öffentlichkeit kam, daß die Gegengifte fehlten, wurden sie teilweise besorgt.

Als einen Schritt, um den Auswirkungen der schamlosen Ausbeutung durch die Kapitalisten entgegenzutreten, hat die Jugendgruppe der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten jetzt beraten, mit einer Delegation der Gewerkschaft die Verhältnisse im Krankenhaus zu untersuchen.

,,(...) müßten die Weißen wahrscheinlich das Land verlassen''

Lügen in Schulbüchern zur Vorbereitung der imperialistischen Intervention

b.kal. ,,Niederländer gründeten 1652 Kapstadt... Sie waren zumeist Bauern und kultivierten das Land, das damals kaum besiedelt war.'' Um 1750 ,,dehnten'' sich die Europäer aus, bis sie ,,zum ersten Mal auf Bantuvölker'' trafen, ,,die seit langem von Norden her auf der Wanderung waren und in Südafrika neues Weide- und Siedlungsland suchten.'' Tatsächlich war das Land bereits dicht besiedelt.

Dies müssen selbst bürgerliche Geschichtsforscher wie A.R. Willcox in seinem populärwissenschaftlichen Archäologiebuch, hrsg. 1976 in Kapstadt, zugeben. (Vgl. ,,Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft'', Frankfurt 1978, S.17)

Sind sowohl die weißen Kolonialisten als auch die Afrikaner zur gleichen Zeit in nahezu unbesiedeltes Gebiet vorgestoßen, wird dem Schüler verständlich: ,,...sie betrachteten *beide* Südafrika als ihre jahrhundertelange Heimat''. Tatsächlich fußt jeder Quadratmeter Land der Kolonialisten auf Raub. ,,Als sie (die Qoyi) feststellten, daß ihnen ihr bestes Land geraubt werden sollte, gab es Krieg (...) 1660 umzäunten die Kolonialisten ein etwa 24 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Dornenhecke und stellten Wachen auf.'' (S. 45)

Daß der jahrhundertelange Befreiungskampf des Volkes von Azania im folgenden totgeschwiegen wird, ist nur logisch. Denn Landraub hat es für die Schulbuchautoren nie gegeben.

Angesichts der für jeden offensichtlichen Kämpfe im südlichen Afrika können die Autoren es sich nicht leisten, diese ganz totzuschweigen. Aus dem Befreiungskampf wird jedoch ein Kampf für ,, einen gerechten Lohn, mehr Rechte, größere Freiheit.'' Und sie wollen ,,als Menschen geachtet und behandelt werden''. Damit es auch jeder glaubt, lassen die Verfasser diese angeblichen Ziele durch einen angeklagten Bantuführer, Rechtsanwalt Nelson Mandela, propagieren.

,,Es ist sehr wichtig, daß man begreift, daß der Kampf in unserem Land ein nationaler Kampf ist, der Kampf um die Rückgewinnung unseres Landes, der Kampf für die Befreiung des Volkes, und daß es selbst über sein Recht auf Selbstbestimmung entscheiden muß. Die Afrikaner wurden ihres Landes beraubt; dabei sind sie nicht als Arbeiter unterdrückt oder als sonst irgend etwas, sondern als Nation. Deshalb ist der Kampf ein nationaler Kampf, der die Landfrage als wichtigsten Faktor in Betracht zieht.'' (aus dem Gespräch mit dem Genossen Gqobose, ZK-Mitglied des PAC, in: KUK 8/77, S.360)

Für die Autoren gibt es nur ,,Rassenkonflikte in der Republik Südafrika'', so auch der Titel des Kapitels. ,,Nur Weiße dürfen in Gemeinden, Städten, Provinzen und für das Parlament des Landes Abgeordnete wählen ... Nur Weiße dürfen Richter und Verwaltungsbeamte sein ... Nur Weiße dürfen Aufsichts- und Führungsposten in der Wirtschaft innehaben.'' Die Ausbeuterherrschaft soll also aufrechterhalten bleiben, nur sollten dort ,,unsere Grundwerte'' Einzug halten, von denen Helmut Schmidt sowieso gesagt hat, daß man sie nicht auf die BRD beschränken dürfe. Als ungerecht werden die stark unterschiedlichen Löhne von Weißen und Schwarzen dargestellt. Von der Ausbeutung der billigen afrikanischen Arbeitskraft profitieren auch die BRD-Kapitalisten. ,,Die Gewinne (Renditen) der Unternehmen sind in keinem Land so groß wie in der Republik Südafrika.'' Aber die westdeutschen Konzerne machen einen Schritt in die richtige Richtung: ,,Das VW-Werk bei Port Elizabeth beschäftigt 2500 Schwarze, davon etwa 300 in der niedrigsten Lohnstufe. Sie verdienten 1973 pro Stunde 0,35 Rand; ein Gesetz legt 0,30 Rand als Mindestlohn fest.'' Die Imperialisten sind in Azania nötig, denn den Afrikanern ,,fehlen Kapital und technisches Wissen und Können''. Ein Kampf um Unabhängigkeit würde sich für die Afrikaner nicht lohnen, denn ,,nirgendwo in der Welt ... ist das Wachstum der vermeintlich dabei benachteiligten Bevölkerungsgruppen größer und ihr Wohlstand höher als in Südafrika.'' Er ist so groß, daß ,,Tausende aus den Nachbarländern ohne Einreiseerlaubnis über die Grenze kommen und Arbeit suchen.'' Dazu werden Lesotho, Swasiland und die Transkei zu ,,unabhängigen afrikanischen Staaten'' erklärt. Zwar wird über den Befreiungskampf des Volkes von Azania nichts geschrieben, aber er sitzt den Schulbuchschreibern im Nacken. ,,Käme es zu einem revolutionären Umsturz in Südafrika, so müßten die Weißen wahrscheinlich das Land verlassen. Sie wüßten dann aber nicht, wohin sie auswandern könnten, denn die Weißen ... sind Südafrikaner ...''. So sollen die Schüler für eine Intervention gewonnen werden, propagieren doch die Sozialdemokraten ,,die politische Gleichberechtigung der schwarzen Mehrheit bei gleichzeitigem Schutz der Minderheiten in Südafrika.'' (Terjung, SPD-Sprecher in der KN vom 7.2.78). Die Minderheiten, das sind die Imperialisten und ihre Statthalter im südlichen Afrika. Gegen sie wird das Volk von Azania sein Land befreien. Die Jugend in Westdeutschland wird das unterstützen.

Nieder mit dem Soldsystem! Lohnfortzahlung!

Soldverteilung des Rak.-Art.-Btl. 2/62 in Kellinghusen

b.reh. In der Kellinghuser Lilienkaserne fand sich eine Aufstellung der in der 2/62 diensttuenden Soldaten. Dieser Fund erreichte die Redaktion und das ist ausgesprochen günstig. Mit Hilfe der Aufstellung haben wir die Soldverteilung der Batterie, die durchaus vergleichbar ist mit Kompanien der anderen Waffengattungen, ziemlich genau berechnen und aufzeichnen können (siehe Grafik unten).

Was zeigt die Soldverteilung?

Sie zeigt, daß selbst bei dem zum verrecken niedrigen Sold der Wehrpflichtigen (zwischen 195 und 285 DM) die Spaltung probiert wird. Zwischen 195 DM und 240 DM, was die Beförderung vom Kanonier zum Gefreiten ausmacht, liegt das „Gelöbnis", die Bedingung kein Diszi eingesteckt zu haben usw. Danach haben die Spaltungsplaner unter Apel fein verteilt 6% Obergefreiten- und Hauptgefreitenposten in den Stellenplan gestreut, was eine Soldsteigerung auf 255 DM bzw. 285 DM zur Folge hat. Die erste „Hürde" mit 45 DM ist darauf berechnet, daß die ersten Anstrengungen der Rekruten, sich gegen die Kasernenunterdrückung zur Wehr zu setzen, untergraben werden. Es gibt kaum eine Einheit, in der nicht die gemeinsame Gelöbnisverweigerung mit dem Verlust der 45 DM aufgerechnet wurde, ein Geld, was lächerlich gering erscheint, aber von dem z.B. die Finanzierung einer Heimfahrt abhängt.

Die zweite „Hürde" mit 15 DM hat ihren fiesen Charakter weniger in der finanziellen Köderung. Sie soll nach 12 Monaten Dienstzeit Mißtrauen und Zwietracht in die häufig schon erkämpfte Einheit der Soldaten bringen. Äußerungen wie „warum gerade der?" oder „der ist dem Chef sowieso in den Arsch gekrochen", sind die erhofften Wirkungen.

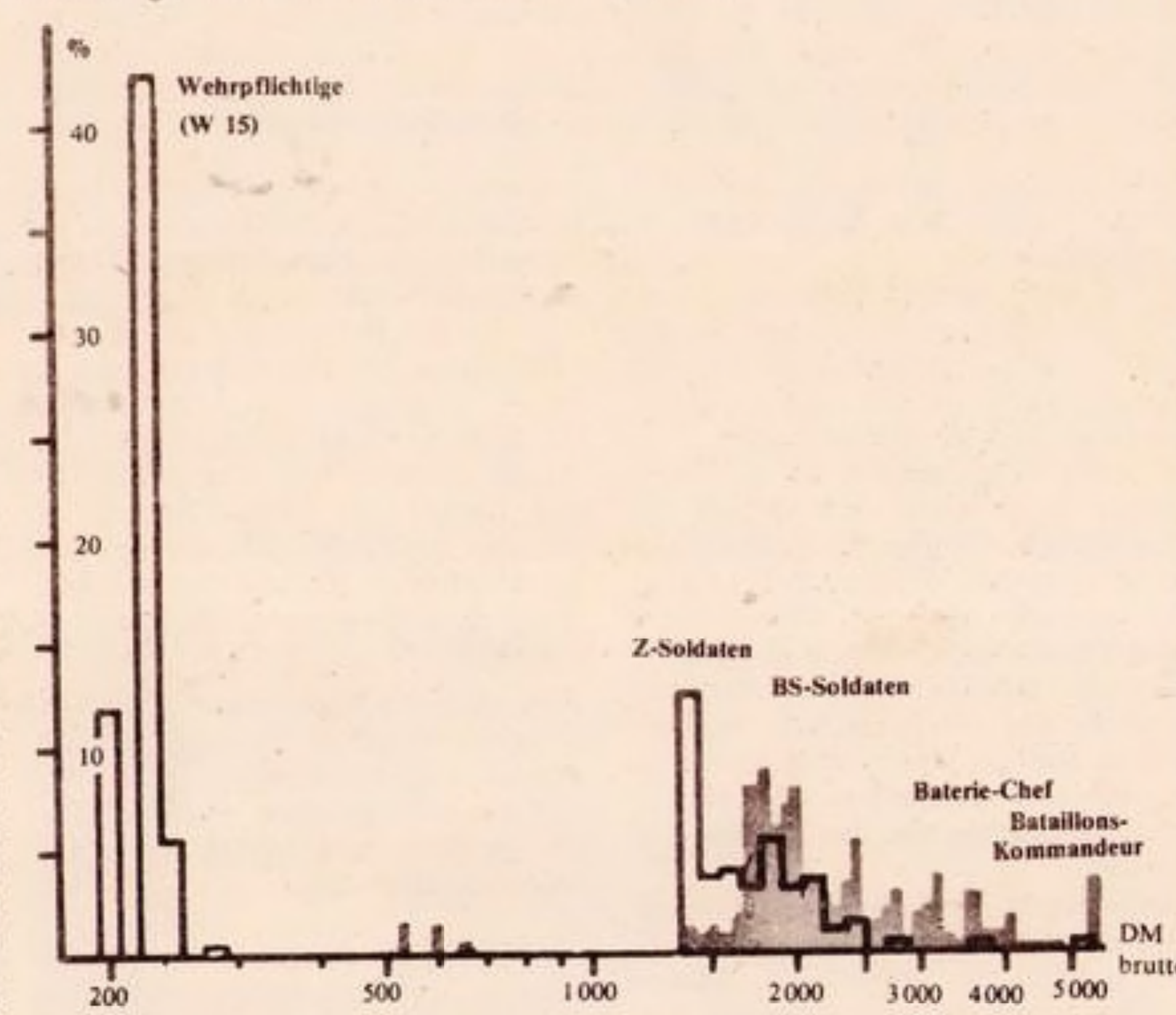
Die Soldverteilung zeigt weiter: Da eine Existenz von dem Hungersold der Wehrpflichtigen ohne Erspartes, Unterstützung der Eltern und Verwandten oder größere Kredite nicht möglich ist, bleibt für eine große Zahl in die Armee gepreßter nur der Weg der Verpflichtung. In der 2/62 47 Soldaten (33%). Sie befinden sich allesamt in dem Bereich zwischen 1350 DM und 2050 DM. Ein Auskommen ist auch damit schwer möglich, so daß in der Regel auch hier nur Verschuldungen über die Verpflichtungszeit helfen.

Als dritte Abteilung erscheinen in der Grafik die Soldaten, die zwischen 2000 und 2500 DM erhalten. Durch die Bank Berufssoldaten. Das Kriegsministerium hält diese Zahl niedrig. In der 2/62 sind es ganze 9 Soldaten (6%). Bewerbungen auf eine Stellung als Berufsoldat sind erst nach mehrjähriger Zeitsoldatenzeit zulässig. Dann nämlich, wenn sich herausstellt, daß a.) der Sold als Zeitsoldat nicht reicht und eine Beförderung zum Hauptfeldwebel oder Stabsfeldwebel nur Berufssoldaten winkt, und b.) die Kenntnisse und Fertigkeiten, die man als Jungarbeiter erworben, zusehends geschwunden sind.

Die vierte Abteilung in der 2/62 ist zahlenmäßig ebenso dünn, wie geldmäßig dick geschmiert: Sie beginnt bei 2700 DM bis 2800 DM. Es ist ungefähr der Übergang, wo die Bezahlung ausschließlich nach dem Unterdrückungsgeschick des Vorgesetzten erfolgt. Der Buckel ganz rechts, ist der mit dem zweipickligen Lametta: Oberstleutnant Schrödter, Bataillonskommandeur.

Zusammengefaßt macht die Soldverteilung die Absichten der imperialistischen Bourgeoisie mit dem Soldsystem deutlich: Mit fein ausgelegten Spaltungslinien soll der Kampf gegen Unterdrückung und Schikane, gegen Hungersold und für politische und gewerkschaftliche Rechte hoffnungslos aufgerieben werden. Mit großzügig verteilten Schmiergeldern sollen Batterie-, Bataillons- und höhere Führer „heiß" gemacht werden für das Unterdrückungsgeschäft. Das sind die Absichten. Bekannt ist allgemein, daß Apel, ebenso wie seine Vorgänger, keineswegs den Vollzug über die Zerschlagung der Soldatenbewegung melden konnte. Warum nicht, kann ebenfalls aus der Grafik abgelesen werden: Mag auch die Zerklüftung der Soldverteilung äußerst krass sein. Sie hebt eins nicht auf: Die Gemeinsamkeit des Existenzkampfes der Soldaten bis zu 2500 DM Einkommen. Beachtenswert ist, daß diese Gemeinsamkeit die unteren Offiziersränge einschließt.

Zu einem einheitlichen Kampf zusammengefaßt werden kann diese objektive Gemeinsamkeit über die Spaltungsgräben hinweg nur unter der Forderung nach Lohnfortzahlung. Daß die Forderung nach Lohnfortzahlung keineswegs nur die Interessen der Wehrpflichtigen ausdrückt, sondern ebenso die der Zeitsoldaten, haben wir deutlich gemacht, indem wir unter die stark umrandete Soldverteilungskurve die Lohnverteilungskurve von Siemens-Braunschweig als Beispiel für einen Industriebetrieb gerastert aufgetragen haben. Es wird daraus ersichtlich, daß der Lohn der Facharbeiter in der Industrie im Schnitt um ca. 500 DM über dem Sold der Unteroffiziere und Feldwebel beim Bund liegen. Ersichtlich wird daraus auch, warum die Zeitsoldaten ein starkes Streben nach Quittierung des Dienstes vor Ablauf der Vertragsfrist haben, daß die Forderung nach Kündigungsrecht korrekt ist und daß die Soldaten richtig daran tun, die Kämpfe der Kollegen in den Betrieben für höheren Lohn zu unterstützen.



„Die allgemeine Verteidigungsbereitschaft zu fördern"

b.reh. Mit ihrer Außerdienststellung wird die höhere Offiziersriege der Bundeswehr noch lange nicht abgewrackt. In der „Gesellschaft für Wehrkunde" findet sie für die Bourgeoisie noch wertvolle Verwendung. Als „Theoretiker" und Propagandisten gab diese Gesellschaft mit Vorsteher 4-Sterne-General a.D. Benecke an der Spitze die „Europäische Wehrkunde" heraus und organisiert Veranstaltungsreihen wie die folgenden in Lübeck, die die Ziele und Propaganda der westdeutschen Bourgeoisie voll abdecken.

Da ist als allererstes zu berücksichtigen der Heißhunger der Imperialisten nach Höchstprofiten, konkret, wie lassen sich die Ausbeutungsquellen in der 3.Welt gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker halten und ausbauen? Dazu referiert ein Militärattachee aus Südafrika: „Die aktuelle Lage am Kap der Guten Hoffnung". Steht für die Raubzüge endlich die erforderliche Truppe bereit und läßt der imperialistische Hauptkonkurrent, die Sowjetunion, sich bezwingen? „Das große Herbstmanöver Bold Guard aus der Sicht der Truppe", soll endlich die erhofften Ergebnisse gebracht haben.

Schließlich die Sorge: Wird es gelingen, im Fahrwasser der imperialistischen Supermacht USA an der Neuaufteilung der Welt teilzunehmen oder wird man dabei ersaufen, weil die beiden Supermächte sich auf Westdeutschland als Hauptkampfplatz verständigen? Mit „Können die Sowjets in 48 Stunden am Rhein sein?" und „Kann die Rüstungskontrolle die Sicherheit der BRD gefährden?" sind dieser Sorge gleich zwei Veranstaltungen gewidmet. Eine Lösung aus diesem Problem sucht die westdeutsche Bourgeoisie darin, Europa unter ihrer Vorherrschaft zu „vereinigen": „Die Bedeutung der Europawahlen 1979 für die Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit in Europa", soll ein Dr. Otto von Habsburg erläutern. Die entscheidenden Lehren werden die Herren nicht in ihren Sälen bekommen, die werden ihnen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt, die an ihrem Sturz arbeiten, verpassen.

Germanistik-Studenten: Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die SRKs

Kiel. Brief von vier Mitgliedern der FSG Germanistik an Richter Sauer, Staatsschutzkammer Flensburg:

„Wie wir erfahren haben, soll dem presserechtlichen Verantwortlichen des Soldaten- und Reservistenkomitees Flensburg am 1.11. erneut der Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung gemacht werden. Was Sie, stellvertretend für die herrschende Klasse, durchsetzen wollen, ist die Zerschlagung der SRKs und des Kampfes der Soldaten, damit die Armee einsatzfähig ist gegen die Bevölkerung hier im Lande als auch gegen andere Völker. Und daß die herrschende Klasse den Krieg vorbereitet, können wir nicht nur ah den herzzerreißenden Reden der Herren Genscher und Schmidt sehen, sondern ebenso an den letzten NATO-Manövern, insbesondere dem Manöver Bold Guard, das hier in Schleßwig-Holstein abrollte.

Gegen solche Art Kriegsvorbereitung sind wir und unterstützen es, wenn diese als auch damit verbunden der Drill und die Schikane der Soldaten angegriffen werden. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg/Westküste!"

Der holsteinische Adel – Raubritter seit eh und je

b.chv. Seit dem 18.Jahrhundert expandieren die von Bülow aus Mecklenburg und Dänemark, Lauenburg und Holstein. Sie blieben Lehnsgrafen des Großherzogs von Mecklenburg, bis Schleswig-Holstein nach dem Frieden von Königgrätz 1867 von Preußen annektiert wurde. Treue ihrem neuen Herrn gegenüber brachte ihnen 1881 den erblichen Grafenstand und die Güter Kühren und Wilhelminenhof ein. Bis zum heutigen Tag besitzen die von Bülow das Gut Kühren. Es ist 1000 Hektar groß, wovon 463 ha unter Pflug sind und entspricht der Durchschnittsgröße der ostholsteinischen Adelsgüter.

Die Geschichte der Entstehung dieser adligen Rittergüter mit leibeigenen Bauern ist die Geschichte des heldenhaften Kampfes der ursprünglich freien Bauern in Holstein gegen ihre Unterjochung. Fast 800 Jahre haben sie heftigen Widerstand gegen die totale Bindung an den adligen Grundherrn geleistet. Über Landraub und das Recht der Gerichtsbarkeit auf ihren Ländereien schafften sich die Raubritter die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die freien Bauern in die Leibeigenschaft zu zwingen. Damit war für die Adligen die Bewirtschaftung ihrer Güter gesichert, ohne selbst einen Finger krumm machen zu müssen.

Die unersättliche Gier des Adels nach mehr Land trieb ihn dazu, die leibeigenen Bauern noch von ihrem verbliebenen Land von 30 ha zu vertreiben oder es bei gleichzeitiger Erhöhung der Abgabepflicht zu verkleinern. Am 23.3.1907 erhoben sich die leibeigenen Bauern von Stolpe und Wankendorf aufgrund einer solchen Willkürmaßnahme des Besitzers des Gutes Depenau, Oberst von Brockdorff. Es kam zu blutigen Kämpfen, und der Oberst mußte eine Kompanie Grenadiere aus Plön gegen die rebellischen Bauern anfordern. Aus Angst vor weiteren Angriffen hielt sich der Oberst 2½ Jahre einen Leutnant und vier Soldaten zum Schutze.

Die Unfähigkeit des Feudaladels, die Ländereien gewinnbringend zu bewirtschaften, erwies sich immer deutlicher. Die Leibeigenen ergriffen massenweise die Flucht in die Städte Hamburg und Lübeck, und die Ländereien lagen großenteils brach. Sowieso schon ziemlich angeschlagen seit der Unterwerfung unter die dänische Krone und wirtschaftlich ruiniert – der dänische Staat hatte schon ein Sechstel des pleitegegangenen Großgrundbesitzes aufgekauft – wurden die Grafen unter den heftigen Klassenkämpfen der Bauern windelweich. Sie mußten Zugeständnisse machen, wollten aber auf keinen Fall auf ihre feudalistischen Grundrechte verzichten. Die beste Lösung für sie war die formale Aufhebung der Leibeigenschaft. Den leibeigenen Bauern verpachtete man ihren Grund und Boden, der aufgrund der harten Fron beim Grafen oft schon verwüstet war, in Zeitpacht und ließ sie das Land „auf eigenes Risiko" neu bewirtschaften. Für ihre „Freiheit" mußten die Bauern demnach jährliche Pacht (Kanon) zahlen, oft bis ins 19.Jahrhundert hinein. Den Reibach machten die adligen Großgrundbesitzer. Nach der „Bauernbefreiung" stiegen sofort ihre Einnahmen, z.B. Vorwerk, Plön: Vor der „Befreiung" 653 Reichsthaler, danach 996 Rthlr. Der dänische Staat nahm aus seinen 52 Gütern 87246 Rthlr. ein, nach der „Befreiung" 106039 Rthlr.

Im Kreis Plön war die Zeitpacht vorherrschend, dreifünftel aller Güter mit dreiviertel der betroffenen Landfläche waren in Zeitpacht vergeben. Die Landstellen wurden auf 8 bis 10 Jahre verpachtet. Die Pacht bestand außer Naturalien und Steuern in Gebot- und Spanndiensten, vor allem zur Saat-und Erntezeit bis in die Mitte des 19.Jahrhunderts. Länger gehalten haben sich noch die Fuhrpflichten der Bauern. So mußten die Bauern von den Gütern des Grafen von Blome am Selenter See umsonst das Baumaterial von den Segeberger Kalkwerken für die Erbauung der Blomenburg heranfahren. Erst 100 Jahre später (1918) hatten sich die Bauern das Ende der Zeitpacht erkämpft, sie wurden Eigentümer des Landes.

Die Herrschaft der feudalen Ritterschaft in Schleswig-Holstein bis 1928 verhinderte jegliche industrielle Entwicklung. Die landlosen Bauern waren gezwungen, während der Leibeigenschaft als Leibeigene und danach als Landarbeiter beim Grafen zu schuften. Die Landarbeiter wurden mit Zahlung von Deputaten bis 1962 fest an den gräflichen Hof gebunden. Die Kinder der Landarbeiter gingen in die gräfliche Dorfschule. Nach der Auflösung der Gutsbezirke 1928 im Kreis Plön wurden die Grafen Bürgermeister oder Amtsvorsteher. Während des Faschismus konnten die adligen Grundherren ihre Ländereien noch um ein Vielfaches vergrößern. Zu Beginn des 2.Weltkrieges besaßen sie 38% der gesamten landwirschaftlichen Fläche des damaligen deutschen Reiches. Unter dem Druck der Bodenreform 1945 in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg unter der Führung der KPD mußte auch in Holstein unter britischer Besatzung eine „Bodenreform" eingeleitet werden. Während in der DDR die Junker enteignet wurden, konnten in Holstein die Großgrundbesitzer ihren Reibach machen. Alles Land über 100 ha sollte versiedelt werden. Die Gutsbetriebe gaben ihren sogenannten Zweitbesitz zur Siedlung frei (etwa 30000 ha in Schleswig-Holstein). Im Kreis Plön waren es 13000 ha, wovon bis heute 11116 ha „zugeteilt" sind. Man kann davon ausgehen, daß es brachliegendes Land war. Die „Landabgeber" erhielten 140% des Einheitswertes und behielten 30 Jahre lang ein im Grundbuch eingetragenes Wiederkaufsrecht. An die Siedler wurden im Kreis Plön Parzellen von 5 bis 30 ha Größe vergeben. Die Siedler selbst waren ohne Kapital, sie mußten sich bei der Holsteinischen Siedlungsgesellschaft verschulden und waren von vornherein hoffnungslos der Konkurrenz der Großgrundbesitzer ausgeliefert. Der größte Teil dieser Bauern ist bis 1971 gelegt worden, und das urbar gemachte und entwässerte Land fiel größtenteils an die Gutsbesitzer zurück.

1950 gab es im Kreis Plön noch 3503 selbstständige Bauern einschließlich Großgrundbesitz. Bis 1960 war eine Steigerung auf 3602 zu verzeichnen, jedoch schon 1971 ging es runter auf 2377, 1975 auf 2234, 1977 auf 2178. Die entscheidende Bewegung fand im Bereich der Bauern mit 2 bis 10 ha großen Höfen statt, die zu Gunsten von Höfen mit 30 bis 50 ha verschwanden. In Kühren, dem gräflichen Besitz derer von Bülow, gab es 1950 17, 1960 42, 1971 26 selbständige Bauern. Gleichzeitig hat sich das Land des Herrn von Bülow vergrößert: 1971 wird sein Gut mit 877 ha angegeben, heute hat es 1000 ha. Billige Arbeitskräfte gab es nach dem Krieg aufgrund des Flüchtlingsstroms genügend. Die Einwohnerzahl stieg von 360 vor dem Krieg auf 682 1946. Die Flüchtlinge wohnten in dem nicht beheizbaren Schloß des Grafen, die von Bülow wohnen in dem beheizbaren ehemaligen Forsthaus.

Die Auflösung des Gutsbezirks 1928 brachte für Kühren keine wesentliche Veränderung. Bürgermeister wurde die Freiin von Sobeck, verheiratet mit Detlev-Heinrich Graf von Bülow. 1954 hat sie ihr Sohn abgelöst, der dann zusätzlich von 1955 bis 1970 Amtsvorsteher des Amtes Kirchbarkau war. Im Mai 1968 wurde er Amtsvorsteher des Amtes Preetz Land mit 22 Gemeinden, 34 Ämter hat er insgesamt inne.

Allein über die hemmungslose Ausbeutung seiner Landarbeiter und die Subventionen des bürgerlichen Staates ist ihm die Umstrukturierung von Viehhaltung auf reinen Ackerbau in den sechziger Jahren gelungen. 45 Landarbeiter hat er seitdem entlassen. Heute bewirtschaften 5 Landarbeiter die 436 ha Land. Der Durchschnitt liegt in Schleswig-Holstein bei 6,1 Arbeitskräften pro Hektar, bei Bülow sind es 1,15. Die Landarbeiter bekamen bis 1962 Deputate (Wohnung, Essen, Trinken, Holz). Heute bekommen sie einen Stundenlohn von 7,76 DM abzüglich Miete, Wasser ist kostenlos. Sie wohnen in kleinen Häuschen (60 m^2) mit Plumpsklo und primitiver Wasserstelle in einem Raum. Bis letztes Jahr betrug die Miete 65 DM, dieses Jahr ist sie auf 105 DM erhöht worden. Die Landarbeiter arbeiten im Schnitt 7,5 bis 9 Stunden pro Tag, Samstagsarbeit gilt als Überstunden. In der Erntezeit muß bis in die Nacht hinein gearbeitet werden. 24 bis 26 Tage im Jahr haben sie Urlaub, den sie nach der Saat über Weihnachten nehmen müssen. Ging ein Deputatarbeiter in Rente, so bekam er 1000 DM Abfindung und mußte Miete zahlen, die Rente betrug 500 DM im Monat. Die Landarbeiter haben sich erkämpft, daß sie auch als freie Lohnarbeiter 1000 DM bekommen und weiter wohnen bleiben können. Die 5 Landarbeiter auf Gut Kühren sind durchschnittlich 50 Jahre alt, teils schon 20 Jahre und noch länger beim Grafen.

Es ist eine gute Bedingung, daß ein Teil von ihnen in der Gewerkschaft organisiert ist. Im Kampf um ausreichenden Lohn haben die Landarbeiter viel nachzuholen. Der Ruinierung ihrer Arbeitskraft gilt es den Kampf anzusagen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, keine Überstunden, keine Nachtarbeit sind die Forderungen, unter denen sich die Landarbeiter zusammenschließen.

Die zweite „Hürde" mit 15 DM hat ihren fiesen Charakter weniger in der finanziellen Köderung. Sie soll nach 12 Monaten Dienstzeit Mißtrauen und Zwietracht in die häufig schon erkämpfte Einheit der Soldaten bringen. Äußerungen wie „warum gerade der?" oder „der ist dem Chef sowieso in den Arsch gekrochen", sind die erhofften Wirkungen.

Die Soldverteilung zeigt weiter: Da eine Existenz von dem Hungersold der Wehrpflichtigen ohne Erspartes, Un-

Schrödter, Bataillonskommandeur.

Zusammengefaßt macht die Soldverteilung die Absichten der imperialistischen Bourgeoisie mit dem Soldsystem deutlich: Mit fein ausgelegten Spaltungslinien soll der Kampf gegen Unterdrückung und Schikane, gegen Hungersold und für politische und gewerkschaftliche Rechte hoffnungslos aufgerieben werden. Mit großzügig verteilten Schmiergeldern sollen Batterie-, Bataillons- und höhere Führer „heiß" gemacht werden für das

dieser Sorge gleich zwei Veranstaltungen gewidmet. Eine Lösung aus diesem Problem sucht die westdeutsche Bourgeoisie darin, Europa unter ihrer Vorherrschaft zu „vereinigen": „Die Bedeutung der Europawahlen 1979 für die Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit in Europa", soll ein Dr. Otto von Habsburg erläutern. Die entscheidenden Lehren werden die Herren nicht in ihren Sälen bekommen, die werden ihnen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt, die an ihrem Sturz arbeiten, verpassen.

Germanistik-Studenten: Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die SRKs

Der holsteinische Adel – Raubritter seit eh und je

KKW-Brunsbüttel ein Unfall nach dem anderen

b.Holstein. Am 22.10. berichtete die Frankfurter Rundschau von einem handteller großen Metallbrocken, der am 18.10. im Reaktordruckbehälter des seit dem letzten Unfall im Juni stillgelgten KKW-Brunsbüttel gefunden wurde. „Nach Auskunft des HEW-Pressesprechers Fritz Krull handelt es sich um ein Stück, das zu einer Umwälzpumpe gehört, die für den Dampfumlauf im Primärkreislauf des Siedewasserreaktors sorgt." (FR, 23.10.) Zwei Tage später melden die „Kieler Nachrichten", daß in einem Teil des Pumpenhauses durch ein Leck in einer Kühlwasserpumpe Elbwasser eingetreten sei und die in diesem Teil des Bauwerks befindlichen Pumpen außer Betrieb gesetzt haben. Da das Pumpenhaus nicht zum Strahlenschutzbereich gehört, sei kein radioaktiv verunreinigtes Wasser vorhanden. Wieder einen Tag später ereignete sich in diesem Kernkraftwerk ein tödlicher Unfall, als ein 45-jähriger Arbeiter während Instandsetzungsarbeiten im überfluteten Einlaufbauwerk zur Kühlwasserversorgung aus einer Einstiegsluke etwa 18 Meter in die Tiefe stürzte.

Im neuen China bilden die Gewerkschaften einen Eckpfeiler der Diktatur des Proletariats

Interview der Nachrichtenagentur Hsinhua mit Ma Chun-ku, Vizepräsident des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverbandes.

z.lup. Vom 11. bis zum 21. Oktober fand in Peking der 9. Nationalkongreß des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverbandes statt. Fast 2000 Delegierte aus allen Teilen des Landes nahmen daran teil. Der Kongreß wählte eine neue Führung und verabschiedete eine geänderte Fassung des Gewerkschaftsstatuts.

Die chinesischen Gewerkschaften haben eine über 50-jährige ruhmreiche Geschichte. 1921 gegründet, haben die chinesischen Gewerkschaften von Anfang an bewußt die Führung der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei anerkannt, für die Bildung der Einheitsfront gegen Imperialismus und Feudalismus gekämpft und die Verbindung zwischen dem Kampf für die Arbeiterrechte mit der allgemeinen Aufgabe des Kampfes gegen Imperialismus und Feudalismus bewußt hergestellt.

Der 1. Gewerkschaftskongreß 1922 hat als Hauptlosungen „Nieder mit dem Imperialismus! Nieder mit den Kriegsherren!" beschlossen und als nächste Aufgabe der Arbeiterbewegung den Kampf für Versammlungsfreiheit, Gewerkschafts- und Organisationsfreiheit, für den 8-Stundentag und für Lohnerhöhungen festgelegt. Der zweite Kongreß, der 1925 stattfand, rief alle Arbeiter und Bauern dazu auf, sich zusammenzuschließen gegen ihren gemeinsamen Feind, die Imperialisten, und die feudalen Kriegsherren zu stürzen und die alte Gesellschaftsordnung zu beseitigen. Ma Chun-ku, Vizepräsident des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverbands, seit über einem halben Jahrhundert Teilnehmer der chinesischen Gewerkschaftsbewegung, erklärte in seiner Eröffnungsansprache:

„Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat die chinesische Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas immer in der vordersten Front des Kampfes gestanden. In der Periode der demokratischen Revolution, in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau, während der großen proletarischen Kulturrevolution und auch jetzt ist die Arbeiterklasse die ausschlaggebende Kraft bei der Verwirklichung des Neuen. Die chinesische Arbeiterklasse ist fest entschlossen, auf dem neuen langen Marsch jede Schwierigkeit zu überwinden, um das großartige Ziel des Aufbaus eines modernen, starken, sozialistischen Staates in kurzer Zeit zu erreichen."

In dem folgenden Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua erläutert Genosse Ma Chun-ku das allgemeine Programm der Gewerkschaften, wie es in der geänderten Fassung des Gewerkschaftsstatuts beschlossen wurde.

Welchen Charakter haben die Gewerkschaften im neuen China? Warum sind sie immer noch notwendig im neuen China, nachdem Übereinstimmung in den grundlegenden Interessen der Arbeiter und der Führung hergestellt wurde?

Gewerkschaften in China sind Massenorganisationen der chinesischen Arbeiterklasse, die auf freiwilligem Zusammenschluß beruhen. Sie erkennen die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei, der Vorhut der Arbeiterklasse an, und die Partei stellt ihre Verbindungen mit den Massen durch die Gewerkschaften her. Die Gewerkschaften bilden einen Eckpfeiler der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiter und Angestellten brauchen die Gewerkschaften erstens für ihre Erziehung. Die Gewerkschaften haben zweitens die Aufgabe, in Übereinstimmung mit der Politik und den Gesetzen des Staates die demokratischen Rechte und die grundlegenden Interessen der Arbeiter zu schützen, die bisweilen durch Bürokratismus verletzt werden können, einem Überbleibsel der alten Gesellschaft. Die Gewerkschaften sind eine vorantreibende Kraft im Kampf der Arbeiter gegen den Bürokratismus.

Wie sieht die Beziehung zwischen der Gewerkschaft und der Leitung eines Unternehmens aus?

Im neuen China sind die Arbeiter die Herren der Betriebe wie auch des Staates. Die Gewerkschaft und die Unternehmensleitung sollen sich gegenseitig unterstützen. Die Gewerkschaften sollen die Arbeiter darin erziehen, der einheitlichen Führung der Betriebsleitung in Fragen der Produktion und damit zusammenhängender Fragen zu folgen, gleichzeitig sollen die Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten sichern, sie sollen darüber wachen, daß die Unternehmensleitung die staatlichen Ge-

Rückständige, nur eine verschwindend kleine Anzahl von Reaktionären ist ausgeschlossen.

Die überwiegende Mehrheit der Intellektuellen im neuen China, die geistige Arbeit verrichten, gehören der Arbeiterklasse an und sind berechtigt, in die Gewerkschaft einzutreten.

In der Vergangenheit hat die Viererbande die geistigen Arbeiter auf den Gebieten der Kultur, Erziehung, Gesundheitswesen, Wissenschaft und der Technologie aus der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften ausgeschlossen. Sie wollten die Arbeiterklasse spalten, um die Herrschaft über die Partei und die Staatsmacht an sich zu reißen. Das widerspricht dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen.

Die Kader der Gewerkschaften werden durch die Arbeiter und Angestellten gewählt. In großen Unternehmen mit mehreren Tausend Arbeitern werden sie auf einem Gewerkschaftskongreß gewählt, in kleineren wird die Wahl direkt auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung durchgeführt.

Worin besteht der Unterschied zwischen der Aufgabe der Gewerkschaften vor und nach der Befreiung?

Vor der Befreiung wurde die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt. Da bestand die Aufgabe der Gewerkschaften darin, in Verbindung mit dem bewaffneten Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas den wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen den Imperialismus und die Kuomintang-Reaktionäre zu führen und das gesamte Volk zusammenzuschließen, um die Herrschaft von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus zu stürzen.

Durch die Befreiung wurde die Arbeiterklasse zur führenden Klasse im Staat. Allgemein gesagt besteht die Aufgabe der Gewerkschaften jetzt darin, die Arbeiter und Angestellten für den Kampf zur Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau zu mobilisieren und organisieren.

Welches ist die allgemeine Aufgabe der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus? Tragen die Gewerkschaften jetzt eine größere Verantwortung?

Die allgemeine Aufgabe der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode besteht darin, alle Arbeiter und Angestellten für die Verwirklichung der großen Mission der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Diese besteht darin, China noch in diesem Jahrhundert zu einem modernen und starken sozialistischen Land zu machen.

Die Gewerkschaften haben in dieser Periode eine größere Verantwortung. Die 4 Modernisierungen sind eine große Revolution, die größere Reformen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen erforderlich macht. Die Gewerkschaften sollen den Arbeitern die Bedeutung dieser Revolution erklären und dazu beitragen, sie für die Verwirklichung der ökonomischen Reformen zu mobilisieren. Die Gewerkschaften müssen die Massen ausbilden und sie zu einer industriellen Kraft mit einem hohen revolutionären Bewußtsein und einem guten Verständnis der modernen Wissenschaft und Technologie machen. Sie müssen die Arbeiter organisieren für die Teilnahme an der demokratischen Führung der Betriebe und der Kontrolle der Verwaltung, sie müssen darauf achten, daß die Politik der Partei und die Prinzipien der 4 Modernisierungen entschlossen durchgeführt werden. Sie müssen die Arbeiter für die Durchführung des umfassenden und beständigen sozialistischen Arbeitswettbewerbs und der Bewegung für technische Erneuerung organisieren, um die Produktivität der Arbeit schnell zu entwickeln und um die staatlichen Produktionspläne zu erfüllen und überzuerfüllen. Sie müssen darauf achten, daß das materielle und kulturelle Leben der Arbeiter beständig verbessert wird auf der Grundlage der Ausdehnung der Produktion und daß die materiellen Interessen der Arbeiter gesichert werden.

Wie sichern die Gewerkschaften die Rechte der Arbeiter als Herren der Betriebe, und wie sichern sie die demokratische Führung der Betriebe?

von Krankheit, Unfall und Alter. Der Staat kommt nicht nur für den Sozialversicherungsfonds auf, sondern stellt auch Gelder für die Unterhaltung von Kindergärten, Kindertagesstätten, Kantinen und andere kollektive Wohlfahrtseinrichtungen bereit.

Der Arbeiter nimmt die Leistungen der Sozialversicherungen in Anspruch, ohne Versicherungsbeiträge zu zahlen. Sogar die Familienmitglieder nehmen bei Geburt, Tod sowie medizinischer Versorgung (50 % der Kosten der medizinischen Versorgung sind dadurch gedeckt) gewisse Versicherungsleistungen in Anspruch.

Aufgrund der Verordnungen über die Arbeiterversicherung erhalten Arbeiterinnen und weibliche Angestellte Mutterschaftsurlaub bei voller Bezahlung. Weil China immer noch ein ökonomisch rückständiges Land ist, kann ein wesentlich größerer materieller Wohlstand innerhalb kurzer Zeit nicht erreicht werden. Die Gewerkschaften unterstützen nach besten Kräften die Unternehmen in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, in Bezug auf die Verpflegung und die hygienischen Bedingungen, wo immer dies möglich ist. Die Gewerkschaften



Demonstration in Kanton 1927, die den Abzug aller imperialistischen Truppen aus China fordert und den Zusammenschluß der chinesischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und Bauern aller Länder propagiert.

Die demokratische Führung der Betriebe wird hauptsächlich durch Arbeiterkongresse oder durch Belegschaftsversammlungen unter der Führung der Partei verwirklicht.

Die Gewerkschaften sind die arbeitende Körperschaft dieser Kongresse und Versammlungen. Ein Arbeiterkongreß oder eine Belegschaftsversammlung wird regelmäßig jährlich durch die Gewerkschaft einberufen, um die wesentlichen Probleme des Unternehmens zu diskutieren. Die leitenden Kader der Betriebe müssen regelmäßig über ihre Arbeit berichten, sich die Kritik und Vorschläge der Arbeiter anhören und Rechenschaft ablegen.

organisieren auch die gegenseitige Unterstützung der Arbeiter, um ihren Wohlstand zu heben. Die Einrichtung eines Fonds zur gegenseitigen Unterstützung und die Bildung von Spargemeinschaften bilden einen Teil dieser Anstrengungen. Die Arbeiter können 1 oder 2 Prozent ihres Lohns sparen und es am Ende des Jahres wieder abheben. Sollte ein Arbeiter in Schwierigkeiten geraten, dann kann er sich zinslos Geld aus dem Fond leihen.

Welche internationalen Beziehungen unterhalten die chinesischen Gewerkschaften?

In dem Jahrzehnt nach der Gründung des neuen China waren die internatio-

Führung der chinesischen Kommunistischen Partei, der Vorhut der Arbeiterklasse an, und die Partei stellt ihre Verbindungen mit den Massen durch die Gewerkschaften her. Die Gewerkschaften bilden einen Eckpfeiler der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiter und Angestellten brauchen die Gewerkschaften erstens für ihre Erziehung. Die Gewerkschaften haben zweitens die Aufgabe, in Übereinstimmung mit der Politik und den Gesetzen des Staates die demokratischen Rechte und die grundlegenden Interessen der Arbeiter zu schützen, die bisweilen durch Bürokratismus verletzt werden können, einem Überbleibsel der alten Gesellschaft. Die Gewerkschaften sind eine vorantreibende Kraft im Kampf der Arbeiter gegen den Bürokratismus.

Wie sieht die Beziehung zwischen der Gewerkschaft und der Leitung eines Unternehmens aus?

Im neuen China sind die Arbeiter die Herren der Betriebe wie auch des Staates. Die Gewerkschaft und die Unternehmensleitung sollen sich gegenseitig unterstützen. Die Gewerkschaften sollen die Arbeiter darin erziehen, der einheitlichen Führung der Betriebsleitung in Fragen der Produktion und damit zusammenhängender Fragen zu folgen, gleichzeitig sollen die Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten sichern, sie sollen darüber wachen, daß die Unternehmensleitung die staatlichen Ge-
setze und Regelungen über den Arbeitsschutz, die Löhne, die Hygiene im Betrieb und die Arbeitssicherheit, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die Verwirklichung des sozialistischen Prinzips: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung, durchführen.

Welche Voraussetzungen gibt es für die Mitgliedschaft und wie werden die Kader der Gewerkschaft ausgewählt?

Alle Angehörigen der Arbeiterklasse – ob körperlich oder geistig tätig – können Mitglied werden, vorausgesetzt der Lohn ist ihre einzige oder hauptsächliche Einkommensquelle. Als Organisation mit breitem Massencharakter umfassen die Gewerkschaften – was das politische Bewußtsein angeht – nicht nur die Fortgeschrittenen, sondern auch die Mitte und sogar

sundheitswesen, Wissenschaft und der Technologie aus der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften ausgeschlossen. Sie wollten die Arbeiterklasse spalten, um die Herrschaft über die Partei und die Staatsmacht an sich zu reißen. Das widerspricht dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen.

Die Kader der Gewerkschaften werden durch die Arbeiter und Angestellten gewählt. In großen Unternehmen mit mehreren Tausend Arbeitern werden sie auf einem Gewerkschaftskongreß gewählt, in kleineren wird die Wahl direkt auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung durchgeführt.

Worin besteht der Unterschied zwischen der Aufgabe der Gewerkschaften vor und nach der Befreiung?

Vor der Befreiung wurde die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt. Da bestand die Aufgabe der Gewerkschaften darin, in Verbindung mit dem bewaffneten Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas den wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen den Imperialismus und die Kuomintang-Reaktionäre zu füh-

listische Revolution und den sozialistischen Aufbau zu mobilisieren und organisieren.

Welches ist die allgemeine Aufgabe der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus? Tragen die Gewerkschaften jetzt eine größere Verantwortung?

Die allgemeine Aufgabe der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode besteht darin, alle Arbeiter und Angestellten für die Verwirklichung der großen Mission der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Diese besteht darin, China noch in diesem Jahrhundert zu einem modernen und starken sozialistischen Land zu machen.

Die Gewerkschaften haben in dieser Periode eine größere Verantwortung. Die 4 Modernisierungen sind eine große Revolution, die größere Reformen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen erforderlich macht. Die Gewerkschaften sollen den Arbeitern die Bedeutung dieser Revolution erklären und dazu beitragen, sie für die Verwirklichung der ökonomischen Reformen zu mobilisieren. Die Gewerkschaften müssen die Massen ausbilden



1. Mai-Kundgebung in Hunan, 1927



Demonstration in Kanton 1927, die den Abzug aller imperialistischen Truppen aus China fordert und den Zusammenschluß der chinesischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und Bauern aller Länder propagiert.

Die demokratische Führung der Betriebe wird hauptsächlich durch Arbeiterkongresse oder durch Belegschaftsversammlungen unter der Führung der Partei verwirklicht.

Die Gewerkschaften sind die arbeitende Körperschaft dieser Kongresse und Versammlungen. Ein Arbeiterkongreß oder eine Belegschaftsversammlung wird regelmäßig jährlich durch die Gewerkschaft einberufen, um die wesentlichen Probleme des Unternehmens zu diskutieren. Die leitenden Kader der Betriebe müssen regelmäßig über ihre Arbeit berichten, sich die Kritik und Vorschläge der Arbeiter anhören und Rechenschaft ablegen.
Zwischen den Kongressen oder Versammlungen führt die Gewerkschaft die laufende Arbeit durch, sammelt Kritiken, Vorschläge und Beschwerden und überprüft die Durchführung der Resolutionen, die durch den Kongreß oder die Versammlung beschlossen wurden.

Kannst Du uns darüber berichten, wie die Gewerkschaften die Wohlfahrt der Arbeiter sichern?

Als erstes möchte ich feststellen, daß in China die Sozialversicherungen von den Gewerkschaften im Auftrag des Staates verwaltet werden. Mit der Entwicklung der nationalen Wirtschaft sind die Verordnungen über die Arbeiterversicherungen mehrmals geändert worden, um ihre Leistungen auszudehnen und ihren Nutzen zu vergrößern. Jeder Arbeiter ist versichert im Fall

organisieren auch die gegenseitige Unterstützung der Arbeiter, um ihren Wohlstand zu heben. Die Einrichtung eines Fonds zur gegenseitigen Unterstützung und die Bildung von Spargemeinschaften bilden einen Teil dieser Anstrengungen. Die Arbeiter können 1 oder 2 Prozent ihres Lohns sparen und es am Ende des Jahres wieder abheben. Sollte ein Arbeiter in Schwierigkeiten geraten, dann kann er sich zinslos Geld aus dem Fond leihen.

Welche internationalen Beziehungen unterhalten die chinesischen Gewerkschaften?

In dem Jahrzehnt nach der Gründung des neuen China waren die internatio-
nalen Kontakte der chinesischen Gewerkschaften zahlreich und vielfältig. Dies ging unter dem Einfluß von Lin Piao und der Viererbande zurück. Jetzt sind nach der Zerschlagung der Viererbande die internationalen Kontakte wiederaufgenommen worden. In den letzten 2 Jahren haben 35 Arbeiter- und Gewerkschaftsdelegationen aus 15 Ländern China besucht, und 6 Arbeiter- und Gewerkschaftsdelegationen haben 5 auswärtige Länder besucht. Nach dem 9. Nationalkongreß werden die freundschaftlichen Beziehungen mit den Gewerkschaften anderer Länder gefestigt, und in Übereinstimmung mit der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao für die auswärtigen Beziehungen werden wesentlich mehr gegenseitige Besuche von Gewerkschaftsdelegationen stattfinden.

Kommunistische Volkszeitung